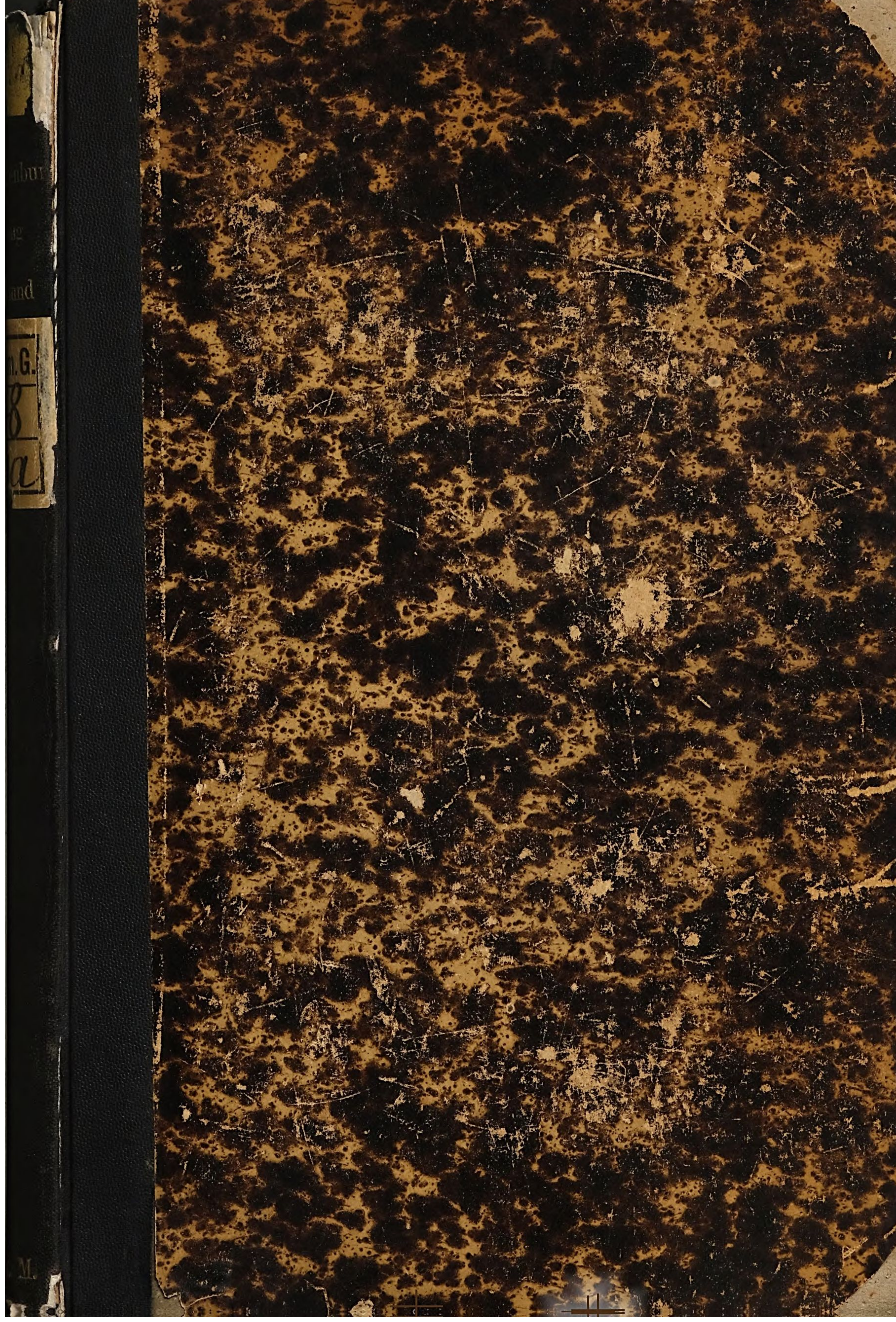




mbur

12

nd

n.G.

8

a

M.

Germ g.

Brandenburg

48 5a

ANSTREICHG.

41

<36632244480016

<36632244480016

NB

Bayer. Staatsbibliothek



König Sigmund
und
Kurfürst Friedrich I. von Brandenburg.

Ein Beitrag

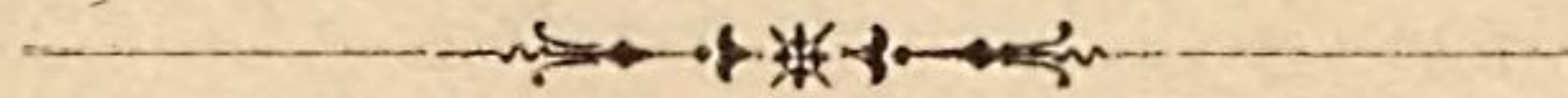
zur

Geschichte des Deutschen Reiches im fünfzehnten Jahrhundert

von

Erich Brandenburg.

Dr. phil.



Berlin.

Mayer & Müller.

1891.

König Sigismund

1494

Kaiser Friedrich I. von Brandenburg

Ein Brief

an

Gesandten des Königs von England

1494



1494

Berlin

Verlag von H. W. H. 1894

1894

Meinen Eltern

in

Liebe und Dankbarkeit.

Meinen Eltern

in

Liebe und Dankbarkeit.

Die Geschichte unseres Vaterlandes im fünfzehnten Jahrhundert ist noch nicht im Zusammenhange in einer den Anforderungen der modernen Wissenschaft entsprechenden Weise dargestellt worden, und verschiedene vortreffliche Monographieen haben das publicirte Material noch lange nicht erschöpft. Vorliegende Arbeit will einen Beitrag liefern zum besseren Verständnis der Reichsgeschichte in der ersten Hälfte von Sigmunds Regierung. Zuweilen haben Fragen, die mit dem Thema nur in loserer Verbindung stehen, doch eingehender berücksichtigt werden müssen, da eine Behandlung derselben fehlte, auf welche ich hätte verweisen können; ich hoffe, die Grenze des Erlaubten dabei nicht zu weit überschritten zu haben. Zum Schlusse erlaube ich mir, Herrn Professor Reinhold Koser, dem ich die Anregung zu dieser Arbeit verdanke, und Herrn Professor Max Lenz, der mir während ihres Entstehens seinen Rat in freundlicher Weise zuteilwerden liess, meinen herzlichen Dank an dieser Stelle auszusprechen.

Der Verfasser.

Berichtigungen.

Seite	3	Zeile	4	von unten	l.	„S.“ statt „§“
„ 5	„	3	„	„	l.	„gegen Polen“ statt „gegenüber den Husiten“
„ 37	„	6	„	„	l.	„Pisaner“ statt „Pisoner“.
„ 37	„	4	„	„	l.	„Palacky“ statt „Polacky“.
„ 71	„	5	„	„	l.	„1418“ statt „1419“
„ 94	„	9	„	„	l.	„sie müssten“ statt „siemüssten“
„ 115	„	6	„	„	l.	„S. 139“ statt „S. 249“
„ 120	„	14	„	„	l.	„dispositi“ statt „ispositi“
„ 148	„	6	„	„	l.	„über“ statt „äber“
„ 153	„	17	„	oben	l.	„Oberbefehl“ statt „Oberberbefehl“
„ 156	„	3	„	unten	l.	„inneheldet“ statt „nneheldet“
„ 175	„	11	„	oben	l.	„hinabzudrücken“ statt „herabzudrücken“
„ 192	„	3	„	„	l.	„1425“ statt „1426“

Inhalt.

	Seite.
Einleitung	1
I. Sigmunds Wahl zum Römischen König	6
II. Die Uebertragung der Mark an Friedrich; das Constanzer Concil	22
III. Friedrichs veränderte Stellung zu Sigmund; Ausgang des Concils	48
IV. Friedrich als Reichsverweser	69
V. Der Ausbruch der Husitenkriege; Reichstag zu Breslau . . .	88
VI. Die Entstehung des Zerwürfnisses zwischen Sigmund und Friedrich	97
VII. Das Zerwürfnis bis zur ersten Versöhnung	119
VIII. Der Wiederausbruch des Zerwürfnisses	146
IX. Die Kurfürsteneinung von Bingen und der Versöhnungsversuch von 1424	171
X. Die Versöhnung	188

Excurs I. Die Verhandlungen Sigmunds mit den Kurfürsten vor seiner ersten Wahl. (Sommer 1410.)	201
Excurs II. Der Abschluss der Wahlverträge mit Trier und Pfalz und Burggraf Friedrichs Mitwirkung dabei. (5. und 6. August 1410.)	206
Excurs III. Chronologie der Verhandlungen Friedrichs mit Polen (1420—1421).	208
Excurs IV. Der päpstliche Plan einer Teilung Böhmens. (1421—1422).	211
Excurs V. Die Glaubwürdigkeit Jakob Paul Gundlings	216

Häufige Abkürzungen.

- Caro, Kanzlei Sigism. = J. Caro, „Aus der Kanzlei Sigismunds“ im Archiv f. Oesterr. Geschichtsquellen Bd. 59. S. 1 ff. (1880).
- Caro, Lib. canc. = J. Caro, Liber cancellariae Stanislai Ciolek im Archiv f. Oesterr. Geschichtsquellen, Bd. 45 S. 319 ff. (I) und Bd. 52. S. 1 ff. (II.)
- Dlugossus = Dlugossus, historiae Poloniae libri XI ed. ab Huyssen.
- Ser. rer. Siles. = Scriptores rerum Silesiacarum.
- D.R.A. = Deutsche Reichstags-Akten, Band 7 und 8, herausgegeben von D. Kerler.
- Palacky, Urk. B. = F. Palacky, Urkundliche Beiträge zur Geschichte der Husitenkriege.
- Cod. dipl. Lith. = Raczinsky, Codex diplomaticus Lithuaniae.
- C.D.B. = Codex diplomaticus Brandenburgensis, herausg. von A. F. Riedel. Die Abteilungen des Werkes sind mit Römischen, die einzelnen Bände mit arabischen Ziffern bezeichnet.
- CDB. contin. = Codex diplomaticus Brandenburgensis continuatus, herausgegeben von Raumer.
- Eb. Windecke = Eberhard Windecke, Kaiser Sigmunds Buch, übersetzt von v. d. Hagen (Geschichtsschr. d. Deutschen Vorzeit No. 79). Ich citiere nach dieser aus den Handschriften geschöpften Uebersetzung, da eine vollständige Ausgabe bisher fehlt.
- Cod. ep. Vit. = Codex epistolaris Vitoldi, ed. A. Proschaska (Monumenta historica res gestas Poloniae illustrantia tom VI.)
-

Einleitung.

Die Deutsche Geschichte am Ende des vierzehnten und am Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts ist durchzogen von dem Gegensatze des Königtums gegen das kurfürstliche Collegium, welches damals unbestritten innerhalb der fürstlichen Aristokratie eine völlig abgesonderte, bevorrechtigte Stellung einnahm. Das Reichsoberhaupt war in dieser Zeit darauf angewiesen, die einzelnen Glieder des Kur-Collegiums möglichst von einander zu trennen, und immer die einen gegen die andern zu gebrauchen; hierzu boten ihre sich vielfach kreuzenden Sonderinteressen eine bequeme Handhabe, welche die Könige mit mehr oder minder Geschick benutzten. Es ist daher für die Reichs-Geschichte von Wichtigkeit, die Beziehungen der jedesmaligen Herrscher zu den einzelnen Kurfürsten zu kennen.

Der erwähnte Gegensatz trat zuerst ganz schroff hervor bei der Absetzung Wenzels und führte während der Regierung Sigmunds mehrmals zu heftigen Conflicten. Es war zwar dem letzteren gelungen, einen seiner vertrauten Ratgeber, den Nürnberger Burggrafen Friedrich von Hohenzollern, in das Kurfürstencollegium hineinzubringen, indem er ihn zum Markgrafen von Brandenburg ernannte. Aber auch dieser scheinbare Erfolg trug dem Königtum nicht die gehofften Früchte, denn wenige Jahre nachher brach gerade zwischen diesem neuen Kurfürsten und Sigmund ein scharfes Zerwürfnis aus, das nun erst recht einen festen Zusammenschluss der Fürstenopposition herbeiführte und dem Könige empfindliche Niederlagen eintrug. Sigmund wusste zwar dies gefährliche Bündnis seiner Gegner zu sprengen, aber

er musste thatsächlich doch die Regierung des Reiches mit den Kurfürsten teilen.

Diese kurze Andeutung zeigt bereits, welche bedeutende Rolle Markgraf Friedrich damals gespielt hat, und wird das Bestreben rechtfertigen, die Beziehungen dieses Mannes zu König Sigmund näher zu untersuchen. Es kommt hinzu, dass die bisherigen Darstellungen nicht geeignet sind, eine richtige Anschauung des Verhältnisses zwischen beiden zu gewähren. Wir werden sehen, wie weit die Urteile darüber auseinandergehen, wenn wir die Ansichten der verschiedenen Forscher kurz zusammenstellen.

Aschbach¹⁾ begnügt sich damit, einzelne Berührungen zwischen Sigmund und Friedrich zu erzählen, ohne auf das ihnen zu Grunde liegende gegenseitige Verhältnis einzugehen. Franklin²⁾ hat dann zuerst behauptet, dass die Politik des Markgrafen von nationalen Gesichtspunkten geleitet gewesen sei; schon durch die Familientradition der Nürnberger Burggrafen sei er darauf hingewiesen worden, dass die Erhöhung der Königsmacht allein geeignet sei, eine gedeihliche Entwicklung der Deutschen Verfassung anzubahnen, und so habe er es zum Endzwecke seiner Politik gemacht, den jeweiligen König nach Kräften zu unterstützen, selbst wenn er dessen Massnahmen nicht für richtig hielt. Aus diesem Grundsatz sucht Franklin alle Handlungen Friedrichs abzuleiten, und so kommt es, dass er das ganze tiefgehende Zerwürfnis desselben mit Sigmund übersieht.

Von ähnlichen Anschauungen über Friedrichs Gesinnung geht Droysen³⁾ aus. Auch nach ihm ist es Hohenzollersche Familien-Tradition, Deutschnationale Politik zu treiben, aber der Markgraf thut es bei ihm doch in anderer Weise als bei Franklin. Friedrich hielt es nämlich nach Droysen keineswegs für seine Pflicht, unter allen Umständen dem

¹⁾ J. Aschbach, Geschichte Kaiser Sigmunds. Band 1—3. 1838—41.

²⁾ O. Franklin, Die Deutsche Politik Friedrichs I., Kurfürsten von Brandenburg (1851). Es kommen hauptsächlich in Betracht:

S. 17, 24, 47, 66—67, 85—90, 105—120, 152—153, 217.

³⁾ J. G. Droysen, Geschichte der Preussischen Politik, Band I. (1855).

Könige bei dessen Plänen zu helfen, sondern er wollte eine starke Central-Regierung über den Landesgewalten begründen, welche im Notfalle auch von den mächtigeren Fürsten Gehorsam erzwingen könne. Zur Durchführung dieses Gedankens glaubte er in Sigmund den rechten Mann zu erkennen und deshalb verschaffte er ihm durch seinen Einfluss die Krone. Wirklich arbeitete er nun mit diesem zusammen ein Jahrzehnt an der Durchführung einer solchen Reichsreform und zwar nicht ohne Erfolg, bis Sigmund die Unterwerfung der husitischen Böhmen zum alleinigen Programm seiner Politik machte, und sich im Reiche nur noch sehen liess, wenn er Geld oder Soldaten brauchte. Da erkannte der Markgraf, dass Sigmund für die Durchführung jener idealen Ziele keinen Sinn mehr hatte, und suchte nun die erstrebte Centralgewalt ohne den König in's Leben zu rufen, indem er das Kurfürstencollegium zur beständigen Reichsregierung organisirte. Das geschah in der Kurfürsteneinung von Bingen. Aber dadurch erregte er den Zorn Sigmunds gegen sich; ein Kampf brach aus, in welchem seine Bundesgenossen einer nach dem anderen von ihm abfielen, bis er selbst, völlig isoliert, eine Aussöhnung mit dem Könige suchen musste, ohne sein Ziel erreicht zu haben ¹⁾.

So erscheint Friedrich bei Droysen als der Märtyrer der nationalen Idee, welcher dem Egoismus der Machthaber im Kampfe erliegt.

Eine der Droysenschen nahe verwandte Anschauung, zum Teil von ihr beeinflusst, vertritt Riedel²⁾; er fasst das Verhältniss ebenfalls auf als bedingt durch das Streben nach gemeinsamen Idealen und sieht das entscheidende Moment für die Entzweiung in Sigmunds Aufgehen im Kampfe gegen die

¹⁾ Lediglich eine Umschreibung der Droysenschen Auffassung ist die Darstellung, welche das neue populär gehaltene Werk Berners („Gesch. des Preuss. Staates“ 1890 § 35—63) von Friedrichs Politik giebt.

²⁾ A. F. Riedel, Zehn Jahre aus der Geschichte der Ahnherren des Preussischen Königshauses (1851) und Geschichte des Preussischen Königshauses Band 1 und 2. (1861).

Husiten. Aber in vielen Einzelheiten weicht er doch von Droysen ab, und indem er mehr auf dem Boden der realen Thatsachen bleibt, kommt er der Wahrheit näher.

Aber dieser ganzen Auffassung erwuchs auch eine Opposition, welche sich vom Verlaufe der Dinge eine ganz andere Vorstellung machte. Caro¹⁾ trat zuerst Droysen lebhaft entgegen. Auch nach ihm hat zwar Friedrich anfangs den Gedanken der nationalen Einheit verfochten, aber gerade er ist es, welcher davon abfällt, welcher „im schroffen Gegensatz zu seinen Pflichten der Dankbarkeit und Treue, im Widerspruch mit seiner vieljährigen Deutschnationalen Politik“²⁾, durch private Vorteile angelockt, den Feinden seines Königs, den Polen, die Hände zum Bunde reicht, freilich erst, nachdem schon vorher ein Zerwürfnis zwischen ihm und Sigmund entstanden ist. Woher aber diese plötzliche Entzweiung kommt, das erfahren wir bei Caro nicht. Nach dieser Ansicht ist Friedrich wesentlich der schlaue Politiker, welcher jeden Vorteil mitnimmt, der sich bietet, unbeirrt durch ideale Gedanken oder persönliche Gefühle.

Ungefähr in derselben Richtung bewegt sich das Urteil v. Bezolds.³⁾ Auch er nimmt eine ursprünglich nationale Politik des Markgrafen an, weiss für die Entstehung des Zerwürfnisses keinen Grund anzugeben und nennt Friedrichs Bündnis mit Polen „ein Schritt, der mit der früheren Reichstreue des Hohenzollern im grellsten Widerspruche stand.“⁴⁾

Seit dem Abschlusse desselben trieb der Markgraf nach seiner Meinung „eine entschieden zweideutige Politik“⁵⁾, da er es nicht mit Polen verderben und doch nach wie vor als Haupt der „Reichspartei“ gelten wollte. Der Charakter Friedrichs erscheint bei ihm in ungünstigster Beleuchtung;

¹⁾ J. Caro, Geschichte von Polen, Band 3. (1869.) S. 502. ff. passim.

²⁾ Caro III. S. 504.

³⁾ F. v. Bezold, König Sigmund und die Reichskriege gegen die Husiten, Band 1—3. (1872—77.)

⁴⁾ v. Bezold S. 52.

⁵⁾ v. Bezold I S. 82.

es wird betont, dass „auch die Politik des Hohenzollern trauriger Weise keine Deutsche“¹⁾ war, und der Kurfürst wird als ein schlauer, gewissenloser Egoist gezeichnet.²⁾

Wie stark der Gegensatz der letzteren Anschauungen gegen die Droysens auch ist, so kann man doch nicht verkennen, dass auch sie vielfach von Droysen beeinflusst sind, namentlich darin, dass sie von der späteren Zeit Friedrichs eine frühere „reichstreue“ Periode in seiner Politik bestimmt unterscheiden.

Wir werden zu untersuchen haben, was in diesen Darstellungen den Thatsachen, wie sie uns die Quellen überliefern, entspricht, was vor ihnen nicht Stand hält.

¹⁾ v. Bezold I S. 135.

²⁾ Von der Auffassung Caros und v. Bezolds ist sicherlich Lewicky beeinflusst, wenn er („Die Politik Sigmunds gegenüber den Husiten.“ Arch. f. Oestr. Gesch. Bd. 68. S. 392) sagt: „der intrigante Todfeind Sigmunds, Markgraf Friedrich von Brandenburg.“

I.

Sigmunds Wahl zum Römischen König.¹⁾

Burggraf Friedrich VI. von Nürnberg war der jüngere Sohn des Burggrafen Friedrich V.; dieser übergab noch bei seinen Lebzeiten am 11. April 1397 die Regierung seinen beiden Söhnen. Der ältere, Johann, erhielt die baireuthischen Lande, Friedrich das Fürstentum Ansbach, während die burggräflichen Rechte von beiden gemeinsam ausgeübt wurden. Beide begegnen uns am Hofe König Wenzels. Johann war sogar mit dessen und Sigmunds von Ungarn Schwester Margarete vermählt, und harrete auch nach des Böhmenkönigs Absetzung durch die Rheinischen Kurfürsten bei diesem aus, während Friedrich zu dem neugewählten Könige Ruprecht übertrat. Welche Motive den jungen Burggrafen bei diesem Schritte leiteten, darüber ist uns nichts überliefert; es ist indessen sehr begreiflich, dass er, ein thatkräftiger, hoch-

¹⁾ Vgl. über dieselbe: Quellen: D.R.A. VII. Nr. 1—124; Janssen, Frankf. Reichs-Corr. I. Nr. 364—432. Theiner, monumenta historica Hungariae II. Nr. 343—349. Andreae Ratisbonensis Chronicon, bei Eccard, corpus historicorum medii aevi I. S. 2143—2146 Litteratur: Aschbachs Gesch. Ks. Sigmunds I. S. 282—310. Franklin Friedrich I. S. 66—77, Droysen I. S. 267—288. Riedel Zehn Jahre S. 1—23. Riedel, G. d. Pr. Kgsh. II. S. 4—23. Janssen, Frankf. Reichs Corr. I. S. 175. Schroller, die Wahl Sigmunds z. Röm. Könige. (1875). Hunger, Zur Geschichte Papst Johannis XXIII (1876). Kerler in D.R.A. VII. S. 1—13, 90—98. Kaufmann, die Wahl Sigmunds zum Röm. Kge. (1879). Finke, Sigmunds reichsstädtische Politik (1880.) S. 3—15. Finke, Forsch. u. Quellen z. Gesch. des Constanzer Concils (1889.) S. 3—6. Quidde, König Sigmund und das Deutsche Reich. 1881.

strebender Fürst, sich von Wenzels trägem und schlaffem Wesen wenig sympathisch berührt fühlte.¹⁾

Bald gehörte Friedrich zu Ruprechts vertrauterer Umgebung, besonders da der König mit des Burggrafen älterer Schwester Elisabeth vermählt war; indessen sieht man nicht, dass der junge Fürst auf seine Entschlüsse irgendwie massgebenden Einfluss gewonnen hätte. Er begleitete den König zwar nebst anderen Grossen auf dem Römerzuge, wohnte auch verschiedenen Reichs- und Hoftagen bei, aber nur selten sehen wir ihn auf einem besonderen Vertrauensposten, nämlich dann, wenn es sich um friedliche Verhandlungen Ruprechts mit den Luxemburgern handelte; hierbei war Friedrich gewöhnlich als Mittelsperson thätig. So verhandelte er zusammen mit Günther von Schwarzburg, im Jahre 1401, erst mit König Wenzel, dann mit dessen Vetter Jost von Mähren und den böhmischen Ständen;²⁾ so im Herbst 1403 mit König Sigmund³⁾, der damals seinen Bruder gefangen hielt. Alle diese Verhandlungen führten zu keinem Ziele.

In den nächsten Jahren hielt sich der Burggraf von den Fragen der grossen Politik gänzlich fern, und widmete sich den Aufgaben, welche die Regierung seines ansbacher Fürstentums ihm stellte. Unter den kleinen fränkischen Duodezfürsten war Friedrich, obgleich sein Gebiet nicht sehr ausgedehnt war, noch einer der mächtigsten; seine Stellung war dadurch noch bedeutender geworden, dass er seit seiner Vermählung mit Elisabeth von Landshut — der „schönen Else“, wie das Volk sie nannte — in enger Verbindung mit seinem Schwager Heinrich von Baiern und dessen Stamm-

¹⁾ Droysen I. S. 226 f. hält es für ausgeschlossen, „dass er einen Schritt dieser Art ohne grösseren Plan, ohne grösseren Zweck gethan haben sollte;“ er sieht hierin vielmehr die erste Bethätigung von Friedrichs deutsch-nationalem politischem Programm. Diese Ansicht steht und fällt, da sie eine weitere Begründung nicht hat, mit der ganzen Auffassung Droysens von Friedrichs Reichspolitik.

²⁾ Urkunden bei Pelzel, König Wenzel II. S. 75 u. 442. Martene Collectio amplissima IV. S. 50 ff. vgl. Droysen I. 234.

³⁾ Instruction bei Martene IV. S. 101—121. Vgl. Franklin S. 47.

vettern stand. Dass er des Königs Schwager war, wird sein Ansehen noch gesteigert haben; kurz, sein Name hatte in Franken und am Rheine, besonders bei den Städten, einen guten Klang. Durch seine Bestallung zum Vogte des Landfriedens in Franken,¹⁾ durch seine Wahl zum Schiedsrichter bei nachbarlichen Streitigkeiten bewies man ihm das allgemeine Vertrauen.²⁾

Aber schon bei seinem Regierungsantritt hatte Friedrich das väterliche Gebiet nicht schuldenfrei übernommen, namentlich war noch die Mitgift seiner Schwester an Ruprecht auszusahlen, verschiedene Burgen und Kleinodien waren verpfändet. Es kam dazu, dass in einer langwierigen Fehde mit der Reichsstadt Rotenburg, die keinerlei Vorteile brachte, die Schulden des Burggrafen wuchsen; seine Finanzlage wurde immer bedenklicher.³⁾ Seine Räte überlegten hin und her; endlich fand man es geraten, dass Friedrich die eigene Hofhaltung ganz aufgab und mit seiner Gemahlin am Hofe seines Bruders Johann lebte;⁴⁾ so wurden dem

¹⁾ 20. Septbr. 1397 Mon. Zollerana VI, Nr. 2.

²⁾ Oft zwischen den bairischen Vettern; dann 1405 zwischen Stephan von Baiern und dem Bistum Eichstädt (M. Zoll. VI. Nr. 288), andere Fälle M. Zoll. VI. Nr. 52, 82, 99, 105, 186, 274, 305, 309, 380, 419, 463, 469.

³⁾ Vgl. hierüber Riedel, Zehn Jahre S. 2—3 u. Gesch. d. Pr. Kgsh. I. S. 418—444.

⁴⁾ Quellen für die Geschichte der Uebersiedelung Friedrichs nach Ungarn sind: Die Denkwürdigkeiten Ludwigs von Eyb, ed Höfler, Quellen z. fränk. Gesch. I. S. 116 f. und die Correspondenz Friedrichs mit Ludwig von Ingolstadt aus dem Jahre 1420, bes. die Briefe C.D.B. III, 1, 171 und 174. Die Darstellug des ersteren, welcher noch in den dreissiger Jahren zu Friedrichs Räten gehörte, wird von Droysen I. S. 267 ziemlich abfällig als Kanzleigeschwätz hingestellt, dürfte aber doch im wesentlichen richtig sein, nämlich darin, dass Geldverlegenheiten den Burggrafen zu diesem Schritte zwangen; denn einerseits steht seine böse Finanzlage um diese Zeit fest (vgl. Riedel, Zehn Jahre S. 2—3), andererseits wird dieselbe in dem Briefe Ludwigs C.D.B. III, 1, 171, als Motiv angegeben, und Friedrich widerspricht dem in seiner Antwort, 174, nicht, giebt es also zu. Letzterer Brief beweist auch, dass eine Aufforderung von Sigmund an ihn gelangte („das unser gnedigister herr der Romisch Konig on unser wissen nach uns stellet und begeret zu seinen gnaden zu komen.“)

Lande die Kosten einer doppelten Hofhaltung erspart. Indessen war es bei des Burggrafen thatlustigem Charakter klar, dass damit nur ein Uebergangszustand geschaffen war; er sah sich nach einem geeigneten Felde für seine Thätigkeit im Dienste eines auswärtigen Fürsten um, und so kam ihm ein Anerbieten des Ungarkönigs Sigmund sehr gelegen, der gerne deutsche Herren unter seinen Fahnen sah. Er ging bereitwillig auf dessen Vorschlag ein, und im Hochsommer 1409 brach er nach Ungarn auf, die Regierung seines Landes seiner Gemahlin und seinen Räten überlassend, nachdem er beide dem Schutze König Ruprechts empfohlen hatte.

Dieser Schritt bezeichnet den ersten grossen Wechsel in Friedrichs persönlichen Verhältnissen; aus einem kleinen, aber selbständigen und in seinem Kreise geachteten Landesherrn wurde er der Dienstmann eines mächtigen Königs und, wie wir sehen werden, bald dessen erster Vertrauter; was er an Selbständigkeit dadurch einbüsste, gewann er an Einfluss auf die grossen Ereignisse, welche damals die Welt bewegten.

Friedrich kannte den König Sigmund seit lange; er hatte ihn 1396 auf dem Zuge gegen die Türken begleitet und bei Nicopolis an seiner Seite gefochten; er hatte 1403 in Ruprechts Namen mit ihm verhandelt; sein Bruder war mit Sigmunds Schwester vermählt; so konnten sich leicht engere Beziehungen knüpfen. Bald lernte der König die Fähigkeiten seines neuen Dieners schätzen; freilich wissen wir nicht, welche Verdienste es waren, die der Burggraf sich um die Krone Ungarn erwarb, aber wir wissen, dass er solche aufzuweisen hatte und von Sigmund unter Zustimmung der ungarischen Magnaten dafür eine Summe von 20 000 Gulden zugesagt erhielt, die ihm zunächst auf Pressburg, Comorn und einige andere Schlösser versichert wurden.¹⁾

Im Frühling 1410 traten zwei Ereignisse ein, welche den König Sigmund zu einem Wechsel in seiner Europäischen Politik veranlassten und den Burggrafen Friedrich mit den

¹⁾ Urkunde Sigmunds, d. Wissegrad 1410 Juli 25. Mon. Zoll. VI., S. 618. Minutoli Friedrich I., I. S. 58.

bedeutendsten Zeitfragen in unmittelbare Berührung brachten: der Tod des Papstes Alexander V. am 4. Mai und des Königs Ruprecht am 18. Mai. Vergegenwärtigen wir uns kurz die Lage der Dinge um die Zeit dieser beiden Todesfälle.

In der Kirche herrschte seit 1378 ein Schisma; zu Rom residierte ein Papst und zu Avignon ein zweiter, von denen jeder den anderen in den Bann gethan hatte.

Das zur Abhülfe berufene Pisaner Concil erklärte die beiden Päpste, Gregor XII. und Benedict XIII., für abgesetzt und wählte einen neuen, Alexander V. (1409); da aber Benedict nach wie vor in Spanien, Gregor in einem Teile Deutschlands und Italiens als der rechtmässige Papst angesehen ward, so dauerte das Schisma fort, und man hatte jetzt drei Nachfolger Petri. Der Tod Alexanders änderte hieran nichts; denn wenige Tage nachher erwählte das Concil den Cardinal Baltasar Cossa, der den Namen Johann XXIII. annahm (17. Mai 1410). Dieser konnte bald einen grossen Erfolg verzeichnen: König Sigmund von Ungarn, bisher, wie alle Luxemburger, ein Anhänger Gregors XII., liess ihm durch eine feierliche Gesandtschaft seine Obedienz erklären.¹⁾

Auch im Reiche herrschte ein Schisma. König Wenzel erkannte seine Absetzung durch die vier Rheinischen Kurfürsten nicht an und die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, sowie mehrere andere Fürsten und Städte hielten noch zu ihm. Als nun Ruprecht starb, fragte es sich, ob überhaupt eine neue Königswahl stattzufinden habe. Wenzel und seine Anhänger verneinten das natürlich, während die Rheinischen Kurfürsten zur Vornahme einer Neuwahl entschlossen waren. Sie zerfielen wieder in zwei Parteien: Johann von Mainz, der schlaue und in seinen Mitteln wenig wählerische Kirchenfürst, der einst an Wenzels Absetzung einen hervorragenden Anteil gehabt hatte, und Friedrich von Köln waren Anhänger des Pisaner Concils und

¹⁾ Die Obedienzerklärung geschah vor 20. Juli 1410, wie aus dem Gesandtschaftsberichte bei Martène et Durand, Coll. ampl. VII, 1176 hervorgeht, vgl. Finke, Quellen u. Forsch. z. Gesch. d. Const. Concils (1889) S. 6, Anm. 1.

Johanns XXIII.; Kurfürst Ludwig von der Pfalz, Ruprechts Sohn, und Werner von Trier gehörten zu der Obedienz Gregors XII. Diese Meinungsverschiedenheit in der kirchlichen Frage war von entscheidender Wirkung für die Wahl des neuen Königs. Für beide Parteien kam von Anfang an nur ein Mann in Frage, nämlich König Sigmund.¹⁾ Wählte man keinen Luxemburger, so stand die völlige Trennung der östlichen Reichsteile, Böhmen, Mähren, Schlesien und Brandenburg von Deutschland zu erwarten, da die Luxemburger sich keinem anderen Könige gefügt haben würden. Von den drei Regenten dieses Hauses war Wenzel von denselben Kurfürsten, die jetzt wählen wollten, abgesetzt, konnte also nicht in Betracht kommen. Jost war als ein ganz unfähiger Mensch bekannt und galt als nicht viel besser wie der gewöhnlichste Raubritter²⁾; so blieb eben nur Sigmund übrig.

Beide Parteien verhandelten mit ihm, unabhängig von einander, durch besondere Botschaften; beide stellten natürlich Bedingungen für die Abgabe ihrer Stimme für den Ungarkönig. Beide verlangten Bestätigung aller Privilegien für sich und ihre Anhänger, daneben die Partei des Mainzers Anerkennung Johanns XXIII. seitens Sigmunds und das Versprechen, keinen Reichsstatthalter ohne ihre Genehmigung ernennen zu wollen; die des Pfalzgrafen unbedingte Anerkennung aller Regierungshandlungen König Ruprechts und die Zusicherung, die Anhänger Gregors XII. nicht belästigen, sowie für Herstellung der kirchlichen Einheit Sorge tragen zu wollen.

Sigmund verhandelte mit den kurfürstlichen Gesandten in Wissegrad und in Ofen.³⁾ Dass er Römischer König werden

¹⁾ Dies ist Kaufmann (Wahl Sigmunds S. 11) unbedingt zuzugeben; seine Arbeit, deren Resultate Finke (Sigmunds reichsstädt. Politik S. 4 ff.) im Allgemeinen angenommen hat, hat in den Hauptsachen die Streitfragen definitiv gelöst; nur in einigen Punkten kann ich ihm nicht beistimmen, wie ich unten weiter ausführen werde.

²⁾ Vgl. seine Charakteristik bei Eberhard Windecke c. 6 (v. d. Hagens Uebers.)

³⁾ Ueber das Folgende vgl. zur Begründung meiner Darstellung Excurs I.

wollte, ist unzweifelhaft; es handelte sich nur um die Mittel und Wege zur Erreichung dieses Zieles. Nun sollte man glauben, Sigmund habe die Bedingungen beider Wählerparteien annehmen und sich dadurch die Majorität sichern können: er wird auch dazu bereit gewesen sein; aber die mainzisch-kölnischen Gesandten brachen die Verhandlungen mit ihm ab, als sie sahen, dass er auch um die pfälzische und trierische Stimme sich bemühte.¹⁾ Johann von Mainz wollte, der König solle ihm allein die Krone verdanken und dadurch von ihm abhängig sein; er wollte ausserdem Pfalz und Trier zum Aufgeben Papst Gregors XII. bewegen und sah wohl ein, dass dies nicht möglich sei, wenn der König, auch diesen zu Dank verpflichtet, ihn hierbei nicht unterstütze. So reisten seine Gesandten Ende Juli oder in den ersten Tagen des August aus Ungarn ab und gingen zu Jost von Mähren, um diesem die Krone anzubieten.

Der König war so in die Notwendigkeit versetzt, wenn er überhaupt etwas erreichen wollte, mit Pfalz und Trier abzuschliessen. Er liess die Vertrags-Urkunden, da er selbst in den Norden Ungarns zu ziehen für nötig fand, durch seinen Rat, Burggraf Friedrich, zu Ofen mit ihnen vereinbaren. Dieser hatte bereits die besiegelten, unbeschriebenen Membranen dahin mitgebracht, und nachdem sie ausgefüllt waren, hing auch er sein Siegel daran, um dadurch zu verbürgen, dass es wirklich von Sigmund so werde gehalten werden.²⁾

Hier begegnen wir bei den Wahlverhandlungen zum ersten Male in den Quellen einer Mitwirkung des Burggrafen Friedrich. Aber sollte er nicht doch schon vorher dabei beteiligt gewesen sein? Sollte er nicht vielleicht, von dem nationalen Gesichtspunkte geleitet, dem Deutschen Reiche

¹⁾ Gegen Droysens (I, S. 273) auf Andreas Rat. gestützte Behauptung, Sigmunds Verhandlungen mit Mainz und Köln seien gescheitert, weil er die Krone nicht habe für Geld erkaufen wollen, s. Kaufmann S. 18. Auch diese Handlungsweise Sigmunds führt Droysen I S. 285 auf Friedrichs Einfluss zurück. Vgl. Excurs I.

²⁾ Am 5. und 6. August 1410. Zur Begründung vgl. Excurs II.

einen tüchtigen König zu geben, Sigmund auf den Gedanken gebracht haben, sich um die Krone zu bewerben,¹⁾ ja vielleicht schon, als er nach Ungarn ging, diese Möglichkeit ins Auge gefasst haben?²⁾ Sollte man nicht doch die von Sigmund und Friedrich gemeinsam besiegelten Urkunden als Zeugen dafür anrufen können, dass ein gemeinsamer Plan der Reichsreform unter wesentlicher Mitwirkung Friedrichs festgestellt worden sei?³⁾

In den Quellen findet sich für die ersten Möglichkeiten gar kein Anhaltspunkt; und die Urkunde, welche man für die letzte herangezogen hat, ist ein Aktenstück ganz bestimmter Färbung, die Wahlkapitulation Sigmunds mit Trier und Pfalz, in deren Eingangsworten es wohl heisst, der König empfinde schmerzlich die Zwietracht in Kirche und Reich, deren Inhalt jedoch über die in der Kanzlei geläufigen Phrasen keineswegs hinausgeht und für weitergehende Schlüsse nicht den geringsten Anhaltspunkt bieten kann.⁴⁾

¹⁾ Droysen I. S. 271: „oder verstand es der Burggraf, für das grösste Werk, das je zum Heile der Christenheit unternommen worden, für die zugleich weltliche und geistliche Reformation des heiligen Reiches seinen Ehrgeiz zu entflammen?“ Aehnlich Riedel Gesch. d. P. K. II S. 7.

²⁾ Droysen deutet das an, wenn er I. S. 270 sagt: „Wer die Zeichen der Zeit begriff, musste erkennen, dass es eines grossen rettenden Schrittes bedurfte. Es giebt kein Zeugniss darüber, mit welchen Gedanken für die Zukunft des Reiches sich der Burggraf zu dem glänzenden, kühnen, hochbegabten Ungarkönig begeben habe.“ Franklin S. 69 lässt Friedrich sogar von Trier und Pfalz an Sigmund nach Ruprechts Tode geschickt werden, während er doch schon seit dem Sommer 1409 in Ungarn war.

³⁾ Droysen I. S. 272—273. Riedel II. S. 7 f. Nach ihnen hatte Friedrich schon ein „Programm der Reichspolitik“ fertig mitgebracht; nachdem dann „die grosse Frage des heiligen Reiches, die Reformation, geistlich wie weltlich, in allen Punkten erörtert“ war, fährt Droysen fort: „Der Staatsmann der endlich ans Ruder tretenden Deutschen Politik übernimmt es, die Wahl des Fürsten durchzuführen, der jene Politik durchzuführen die Macht und den Willen hat.“

⁴⁾ Es ist die Urkunde D.R.A. VII. Nr. 11; nach Riedel II. S. 7 wurde dieselbe als „öffentliche Erklärung an das Reich“ publiciert. Er schliesst das wohl aus den Eingangsworten: „Wir Sigmund etc. bekennen öffentlich mit diesem Brief“ etc. Aber diese Formel, der übliche Eingang des

Fehlt somit in den Quellen jedes Zeugnis sowohl für Friedrichs nationale Gesinnung überhaupt,¹⁾ als auch für seine Beteiligung an den Wahlverhandlungen vor dem August 1410, so wäre es doch möglich, dass der Zusammenhang der Ereignisse uns gestattete oder vielleicht nötigte, auf beides aus denselben zu schliessen.²⁾ Und da begegnet uns vor allem die Frage: war König Sigmund wirklich der Mann, welchen ein national gesinnter Staatsmann sich zum Deutschen Könige hätte wünschen können, welchem die Lösung so schwieriger Aufgaben, wie das Problem der Reichsreform sie stellte, hätte zugetraut werden können?

Allerdings war dieser Sohn Karls IV. ein Fürst von glänzenden Anlagen, gewinnend und liebenswürdig in seinem Auftreten, hochstrebend in seinen Entwürfen, der schnell und oft richtig angriff, was er wollte. Aber neben diesen Lichtseiten standen grössere Schattenseiten seines Wesens:³⁾ die Leidenschaft, die Stimmung des Augenblicks beherrschte ihn vollkommen⁴⁾ er gab die Gedanken so schnell wieder auf, wie er sie fasste, er brach die Versprechungen so leicht

feierlichen Privilegs, beweist nichts gegen die aus den Umständen sich ergebende secrete Natur des Aktenstückes, welche auch schon daraus erhellt, dass die Urkunde nur in den Archiven von Kurtrier und Pfalz vorgefunden ist. Droysens weitgehende Folgerungen aus der Urkunde sind hinreichend widerlegt von Janssen, Frankf. Reichschr. I., S. 176.

¹⁾ Droysen I. S. 393 glaubt freilich eine Aeusserung Friedrichs selbst hier verwenden zu können, da dieser sich einmal nenne „des Reiches Edelmann“, dazu geboren, wie er sich ausdrücke „durch Gottes Gnade, unseres rechten Herrn, des schlechter Amtmann an dem Fürstentum wir sind.“ Aber hier muss ein Irrtum vorliegen, dessen Entstehung ich nicht zu erklären weiss; denn die Urkunde, welche die zuletzt angeführten Worte enthält, ist inzwischen publicirt. (C. D. B. I. 20, S. 118.) Der entscheidende Passus aber fehlt darin.

²⁾ Droysen I. S. 227 erkennt an, dass dies die einzige Möglichkeit ist, seine Hypothese zu erweisen, wenn er sagt „Und diese Ansicht? Erst aus dem ganzen Verlaufe seines öffentlichen Lebens wird sie sich ergeben.“ Die Stelle fehlt in der zweiten Auflage.

³⁾ Eine zu günstige Auffassung von Sigmunds Willen und Können scheint mir Heuer zu haben. (Städtebundsbestrebungen unter Sigmund 1887, S. 9).

⁴⁾ S. Beispiele bei E. Windecke Cap. 205. und D.R.A. VIII. Nr. 360.

wie er sie gab,¹⁾ und sobald sich seinen Plänen ernstliche Schwierigkeiten entgegenstellten, liess er sie liegen.

Dabei trug er ein Gefühl seines eigenen Wertes, seiner Stellung in sich, das man nur als Eitelkeit bezeichnen kann, und das ihn oft genug verleitete, für den Schein, die Schau- stellung seiner Macht, das Wesen derselben hinzuopfern.

Und Sigmunds bisherige Regierung in Ungarn musste von seinen staatsmännischen und kriegerischen Fähigkeiten nicht das beste Vorurteil erwecken; sollte er, der die ungarischen Magnaten nicht zu bändigen vermocht hatte, der bereits als Gefangener der eigenen Untertanen seine Ohn- macht ihnen gegenüber hatte empfinden müssen,²⁾ fähig sein, die noch viel schwierigeren deutschen Verhältnisse zu ordnen? Zudem war es von vorn herein klar, dass nicht die ganze Kraft des Königs dem Reiche gehören werde; auch Ungarn stellte Anforderungen an ihn, und als unga- rischer König hatte er bereits in vielen Welthändeln Stellung genommen; da lag doch die Gefahr nahe genug, dass fremde Gesichtspunkte in die Reichsregierung hineingetragen würden. So stand Sigmund in der Kirchenfrage bereits auf der Seite Johannis XXIII.; in Italien war er mit Ladislaus von Neapel und der mächtigen Republik Venedig heftig ver- feindet, zu mehreren Reichsfürsten, besonders seinen luxem- burgischen Verwandten und den Habsburgern, war sein Verhältnis ein sehr gespanntes; so war er endlich in die Handel Polens mit dem Orden verwickelt.

Seine Beziehungen zu dem greisen Polenkönig Wladislav waren wechsellvoll genug gewesen, und noch bestanden Streitigkeiten über einige Grenzgebiete, als Sigmund Polens Krieg mit dem Orden dazu benutzte, auch kriegerisch gegen den Nachbarn vorzugehen.

Einen Mann zum König zu machen, der schon durch so viele Interessen voreingenommen war, ist daher nicht

¹⁾ Es braucht nur an Sigmunds Verhalten gegen Hus und gegen Polen und den Orden erinnert zu werden.

²⁾ Vgl. Aschbach I. S. 112—132.

gerade ein nationaler Gedanke gewesen. Die realen That-sachen lehren uns ja, wie man im Reiche nach Sigmund blickte, weil ein anderer passender Candidat nicht aufzutreiben war; und, was den Burggrafen Friedrich betrifft, so wissen wir durchaus nicht, wie derselbe sich anfangs zu der ganzen Sache stellte. Dass er in Sigmund den Gedanken der Thronbewerbung angeregt habe, ist eine rein aus der Luft gegriffene Vermutung; erst als der König entschlossen war, wie er handeln wolle, hat er den Burggrafen mit der Ausführung seines Planes betraut. Was war auch natürlicher, als dass er jetzt, wo der einzuschlagende Weg klar vorgezeichnet war, zur Ausführung der geplanten Mass-regeln den Mann unter seinen Räten auswählte, welcher die deutschen Verhältnisse am besten kannte, und dessen Tüchtigkeit er schon erprobt hatte? Und dieser wird gerne die ihm gebotene Gelegenheit ergriffen haben, eine seinen Fähigkeiten angemessene Rolle zu spielen.

Der Wahltag war vom Mainzer Erzbischofe auf den 1. September nach Frankfurt ausgeschrieben; die vier Rheinischen Kurfürsten erschienen auch daselbst. Sigmund, welcher einen zweifellos unberechtigten Anspruch auf die Führung der brandenburgischen Kurstimme erhob,¹⁾ hatte als seinen Vertreter für diese und seinen Vertrauensmann für weitere Unterhandlungen den Burggrafen Friedrich geschickt. Derselbe wurde zwar nicht als kurfürstlicher Bevollmächtigter²⁾, wohl aber als ungarischer Gesandter eingelassen, ein Zeichen,³⁾ dass die Gegenpartei immer noch nicht daran verzweifelte, den Pfalzgrafen und den Trierer zum Uebertritt zu Johann XXIII. zu bestimmen, und damit eine einstimmige Wahl zu ermöglichen.

Als diese Aussicht immer mehr und mehr schwand, suchte der Mainzer den Wahltag hinauszuschieben, bis die Verhandlungen, die er mit Jost von Mähren und Wenzel

¹⁾ Vgl. Kerler in D.R.A. VII. S. 4 dem Kaufmann, Finke, Quidde sich anschliessen.

²⁾ D.R.A. VII. Nr. 23.

³⁾ Kaufmann S. 26—27.

eingeleitet hatte, zum Ziele gekommen seien. Aber seine Gegner durchschauten das Spiel und erklärten am 19. September endgültig, sie würden am folgenden Tage die Wahl vornehmen. Während der Nacht sprach Johann von Mainz über die Stadt Frankfurt das Interdict aus; so fanden die Kurfürsten am nächsten Morgen die Bartholomäuskirche verschlossen, und keinen Priester, der öffnen wollte. Da traten der Trierer Erzbischof, der Pfalzgraf und Burggraf Friedrich auf dem Kirchhofe hinter dem Frohnaltar und dem Chore zusammen; die beiden ersteren prüften Friedrichs Vollmacht und erklärten ihn für berechtigt zur Führung der brandenburgischen Stimme; nach Absingung der in der goldenen Bulle vorgeschriebenen Lieder wurde dann von ihnen die Wahl vorgenommen und Sigmunds einstimmige Erwählung verkündet. Auf Grund eines mitgebrachten Vollmachtsbriefes erklärte der Burggraf sogleich, dass er in Sigmunds Namen die Wahl annehme.

Es ist von dem Augenblicke der Wahl an bis heute viel gestritten worden, ob dieselbe rechtmässig gewesen sei oder nicht.¹⁾ Die Frage wird überhaupt nicht sicher zu entscheiden sein, weil die betreffende Bestimmung der Goldenen Bulle verschiedene Erklärungen zulässt.²⁾

¹⁾ Am entschiedensten behauptet das erstere Droysen I. S. 277, das letztere Kaufmann S. 34—35.

²⁾ Die Goldene Bulle (ed. Harnack, das Kurfürsten-Collegium) bestimmt I. 18. (S. 211.), dass derjenige Kurfürst, der zur Wahl nicht kommt oder einen Bevollmächtigten nicht sendet, für den betreffenden Fall sein Wahlrecht verliert, sie sagt aber II, III und IV (S. 213) nur, dass der von dem grösseren Teile der Kurfürsten Gewählte rechtmässiger König sein solle, ohne zu bestimmen, ob unter „Major pars“ die absolute Mehrheit des Collegiums, also stets vier, zu verstehen sei, oder nur die Mehrheit der ihr Wahlrecht ausübenden Kurfürsten. Für beide Anschauungen lassen sich Gründe geltend machen. Offenbar war bei Abfassung des Gesetzes der Fall, dass ein Kurfürst einmal sein wichtigstes Recht nicht ausüben werde, gar nicht in Erwägung gezogen worden. Selbstverständlich hat man die Wahl von dem Gesichtspunkte aus als unrechtmässig zu bezeichnen, dass, da den Kurfürsten kein Absetzungsrecht zustand, eine rechtmässige Wahl überhaupt nach Wenzels Tode oder Verzicht erst möglich war. Aber es handelt sich hier um die Frage, wie die Wahl zu beurteilen sei, wenn

Inzwischen war, wie wir bereits sahen, dem Markgrafen Jost von Mainz und Köln die Krone angeboten; er war nicht abgeneigt, darauf einzugehen, wollte sich aber vorher mit Wenzel verständigen und reiste daher Anfang August zu ihm nach Prag.¹⁾ Man einigte sich nicht gleich, aber Jost richtete doch nach Frankfurt die Aufforderung, den Wahltag zu verschieben. Die beiden Erzbischöfe schickten nochmals den Grafen Philipp von Nassau zu ihm, und diesem wird er seine Annahme der Bedingungen erklärt haben; es waren dieselben die man Sigmund gestellt hatte. Schliesslich liess sich auch Wenzel zur Zustimmung bewegen, wobei es freilich zweifelhaft bleibt, wie weit es ihm damit Ernst war; denn ziemlich gleichzeitig liess er in Frankfurt seinen Verzicht auf das Reich und sein Einverständnis mit Jost's Candidatur erklären und forderte in ostentativer Weise von den süddeutschen Reichsstädten als regierender Römischer König Bezahlung der Reichssteuern.

Man beeilte sich nun, der Wahl Sigmunds durch eine andere zu begegnen; den beiden Erzbischöfen blieb ja nichts anderes übrig, wenn sie den Ungarkönig nicht bedingungslos anerkennen wollten; am 1. Oktober wurde Jost von vier Kurstimmen zum Könige gewählt; der sächsische Bevollmächtigte, der in gleichem Sinne instruiert war, kam zu spät an.

So hatte nun auch das Reich drei Oberhäupter gleich der Kirche. Freilich zögerten Sigmund und Jost beide noch mit der ausdrücklichen Annahme der Wahl²⁾; für den ersteren zwar hatte sie Burggraf Friedrich erklärt, aber eine von seinen Anhängern erwartete persönliche Kundgebung blieb aus. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, dass zwischen den drei Königen über einen gütlichen Ausgleich

man die Thatsache von Wenzels Absetzung anerkennend, das Reich als durch Ruprechts Tod erledigt betrachtet; denn auf diesem Standpunkt standen 1410 die wählenden Fürsten und von ihm aus stritten sie über die Rechtmässigkeit der Wahl.

¹⁾ Für das Folgende vgl. Kaufmann S. 21—23. und 32—36.

²⁾ Für die folgende Darstellung vgl. Kaufmann S. 36—63 mit den Berichtigungen, welche Quidde auf S. 11—18, 25—36, 42—44 giebt.

verhandelt wurde; bevor jedoch feste Abmachungen zu Stande kamen, starb plötzlich Jost am 18. Januar 1411. Sofort liess jetzt Sigmund die schon lange ausgefertigten Proclamationen an die Reichsstände abgehen, durch welche er ausdrücklich die Annahme der Wahl erklärte und zu Gehorsam und Huldigung aufforderte¹⁾, ohne jedoch die Verhandlungen mit Wenzel abubrechen. Die Kurfürsten von Mainz und Köln boten nun Wenzel die Krone an, demselben Manne, welchen sie vor elf Jahren selbst abgesetzt hatten; derselbe Philipp von Nassau, welcher die Verhandlungen mit Jost geführt hatte, war auch diesmal ihr Bevollmächtigter. Wenzel schwankte anfangs, endlich aber einigte er sich mit Sigmund dahin, dass er diesem die Regierung des Reiches überliess und sich mit dem Königstitel und der Aussicht auf die Kaiserkrone begnügte. Das Abkommen war über die Köpfe des Mainzers und Kölners hinweg getroffen, und diese vernahmen die Nachricht davon mit Unwillen. Allerdings setzten sie die Abhaltung eines neuen förmlichen Wahltages durch, von dem Trier und Pfalz sich fernhielten, während die fünf anderen Kurstimmen am 21. Juli 1411 Sigmund nochmals wählten; auch erlangten Mainz und Köln von dem letzteren dieselben Zugeständnisse, die ihnen Jost gemacht hatte; aber im Ganzen war ihre Niederlage augenscheinlich. Was sie gewollt hatten, war nicht geglückt; weder waren Trier und Pfalz zu Johann XXIII. übergetreten, noch hatte Sigmund ihnen allein die Krone zu danken, war vielmehr von ihnen unabhängig geblieben. Er betrachtete diese zweite Wahl als leere Formalität und zählte seine Regierungsjahre stets von der ersten.

Burggraf Friedrich war an den Unterhandlungen, welche der zweiten Wahl vorangingen, nicht beteiligt; er würde ja sonst seine ganze Thätigkeit des vorigen Jahres dementiert haben. Aber er missbilligte das Vorgehen Sigmunds keines-

¹⁾ Die von Droysen I, S. 279 aus den ganz allgemeinen Eingangsphrasen dieser Urkunde gezogenen Folgerungen für Sigmunds und damit auch für Friedrichs reformatorische und nationale Gesinnung sind ohne jede Beweiskraft.

wegs. In seinen Briefen an Nürnberg¹⁾, in denen er die schwebende Frage berührt, berichtet er darüber in dem Tone eines Mannes, der mit dem, was er erzählt, ganz einverstanden ist. Ausserdem hat er dem mainzischen Unterhändler Philipp von Nassau einen Gnadenbeweis des Königs vermittelt,²⁾ was er sicher nicht gethan haben würde, wenn er den Absichten dieses Mannes feindselig gegenübergestanden hätte. Wir werden also annehmen können, dass er Sigmunds Handlungsweise, als diejenige, welche am bequemsten und ohne Kampf zum Ziele führte, billigte.³⁾

Friedrich war also während der Wahl, wie wir gesehen haben, mit einzelnen wichtigen Aufträgen betraut, und hat diese mit Geschick und Erfolg ausgeführt. Aber entscheidend hat er nirgends eingegriffen, nirgends ist er aus der Rolle eines Rates und Bevollmächtigten des Thronbewerbers Sigmund von Ungarn herausgetreten, sondern überall hat er nach den ihm erteilten Instructionen gehandelt. Es ist also nicht richtig zu sagen, er habe dem Könige die Krone

¹⁾ DRA. VII Nr. 35 und 36, das her Sigmund sich mit ganzem vesten fleisse und ernste in allen sachen darzu schicket, den sachen fürbazzer nachzukommen“ „nach allem unserm verstendnusse so werden sie sich, ab got wil, gutleichen einen.“

²⁾ Urkunde Sigmunds, dat. 1411. Sept. 29. Pressburg (bei Quidde a. a. O. S. 28—30), in welcher er Philipp von Nassau zu seinem Rat ernennt und ihm ein Jahrgehalt von 1000 Gulden verschreibt. Friedrichs Beteiligung folgt aus dem Eschatocoll: „per dominum Fridericum burggravium Nurnbergensem Johannes Kirchen.“

³⁾ Nach Droysen (I S. 287 u. 289.) ist Sigmunds Eingehen auf die Neuwahl ein Abgehen von dem Wege, den ihm Friedrich gebahnt hatte, sie verrückte wesentlich den Gang der Politik, wie die „Reichsgetreuen“ ihn hofften. Noch schärfer drückt sich Riedel (Zehn Jahre S. 20, Gesch. d. Pr. K. II. S. 23) aus; ihm ist es völlig klar, dass der Burggraf mit diesem Schritte nicht einverstanden war. Beiden erscheinen ja Mainz und Köln als die Führer der particularistischen Opposition, während Trier und Pfalz die „Reichspartei“ darstellen, „als deren Führer Burggraf Friedrich jedem sichtlich hervortrat.“ (Droysen I S. 278.) In Wahrheit war für beide der persönliche Vorteil in gleicher Weise massgebend.

verschafft.¹⁾ Dass nationale Gesichtspunkte ihn geleitet hätten, ist nicht zu beweisen, vielmehr höchst unwahrscheinlich. Denn selbst wenn ein Staatsmann von nationalen Gedanken Sigmund für den geeigneten Mann zur Durchführung der Reichsreform gehalten hätte, so müsste er aus dem Verlaufe der Wahl seinen Irrtum erkannt haben. Was war von einem Fürsten zu hoffen, welcher ängstlich die Privatinteressen der einzelnen Mächtigen schonte, welcher in seinen Capitulationen wichtige Königsrechte hingab und offiziell an der Komödie einer Neuwahl, die er sonst ignorierte, teilnahm, nur um den Widerspruch zweier Fürsten zu beseitigen, deren Stimmen er gar nicht mehr brauchte, und die ihm offen sicher nicht zu widerstehen gewagt hätten?

Schon hier, bei der Wahl, hätten Sigmunds und Friedrichs Wege sich scheiden müssen, wenn der letztere von nationalen Ideen sich hätte leiten lassen. Dass dies nicht geschah, dass der Burggraf nach wie vor des Königs Freund und Vertrauter blieb, ist ein deutliches Zeichen davon, dass er nicht an dem Gedanken der Reichseinheit, sondern an Sigmunds Person hing.²⁾

¹⁾ Mit Recht betont Lenz, Sigism. u. Heinr. V, S. 59, dass Ludwig von der Pfalz sicher ebensoviele, wenn nicht mehr Verdienste um das Zustandekommen der Wahl vom 20. Sept. 1410 hat, als Friedrich. Ihm schliesst sich an Wendt, Reichstag unter Sigmund, S. 119. Anm. 1.

²⁾ Im Gegenteil sagt Droysen I S. 442: „Nicht um Sigmunds Person, sondern um des Reiches Willen, hatte der Burggraf die Königswahl von 1410 durchgesetzt.“

II.

Die Uebertragung der Mark an Friedrich. Das Constanzer Concil.

Durch den Tod Josts war Sigmund Markgraf von Brandenburg geworden. In diesem Lande herrschte seit Karls IV. Tode (1378) völlige Anarchie. Ihm war damals schon Sigmund gefolgt, aber durch Verpfändung war die Mark aus einer Hand in die andere gegangen, hatte jedoch stets einen Luxemburger als Herrn behalten. Freilich ihre Herrschaft war nur nominell; denn die Mark warf wenig Einkünfte für ihren Regenten ab, und so galt sie immer als ein ziemlich wertloses Nebenland; nur die an ihr haftende Kurstimme verlieh ihr einigen Wert. Dazu kam, dass die Marken nicht leicht zu regieren waren: ein trotziger Adel, selbstbewusste Städte und feindliche Nachbarn hatten schon den Askaniern zu schaffen gemacht, und jetzt, wo der Landesfürst sich um gar nichts kümmerte, wuchs das Selbstbewusstsein und der Eigenwille der einzelnen natürlich in hohem Grade. Das Raubritterwesen stand in voller Blüte, Handel und Verkehr nahmen ab mit der wachsenden Unsicherheit der Strassen, jede Stadt beschränkte sich auf den Schutz ihrer Mauern und ihrer nächsten Umgebung und schloss sich möglichst ab. Ueber der Sorge um das Nächstliegende, die persönliche Sicherheit, vergass man ganz das Gemeinwohl, verlor man überhaupt das Bewusstsein staatlicher Zusammengehörigkeit. So wurde es den Nachbarn leicht, ein Stück nach dem anderen abzureissen: Magdeburg ging in der Altmark, Mecklenburg in der Priegnitz, Pommern in der Ucker-

mark in dieser Weise vor, und die Neumark war ganz an den Deutschen Orden verpfändet. Ihre Wiedereinlösung wurde immer mehr in die Ferne gerückt, je öfter Sigmund neue Anleihen beim Orden machte und diese auf die Pfandsumme aufschlug.¹⁾

Unter diesen Umständen war an eine wirkliche Regierung des Landes nur zu denken, wenn der Herrscher seine ganze Kraft auf diese schwierige Aufgabe verwendete; vor allen Dingen aber war die persönliche Anwesenheit desselben durchaus erforderlich. Es war klar, dass Sigmund an eine solche Thätigkeit gar nicht denken konnte; war er schon in Ungarn durch mannichfaltige Geschäfte festgehalten, so kamen nun die Aufgaben der Reichsregierung hinzu; wie sollte er Zeit finden für die mühsame und undankbare Regelung der Angelegenheiten eines so abgelegenen Besitzes? So war zu erwarten, dass auch seine ferneren Beziehungen zu den Marken nur in der Führung des Titels, Bestätigung der Privilegien und Hinsendung einzelner Briefe mit Geldforderungen oder fruchtlosen Mahnungen zu Ordnung und Ruhe bestehen würden. Der bisherige anarchische Zustand wäre damit dauernd geworden. Das Land befand sich in einem ähnlichen Prozesse der Auflösung wie der, welcher vor zweihundert Jahren in Franken und Schwaben mit der Zersplitterung in Hunderte von selbständigen Territorien geendet hatte.

Der am nächsten liegende Gedanke für Sigmund musste in dieser Lage sein, die Aufgaben, die er selber nicht erfüllen konnte, einem Stellvertreter zu übergeben und diesem die Möglichkeit der Lösung durch möglichst ausgedehnte Vollmachten zu gewähren. Aber die Ausführung dieses Gedankens war doch nicht so leicht. Denn, vorausgesetzt, man hätte einen Mann gefunden, der zur Uebernahme dieses Amtes fähig und bereit war, wie sollte er es ausüben können, ohne Anwendung von Gewalt gegen widerspenstige Untertanen

¹⁾ Vgl. die Urkunden Sigmunds von 1409 Januar 27. Ofen und 1410 März 2. Ofen, C. D. B. II, 3 S. 170 und 173.

und beutegierige Feinde? Er musste also nicht nur eine Truppenmacht zur Verfügung haben, sondern auch vor allen Dingen das nötigste Mittel zur Kriegführung, Geld; das aber war es, was auch Sigmund am meisten fehlte. Die Landeseinnahmen konnten ja unter den obwaltenden Umständen gar nicht in Betracht kommen gegen die Kosten, welche eine durchgreifende Reorganisation, wie sie nötig war, machen musste. Was sollte man also thun?

Es ist Sigmund gelungen, in dieser schwierigen Frage den rechten Mann zur Lösung der Aufgabe zu finden und auch ein Mittel zur Ausführung, wenngleich er wohl noch nicht ganz voraussah, wozu dessen Anwendung führen werde. Sobald die Sache näher erwogen wurde, war Burggraf Friedrich vom Könige für die Stellung eines „obersten Hauptmanns der Mark“ in Aussicht genommen. Schon bevor er dazu ernannt wurde, gingen alle Regierungshandlungen, die Sigmund in Bezug auf die Marken vornahm, durch seine Hände. In den Urkunden ist regelmässig seine Beteiligung erwähnt.¹⁾ Auch wurde er den märkischen Abgeordneten, welche im Mai und Juni in Ofen weilten, um dem Könige im Namen der Städte und der Mannschaft die Huldigung zu leisten, bereits als der Mann bezeichnet, welcher in Zukunft ihr Herr sein werde.²⁾

Die Ernennung selbst wurde von Sigmund am 8. Juli vollzogen und in einem offenen Briefe vom 11. Juli den

¹⁾ Im Eschatocoll, gewöhnlich in der Form: per dominum Fridericum burggravium Nurnbergensem N.N; so in der Urkunde der Verpfändung von Lanzen 1411 Juni 30. Ofen (C. D. B. I, 3. S. 411), den Privilegienbestätigungen für Brandenburg (C. D. B. I, 9 S. 86), Strausberg (I, 12 S. 81.) Bernau (I, 12. S. 169), Salzwedel (I, 14 S. 219), Stendal (I, 15, S. 208), Müncheberg (I, 210 S. 153), Frankfurt (I, 23. S. 152), Berlin und Köln (suppl. S. 268.). alle datiert Juli 3. Ofen. In den an demselben Datum ausgestellten Urkunden für Kyritz (I, 1. S. 378), Belitz (I, 9. S. 484) und Potsdam (I, 11. S. 158), fehlt der Zusatz wohl nur aus Versehen, denn gerade bei ihnen benutzte Riedel nicht die Originale, sondern Abschriften.

²⁾ Magdeburgische Schöppenchronik (Deutsche Städte-Chroniken VII.) S. 331—332.

märkischen Ständen bekannt gegeben mit der Mahnung, dem Burggrafen und dessen Stellvertreter Gehorsam zu leisten.¹⁾ Die Kosten der Regierung und der Landesverteidigung zu tragen, soweit sie durch die Einnahmen nicht gedeckt würden, war Friedrich verpflichtet. Um ihm aber eine Sicherheit dafür zu bieten, dass er sein Geld nicht ohne jedes Äquivalent für fremde Interessen opfere und sich noch Mühe und Arbeit dazu aufbürde, wurde ihm die Hauptmannschaft nicht vorübergehend auf kurze Zeit übertragen, sondern erblich und unwiderruflich. Sollte der König oder seine Erben dieselbe von dem Burggrafen oder seinen Erben wiederhaben wollen, so sollten sie vorher die Summe von 100 000 Gulden baar bezahlen, um dieselben hierdurch für alle Aufwendungen, die sie gemacht hätten, und die für sie dann wertlos würden zu entschädigen.

Durch diese Bestimmung war soviel erreicht, dass dem Burggrafen ermöglicht war, sein eigenes Geld in die märkische Unternehmung zu stecken, ohne Gefahr, es dadurch zu verlieren; aber sie setzte das Vorhandensein so grosser Mittel bei Friedrich voraus, dass dieser einen ziemlich langwierigen und kostspieligen Krieg davon bestreiten könne. Nun waren aber die finanziellen Verhältnisse des Burggrafen durchaus nicht günstig gestaltet, wie wir von früher her wissen; also musste noch ausserdem für die augenblicklichen Bedürfnisse auf andere Art gesorgt werden. Das bezweckten einige königliche Verfügungen²⁾, welche alle Reichsstädte anwiesen, die am 11. November 1410 und 11. November

¹⁾ Urkunden vom 8. Juli Ofen und 11. Juli Ofen C. D. B. II., 3. S. 178 und 181.

²⁾ Allgemeine Verfügung an die Reichsstädte vom 3. Juli 1411 Ofen, Die Befehle an die Städte in Schwaben, Franken, Baiern, Elsass, am Rhein und in der Wetterau, 1411 August 31. zu der Burge und an die Judenschaft im Reiche, von demselben Datum, bei Minutoli, Friedrich I. S. 60, 64 und 65 enthalten nicht, wie Riedel, Zehn Jahre S. 54, und S. 333. Anm. 6. annimmt, einem Widerruf, sondern bestimmen nur einen Teil der erwähnten Summen, nämlich die halbe Judensteuer und den Opferpfennig, welche 11. November 1411 fällig sind, und ausserdem die am 25. Dec. 1411 fälligen Raten derselben Steuern, zur Unterhaltung des königlichen Hofes.

1411 fälligen Reichssteuern, Judensteuern und Opferpfennige an Burggraf Friedrich auszusahlen, dem der König sie zum Lohne für seine treuen Dienste geschenkt habe. Da der neue Landesverweser aber auf den Eingang dieser Summen warten musste, auch noch anderweitige Geschäfte vorher zu erledigen hatte, so zögerte er mit der Reise in die Marken und ernannte bis zu seiner Ankunft den Edlen Wend von Ileburg zum Unterhauptmann¹⁾, indem er zugleich auch seinerseits die Privilegien der Stände anzuerkennen und zu schützen versprach.²⁾

So stellt sich uns dieser Akt, welcher die Keime zu folgensweren Ereignissen enthielt, nach den Quellen dar; insbesondere sind die Motive Sigmunds dafür, dass der Uebertragung der Statthalterschaft die Form einer Verpfändung gegeben wurde, wie er sie selbst in der Ernennungsurkunde angiebt, durchaus verständlich und rechtfertigen vollkommen das eingeschlagene Verfahren. Wir sind daher weder berechtigt, anzunehmen, dass schon damals weitergehende Pläne in Bezug auf die Mark gefasst worden seien³⁾, noch dass die Ernennung Friedrichs eine Maassregel gewesen sei⁴⁾,

¹⁾ Urkunde von 1411 Juli 21. zu der Burge C. D. B. contin. I. S. 43, wiederholt Septbr. 27. Prespurg C. D. B. III, 1. S. 45.

²⁾ Urkunde von 1411 Juli 21. zu der Burge C. D. B. contin. I. S. 44.

³⁾ Riedel, Zehn Jahre S. 24—50. u. 238—252., Geschichte der Pr. K. II. S. 28—56) meint annehmen zu müssen, dass schon jetzt bei Sigmund der Entschluss festgestanden habe, dereinst den Vollbesitz des Kurfürstentums mit allen daran haftenden Ehren und Würden an Friedrich abzutreten, und dass nur die Schwierigkeit der hierbei in Betracht kommenden Rechtsfragen zur vorläufigen Wahl dieser unvollkommenen Form geführt habe. Man kann wohl zugeben, dass dies möglich ist; aber wozu soll man von der Ueberlieferung abgehen, wenn diese in sich lückenlos und widerspruchlos ein volles Verständnis des Herganges auch ohne solche Hypothesen gewährt.

⁴⁾ Droysen (I. S. 288—297) acceptiert nicht nur Riedels Ansicht, für welche „Sigmunds Verfahren von Anfang her den Beweis gebe,“ sondern bringt noch ein neues Motiv hinein. Er meint, die Uebertragung der Marken sei ein Gegenzug gewesen gegen die dem Könige von Mainz und Köln abgerungenen Zugeständnisse: er habe Friedrich dorthin geschickt, um in einem kleinen Kreise zu zeigen, wie man auch im Grossen, d. h. im Reiche

die mehr im Reiche habe Eindruck machen, als dem Lande den Frieden zurückgeben sollen.

Es dauerte noch ein Jahr, bis der Burggraf in Person den Boden des ihm anvertrauten Landes betrat. Inzwischen diente er dem Könige in den mannichfaltigsten Angelegenheiten, und wir wollen ihn einmal in seine Thätigkeit begleiten, um schätzen zu können, was Sigmund an diesem Manne hatte, der in den verschiedensten Dingen sich gleich vorzüglich bewährte. Man kann seine Stellung am Hofe des Königs wohl der eines leitenden Ministers unserer Tage vergleichen; sein Reichsfürstenrang trat ganz zurück gegen seine amtliche Stellung als erster Rat und Vertrauter des ersten Herrschers in Europa.

Von der ersten Frankfurter Königswahl, bei der er thätig gewesen, begab sich Friedrich zunächst nach Heidelberg zu dem mächtigsten Anhänger Sigmunds im Reiche, Pfalzgraf Ludwig, seinem Neffen. Von hier aus that er den Reichsstädten kund¹⁾, dass der Pfalzgraf bis zu des Königs Ankunft ihre Beschirmung gegen jede Unbill übernommen habe. Diesem war damit Sigmunds Vertretung in Deutschland, welche der Burggraf bisher besorgt hatte, übertragen. Dann reiste Friedrich wieder nach Ungarn zurück; unterwegs benutzte er einen Aufenthalt in seiner Stadt Ansbach zu Verhandlungen mit Nürnberg²⁾, das er zur Anerkennung

mit allen particularistischen Neigungen gründlich aufzuräumen gedenke; es sollte ein Exempel an den kleinen märkischen Edelleuten statuiert werden für die trotzig-süddeutschen Fürsten: so war die Ernennung des Burggrafen zum Verweser der Marken die erste Bethätigung des gemeinsamen nationalen Programms. — Einen Beweis für solche Gedanken giebt es in den Quellen nicht; Droysen sagt selbst über das Ernennungs-Patent: „von den weitergehenden Zwecken des Königs spricht die Urkunde natürlich nicht.“ Wie will man überhaupt einen Beweis führen, wenn der Zusammenhang ihn nicht liefert und die Ueberlieferung auch nicht? Die vorgefasste Meinung von dem nationalen Programme hat hier, wie öfter, Droysens Darstellung beeinflusst.

¹⁾ Urkunde von 1410. September 27. Heidelberg, DRA. VII, Nr. 34.

²⁾ Brief Friedrichs an Nürnberg, dat. 1410. October 2. Ansbach, DRA. VII. Nr. 35.

Sigmunds zu bewegen suchte. Diese Bemühungen setzte er auch von Ungarn aus fort¹⁾, besonders nachdem Jost gestorben war²⁾; freilich hatte er damit wenig Erfolg, da vor der zweiten Wahl nur Geldern, Aachen und die Meissener Markgrafen ihre Anerkennung brieflich aussprachen.³⁾ Er gehörte ferner zu den fünf Männern, welchen der König nach Jost's Tode die Beschirmung der Strassen und den Schutz der Städte bis zu seiner Ankunft im Reiche übertrug⁴⁾. Wie er sich zu den Verhandlungen mit Böhmen, Sachsen, Mainz und Köln, die das Frühjahr 1411 ausfüllten, stellte, haben wir schon gesehen.

Die Anhänger Sigmunds im Reiche betrachteten Friedrich gewissermaassen als ihren Vertrauensmann; durch ihn erhielten sie Nachrichten vom Hofe⁵⁾ und liessen solche dahin gelangen; man bat um seine Vermittelung und Fürsprache, wenn man etwas erreichen wollte.⁶⁾ Der Burggraf leitete die Einnahme der Reichssteuern, auch soweit dieselben ihm nicht überwiesen waren, und hatte daraus einen Fonds zu bilden, von welchem des Königs bevorstehende Reise nach Deutschland bestritten werde sollte.⁷⁾

Als durch die zweite Wahl Sigmunds Königtum

¹⁾ Brief Friedrichs an Nürnberg, dat. 1410. December 14. Diakovar, DRA. VII, N. 36.

²⁾ Briefe Friedrichs an Frankfurt 1411. Januar 27. Ofen, DRA. VII, 43, und an Nürnberg 1411. Juli 3. Ofen, DRA. VII, Nr. 78 und 1411 Juli 10. Ofen, DRA. VII, Nr. 79.

³⁾ Dies geht hervor aus dem cit. Briefe, DRA. VII, 78.

⁴⁾ Urkunden Sigmunds von 1411. Januar 21. Ofen, DRA. VII, Nr. 38 u. 39.

⁵⁾ So wendet sich Pfalzgraf Ludwig deshalb an Burggräfin Elisabeth. Brief vom 28. Mai 1411, DRA. VII, Nr. 71.

⁶⁾ So Nürnberg 25. Juli, DRA. VII, 83, Frankfurt 1. August, Janssen I, 435 (Regest); Friedrichs Antwort, August 25. zu der Burge, Janssen I, 442 (Regest).

⁷⁾ Vgl. die schon erwähnten Urkunden Sigmunds vom 31. August 1411. (Minutoli I S. 64 u. 65) und die an Nürnberg 25. Jan. und 2. Dec. 1412 ausgestellten Quittungen, erwähnt bei Riedel, Zehn Jahre, S. 333 Anm. 6.

völlig gesichert war, und die Aufgaben des neuen Amtes nun immer dringender sich geltend machten, wurde Friedrich wieder zu verschiedenen diplomatischen Sendungen verwendet. Zunächst ward er zu den österreichischen Herzogen geschickt, um eine Annäherung derselben an Sigmund herbeizuführen, dessen Politik sie bisher vielfach durchkreuzt hatten. Jetzt bot Gelegenheit zur Einmischung der Streit der Herzoge mit den Ständen wegen der Vormundschaft über ihren jungen Neffen Albrecht V., welche ihnen nur bis zum 23. April 1411 zustand, die sie aber doch niederzulegen sich weigerten. Anfang August befand sich der Burggraf dieser Verhandlungen wegen in Pressburg¹⁾, und seinen Bemühungen gelang es, den Herzog Ernst zu einer persönlichen Besprechung mit Sigmund zu bewegen.

Nach seiner Rückkehr fand er in Ofen beim Könige Gesandte von dessen Bruder Wenzel, darunter den Herzog Rudolf von Sachsen, seinen künftigen Grenznachbarn, vor. Zwischen diesem Fürsten und Friedrich knüpfte Sigmund nicht nur eine vorübergehende Verbindung, sondern einen dauernden Bund, der durch die Verlobung von des Burggrafen ältestem Sohne Johann mit des Kurfürsten jüngster Tochter Barbara, die beide noch Kinder waren, besiegelt wurde.²⁾ Als Mitgift verschrieb der König dem jungen Paare 50 000 Gulden, welche Summe ihnen auf die Mark versichert ward, in derselben Weise, wie die an Friedrich früher überwiesenen 100 000 Gulden; damit stieg die Rückkaufssumme für die Hauptmannschaft jetzt auf 150 000 Gulden.

Sigmunds Beziehungen zu Oesterreich nahmen festere Gestalt an durch die Verlobung seiner einzigen Tochter Elisabet mit dem jungen Herzoge Albrecht, welche am 28. September in Gegenwart von des Bräutigams Oheim, Ernst von Steyermark, und des Burggrafen Friedrich voll-

¹⁾ Vergl. den Brief Friedrichs an Nürnberg, 1411. Aug. 3. Pressburg, DRA. VII, 84.

²⁾ Urkunde vom 25. August 1411, zu der Burge, C.D.B. II, 3 S. 184 Minutoli I S. 61.

zogen ward.¹⁾ Man kann wohl annehmen, dass die Einleitung dieses Schrittes mit zu des letzteren Aufgaben bei seiner Reise gehört hatte. Auf dieser Zusammenkunft erklärte Ernst auch, dem Schiedspruche Sigmunds in Betreff der Vormundschaft sich fügen zu wollen. Freilich, als dann des Königs Spruch gegen die Herzoge Ernst und Friedrich ausfiel, war das gute Einvernehmen mit diesen wieder dahin. Herzog Friedrich eignete sich unbedenklich Reichsgut zu und knüpfte mit Sigmunds Feinden, den Venetianern, Unterhandlungen an²⁾, während Ernst, zu ebenso grossem Verdrusse des Königs, um die Nichte Wladislavs von Polen, die schöne Cimbarka von Masovien warb.³⁾ Denn wenn auch Sigmund nicht mehr im offenen Kriege mit Polen lag, so war doch das Verhältnis ein sehr gespanntes. Die grosse Niederlage des Ordens bei Tannenberg und der Thorner Friede hatten keineswegs den Erwartungen des Königs entsprochen; vergebens versuchte er die Ritter zur Erneuerung des Krieges zu bewegen durch den Hinweis, dass er, jetzt Markgraf von Brandenburg geworden sei und ihnen besser als früher werde helfen können.⁴⁾ Aber mit besorgten Blicken sah er nach wie vor zu dem Nachbarreiche hinüber.

So spielte denn auch bei des Burggrafen nächster Mission die polnisch-preussische Frage eine Rolle. König Wenzel nämlich hatte sich von dem Orden abgewandt, sobald er sah, dass dieser kein Geld mehr hatte; er hatte eine erbetene Unterstützung verweigert⁵⁾, sogar die Güter des

¹⁾ Eb. Windecke cap. 22b (bei v. d. Hagen).

²⁾ Vgl. Sigmunds Brief an Herzog Friedrich, 1411. November 28. zu der Burge, Janssen I, 445.

³⁾ Es folgt hieraus, dass Franklin (S. 78—79) fälschlich behauptet, des Burggrafen Vermittelung mit Oesterreich habe den Zug nach Italien erst ermöglicht; denn das von Friedrich vermittelte Einvernehmen schwand nach ein paar Wochen wieder und der italienische Zug wurde erst nach einem Jahre unternommen.

⁴⁾ Brief Sigmunds an den Hochmeister, 1411. Januar 21. Ofen, erwähnt Voigt, Gesch. Preussens VII S. 137.

⁵⁾ Brief des Hochmeisters an Wenzel, 1411. Februar 6. Thorn, erwähnt Voigt VII S. 138.

Ordens in Böhmen beschlagnahmt¹⁾ und sah ruhig zu, wie viele seiner Untertanen den slavischen Stammesgenossen gegen die Deutschherren zu Hülfe zogen. Darüber hatten die Ritter sich bei Sigmund bitter beklagt, und dieser sandte nun dem Burggrafen Friedrich, der schon in anderer Angelegenheit nach Prag abgereist war, die Instruction nach²⁾, er möge auf König Wenzel, soviel er könne, zu Gunsten des Ordens einwirken.

Mitte December war Friedrich in Prag; er erlangte hier von Wenzel als Sigmunds nächstem Erben die Bestätigung seiner Hauptmannschaft in der Mark, wogegen er versprach, nach Sigmunds Tode den Böhmenkönig als seinen Herrn anerkennen und auch ihm gegen Bezahlung von 150 000 Gulden die Regierung des Landes wieder zurückgeben zu wollen. Die Herzoge Rudolf von Sachsen und Ernst von Baiern-München bürgten durch ihre Mitbesiegelung für die Einhaltung dieser Abmachungen.³⁾ Wenzel that darauf auch seinerseits den Bewohnern der Mark seine Zustimmung zu den Massregeln seines Bruders öffentlich kund.⁴⁾

Von Prag kehrte der Burggraf nicht wieder nach Ungarn zurück; er begab sich erst nach Franken, wo er den Frühling zubrachte, dann in die Mark. So trennten sich Sigmund und Friedrich, nachdem sie über zwei Jahre in stetem Verkehr miteinander gelebt hatten, zuerst wieder auf längere Zeit; denn erst im Sommer 1414 haben sie sich wiedergesehen. Die Zeit ihres bisherigen Zusammenlebens aber hatte ein Band gegenseitiger Hochachtung und unbedingten Vertrauens zwischen ihnen geknüpft, das noch Jahre lang festhielt, bis unvermutete Ereignisse es zerrissen.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, zu schildern, was

¹⁾ Voigt VII S. 145.

²⁾ Instruction von 1411. December 2 zur Burge C.D.B. II, 4 S. 1, Janssen I, 446. Aschbach I, S. 426.

³⁾ Urkunden vom 15. u. 18. December 1411. C.D. B.II, 3 S. 187, 188, 190.

⁴⁾ Urkunde v. 20. Dec. 1411. C.D.B. II, 3 S. 191.

Friedrich durch Klugheit und Energie im Laufe von nicht ganz zwei Jahren in der Mark erreichte, wie er den trotzigsten Adel demütigte, mit den Nachbarn sich verständigte und Ruhe und Ordnung dem erschöpften Lande zurückzugeben bemüht war.¹⁾

Der König suchte ihm auch aus der Ferne durch Mahnungen zu Gehorsam und gütlichem Vergleich, welche er an die Untertanen und Nachbarn wiederholt sandte, seine schwere Aufgabe möglichst zu erleichtern. Auch sonst haben wir von Briefen und Botschaften Kunde, die zwischen ihnen hin und her gingen; ja des Burggrafen Rat, Ritter Erenfried von Seckendorff, begleitete den König nach Italien, und wurde von ihm zu diplomatischen Sendungen gebraucht.²⁾ Zum Schlusse seiner ersten Thätigkeit in der Mark, gleichsam zur Krönung des neuerrichteten Gebäudes erliess Friedrich ein Landfriedensgesetz,³⁾ in welchem sich sein ganzes Selbstgefühl als Herrscher, aber auch seine ernste Sorge für Ruhe und Ordnung in dem ihm anvertrauten Lande aufs deutlichste ausspricht.⁴⁾

¹⁾ S. die Darstellungen von Riedel, Zehn Jahre S. 56—194, Gesch. d. Pr. Kgsh. S. 56—220. Droysen I, S. 299—323.

²⁾ D.R.A. VII, 129 u. 131.

³⁾ Gesetz vom 20. März 1414. Tangermünde C.D.B. contin. I., S. 81—83.

⁴⁾ An dieses Gesetz knüpft Droysen (I. S. 321) folgende Betrachtung: „Der Burggraf wäre der letzte, der sich sein reichsständisches Recht, sein Landgericht, seinen Zoll und Geleit, die Hoheit über seine Unterthanen kränken liesse. Aber was er hier in der Markgrafschaft fordert und durchzuführen gedenkt, dasselbe, so erscheint es ihm, ist von Reichswegen im Reiche zu fordern möglich, ist die Summe der Reformen, deren das Reich bedarf, um in seinen Gliedern zu genesen, und als Ganzes stark zu sein. Zu ihrem Gelingen ist ja nur erforderlich, dass des Reiches hochberufene Aristokratie nach ihrer geschworenen Pflicht gegen Kaiser und Reich handle, dass sie aufhöre, an Kaiser und Reich Wucher zu treiben.“ — Dies Alles sind Reflexionen, die der nachlebende Geschichtschreiber an ein solches Gesetz knüpfen mag, bedauernd, dass es nicht nach seinen Wünschen gegangen ist. Dass der zeitgenössische Staatsmann, dem dieses Gesetz seinen Ursprung dankt, an irgend etwas anderes bei seiner Abfassung gedacht habe, als an die Herstellung geordneter Zustände in seinem Territorium, das lässt sich mit ihnen nicht beweisen.

Mit der Uebernahme der Regierung in den Marken war Friedrich in die Notwendigkeit versetzt, in der polnisch-preussischen Frage Stellung zu nehmen. Wie er aber als Verweser der Markgrafschaft nur Sigmunds Beamter, wenngleich ein besonders privilegirter Beamter, war, so trieb er auch keine selbständige Politik, sondern den Aufträgen und Instructionen des Königs gemäss¹⁾ suchte er sofort den engsten Anschluss an den Orden. Der Hochmeister kam ihm natürlich bereitwillig entgegen, denn die Freundschaft des Nachbarn war für ihn von hohem Wert.²⁾

König Sigmund selbst unternahm, während der Burggraf im Norden des Reiches wirkte, einen Feldzug nach Italien. Seine militärischen Erfolge waren nicht bedeutend, aber um so wichtiger ein diplomatischer Erfolg. Es gelang ihm, den Papst Johann XXIII. nach langem Widerstreben dazu zu bringen, dass er auf den 1. November 1414 ein Concil nach Constanz, also in eine deutsche Stadt, einberief. Bis dahin musste Sigmund noch seiner Pflicht als Reichsoberhaupt nachkommen und zu Aachen die Krone empfangen. Im Sommer 1414 kam er wieder über die Alpen nach Norden und zog den Rhein entlang über Strassburg und Speyer bis

¹⁾ Besonders die Instruction von 1412 Decbr. 7 zu der Burge C. D. B. II., 4 S. 1. vgl. Aschbach I., S. 226.

²⁾ Vgl. über Friedrichs Beziehungen zum Orden von 1412—1414 Voigt, Erwerb. der Neumark, S. 114—143. Zu dessen Darstellung ist zu bemerken: Der Inhalt des „Bündnisses“, welches Friedrich im Sommer des Jahres 1412 dem Orden anbot (S. 120), ist aus Voigt nicht näher zu ersehen, und der betr. Brief noch unpubliciert; es wird sich doch kaum um etwas anderes als einen Vertrag zur Respectierung des beiderseitigen Gebietes gehandelt haben, wie der Burggraf solche mehrfach abschloss. Um Aehnliches wird es sich auch handeln bei der „Verbindung zwischen Kurmark und Neumark“, über die nach Voigt S. 128 im Jahre 1413 verhandelt wurde. Dass am 12. April 1413 die Ordensgesandten instruiert wurden, den Burggrafen auszuforschen, ob er sich mit dem Orden gegen Polen verbinden wolle, beweist, dass ein solcher Gedanke von Friedrich vorher nicht angeregt sein kann. Auch kam ein solcher Bund bis 1414 nicht zu Stande, da der Burggraf in dem damals wieder ausbrechenden Kriege dem Orden nicht half, sondern sich neutral hielt; er folgte auch hier ganz der Taktik Sigmunds.

Coblenz; in Strassburg bereits empfangen ihn Werner von Trier und Pfalzgraf Ludwig nebst einigen ihrer Anhänger. In Coblenz hielt er einen Fürstentag und verweilte dort bis zum 9. oder 10. September, kehrte dann plötzlich um und begab sich über Heidelberg nach Nürnberg; erst nachdem er dort einen Landfrieden für Franken festgestellt hatte, zog er wieder an den Rhein, und am 8. November wurde die Krönung zu Aachen wirklich vollzogen. Burggraf Friedrich war in den ersten Tagen des September in Coblenz mit dem Könige zusammengetroffen,¹⁾ und begleitete ihn auf dem ganzen weiteren Zuge.²⁾

¹⁾ Am 21. August urkundete er noch in Brene an der märkischen Grenze, D.D.B. II, 3, S. 224. Nach Engelbercht Wusterwitz (C.D.B. IV, 1. S. 42) wäre er am 12. August aus der Mark aufgebrochen und am 27. September in Constanx eingerriten; das letztere ist sicher verkehrt.

²⁾ Ueber den Zusammenhang berichtet Eberhard Windecke, Cap. 44, folgendes: Sigmund habe nach Coblenz die Kurfürsten zu sich beschieden, aber nur der Erzbischof von Trier, der Pfalzgraf und Burggraf Friedrich seien erschienen; da sei der König unwillig geworden und habe sich nach Nürnberg gewandt, um wieder nach Ungarn zu ziehen, ohne gekrönt zu sein. Burggraf Friedrich aber habe ihm zugeredet, bis er wieder umgekehrt sei. Und als nun die Fürsten wirklich zu ihm gekommen seien, und Alles sich zum Guten gekehrt habe, sei dem Burggrafen zur Belohnung für seinen guten Rat die brandenburger Mark gegeben worden. — Dieser Bericht ist lange für wahr gehalten und von Franklin (S. 85—90), Riedel, (Zehn Jahre, S. 195 f., Gesch. d. Pr. Kgsh. II, S. 221 f.), Droysen (I. S. 528) in demselben Sinne ausgebeutet worden. Droysen sagt: „der Entschluss Sigmunds drohte alles mit einem Male dahinzugeben, was die Treuen im Reiche von ihm „für des Reiches Besserung gehofft hatten;“ aber der Burggraf wusste ihn umzustimmen; „sein Eifer und sein Einfluss musste Bürge sein, dass auch die Fürsten ihrer Pflicht nicht fehlen würden.“ Lenz (Sigismund und Heinrich V, S. 61—63) hat zuerst die Erzählung Windeckes für eine Fabel erklärt. Er hob hervor, dass der König auch während der Zeit, wo er angeblich zum Verzicht entschlossen gewesen sein soll, Handlungen vornahm, die unzweifelhaft seinen Willen bekunden, die Reichsregierung fortzuführen und dem Concil zu präsidieren. So wies er nach, dass der König in Coblenz vor dem 2. September solche Gedanken nicht gehabt haben kann, wie Windecke angiebt, und dass er sie am 13. September in Heidelberg nicht mehr hatte, während er doch erst in Nürnberg durch den Burggrafen umgestimmt sein soll. — Aber es blieb immer noch die Möglichkeit offen, dass Sigmund erst nach

Der eingeschlagenen Route nach war es ursprünglich des Königs Absicht, direkt nach Aachen zu ziehen; aber bald machten sich Gründe geltend für einen Aufschub der Krönung. Es mag mitgewirkt haben, dass der Kurfürst von Sachsen und Burggraf Friedrich noch nicht anwesend waren; entscheidend war der Umstand, dass in Köln nach Erzbischof Friedrichs Tod eine Doppelwahl erfolgt war, und obwohl der König und die Kurfürsten einig waren in der Anerkennung eines der Gewählten, Dietrich von Mörs, so war doch die päpstliche Bestätigung noch nicht eingetroffen. Der Kölner Erzbischof aber hatte nach der goldenen Bulle die Krönung zu vollziehen; vor Erledigung dieser Frage war also an eine Krönung nicht zu denken.

In Erwägung dieser Umstände war Sigmund bereits entschlossen, am 31. August vorläufig umzukehren und zunächst nach Frankfurt zu gehen.¹⁾ Ein Besuch des Kölner Elekten Dietrich aber verzögerte die Abreise noch; mit ihm und dem Pfalzgrafen hatte der König am 1. September eine lange Unterredung. Das Resultat war, dass man als Krönungstag den 21. Oktober in Aussicht nahm;²⁾ an ein

dem 2. September seinen Entschluss gefasst habe, dann am 10. abgereist sei und während der Reise nach Heidelberg sich auf Friedrichs Zureden anders besonnen habe; der Grund für die Weiterreise nach Nürnberg wäre dann darin zu suchen, dass nun, nachdem man auch den zu Coblenz anwesenden Teil der Fürsten entlassen hatte, der Zug nach Aachen doch noch verschoben werden musste, und die Zwischenzeit eben durch Errichtung des Landfriedens würdig ausgefüllt ward. Aber auch ein solcher Versuch, wenigstens einen Rest von Windeckes Erzählung zu retten, kann vor den Urkunden nicht bestehen, welche inzwischen publiciert worden sind, wie aus meiner obigen Darstellung näher hervorgehen wird.

¹⁾ Vgl. den Bericht der Frankfurter Gesandten vom 1. September, D. R. A. VII, 145. Janssen, I, 471.

²⁾ Brief Erzbischof Werners von Trier an Strassburg 1414, September 2. Berenkastel, D. R. A. VII, 163; am 1. November dachte der König bereits in Constanz zu sein, wie er am 4. September an den Hochmeister schrieb D.R.A. VII, 177.

Aufgeben der Krönung aber dachte Sigmund garnicht.¹⁾ In Heidelberg endlich wurde der ganze Plan für die Ausfüllung der Zwischenzeit festgestellt; von hier aus entbot Sigmund gleichzeitig die fränkischen Herrn und Städte auf den 23. September nach Nürnberg,²⁾ die schwäbischen auf den 3. Oktober nach Heilbronn.³⁾

Bereits vor des Burggrafen Ankunft war also der Termin für die Krönung festgestellt, und man kann keine Einwirkung Friedrichs auf des Königs Entschluss annehmen.⁴⁾ Wie der ganzen Reise des Königs wohnte dieser auch der Krönungsfeierlichkeit selbst am 8. November bei; er vertrat auch hier das Fürstentum, das er regierte, indem er das goldene Zepter hielt.⁵⁾ Die Reise von Aachen nach Constanz machten sie anfangs gemeinsam,⁶⁾ dann getrennt; Sigmund langte am 24. December nachts, Friedrich erst am 5. Januar 1415 in der Stadt des Conciles an.⁷⁾

¹⁾ Auch war er gar nicht zornig und heftig erregt über die Unbotmässigkeit der Fürsten, wie Windecke berichtet; sondern gerade an dem Tage, wo der Beschluss des Aufschubes endgültig gefasst ward, schrieben die Frankfurter Gesandten nach Hause (D.R.A. VII, 145,): „und beduchte uns, daz unser herre der konig sere wolgemut were.“

²⁾ D. R. A. VII, 146.

³⁾ D. R. A. VII, 158 Janssen I, 473.

⁴⁾ Wodurch die Erzählung Windeckes entstanden ist, können wir nicht genau wissen; vermuthlich machte schon unter den Zeitgenossen die Uebertragung der Mark an Friedrich, welche bald nachher erfolgte, grosses Aufsehen. Man suchte nach Gründen für die Weggabe eines grossen Fürstentums, die vollends der Krämerseele Windeckes, des geriebenen Finanzmannes, unbegreiflich erscheinen musste; und da greifbare äussere Ursachen nicht zu finden waren, so wurden mit der Zeit durch den Klatsch des Hofes solche erdichtet, und kamen so auch in die Anekdotensammlung unseres Gewährsmannes.

⁵⁾ Vgl. den Bericht Eigils von Sassen D.R.A. VII, 167.

⁶⁾ Am 9. December waren sie noch zusammen in Friedberg, vgl. D. R. A. VII. Nr. 175. Dass Friedrich hier fälschlich schon als Markgraf bezeichnet wird, erklärt sich wohl daraus, dass wir eine spätere Aufzeichnung nach dem Gedächtnis haben.

⁷⁾ Die Belege s. bei Riedel, Zehn Jahre S. 198—199 und 370. Dass der Burggraf inzwischen noch wieder in Franken gewesen sei, ist, soviel ich sehe, nur unbelegte Vermutung Riedels.

Das Constanzer Concil war keine gewöhnliche Kirchenversammlung, es war, wie Droysen²⁾ treffend sagt, ein constituierendes Parlament für die gesamte Christenheit. Geistliche und weltliche Fürsten aus den verschiedensten Teilen Europas, Vertreter des Bürgertums und der Wissenschaft fanden sich hier zusammen; und an der Spitze dieser glänzenden Versammlung stand der Römische König.³⁾ Auf ihn blickte alle Welt als auf den, welcher die Einheit der Kirche herstellen und die Reform auf geistlichem und weltlichem Gebiete herbeiführen werde. Im weitesten Sinne bildete das Concil den Mittelpunkt der Europäischen Politik, den Brennpunkt aller schwebenden Fragen; die Kirchenversammlung beriet die Kirchenreform, der daneben tagende Reichstag die Reichsreform; als höchster Gerichtshof der Christenheit zog das Concil den Streit zwischen Polen und dem Orden vor sein Forum; und als der Krieg zwischen Frankreich und England ausbrach, versuchte Sigmund selbst als Beauftragter des Concils hier den Frieden zu vermitteln.

Zuerst beschäftigte die Versammlung die Sache des Johannes Hus,¹⁾ welcher vorgeladen war, um sich gegen den Vorwurf der Ketzerei zu verteidigen; er hatte einen Geleitsbrief vom Könige, trotzdem aber liess das Concil ihn sofort gefangen setzen; Sigmund willigte, nachdem er anfangs scharf protestiert, ja schon Constanz verlassen hatte, in diese Massregel, als er einsah, dass sonst das Concil sich sogleich auflösen werde, was des Papstes Johann heimlicher Wunsch war. In dieser Sache war also die Hauptentscheidung bereits vor des Burggrafen Ankunft gefallen, indem man principiell das unbedingte Recht des Concils anerkannte, den Fall ab-

²⁾ Droysen I. S. 331.

³⁾ Ueber die Gründe, welche es Sigmund ermöglichten, eine solche Stellung einzunehmen, während Ruprecht vom Pisoner Concil ganz ignoriert wurde, s. Lenz, Sigismund und Heinrich V. S. 49—56.

¹⁾ Der Process gegen Hus ist quellenmässig dargestellt von Polacky, Geschichte Böhmens III, 1. S. 322 ff. Ueber Friedrichs Verhalten dazu vergl. Riedel, Zehn Jahre S. 201—213, G. d. Pr. Kgsh. II. S. 228—241. Droysen I. S. 353 f.

zuurteilen ohne Rücksicht auf die von der weltlichen Gewalt der Partei gemachten Zusagen. Friedrich hat später noch als Gesandter Sigmunds von der Versammlung ordnungsmässige Vernehmung des Angeklagten vor der Aburteilung verlangt; von seiner persönlichen Ansicht über die ganze Angelegenheit erfahren wir gar nichts, und alle Vermutungen darüber sind zwecklos, weil unbeweisbar.

An den wichtigen Verhandlungen, welche den Reichstag im Februar 1415 beschäftigten, und Herstellung eines allgemeinen Landfriedens, sowie Zusammenfassung der einzelnen Reichsstände zu vier grossen Bünden zum Schutze desselben bezweckten, scheint Friedrich nicht näher beteiligt gewesen zu sein; wenigstens erfahren wir nichts davon, und die Mark, wie der ganze Norden und Nordosten Deutschlands war auch in dem Gesetzentwurfe gar nicht berücksichtigt. Gerade in dieser Frage, welche, wenn irgend etwas von des Königs Plänen, den Kernpunkt der Reichsreform traf, war ein anderer Mann Sigmunds Ratgeber, nämlich Kurfürst Ludwig von der Pfalz; von ihm ist die königliche Vorlage an den Reichstag¹⁾, welche man geradezu als das umfassendste Reformproject aus dieser Zeit bezeichnen kann²⁾, ausgearbeitet worden¹⁾. (Anm. nächste S.)

¹⁾ D.R.A. VII, Nr. 182.

²⁾ Ich weiss übrigens nicht ob dieser Entwurf die Bedeutung hat, welche man ihm gewöhnlich beilegt, dass durch ihn eine Stärkung der Königsmacht, eine Zurückdrängung der Localgewalten bezweckt worden sei; denn was lässt dieses Project dem Könige von seinen Regierungsrechten? Nichts als die Ernennung der vier Hauptleute der Einungen und des gemeinsamen obersten Hauptmanns; Rechtsprechung und Executivgewalt werden vollständig in die Hände der 4 Präsidialcollegien gelegt, von denen der König nur die Vorsitzenden, — eben die Hauptleute — alle übrigen Mitglieder aber die im einzelnen Bunde vertretenen Stände berufen sollen. Es wäre vielleicht bessere Rechtspflege und grössere Sicherheit von Leben und Eigentum durch die Einführung dieser Einrichtungen erzielt worden, aber eine Verstärkung der Königsmacht keineswegs. Ebenso wenig kann ich den Entwurf für die Städte besonders günstig finden, was näher auszuführen hier nicht der Ort ist; wie überhaupt Sigmunds angeblich so grosse Vorliebe für die Städte (vgl. Finke, Sigmunds reichsst. Pol. S. 25—47) ihn gar nicht hinderte, die Interessen derselben

Wissen wir also über des Burggrafen Stellung zu diesen Reformplänen nichts, so sehen wir ihn dagegen sich eifrig beteiligen an der Vollstreckung der Acht gegen Herzog Friedrich von Oesterreich. Dieser hatte, wie man weiss, dem Papste Johann zur Flucht aus Constanx verholffen und war dann selber ebenfalls abgereist; sogleich eingeleitete Verhandlungen führten nicht zum Ziel, da der Herzog sich nicht dem Könige unterwerfen, sondern sich nur einem Fürstengericht stellen wollte, dessen Mitglieder er namhaft machte; auch Burggraf Friedrich war darunter²⁾. So wurde denn am 7. April vom Könige die Acht, vom Concil der Bann über den unbotmässigen Fürsten ausgesprochen³⁾, und Sigmund bot alle Nachbarn zum Kampfe gegen den Geächteten auf: was sie ihm entrissen, sollten sie behalten dürfen. Dem Burggrafen wurde der Oberbefehl übertragen, und die kriegerischen Massregeln hatten einen überraschend schnellen Erfolg: bereits am 26. April rief der Herzog die Vermittelung des ihm befreundeten Ludwig von Baiern-Ingolstadt an, am 30. April kam er nach Zusicherung freien Geleites in die Concilstadt, um persönlich des Königs Gnade zu erbitten; am 5. Mai demütigte er sich vor Sigmund in öffentlicher Versammlung und bat kniefällig um Verzeihung. Er erhielt

den Fürsten gegenüber preiszugeben, sobald es ihm vorteilhafter erschien. Man braucht nur die Versprechungen anzusehen, welche Sigmund dem Kurfürsten Ludwig am 29. Juli 1414 zu Speier machte (Janssen I, 461 Regest.), wo es heisst: wenn die genannten neun elsässer Städte dem Kurfürsten nicht die vom Könige auf sie angewiesenen 21000 Gulden bis Nov. 11. zahlen oder ihm wenigstens dafür Sicherheit stellen wollen, so soll er sie mit Gewalt dazu zwingen dürfen, und der König will ihm dabei helfen. Das kann man doch kaum als städtefreundliche Politik bezeichnen.

¹⁾ vgl. die Quellenangabe zu D.R.A. VII, 182: „die ratslagunge zu Costencze von unsers herren des kunigs gnaden, die herzoge Ludewig gemacht hatte“. Ich sehe keinen Grund, mit Weigel (Landfriedensverhndl. unter Sigm. Diss. Hall. 1885 S. 32) von Kerlers einfacher Deutung dieser Worte abzugehen.

²⁾ Brief Friedrichs v. Oesterreich dat. 1415 April 1., Ensisheim, bei Janssen I, 497.

³⁾ vgl. für das Folgende: Aschbach II. S. 73—84; Riedel, zehn Jahre S. 213—217, Gesch. d. Pr. Kgsh. II. S. 241—247, Droysen I S. 338—341.

sie gegen das Versprechen, alle seine Lande in des Königs Gewalt geben und Constanx nicht ohne dessen Erlaubnis verlassen zu wollen.

Man pflegt die Demütigung des Oesterreichers als einen grossen Erfolg von Sigmunds Reformpolitik, als eine wesentliche Stärkung der Königsmacht zu betrachten¹⁾. Tritt man aber der Sache etwas näher und fragt nach den Mitteln, mit denen dieses Ziel erreicht wurde, so erscheint der Erfolg doch in etwas anderer Beleuchtung. Ein Fürst des Reiches war geächtet und gebannt; aber es wurde nun nicht etwa das vom Könige gefällte Urteil auch von ihm aus eigener Machtvollkommenheit vollstreckt, sondern die Beutelust der Nachbarn wurde wachgerufen. Indem man ihnen den Besitz des Eroberten als lockenden Preis vorhielt, reizte man sie zum Kriege gegen den Herzog; so die Eidgenossen, so die schwäbischen und elsässischen Städte, so des Geächteten eigene Stammvettern. Andere benutzten die Gelegenheit, schon älterem Grolle jetzt Luft zu machen, so Kurfürst Ludwig von der Pfalz¹⁾. Nur Burggraf Friedrich hatte hier kein eigenes Interesse wahrzunehmen; er focht, weil der König, in dessen Diensten er stand, ihn schickte. Der ganze Vorgang aber gleicht weit mehr einer Reihe von Raubzügen als einer Urteilsvollstreckung; und hätte Friedrich nicht bei den ersten Hiobsposten den Kopf verloren, wer weiss, ob man mit diesen Kräften seiner Herr geworden wäre. Dass auch jetzt seine Macht keineswegs gebrochen war, zeigte sich, als nach zwei Jahren der Conflict von Neuem ausbrach.

Bei alledem soll nicht geleugnet werden, dass des Herzogs Demütigung Eindruck machte, und die Achtung vor dem Könige dadurch wuchs; vor allen Dingen aber war es erst jetzt möglich, den Papst, dessen Hauptstütze der

¹⁾ Z. B. sagt Droysen I, S. 341: „In einem grossen Beispiel, vor den Augen der gesamten Christenheit, war an einem Fürsten Recht geübt, der sich vermessen hatte, sich gegen Pflicht und Recht aufzulehnen.“

¹⁾ Dass Ludwig mit Herzog Friedrich schon längere Zeit vorher in gespanntem Verhältnisse stand, ersieht man aus der Urkunde von 1414 April 21. Heidelberg. Janssen I Nr. 459.

Oestreicher gewesen war, zur Anerkennung der Concilsbeschlüsse zu bringen.¹⁾ Die Gesandtschaft, welche an ihn abging, begleitete Burggraf Friedrich mit 300 Reisigen²⁾, um ihren Vorstellungen den nötigen Nachdruck zu geben; Johann musste sich ihnen ergeben und wurde nach Radolfzell geführt, wo ihm am 20. Mai seine Suspension vom Amte verkündigt ward. Nachdem er dann erklärt hatte, sich allen Beschlüssen des Concils fügen zu wollen, erfolgte am 29. Mai seine feierliche Absetzung; nach derselben wurde er dem Kurfürsten Ludwig zur Bewachung übergeben und vorläufig in Heidelberg interniert.

Während des Aufenthaltes in Constanz erhielt Burggraf Friedrich vom Könige die Markgrafschaft Brandenburg samt der Kurwürde und dem Erzkämmereramte abgetreten.³⁾ (30. April 1415). Der Entschluss war ohne Zweifel wohl erwogen und das Ergebnis längerer Beratungen; kein äusseres besonderes Verdienst Friedrichs hat den Anlass dazu geboten, sondern ohne Zweifel waren es politische Erwägungen, die zu diesem Schritte führten. Der Burggraf hatte aus seinem zweijährigen Aufenthalt in der Mark die Erfahrung mitgebracht, dass er, ohne selber Markgraf und Landesherr zu sein, nicht weiter kommen könne, als er jetzt war. Die trotzig Vasallen hatten immer die Ausrede, dem König, ihrem rechten Herrn, wollten sie gern gehorchen, dem Ausländer, den er ihnen auf den Hals geschickt, aber nicht; das waren Sophistereien, aber sie waren doch nicht ohne einen Schein von Begründung. Nicht minder häuften sich die Schwierigkeiten bei der Einlösung verpfändeter Landesteile und Besitzungen. Auch hier konnte

¹⁾ Vergl. Aschbach II. S. 85—95.

²⁾ Am 9. Mai verliessen sie Constanz, am 17. Mai brachten sie den Papst nach Radolfzell. Vgl. das Tagebuch des Cardinals Fillastre, bei Finke Q. F. S. 176, wo erzählt wird, dass Friedrich bei Uebnahme des Auftrages ausdrücklich erklärt habe „quod papam non tangeret nec manum poneret in Christum domini sed illos, qui eum adducerent, servaret, a vi majore.“

³⁾ Urkunde Sigmunds, 1415 April 30. Constanz und Gegenurkunde Friedrichs Mai 3. Constanz, C. D. B. II. 3 S. 226 u. 229.

immer erwidert werden: Der Markgraf, König Sigmund, hat das Recht zur Auslösung der Pfandschaften, mit ihm wollen wir darüber verhandeln, aber seinem Statthalter brauchen wir nichts herauszugeben. So musste Friedrich, da er nicht überall Gewalt anzuwenden in der Lage war, wählen, ob er auf die vollständige Durchführung seines Regimentes verzichten, oder den Rechtstitel, der dazu gehörte, zu erlangen suchen wollte.¹⁾

Die Frage wird während der neun Monate, welche Sigmund und Friedrich inzwischen zusammen verlebt hatten, nach allen Richtungen erörtert worden sein. Sigmund hatte dabei nichts aufzugeben als den Titel und die Kurrechte. Dafür brachte er einen seiner gewandtesten Anhänger, einen Mann, der ihm vielfach verpflichtet war, in das Kurfürstencollegium, was für ihn von dem grössten Werte war. Daran, dass Friedrich, der ihm durch diese Verleihung noch mehr verpflichtet wurde, ihm nach wie vor stets auf's Wort gehorchen werde, zweifelte er natürlich nicht. Ausserdem war er an den Burggrafen durch ein Band inniger Freundschaft geknüpft; er liebe ihn wie einen leiblichen Sohn, hat er noch nach Jahren von ihm gesagt²⁾; und die staatsmännischen Fähigkeiten desselben wusste er vor allem zu schätzen. Wir erfahren, dass der söhnelose König den Freund zu seinem Nachfolger im Reiche ausersehen hatte; in dem Falle, so

¹⁾ Zu meiner Auffassung würde vortrefflich passen die Angabe Ranke's, Zwölf B. Pr. Gesch. I. S. 91 „eine nicht leichter Hand abzuweisende Nachricht“ melde, der Burggraf habe die Mark für sich gefordert, der Römische König sie ihm zugestanden. Die Nachricht selbst, auf welche Ranke sich hier bezieht, wird aber Gundlings Erzählung (Friedr. I. S. 63 ff.) sein, eine andere habe ich nicht auffinden können. In diesem Falle aber wäre dieselbe doch nicht als historisches Zeugnis zu verwerten vgl. Excurs V. — Bedenklich scheint es mir auch, wenn Ranke als Sigmunds Motiv Liberalität, das Verlangen, geleistete Dienste würdig zu belohnen, annimmt; bei einem so wichtigen Akte werden doch politische Rücksichten massgebend gewesen sein.

²⁾ In einem Briefe an Wladislav von Polen, dat. 1420 Juli 5., Cod. ep. Vitoldi S. 483, Caro, Lib. canc. II, No. 91: „tanta bonitate ipsum respeximus, acsi esset carnalis filius noster.“

musste Friedrich ausdrücklich erklären, dass er mit Sigmunds Geheiss und Willen Römischer König werde, wolle er die Mark an diesen ohne jede Entschädigung zurückgeben.¹⁾ Im übrigen wurde dem Hause Luxemburg das Recht eingeräumt, die Mark von dem Burggrafen oder seinen Erben für 400 000 Gulden zurückzukaufen; es war nur eine Scheinbeschränkung, denn weder Sigmund noch Wenzel hatten Söhne, und sie selbst, das war vorauszusehen, würden nie eine solche Summe übrig haben²⁾. Die Form eines Pfandvertrages aber wurde deshalb gewählt, weil das Kurfürstentum von Karl IV. mit Genehmigung der beiderseitigen Stände mit der Krone Böhmen auf immer vereinigt war; zu einer endgültigen Uebertragung wäre also eigentlich der Consens Wenzels wie der böhmischen Stände erforderlich gewesen. Um deren Einwänden die Spitze abzubrechen, sagte man eben, es sei überhaupt keine Schenkung, sondern eine Verpfändung vorgenommen, wie das früher schon mehrmals geschehen war³⁾.

Sämmtliche Kurfürsten ausser Wenzel gaben zu des

¹⁾ Nach Riedel und Droysen war, wie wir sahen, die jetzt vorgenommene Uebertragung schon 1411 beabsichtigt und nur, weil die Consense nicht zu haben waren, die unvollkommene Form der Hauptmannschaft gewählt. Man fragt billig, warum damals nicht ausführbar war, was jetzt geschah, da die Bedingungen sich ja inzwischen gar nicht geändert hatten; eine Erklärung ist nur dann möglich, wenn eben 1411 die völlige Uebertragung noch gar nicht beabsichtigt war.

²⁾ In der Urkunde vom 3. Mai C. D. B. II. S. 229. Gemeint ist natürlich der Fall, dass Sigmund Kaiser geworden sei, denn man war ja schon seit einem halben Jahrhundert gewohnt, neben dem Kaiser dann wieder einen neuen Römischen König zu wählen. Riedels Vermutung (Zehn Jahre S. 299), der sich Droysen angeschlossen hat (I., S. 346 und 358), Sigmund habe nach Beendigung der Kirchenreform vielleicht zu Friedrichs Gunsten abdanken und „zurücktretend den Abend seines Lebens in Stille erwarten wollen“ ist ganz unbegründet.

³⁾ Bemerkenswert ist übrigens, dass die Verträge geheim gehalten worden sind, noch im Jahre 1424, als Sigmund Copien derselben an Witold von Lithauen schickte, wünschte er das Geheimnis gewahrt zu sehen und schrieb ihm: „et illud petimus per vos secretum teneri.“ (D. R. A. VIII. No. 332).

Burggrafen Ernennung ihre Willebriefe¹⁾ und nahmen ihn damit in ihr Collegium auf.

So war Friedrich jetzt aus einem Beamten König Sigmunds einer der ersten Fürsten des Reiches geworden: es war die zweite grosse Veränderung seiner persönlichen Verhältnisse, und, wie wir bald sehen werden, von weittragendem Einfluss auf seine eigenen wie auf des Reiches Geschieke.

Noch als Verweser der Markgrafschaft hatte er eine Klage gegen die pommerschen Herzoge und Städte und die uckermärkischen Vasallen beim Hofgerichte eingebracht; jetzt erfolgte das Urteil; gemäss demselben sprach König Sigmund über die Beklagten die Reichsacht aus, bis sie in seinen und des Reiches Gehorsam zurückgekehrt seien.²⁾ Und hier zeigte sich die Wirkung davon, dass die letzte Achtserklärung einen thatsächlichen Erfolg gehabt hatte: die Geächteten liessen es nicht auf die weiteren Folgen ankommen, sondern baten den sächsischen Kurfürsten Rudolf um seine Vermittelung und dieser bewegte den neuen Markgrafen, unter ausdrücklicher Wahrung seiner vom Reiche anerkannten Rechte auf Pommern, die Vollstreckung der Acht auf ein Jahr hinauszuschieben.³⁾

Friedrichs Thätigkeit am Concil während seiner ersten Anwesenheit in Constanx (15. Januar bis 21. Juli 1415) war mit dem Erzählten erschöpft; überblicken wir sie noch einmal. Er hat den Oberbefehl im Kampfe gegen Friedrich von Oesterreich geführt, er hat den Papst Johann unter sicherer Bedeckung von Neuenburg nach Radolfszell in die Gewalt des Concils geführt, er hat vielen Sitzungen beigewohnt und

¹⁾ Ludwig von der Pfalz 1415 Mai 16. in dem Felde von Ensizheimb, C.D.B. II. 3, S. 235, Dietrich von Köln Mai 27., Bercke S. 236, Werner von Trier, Juni 3, Ehrenbreitenstein S. 236, Johann v. Mainz, Juni 5. s. l. S. 237, Rudolph v. Sachsen, November 20, Halle, S. 243.

²⁾ Urkunde Sigmunds von 1415 Mai 10, Constanx, C.D.B. II. 3, S. 233 und 234.

³⁾ Vergleichsurkunde dat. 1415 Juni 18. Neustadt Eberswalde C.D.B. III, 1, S. 76.

zuweilen als Gesandter Sigmunds dessen Botschaften dem Concil überbracht. Nirgends hat er vor seiner Ernennung zum Markgrafen, soviel wir erkennen können, auf eigene Faust gehandelt, sondern stets als Beauftragter des Königs und also nach dessen Instructionen. Sicherlich erhielt er wichtige Aufträge, weil man wusste, er werde sie zuverlässig ausführen: aber über die Stellung des ersten königlichen Beamten geht seine Thätigkeit nirgends hinaus. Wenn man moderne Darstellungen liest, so möchte man oft glauben, Friedrich sei nächst dem Könige der bedeutendste Mann in der Versammlung gewesen; das war aber durchaus nicht der Fall. Auf das Concil selbst hat er niemals irgend welchen Einfluss geübt, hat das auch gar nicht versucht. Im Rate des Königs galt er viel¹⁾ als bewährter Politiker und als Sigmunds Freund, aber es kann kein Zweifel sein, dass auch hier Ludwig von der Pfalz ihn an Einfluss überragte,²⁾ der als Sohn des vorigen Königs, als ältester Anhänger Sigmunds im Reiche, als einer der mächtigsten Fürsten in deutschen Landen und als ein persönlich bedeutender Mann, oftmals bestimmend auf die königlichen Entschlüsse einwirkte.

So war denn auch Ludwig von Sigmund dazu ausersehen, seine Stelle beim Concil zu vertreten, während er nach Spanien, Frankreich und England reiste, um Benedicts XIII. Abdankung und den Friedensschluss zwischen England und Frankreich herbeizuführen. Aber den Cardinälen erschien es bedenklich, dass sie einen Anhänger Gregors XII, der noch nicht resignirt hatte, zum Beschützer erhalten sollten; sie baten den König, lieber den Markgrafen Friedrich zu ernennen, von dessen persönlichen Eigenschaften sie das

¹⁾ So bitten die Frankfurter Gesandten Friedrich um Fürsprache beim Könige, vgl. ihren Bericht vom 15. Oktober 1414 D.R.A. VII, 160.

²⁾ Ueber Ludwigs Autorschaft des Reformentwurfs s. oben S. 38; er vollstreckte das Urteil an Hus; seine Beteiligung wird ausdrücklich erwähnt bei der Verhandlung der polnisch-preussischen Streitsache vor dem Concil, vgl. Cod. ep. Vitoldi S. 322 (Bericht des Ordensprokurators über die Verhandlungen des 13.—15. Juli).

beste erwarteten.¹⁾ Inzwischen fiel der Hauptgrund für diese Bitte weg, als Gregor sich zur Verzichtleistung bereit zeigte; sobald es sicher war, dass dieselbe ohne Störung demnächst vor sich gehen werde, wurde von Sigmund die Ernennung des Pfalzgrafen zum Protector des Concils vollzogen.²⁾

Vor dem Aufbruche von Constanz ordnete Friedrich noch einige Privatangelegenheiten. Schon von früher her³⁾ bestand ein Bündnis zwischen ihm und Kurfürst Ludwig, dessen Bruder Johann und den Herzogen Heinrich, Wilhelm und Ernst von Baiern, welches sich gegen etwaige Uebergriffe des gewaltthätigen Herzogs Ludwig von Ingolstadt richtete; es wurde hier in Constanz nochmals erneuert.⁴⁾ Zu demselben Herzoge trat der Markgraf in diesen Tagen noch in andre folgenschwere Beziehungen. Ludwig von Ingolstadt hatte nämlich dem Concil Geld vorgeschossen; für die Rückzahlung desselben verbürgte sich in erster Linie König Sigmund, in zweiter Königin Barbara, in dritter endlich, da der Herzog ganz sichergestellt sein wollte, Markgraf Friedrich und zwei andere Herren⁵⁾.

Am 21. Juli verliess der König Constanz und trat über Basel und Aarberg ziehend, seine grosse Reise an; Friedrich begleitete ihn einige Tagereisen, ebenso Pfalzgraf Ludwig; in Aarberg trennten sie sich. Vorher gab Sigmund dem

¹⁾ Am 28. Mai, v. d. Hardt, Conc. Const. IV, S. 264 ff.

²⁾ Ernennungspatent vom 23. Juni, Constanz Regest bei Janssen I, 504 (mit falschem Datum Juni 22., vgl. D.R.A. VII, S. 353 Anm. 3). Indess soll eine bemerkenswerte Nachricht hier nicht übergangen werden, welche vielleicht darauf schliessen lässt, dass Friedrich für die Zeit von Sigmunds Abwesenheit auch ausserordentliche Vollmachten hatte. Lindner, Urkundenwesen S. 183 teilt aus den Reichsregistraturb. mit, dass am 2. März 1417 dem Könige eine Anzahl besiegelter Membranen zurückgegeben wurden, welche dem Burggrafen überantwortet waren und von denen er auch einige „expedirt“ hatte. Der Burggraf hat sie doch wahrscheinlich vor Sigmunds Abreise empfangen, um nötigenfalls während seiner Abwesenheit im Namen des Königs etwas verfügen zu können und gab jetzt den unverbrauchten Rest zurück.

³⁾ Zuerst war es geschlossen am 17. April 1414.

⁴⁾ Bündnisurkunde vom 8. Juli 1415. C.D.B. III, 1, S. 77.

⁵⁾ Schuldurkunde vom 10. Juli 1415. C.D.B. III., S. 82.

Freunde noch ein Zeichen seiner Dankbarkeit für die geleisteten Dienste, indem er ihm die Judensteuern aus dem ganzen nördlichen Deutschland schenkte¹⁾.

Von da an waren beide Fürsten wieder Jahr und Tag von einander getrennt; denn erst am 27. Januar 1417 traf Sigmund wieder in Constanx ein, wo der Markgraf bereits seit Mitte October 1416 weilte²⁾. Manches hatte sich in der Zwischenzeit verändert, und um die folgenden Ereignisse richtig würdigen zu können, müssen wir Friedrich und den König auf ihren Wegen ein wenig begleiten, bis ihr Pfad beide in Constanx wieder zusammenführte.

¹⁾ Urkunde von 1415 Juli 22. Basele C. D. B. II. 3. S. 238.

²⁾ Am 1. October war er noch in Cadolzburg, am 18. urkundete er schon in Constanx, s. Riedel, Zehn Jahre, S. 279.

III.

Friedrichs veränderte Stellung zu Sigmund; Ausgang des Concils.

Wir sahen, wie Friedrich bisher überall nur als Beamter, als Vertrauter König Sigmunds handelte; auf seine Stellung im Rate des Königs gründete sich sein Ansehen im Reiche und seine Teilnahme an den Weltbegebenheiten. Dies Verhältniss erlitt durch seine Ernennung zum Markgrafen eine grosse Aenderung. Jetzt war er einer der ersten Fürsten Deutschlands geworden; nicht nur als Vertrauter des Königs, auch als Kurfürst von Brandenburg hatte er jetzt in der Politik mitzusprechen; und was er als solcher thun und lassen wollte, hing von keiner Instruktion, von keinem Auftrage mehr ab; er hatte selbst darüber zu entscheiden. Und Friedrich nahm sein fürstliches Amt nicht leicht. Wir haben ihn aus seinen Thaten kennen gelernt als gewandten Diplomaten und Staatsmann, als tüchtigen Feldherrn, als durchgreifenden Organisator; aber zu den Grundzügen seines Wesens gehörte auch eine tiefe Religiosität. Er betrachtete seine Länder als ihm von Gott anvertraut¹⁾; seine Fürsorge für ihre Interessen, für das Wohl-

¹⁾ S. die Urkunde C. D. B. I., 20 S. 18 ff: „durch gotes willen . . . der uns solche und ander gutter befohlen hat, und die lewterlichen von seinen gnaden haben, Als wir des bekennen, wenn wir uns von unsern furstentumen „von gotes gnaden“ schreiben. Wir sein got schuldig, als unserm rechten herrn, des schlechter amtman an den furstentumen, die wir von Im Innehaben, der lediglichen odir souil er der von uns erfordirt.“

ergehen und den Frieden der Untertanen waren ihm religiöse Pflichten, hinter denen jede persönliche Neigung, jede andere Verpflichtung zurückzutreten habe. Aus der Fürsorge für sein überschuldetes Land war ihm dereinst der Entschluss gekommen, die eigene Hofhaltung aufzugeben und in fremde Dienste zu gehen; und in der Zuversicht, dass er für sein fränkisches Gebiet am besten Sorge, wenn er ihm nichts koste, hatte er seine Kraft ausschliesslich dem Dienste Sigmunds widmen können.

Aber jetzt stellte ihn dieser selbst in einen neuen Wirkungskreis hinein; neue Aufgaben und Pflichten traten an ihn heran; ein verwahrlostes, beraubtes, schutzloses Land, von habgierigen Nachbarn umgeben, harrte seines Herrn, der ihm den inneren und äusseren Frieden geben sollte, und sein Gewissen trieb ihn, diese Pflicht nicht zu versäumen.

So war der Markgraf in eine Doppelstellung gekommen; als Landesfürst nahm er das Interesse seiner Untertanen zur Richtschnur seines Handelns; als Freund und Ratgeber Sigmunds, was er nach wie vor blieb, musste dessen Interesse für ihn massgebend sein. Es war die Frage, ob der König sich so leicht in die neue Gestalt des Verhältnisses finden werde. War er doch gewohnt, die ganze Arbeitskraft des Freundes zu seiner Verfügung zu haben, und dessen ausschliessliche Dienste sich gewidmet zu sehen. Hatte er sich jetzt nicht klar gemacht, dass er mit der Verleihung der Mark an Friedrich auf diese Stellung ihm gegenüber verzichtete, indem er ihm selbst einen Wirkungskreis anwies, in dem er nicht der Mittelpunkt war, so konnte es leicht geschehen, dass er von dem Markgrafen Dienste forderte, welche den Interessen von dessen Landen widersprachen. Friedrich seinerseits war wohl entschlossen und bereit, dem Könige auch weiterhin, soviel er konnte, zu dienen; aber es war bei seinem Charakter vorauszusehen, dass er keinen Augenblick schwanken werde, wenn er würde wählen müssen zwischen dem Interesse Sigmunds und dem seines Landes, dass dann keine Pflicht der per-

sönlichen Dankbarkeit ihn hindern werde, für die letzteren einzutreten. Damit war von jetzt an die Möglichkeit eines Conflictes gegeben.

Freilich noch lagen derartige Befürchtungen ausserhalb des Gesichtskreises. Die Politik Friedrichs als Kurfürst bewegte sich anfangs ganz in den alten Geleisen fort; erst Ereignisse, welche ganz Europa aus dem Gleichgewicht brachten, schufen auch hier veränderte Zustände.

Der Markgraf durchreiste nach seiner Trennung von Sigmund schnell seine fränkischen Besitzungen; im October kam er nach Berlin¹⁾ und nahm hier die feierliche Huldigung der märkischen Stände entgegen; dann wandte er seine Thätigkeit der Beförderung der Ruhe im Innern und Verhandlungen mit den Grenznachbarn zu.

Hauptsächlich kam die Stellung des neuen Kurfürsten zu Polen und dem Orden in Betracht²⁾. Der alte Streit wollte hier kein Ende nehmen; vergebens hatte man in Constanz drei Tage lang vor dem Concil darüber verhandelt; immer neue Klagepunkte tauchten von beiden Seiten auf, und da keiner nachgeben wollte, und zum Kampfe beiden Theilen gewöhnlich das Geld fehlte, so waren endlose Verhandlungen die Folge. Friedrich hielt nach wie vor zum Orden; man sieht gerade hier deutlich, wie sehr seine Politik noch unter Sigmunds Einfluss stand; denn selbst von Frankreich aus liess dieser dem Markgrafen Instructionen zukommen, welche pünktlich befolgt wurden. So ging der Markgraf auf des Königs Wunsch selbst zu mündlichen Verhandlungen mit dem Hochmeister nach Marienburg³⁾; der Erzbischof von Riga begleitete ihn. Sigmund liess erklären, er sei bereit, den Orden mit aller Macht bei seinen Grenzen zu schützen, falls dieser drei Bedingungen erfülle: nämlich

¹⁾ Am 18. October nach Engelbert Wusterwitz (C. D. B. IV. 1. S. 42).

²⁾ Vgl. darüber Voigt, Erwerbung der Neumark S. 143—157, dessen Ausführungen ich jedoch nicht überall beistimmen kann.

³⁾ Vgl. den Bericht des Hochmeisters über diese Verhandlungen an den Ordensprocurator zu Constanz, dat. 1416 April 22. Grebin, Cod. ep. Vitoldi S. 342. Am 6. April traf die Gesandtschaft auf der Marienburg ein.

seine Besitzungen vom Reiche zu Lehen empfangen, die im Pfandbesitz der Polen befindliche Landschaft Zips für die Krone Ungarn auslöse, und die Neumark frei und quitt, also mit Verzicht auf die ganze darauf geliehene Summe, an den König ¹⁾ zurückgebe. Mehrere Tage wurde hin und her beraten; endlich erklärte der Hochmeister, die beiden ersten Bedingungen seien unannehmbar; wolle der König mit der letzten allein zufrieden sein, so sei der Orden dazu bereit; nur Dramburg und Schievelbein wünsche er zu behalten. Darauf reisten die Gesandten, ohne dass es zu einer Einigung gekommen wäre, wieder ab.

Inzwischen waren Abgeordnete beider Parteien zum Könige nach Paris gekommen; durch dessen und Karls VI. von Frankreich Vermittelung kam ein Vertrag zu stande ²⁾, nach welchem der Waffenstillstand bis zum 13. Juli 1417 verlängert wurde, und die drei streitigen Dörfer Morin, Orlow und Neuendorf vom Hochmeister an König Sigmund ausgeliefert werden sollten, um durch diesen bis zur Fällung der Endsentenz durch das Concil an Polen übergeben zu werden, unbeschadet jedoch der Rechtsansprüche des Ordens ³⁾. Der König beauftragte in Gemässheit dieser Verabredung den Markgrafen Friedrich, die genannten Dörfer von dem Orden in Empfang zu nehmen und sie dem König Wladislav zu überliefern ⁴⁾; aber der Hochmeister verweigerte jetzt ihre Herausgabe, weil in dem Vollmachtsbriefe nicht ausdrücklich stand, dass der polnische König die Dörfer nur bis zur Endentscheidung und ohne Präjudiz besitzen

¹⁾ „dem ehegedachten unserm herrn“ heisst es in dem Berichte; Voigt S. 149 meint, das könne sich so wohl auf König Sigmund wie auf den Markgrafen beziehen; grammaticalisch wohl; aber der Zusammenhang ergibt, dass der König gemeint ist.

²⁾ Urkunde Sigmunds dat. 1416 April 6. Paris bei Raczynsky, Cod. d. Lith. S. 198.

³⁾ Vgl. darüber den Bericht des Ordensgesandten, Comthur von Thorn, an den Hochmeister dat. 1416 April 16. Paris, Cod. ep. Vitoldi S. 339.

⁴⁾ Friedrichs Vollmacht, dat. 1416 April 20. Calisch, erwähnt bei Voigt a. a. O. S. 153—154.

sollte.¹⁾ So kam zu den alten Streitpunkten noch ein neuer, und die ganze Sache blieb in der alten Unsicherheit. Vergebens versuchte der Markgraf zwischen Herzog Bogislav von Pommern-Stolp, der Polens Bundesgenosse war, und dem Orden einen Frieden zu vermitteln; das fast schon gelungene Werk scheiterte schliesslich an Bogislavs Widerspruch²⁾.

Mit den übrigen Grenznachbarn hat Friedrich während seines diesmaligen Aufenthaltes wieder viel verhandelt. Seine Bemühungen um Wenzels Consens zur Uebertragung der Mark waren freilich ohne Erfolg; aber er brachte doch eine Aussöhnung zwischen dem böhmischen Könige und Sigmund zustande³⁾, welche seit der Verbrennung des Johann Hus in Feindschaft lebten.

Mit den Herzogen von Pommern-Wolgast war er verschwägert und in gutem Einvernehmen. Anders mit den Stettinern; sie waren es ja, gegen welche er vom Reichshofgericht die Achtserklärung erwirkt hatte. Nach verschiedenen Unterhandlungen schloss der Markgraf unter Vermittelung der Herzoge Bogislav von Stolp und Ulrich von Mecklenburg mit ihnen den Vertrag von Neustadt-Eberswalde⁴⁾, in welchem die Stettiner die Uckermark gegen Zahlung der auf das Land von ihnen verwendeten Kosten, herausgaben, wogegen der Markgraf die Reichsacht nicht vollstrecken, sondern ihre Aufhebung erwirken zu wollen erklärte.

¹⁾ Brief des Hochmeisters an Friedrich, dat. 1416 Juli 7. Elbing, erwähnt bei Voigt, a. a. O. S. 155.

²⁾ Vgl. über diesen Vermittlungsversuch Voigt a. a. O. S. 151—153.

³⁾ Wenzels Geleitsbrief für Friedrich zur Reise nach Prag, dat. 1415 December 8., C. D. B. II. 3 S. 244; Wenzels Vollmacht für Johann von Mainz und Friedrich, ihn auf der Grundlage beigefügter Artikel mit Sigmund zu vertragen, 1416 Mai 30. Prag, C. D. B. II, 4 S. 14. Damit in Zusammenhang steht wohl eine undatirte Urkunde Wenzels, worin er Sigmund ermächtigt, und zwar als Römischer und Böhmischer König, auf dem Constanzer Concil mit wem er wolle über Einigung und Erhöhung der Kirche zu verhandeln, bei Caro, Kanzlei Sigmunds, No. 38 (1) S. 29; Caro datirt 1415.

⁴⁾ Vertragsurkunde von 1415 December 16. Neustadt C. D. B. contin. I S. 61.

Die Herren von Werle, welche schon zu Karls IV. Zeit Vasallen der Mark geworden waren, erkannten den Markgrafen als ihren Lehnsherren an; am 21. October 1415 leisteten sie ihm zu Berlin die Huldigung ¹⁾ und empfingen dafür das Versprechen seines Schutzes, besonders gegen die mit ihnen verfehdeten mecklenburger Herzoge. Friedrich erfüllte dasselbe auch, insofern er die Herzoge von Mecklenburg bewog, die Feindseligkeiten einzustellen und alle Streitpunkte dem schiedsrichterlichen Urteil des Markgrafen selbst und Herzog Erichs von Lauenburg anheimzugeben ²⁾.

Mit den Herzogen von Braunschweig-Lüneburg ³⁾ und dem Erzbischof Günther von Magdeburg ⁴⁾ wurden Bündnisse geschlossen, und das bestehende freundschaftliche Verhältnis des Markgrafen zu Rudolf von Sachsen erhielt eine neue Kräftigung, als im Mai 1416 das schon fünf Jahre früher zu Ofen verabredete Ehebündnis von Friedrichs ältestem Sohne Johann mit des Herzogs Tochter Barbara, wirklich zustande kam ⁵⁾.

Friedrich sah die Landesgrenzen durch Verträge gesichert und im Innern die dringendsten Aufgaben erledigt; so brach er denn im Herbst 1416 wieder nach Constanz auf. Wie er aus seinem ersten Aufenthalt in den Marken den Gedanken mitgebracht hatte, die Kurwürde für sich zu erlangen, so aus diesem zweiten einen neuen, grösseren: er wollte einen grossen nordostdeutschen Staat begründen, indem er Mecklenburg und Pommern unter seine Lehnshoheit beugte und vielleicht dereinst das Kurfürstentum Sachsen mit seinem Gebiete vereinte. Denn Herzog Rudolf und sein

¹⁾ Huldigungsurkunde C. D. B. II. 3 S, 239; Gegenurkunde und Schutzversprechen Friedrichs C. D. B. cont. I. S. 61. vgl. den Bericht des Engelbert Wusterwitz, C. D. B. IV, 1, S. 42—43.

²⁾ Vertragsurkunde dat. 1416 Mai 7, Perleberg, C. D. B. II, 3. S. 252 und II, 4, S. 12.

³⁾ Bündnisurkunde von 1416 Febr. 10, Borck, auf 6 Jahre, C. D. B. II, 3, S. 246.

⁴⁾ Bündnisurkunde von 1416 Febr. 10., Borck, auf Günthers Lebenszeit C. D. B. II, 3, S. 248.

⁵⁾ Vgl. Riedel, Zehn Jahre S. 277.

Bruder Albrecht hatten keine Söhne, und mit Rudolfs Tochter war Friedrichs Sohn vermählt; das begründete zwar kein Erbrecht, aber doch einen Vorzug vor andern Bewerbern, und die Freundschaft, welche den Markgrafen mit dem Könige verband, musste hier auch ins Gewicht fallen. Dass Friedrich mit solchen Gedanken umging, ist keine leere Vermutung; wir haben Beweise dafür. Zunächst ein Schreiben des Markgrafen an Johann von Mecklenburg¹⁾, worin er diesem ausdrücklich sagt, seine Lande gingen nicht nur vom Römischen Reiche, sondern auch von der Markgrafschaft zu Lehen; besonders aber eine Bitte Friedrichs an den Hochmeister: er möge doch in den Archiven des Ordens nachforschen lassen, von wem die Güter des Herzogtums Stolp zu Lehen gingen, worauf der Meister bedauernd erwiderte, man habe leider nichts darüber vorgefunden²⁾.

Mit solchen Entwürfen kam also Friedrich wieder nach Constanz; er hatte manche Erfolge errungen in der Zwischenzeit, und sein Ansehen war in beständigem Wachsen.

Als Sigmund wieder nach Constanz kam, hatte er bereits die Mittagshöhe seines Ruhmes und Ansehens überschritten. Freilich den ersten Zweck seiner Reise hatte er erreicht: Benedikt XIII. wurde von den spanischen Königen seit der Capitulation von Narbonne³⁾ (13. December 1415) nicht mehr anerkannt und hatte damit alle Macht verloren; die spanischen Prälaten traten zum Concil hinzu. Aber den Frieden zwischen England und Frankreich hatte er nicht zu stande gebracht. Als ein über den Parteien stehender Vermittler, wenigstens dem äusseren Scheine nach⁴⁾, war er ausgezogen, als Verbündeter der einen Partei kehrte er zurück; am

¹⁾ dat. 1416 Februar 12. Borck, C.D.B. II, 4 S. 11.

²⁾ Brief des Hochmeisters an Friedrich, dat. 1416 April 28. Sobowitz erwähnt bei Voigt, Erwerbung der Neumark, S. 158.

³⁾ Näheres s. Aschbach II S. 146 f.

⁴⁾ Auf die Controverse zwischen Lenz (Sigismund und Heinrich V. 1874) und Caro (der Vertrag von Canterbury 1880), ob Sigmund Bündnis mit England im Geheimen schon lange bestand (Lenz), oder ob erst das Verhalten Frankreichs den König den Engländern in die Arme trieb (Caro) kann hier nicht näher eingegangen werden.

15. August 1416 hatte er mit Heinrich V. von England ein Schutz- und Trutzbündnis in Canterbury abgeschlossen¹⁾. Die Folgen blieben nicht aus: die dadurch erregte heftige Feindschaft der französischen Regierung wirkte auf die Haltung der französischen Nation in den Concilsberatungen ein²⁾ und trug so dazu bei, dass Sigmunds Pläne hier scheiterten.

Das Concil war in des Königs Abwesenheit mit seinen Beratungen wenig vorwärts gekommen; als am Ende des Jahres 1416 auch die spanischen Abgeordneten eintrafen, kam es zu heftigen Rangstreitigkeiten unter den Nationen; nur der Kurfürsten Ludwig und Friedrich Dazwischentreten verhinderte das Blutvergiessen³⁾. Andererseits war in der Zwischenzeit der königlichen Autorität grosser Schaden zugefügt durch des gefangenen Herzogs Friedrich von Oesterreich Flucht aus Constanx (30. März 1416). Von seinen treuen Tirolern wurde der Fürst mit Jubel empfangen und ging nun daran, durch Verhandlungen mit seinen Nachbarn seine Stellung für die Zeit der Entscheidung zu befestigen. Behülflich war ihm dabei besonders Herzog Ludwig von Ingolstadt, der mit ihm verschwägert war, und als deutscher wie französischer Vasall, sowie als Haupt der französischen Concilsgesandtschaft eine bedeutende Rolle spielte. Sie benutzten ihre Zeit vortrefflich; ein Bündnis zwischen Herzog Friedrich, seinem Bruder Ernst von Steiermark, Herzog Ludwig und dem Erzbischof von Salzburg war die Frucht ihrer Bemühungen (29. September 1416).

So sah sich Sigmund gleich nach seiner Ankunft grossen Schwierigkeiten gegenüber: Herstellung der Eintracht im Schosse des Concils und seiner Autorität gegenüber dem Oesterreicher musste er vor allem erstreben. Aber seine Heftigkeit schuf ihm noch neue Verlegenheiten zu den alten: gleich in den ersten Tagen nach seinem Eintreffen in Con-

¹⁾ D.R.A. VII, No. 224.

²⁾ Vgl. darüber die Ausführungen von Lenz a. a. O. S. 146—172.

³⁾ Am 24. Dec. 1416; vgl. Aschbach II S. 219.

stanz¹⁾ hatte er eine Unterredung mit Ludwig von der Pfalz, einem seiner treuesten Anhänger, welche mit einem heftigen Wortwechsel endete. Die Sache, um die es sich handelte, war nicht von Bedeutung; ein kurfürstlicher Beamter hatte in England dem Könige Vorschüsse gemacht, und Ludwig fragte wegen der Rückzahlung an, worauf Sigmund die klassische Antwort gab: „Mein Lieber, Ihr habt mehr vom Reichsgute inne; wenn Ihr dem Reiche etwas leiht, so ist es längst bezahlt“, und noch durchblicken liess, er werde den Pfalzgrafen demnächst zur Rechnungslegung über die von ihm besessenen Reichsgüter ziehen. Unzweifelhaft war das ein Verstoss gegen die Wahlcapitulation, denn alle jene Güter waren dem Kurfürsten von seinem Vater, König Ruprecht, überwiesen, und Sigmund hatte versprochen, dessen Regierungshandlungen zu respectiren.

Ludwig von der Pfalz war nicht der Mann, welcher eines derartigen Zwischenfalls wegen seine langjährige Politik sofort änderte; nahm er doch als der erste unter des Königs Anhängern im Reiche eine ganz andere Stellung ein, wie als Mitglied einer Opposition, deren Führer doch immer der verschlagene Mainzer blieb. Aber eine gewisse Misstimmung gegen Sigmund griff doch bei ihm Platz; man konnte doch nicht wissen, inwieweit es dem Könige mit

¹⁾ Die Erzählung ist von Windecke cap. 93 berichtet: bei der notorischen Unzuverlässigkeit dieses Schriftstellers mag es bedenklich scheinen, sie auf seine Verantwortung hin für richtig zu halten, da in des Pfalzgrafen Mémoire für Heinrich V. (D.R.A. VII 237), wo die Entzweiungsgründe aufgeführt werden, hiervon nicht die Rede ist. Aber dort wird als erster Anlass angegeben, Sigmund habe die Bestimmungen des Vertrages von Canterbury nicht erfüllt, und von dem Pfalzgrafen, der seinerseits denselben völlig nachgekommen sei, behauptet, er suche die Ausführung zu hindern. Nach den dort angegebenen Zeitbestimmungen fallen diese Vorgänge frühestens in den Juli 1417 (s. unten); wie aber aus den unten citirten Urkunden vom 3. Februar und 7. März erhellt, bestand eine Spannung schon viel früher, und wir dürfen daher wohl Windecke's Erzählung zur Erklärung derselben nicht von der Hand weisen. Ludwig mag in seiner Denkschrift diesen ersten Anlass übergangen haben, damit es nicht scheine, als habe er sich zu seinem Könige in Opposition gestellt wegen einer blossen Gelddifferenz.

seiner Drohung Ernst war. Von dieser Stimmung zeugt der Vertrag, welchen der Pfalzgraf damals mit Kurfürst Friedrich abschloss. Wir wissen, dass die Beziehungen beider Fürsten von jeher enge gewesen waren¹⁾; war doch Ludwigs Mutter eine Schwester des Hohenzollern gewesen; so lag es nahe, das Vorkommnis, welches die ganze bisherige Stellung des Pfälzers zu erschüttern drohte, mit Friedrich zu besprechen, und dieser bestrebte sich sogleich, durch seine Vermittelung einem offenen Bruche vorzubeugen. So erklärt es sich, wenn beide Fürsten sich in dem Vertrage geloben: jeder den anderen vor dem Könige und sonst gegen jeden zu verantworten, zu fördern und ihm zu helfen²⁾. Es war ein Versuch, den Ausbruch von Differenzen zwischen dem Könige und seinem bedeutendsten Anhänger zu verhindern.

Indess neue Ereignisse führten die Sache einem entgegengesetzten Ausgange zu. Noch im Februar wurde vor dem Concil die Anklage gegen Herzog Friedrich von Oesterreich erhoben; die Versammlung erklärte feierlich den Herzog und seine Nachkommen bis ins zweite Glied der Fürstenwürde für verlustig und that ihn in den Bann³⁾, Sigmund fügte dem abermals die Reichsacht hinzu. Aber diesmal stockte die Ausführung dieser Sprüche gleich in den Anfängen. Herzog Friedrich mit seinen Verbündeten stand wohlgerüstet da, während der König selbst gar keine Truppen zur Ver-

¹⁾ Ausdrücklich sagt das auch die unten citirte Urkunde vom 3. Febr.

²⁾ Vertragsurkunde vom 3. Februar 1417, Constanx, bei Minutoli I S. 101. Gerade die citirte Bestimmung des Vertrages scheint mir eine Misstimmung zwischen Ludwig und Sigmund zu bekunden, denn, wenn dieselbe überhaupt einen Sinn haben soll, so muss einer der vertragsschliessenden Fürsten eine solche Verantwortang beim Könige durch den andern nötig haben, und, da Friedrich mit Sigmund im besten Einvernehmen stand, kann dass nur Ludwig sein. Daher muss die oben erwähnte Unterredung zwischen 27. Januar (Sigmunds Ankunft) und 3. Februar stattgefunden haben. Dazu stimmen Windecke's Worte „als der Römische König nun angekommen war, verlangte Ludwig etc.“, welche das Ereignis gleich nach Sigmunds Ankunft setzen. Nach Droysen I, S. 373—74 war das Bündnis gegen das Anwachsen der reichsfeindlichen Partei gerichtet.

³⁾ Am 3. März. Vgl. Aschbach II, S. 231.

fügung hatte, und diejenigen, welche ihm vor zwei Jahren geholfen hatten, sich diesmal säumig zeigten. Weder die Fürsten, noch die Städte, noch die Eidgenossen, an welche Sigmund wiederholt seine Aufforderungen zur Kriegshülfe richtete, machten Anstalt zum Kriege; jeder zog sich mit irgend einer Entschuldigung aus der Affaire. Man sieht an diesem Vorgange recht deutlich, wie unbegründet es ist, die erste Demütigung des Herzogs als einen Akt der Rechtsvollstreckung hinzustellen, wo der Richter seinen Spruch gethan, die Vasallen des Reiches auf königlichen Befehl ihn ausgeführt hätten; denn hier, wo die Sache genau so lag, wie damals, legte kein einziger Hand an. Damals war eben bei allen die Hoffnung wachgerufen, dem überraschten und isolirten Fürsten in der Eile ein Stück Landes abnehmen zu können; jetzt, wo er gerüstet den Sprüchen des Concils und des Königs gegenüberstand, wollte niemand die eigene Haut zu Markte tragen. Man wollte wohl zugreifen, wo es zu rauben galt, aber nicht mit eigener Gefahr dem verletzten Rechte Geltung schaffen. Noch ein anderer Gedanke mag manchen Fürsten die Teilnahme an solchem Unternehmen verleidet haben; konnte, was gegen den Oesterreicher gelang, nicht auch bei Gelegenheit gegen sie versucht werden? War nicht der Geächtete ihr Standesgenosse, der nur seine fürstliche Selbständigkeit verteidigte?

Solche Gedanken sind es gewesen, welche einen engen Zusammenschluss der Rheinischen Kurfürsten gegen etwaige Uebergriffe des Reichsoberhauptes herbeiführten. Sie hatten schon im vorigen Jahre einen Landfriedensbund unter einander vereinbart¹⁾, wie er damals nichts Ungewöhnliches war; aber jetzt, bald nachdem das Concil über Herzog Friedrich gesprochen, nahmen sie eine Neuredaction des Vertrages vor und machten sich verbindlich²⁾, falls irgend

¹⁾ Bündnisurkunde dat. 1416 September 23 Bingen, bei Günther, Cod. dipl. Rheno-Mosell. IV, S. 179.

²⁾ Vertragsurkunde dat. 1417 März 7, Regest bei Janssen I, 528 und D.R.A. VII S. 355 Anm. 1. Nach Janssen ist die Urkunde ohne Ortsangabe, nach Kerler aus Boppard datirt.

eine Forderung von Römischen Kaisern oder Königen fernerhin an sie gemeinsam oder einen von ihnen geschehen sollte, die sie alle gemeinsam angehe, dass dann keiner unter ihnen auf eigene Hand antworten solle; sondern sie wollten sich in dem Falle zu einander fügen und einer gemeinsamen Antwort zu Rate werden¹⁾.

Kurfürst Ludwig war Mitglied dieses Bundes, ein Zeichen, wie sehr inzwischen die Spannung zwischen ihm und Sigmund gewachsen war. Freilich öffentlich zeigte der Pfalzgraf seinen Groll noch nicht, sondern beteiligte sich an vielen feierlichen Belehnungen dieser Zeit, blieb überhaupt in des Königs Umgebung; und auch dieser Vertrag wird wohl geheim gehalten worden sein, da sonst Sigmund seinen Unwillen darüber wohl schon früher geäußert haben würde, als im nächsten Jahre²⁾.

Während so in Deutschland die Opposition wuchs, und die Aufgaben immer verwickelter wurden, schickte sich der König an zur Erfüllung seiner in Canterbury übernommenen Verpflichtungen. Der Vertrag sollte von den Kurfürsten bestätigt werden, und Kurfürst Ludwig, Heinrichs V. Schwager, war von Anfang an eifrig bemüht, seine Kollegen zu diesem Schritte zu bringen³⁾. Johann von Mainz wurde gewonnen durch die Verleihung der Landvogtei in der Wetterau⁴⁾, und am 2. Mai 1417 wurde wirklich die Bundesurkunde von den sechs Kurfürsten ausser Wenzel bestätigt und mit unterschrieben⁵⁾. Schon vorher hatte Sigmund den französischen König vom Abschlusse des Bündnisses in Kenntnis gesetzt und ihm den Krieg erklärt⁶⁾.

¹⁾ Vgl. über die Anfänge des Rheinischen Bundes auch Wendt, der Reichstag unter Sigmund (1889) S. 118 f., welcher das Thema jedoch ohne Berücksichtigung der übrigen gleichzeitigen Ereignisse behandelt.

²⁾ Auch Windecke kannte diesen Vertrag nicht; er spricht im cap. 93 nur von dem Koblenzer Bund, s. unten S. 66.

³⁾ Wie er selbst an Heinrich V. berichtet, D.R.A. VII, 237, 5.

⁴⁾ Verleihungsurkunde dat. 1417 Jan. 15. Luxemburg, bei Guden, Cod. dipl. Mog. IV. S. 109.

⁵⁾ D.R.A. VII, 228.

⁶⁾ Kriegserklärung dat. 1417 März 22. Constanx D.R.A. VII 227.

Markgraf Friedrich trat bei allen diesen Verhandlungen nicht hervor; ob er weiter zwischen Sigmund und dem Pfalzgrafen vermittelt hat, darüber hören wir nichts; den Vertrag von Canterbury hat er mit besiegelt, ob gern oder ungern, ist uns unbekannt. Am 18. April wurde er vom Könige unter grossen Feierlichkeiten mit seinem Kurfürstentum belehnt¹⁾ und gab am Abende des Tages ein grosses Bankett. Erst als Pfalzgraf Ludwig im Mai²⁾ Constanz verliess und in seine Erblände ging, um sein Contingent zum Kriege gegen Frankreich auszurüsten, als auch die übrigen Kurfürsten nach und nach abreisten und von den ersten Reichsfürsten nur Friedrich dortblieb, wurde er als der erste weltliche Herr nach dem Könige auf mancherlei Art ausgezeichnet. Er begleitete Sigmund öfter in die Concilsitzungen, und bei den öffentlichen Aufzügen hatte er während der ganzen übrigen Dauer des Concils stets einen sehr ehrenvollen Platz³⁾. Ueber alle diese Dinge informiren uns die gleichzeitigen Berichterstatter genau genug; aber leider spielen bei ihnen oft die Posauner und Pfeifer eine grössere Rolle als die handelnden Staatsmänner, und so berichten sie uns auch von Friedrichs politischer Thätigkeit herzlich wenig.

¹⁾ Vgl. Riedel, Zehn Jahre S. 283—299., G. d. Pr. Kgsh. II., S. 312—321

²⁾ Ludwig empfing am 11. Mai in Constanz die Belehnung (Aschbach II S. 240); am 9. Juli war er sicher nicht mehr dort, da der an diesem Tage von Sigmund ausgestellte, von den anwesenden deutschen Fürsten garantierte Sicherheitsbrief für das Concil (Caro, Kanzlei Sigmunds No. 39 (6) S. 38) seinen Namen nicht aufweist; am 15. Juni ist er in Worms nachweisbar; aber schon vorher fehlt er bei Gelegenheiten, wo deutsche Fürsten sich beteiligen, so besonders bei der Concilsitzung vom 19. Mai (s. Tagebuch des Cardinal Fillastre bei Finke Q. F., S. 197); ich glaube daher, dass er schon vor dem 19. Mai abgereist ist. Dazu stimmte seine Aussage, er habe „immediate“ nach Feststellung des Kriegsplanes gegen Frankreich Constanz verlassen. Da in demselben der 24. Juni als Termin des Angriffs vorgesehen war (vgl. Sigm. Brief an Heinrich V. vom 4. August 1417, Caro, Kanzlei Sigmunds, No. 63 (44) S. 128) und Ludwig vorher seine Truppen erst rüsten wollte, so muss die Abreise Mitte Mai erfolgt sein.

³⁾ Vgl. Riedel, Zehn Jahre S. 279—283.

Wir sahen, mit welchen Gedanken der Markgraf nach Constanz kam; er säumte nicht, mit dem Könige sich über seine Pläne zu verständigen. Sigmund war völlig damit einverstanden, wenn sich im deutschen Nordosten ein mächtiger Staat bildete, der von seinem ergebenen Anhänger regiert ward, und sich so im Schlepptau seiner Politik bewegte. Wie vortrefflich war ein solcher als Bundesgenosse gegen die wachsende Macht der Polen zu benutzen! Er ging also auf des Markgrafen Pläne ein. Ein Manifest an die pommerschen Herzöge wurde aufgesetzt, das diesen erklärte, ihre Belehnung, die sie vom Könige erhalten hätten, entbinde sie keineswegs von ihren Lehnspflichten gegen Brandenburg, vielmehr weise der König sie an, denselben aufs pünktlichste nachzukommen, da die markgräfliche Stellung gerade darauf beruhe, dass etliche Lande, welche an die Markgrafschaft grenzten, von dieser zu Lehen gingen¹⁾. Diese Urkunde redete eine deutliche Sprache, und man kann sich nicht wundern, dass sie in Pommern den höchsten Unwillen erregte; Friedrich wird sich darüber von vornherein nicht getäuscht haben, dass diese Ansprüche nur mit den Waffen in der Hand durchgesetzt werden könnten.

Nach wie vor stand der Markgraf in Beziehungen zu den deutschen Städten²⁾. Gar nichts wissen wir aber über seine Stellung zu den Verhandlungen des im Mai und Juni 1417 zu Constanz abgehaltenen Reichstages, welcher sich wieder mit der Reichsreform beschäftigte, ohne irgend welche Resultate zu erreichen.

Etwas besser sind wir unterrichtet über seine Beziehungen zum Concil; wie alle anwesenden Reichsfürsten siegelte er die Briefe mit, durch welche der König auf Ansuchen der französischen Nation allen Besuchern des Concils persönliche Sicher-

¹⁾ Sigmunds Schreiben an die Herzöge von Pommern, dat. 1417 Juli 24 Constanz C.D.B. contin. II. S. 88.

²⁾ Vgl. die Berichte der Frankfurter Gesandten an ihre Stadt vom 21. Mai (D.R.A. VII. No. 221) und 23. Nov. 1417 (Janssen I, 540); ferner den Brief der Stadt Frankfurt an Friedrich vom 16. Okt. 1417 (Regest Janssen I, 537).

heit und den Cardinälen Freiheit ihrer Beratungen zusicherte.¹⁾ Die Hauptfrage, welche nach Benedicts XIII. Absetzung (26. Juli) das Concil beschäftigte, war die, ob jetzt sogleich ein neuer Papst gewählt und dann die Reformation der Kirche vorgenommen werden, oder die Papstwahl erst nach der Reformation erfolgen solle. Sigmund nebst der Deutschen und Englischen Nation war für das letztere, die Cardinäle und die drei romanischen Nationen für das erstere. Man redete viel darüber hin und her; sobald der König aber sah, dass er mit seiner Meinung nicht durchdringen werde, gab er es auf, dafür zu wirken²⁾ und suchte nun einen Modus der Papstwahl durchzusetzen, bei welchem er möglichst grossen Einfluss auf diese gewinne. Er stellte mit den ihm befreundeten Cardinälen und Markgraf Friedrich einen Plan für das Wahlverfahren auf, und liess denselben durch die genannten am 29. August drei Cardinälen mitteilen, welche ihn wieder ihren Collegen vorlegen sollten. Das Project erregte einen Sturm der Entrüstung im Cardinalscollegium, und um allen weiteren Bemühungen Sigmunds die Spitze abzuberechen, wurde den einzelnen Cardinälen untersagt, mit dem Könige oder seinen Vertrauten zu verhandeln, wenn nicht Mitglieder der drei romanischen Nationen dabei anwesend seien.³⁾ Die Spannung wuchs, als der König seine Bestrebungen fortsetzte; in der Sitzung vom 9. September liessen die Cardinäle in Gegenwart Sigmunds einen scharfen Protest gegen dessen Handlungsweise verlesen, worin es unter anderem hiess, der König mische sich auf ungehörige Weise in die Sachen der Kirche und suche die Cardinäle

¹⁾ Urkunden Sigmunds dat. 1417 Juli 9. und 12 Constanx (Caro, Kanzlei Sigmunds No. 39 (6) S. 38 und 31 (7) S. 41).

²⁾ Dass er dies Ende August bereits aufgegeben hatte, folgt aus dem bei Lenz S. 171—172 citirten Schreiben des Königs an einen böhmischen Edlen vom 24. Aug. und aus der unten citirten Stelle aus Fillastre's Tagebuch. Die Polemik Caro's (Bündnis von Canterbury S. 91) gegen diese Auffassung ist unbegründet und wird besonders durch die Tagebuchstelle widerlegt.

³⁾ Dies alles berichtet uns das Tagebuch des Cardinals Fillastre bei Finke Qu. F. S. 214.

einzelnen in sein Interesse zu ziehen. Wütend verliess Sigmund den Saal. Am andern Morgen fanden die Cardinäle die Sitzungslocale geschlossen und mussten auf den Stufen des bischöflichen Palastes tagen. Sie baten den Markgrafen Friedrich und den Constanzer Rat um sicheres Geleit in eine andere Stadt, wo sie unbeeinflusst wählen könnten; einige hatten bereits die Stadt verlassen, wurden aber mit Gewalt wieder zurückgebracht. Markgraf Friedrich und einige Bischöfe erwarben sich das Verdienst, die Sprengung des Concils zu hindern, indem sie Sigmund zum Nachgeben bewegten: am 11. September wurden den Cardinälen die Sitzungssäle wieder geöffnet.¹⁾ Anfangs wollte der König einige seiner heftigsten Widersacher verhaften lassen, bei näherer Ueberlegung aber stand er davon ab; eine Entscheidung über den Wahlmodus war aber vorerst noch nicht zu erzielen. Wir können aus den vorliegenden Nachrichten Friedrich's Thätigkeit in der Frage nicht genau feststellen, aber wir können sagen, dass er einen vermittelnden Einfluss ausübte und, da er das Vertrauen beider Parteien besass, viel zur gütlichen Lösung beitrug.

Inzwischen wurde in Constanz an der Ausgleichung eines Streites gearbeitet, welcher ganz Süddeutschland in Verwirrung zu setzen drohte. Herzog Ludwig von Ingolstadt war mit seinen Vettern von München und Landshut wegen der Landesteilung, die er für ungerecht hielt, entzweit; Ludwig von der Pfalz und Markgraf Friedrich, letzterer als Heinrichs von Landshut Schwager, waren mit den Gegnern des Ingolstädters im Bunde. Gerade im Sommer 1417 schien es zum Kriege kommen zu sollen. Zeichen von Ludwigs von Ingolstadt feindlicher Gesinnung besitzen wir in zwei Schreiben desselben,²⁾ in welchen er den Markgrafen als Bürgen für Sigmund geliehenes Geld in Anspruch nimmt

¹⁾ Ueber diese Vorgänge vgl. die Berichte bei v. d. Hardt, Conc. Const. IV. p. 1415, I. S. 916 mit dem Fillastre's bei Finke Q. F. p. 219—224. Die Differenzen können hier im einzelnen nicht verfolgt werden.

²⁾ Schreiben Ludwigs, dat. 1417 April 10. Ingolstadt und Mai 24. Höchstädt, C.D.B. III., I S. 84 u. 85.

und von ihm Zahlung fordert, trotzdem Friedrich erst in dritter Reihe, nach Sigmund und seiner Gemahlin, dazu gemahnt werden durfte.¹⁾ Herzog Ludwig scheint ausserdem mit einem Angriffe gedroht zu haben, denn seine Vettern und der Markgraf sahen sich veranlasst, den pfälzischen Kurfürsten für diesen Fall um die Hülfe, die er ihnen zugesagt, zu bitten.²⁾

Es war die Zeit, wo dieser zum Kriege gegen Frankreich rüstete; er fürchtete von der drohenden Fehde einen Aufschub dieser Unternehmung, und bat daher den König schriftlich, er möge doch Frieden stiften. Sigmund ermahnte durch Briefe die streitenden Teile zum Frieden, aber nichtsdestoweniger brach die Fehde aus. Ludwig eilte auf die Nachricht hiervon selbst nach Constanz und bewog den König, die Parteien vor das Hofgericht zum Austrage ihrer Streitigkeiten zu laden, um die Sache möglichst schnell aus der Welt zu schaffen. Dann ging er an den Rhein zurück und harrete mit seinem Contingente kriegsbereit auf Sigmunds Ausrücken gegen die Franzosen.³⁾

Nach mancherlei Vorverhandlungen wurde der Hauptprozess zwischen dem Ingolstädter und Heinrich von Landshut eingeleitet; Markgraf Friedrich war seines Schwagers Fürsprecher vor Gericht. Das Urteil wurde endlich, nachdem der Prozess sich über drei Monate hingeschleppt hatte, zu Ungunsten Herzog Ludwigs gefällt.⁴⁾ Vergebens rief dieser noch persönlich die Intervention des Königs an. Es folgte eine erregte Scene zwischen den Vettern; Ludwig warf dem Landshuter Feigheit vor; dieser, aufs höchste erregt, wurde von seinem Schwager Friedrich mit Mühe aus dem Saale entfernt. Dann aber lauerte er dem Ingolstädter

¹⁾ Vgl. oben S. 46.

²⁾ Vgl. Ludwig v. d. Pfalz Denkschrift D.R.A. VII, 237, 6. Die Zeit dieser Mahnung ist unbestimmt, wahrscheinlich Ende Mai 1417, wie der weitere Verlauf zeigt.

³⁾ D.R.A. VII, 237, 6. Die Zeit dieses Vorganges ist nicht näher zu bestimmen.

⁴⁾ Am 19. Okt. 1417: die ersten Sitzungen in der Sache fanden Anfang Juli statt.

auf, überfiel ihn auf offener Strasse und liess ihn schwerverwundet liegen; er selbst entfloh gleich nach vollbrachter That aus Constanx.

Sigmund war über diesen Friedensbruch sehr aufgebracht; er liess sofort dem Herzog Heinrich nachsetzen, aber ohne Erfolg; ja, er verliess Constanx, wie berichtet wird, mit dem Schwure, nicht eher dahin zurückzukehren, als bis der Frevel gesühnt sei. Seine Reise ging zu den Eidgenossen und bezweckte wohl in Wahrheit deren Heranziehung zur Hülfeleistung gegen Friedrich von Oesterreich.¹⁾ Bereits am Tage nach der That hatte der König den Landshuter durch ein Fürstengericht seines Herzogtums verlustig erklären lassen und ihn ächten wollen: aber Markgraf Friedrich warf sich ihm zu Füssen und bat, nicht eher zu richten, als bis beide Parteien gehört worden seien, denn noch sei ja gar nicht festgestellt, wer eigentlich den Streit begonnen habe. Sigmund willfahrte diesem Verlangen; ja, als die Nachricht kam, des Ingolstädters Wunde sei nicht lebensgefährlich, liess er sich durch des Markgrafen Bitten bewegen, nach Constanx zurückzukommen und mit Herzog Heinrich in Unterhandlungen zu treten. Schliesslich verzieh er demselben den Friedensbruch ganz und sprach ihn feierlich aller Strafe hierfür ledig, vorbehaltlich natürlich der privatrechtlichen Haftung seinem Vetter gegenüber.²⁾

Dieses Verfahren wirft wieder ein recht helles Licht auf die idealen Gedanken und Ziele, welche Sigmund und Friedrich angeblich gemeinsam verfolgten, und deren Summe doch gewesen sein soll, dem Recht und der Gerechtigkeit überall im Reiche zum Siege zu verhelfen gegenüber der rohen Gewalt. Hier lag die Rechtsfrage so klar wie möglich. Herzog Heinrich hatte den Frieden durch einen mörderischen Ueberfall gebrochen und war daher in die Reichsacht zu erklären und seiner Güter zu berauben; man versuchte aber ein solches Vorgehen gar nicht, denn Sigmund wollte nicht noch

¹⁾ Vgl. Aschbach II, S. 289.

²⁾ Urkunde Sigmunds von 1418 Januar 10., erwähnt bei Lang, Ludwig der Bärtige S. 91. Riedel G. d. Pr. Kgsh. II. S. 383.

einen Anhänger verlieren, und Friedrich sah ebenfalls lieber das Recht gebeugt, als seinen Schwager und Bundesgenossen dem Grimme des gemeinsamen Feindes preisgegeben. Sobald eben das persönliche Interesse ins Spiel kam, schwand der Gedanke, dass das Recht etwas Gegenteiliges verlange, dahin.

Als am 11. November die Papstwahl vollzogen war, und Otto Colonna als Martin V. den Stuhl Petri bestiegen hatte, — bei der Wahl hatte Markgraf Friedrich an der Spitze der Hüter des Conclaves gestanden — näherte das Concil sich seinem Ende. Von weltlichen Angelegenheiten forderte noch die Acht gegen den österreichischen Herzog ihre Vollstreckung, und im Hintergrunde wartete das Bündnis von Canterbury auf seine Erfüllung. Denn bisher hatte Sigmund keine ernstlichen Anstalten zu seiner Ausführung gemacht, sondern den Verbündeten mit leeren Vertröstungen hingehalten.¹⁾ Wir sahen, wie eifrig Kurfürst Ludwig von der Pfalz diesen Krieg betrieb; er war über das ewige Zögern des Königs heftig erzürnt, und immer fester schloss sich der Rheinische Bund gegen Sigmund zusammen. Auf einer Fürstenversammlung zu Coblenz²⁾ traten die Herzoge Adolf von Berg und Reinald von Geldern demselben bei; auch andere kleinere Herren der Umgegend schlossen sich an. Ausdrücklich vereinten sie sich zum Widerstande gegen jeden, der sie an ihren Fürstentümern, Freiheiten, Herrlichkeiten und Rechten schädigen wolle, niemand ausgenommen. Die Nachricht von dieser Vereinigung gelangte natürlich zu den Ohren des Königs; in seiner Heftigkeit stiess er sogleich Schmähungen gegen den Pfalzgrafen aus, nannte ihn einen Verräter und erklärte, worin er allerdings nicht Unrecht hatte, durch derartige Umtriebe werde der Krieg mit Frank-

¹⁾ Briefe Sigmunds an Heinrich V. vom 4. und 16. August, Caro a. a. O. No. 63 u. 71 (44 u. 46) S. 128 u. 132.

²⁾ Am 2. August 1417; Bündnisurkunde bei Hontheim, hist. Trev. II p. 357 und Mone Ztschr. f. Gesch. d. Oberrh. IX 24. Regest bei Janssen I, 534. Berichte bei Eb. Windecke cap. 93.

reich nur gehindert, nicht gefördert.¹⁾ Alles das wurde dem Kurfürsten getreulich hinterbracht, und nun spielte er seinerseits den Beleidigten: es sei Verleumdung, liess er dem König sagen,²⁾ wenn man behaupte, er hindere den Krieg mit Frankreich; schon lange stehe er gerüstet da, und wenn Sigmund sein Versprechen nicht halten wolle, er gedenke es zu halten und nötigenfalls allein nach Frankreich zu ziehen. Der König antwortete auf diese Vorstellung damit, dass er auf eine Klage Ludwigs von Ingolstadt hin den Pfalzgrafen in formloser, den kurfürstlichen Privilegien widersprechender Weise vor sein Hofgericht citiren liess.³⁾ Sofort trat nun der Rheinische Bund geschlossen für den Verletzten ein: die Verbündeten liessen eine Collectivnote an den König abgehen, worin sie denselben ersuchten, jeden von ihnen, und insbesondere den Kurfürsten von der Pfalz, bei seinen hergebrachten Rechten und Privilegien zu lassen.

So verschärfte sich hier der Gegensatz mehr und mehr; und auch im Processe gegen den Herzog von Österreich erlitt das königliche Ansehen die grösste Einbusse. Durch die augenfällige Ungerechtigkeit Sigmunds in der Sache Heinrichs von Landshut musste auch in diesem Processe die moralische Autorität des Königs als Richter erheblich verlieren. Dazu kam, dass Herzog Ernst, des Geächteten Bruder, mit einem wohlgerüsteten Heere in bedenklicher Nähe von Constanx sich aufstellte. Angesichts dieser Lage

¹⁾ Ganz unhaltbar ist die Vermutung Caros (Bündnis von Canterbury S. 98), dass Sigmund in berechneter Weise das Zerwürfnis mit dem Pfalzgrafen provocirt und verschärft habe; er hätte damit selbst seinem Ansehen im Reiche den Todesstoss gegeben.

²⁾ D. R. A. VII, 237, 6. Er trug diese Bestellung dem Bischof von Winchester auf, welcher ihn auf der Reise von London nach Constanx in Oppenheim besuchte; der Bischof kam zwischen Sept. 27 und Okt. 9 in Constanx an (Finke Q. F. S. 228, Tagebuch Fillastre's) woraus sich die ungefähre Zeitbestimmung dieser Streitigkeiten ergibt.

³⁾ Wir kennen diese Vorgänge nur aus der Denkschrift Ludwigs D. R. A. VII, 237, 7. Die Zeit ist nicht genau zu bestimmen; man kann zweifelhaft sein, ob dies alles nicht vor dem 2. August geschah, und der Coblenzer Fürstentag erst die Folge der königlichen Ladung an Ludwig war.

der Dinge gab Sigmund nach; es kam ein Vertrag zustande, in welchem der Herzog auf alle Lande verzichtete, die schon an andere verliehen und von ihnen besetzt waren; sein übriges Gebiet erhielt er gegen Zahlung einer Geldsumme zurück¹⁾ und wurde von Acht und Bann gelöst. Auch in diesen Verhandlungen hat Markgraf Friedrich eine vermittelnde Thätigkeit entwickelt, auf welche näher einzugehen unnötig erscheint.

Schon vorher hatte das Concil seine letzte Sitzung gehalten;²⁾ bald nachher verliessen Papst und König die Stadt.

Wir werden sagen können, dass in den wenigen Fällen, wo wir von Friedrichs Teilnahme an den Constanzer Ereignissen der Jahre 1417 und 1418 etwas Sicheres wissen, doch schon seine veränderte Stellung zum Könige hervortrat. Zwar das gute Einvernehmen war in keiner Weise gestört, aber Friedrich trat selbständiger auf, als früher. Sonst hatte er einfach des Königs Befehle vollstreckt, jetzt vermittelte er überall, zwischen Sigmund und Ludwig von der Pfalz, Heinrich von Landshut, Friedrich von Oesterreich, endlich zwischen dem Könige und den Cardinälen. Es verlohnt sich, diesen an sich geringfügigen Unterschied von seiner früheren Haltung zu betonen, weil er den Übergang zu seiner späteren Handlungsweise bildet.

¹⁾ Vertrag vom 12. Mai 1418, erwähnt bei Aschbach II, S. 347.

²⁾ Am 22. April 1418, Aschbach II, S. 365.

IV.

Friedrich als Reichsverweser.

Als Papst Martin V. den Deutschen Boden verliess, konnte er sich sagen, dass die Gefahr, welche der Hierarchie von der übermächtigen Stellung des Römischen Königs gedroht hatte, für lange Zeit vorüber sei; denn er liess das Reich in einem Zustande hinter sich, welcher dem Regenten desselben jeden Gedanken an eine weltbeherrschende Stellung benehmen musste. Und der Papst hatte selbst sein Möglichstes gethan, diesen Zustand herbeizuführen. Es wäre ihm sehr unangenehm gewesen, wenn zwischen Sigmund und Friedrich von Österreich der Krieg ausgebrochen wäre; denn wer wollte vorher berechnen, auf wessen Seite schliesslich der Sieg sein werde? Und triumphirte hier der König, wurde sein Ansehen dadurch wieder erhöht, so wuchs die Gefahr für die Hierarchie. Martin war daher in diesem Streite eifrig als Vermittler thätig;¹⁾ konnte er doch auf diese Art mit dem Nutzen für die Kirche noch den Nimbus des unparteiischen Friede-bringers verbinden.²⁾ Schnell hatte Martin auch erkannt, dass sein natürlicher Bundesgenosse gegen den König die fürstliche Opposition sei; eine Gesandtschaft der Rheinischen

¹⁾ Vgl. die Berichte der Frankfurter Gesandten vom 23., 25. und 26. November 1417 (Janssen I, 540 u. 542—544.)

²⁾ Vgl. auch die bei Lenz, Sigismund und Heinrich V., S. 196—197 erzählte Episode, welche zeigt, wie richtig Martin den König beurteilte.

Kurfürsten wurde daher ganz besonders gnädig von ihm empfangen.¹⁾

Die Schlinge, welche der König hingegen dem Papste zu legen dachte, indem er ihn aufforderte, seine Residenz in Deutschland zu nehmen, wurde von diesem natürlich sofort erkannt, und der Vorschlag abgelehnt; am 16. Mai reiste er aus Constanz ab. König Sigmund zog darauf dem Elsass zu, und Markgraf Friedrich ging in seine fränkischen Stammlande.²⁾ Mochte auch hier diese oder jene Angelegenheit zu erledigen sein, weit dringender rief den Fürsten sein nordisches Besitztum. Wir kennen die Erklärung König Sigmunds über die Stellung des Brandenburgischen Markgrafen zu seinen Nachbarfürsten, welche am 24. Juli 1417 in Constanz festgestellt war. Sie bewirkte, dass die Nachbarn, welche sich durch derartige weitgehende Ansprüche bedroht fühlten, neue Feindseligkeiten gegen die Mark begannen.³⁾ Mecklenburger und Pommern führten gegen Friedrichs Untertanen ununterbrochen einen Grenz- und Raubkrieg, welcher das Land aufs schwerste schädigte. Auch Erzbischof Günther von Magdeburg, bisher des Markgrafen Verbündeter, griff jetzt zu einem ähnlichen Verfahren und begünstigte auf jede Weise die noch unbotmässigen märkischen Vasallen, vor allen die Quitzows. Das alles verlangte dringend persönliche Anwesenheit des Herrschers. Ein weiterer grosser Nachteil wurde allein durch die Abwesenheit Friedrichs verschuldet. Die Herren von Werle hatten den Markgrafen als Lehnsherren anerkannt, in der Hoffnung von ihm gegen die Mecklenburger geschützt zu werden; dies war geschehen, so lange der Kurfürst im Lande war; kaum aber hatte er sich entfernt, so begann für sie die Bedräng-

¹⁾ Vgl. den Bericht der Frankfurter Gesandten, ohne Datum, aus dem Frühjahr 1418, Janssen I, 560. Characteristisch ist auch der Umstand, dass ein päpstlicher Subdiaconus unter die Räte des pfälzischen Kurfürsten aufgenommen wurde, vgl. D.R.A. VII, 237, 10.

²⁾ Er urkundete 4. und 25. Juli 1418 in Nürnberg, 31. August in Ansbach, vgl. Riedel, Zehn Jahre S. 405 Anm. 27.

³⁾ Vgl. die nähere Darstellung dieser Verhältnisse, welche hier, dem Zwecke des Ganzen gemäss, nur angedeutet werden können, bei Riedel, Gesch. d. Pr. Kgh. II p. 332—356 und Märk. Forsch. Bd. 5 S. 185—218.

nis aufs Neue, und keine Abhülfe stand zu erwarten. Da verhandelten sie auf eigene Hand mit ihren Nachbarn. Diese kamen ihnen bereitwillig entgegen, denn ihnen war es nur darum zu thun, die werleschen Herren von dem Markgrafen zu trennen. Man erinnerte sich der Abstammung aus demselben Geschlecht, es gelang, dem Herrn Baltasar klar zu machen, dass er von den alten Wendenkönigen stamme und also nimmermehr einem andern Fürsten als Lehnsmann untergeben sein könne. Mit Hülfe einer alten Chronik wurde der Beweis für diese hohe Abkunft erbracht, und zu aller Sicherheit liess man sich vom Bischofe von Havelberg die Thatsache bescheinigen.¹⁾ Daraufhin nahmen die drei Vettern Baltasar, Wilhelm und Christoph den Titel „Fürsten von Wenden“ an und erklärten ihr Lehnverhältnis zu Brandenburg für gelöst.

So war also Friedrichs Anwesenheit in der Mark recht nötig; aber König Sigmund hatte ganz andre Dinge mit ihm vor. Seine Spannung mit dem Pfalzgrafen war gewachsen; er hatte diesen auf das schwerste beleidigt, indem er auf einer Versammlung zu Basel in Gegenwart vieler Fürsten und Herren sagte, Ludwig habe sich durch die Eingehung des Rheinischen Bundes des Verbrechens der Felonie schuldig gemacht²⁾, und einem anwesenden kurfürstlichen Rate ausdrücklich befahl, das seinem Herrn zu berichten. Der Pfalzgraf und seine Verbündeten protestirten sofort lebhaft gegen dies Benehmen des Königs und forderten eine förmliche Entschuldigung von ihm.³⁾ Da kam noch ein neuer Streitpunkt hinzu. Ludwig hatte von seines Vaters Zeiten her die Stadt Selz als Reichspfandschaft inne; nichts-

¹⁾ Urkunde Bischof Ottos von Havelberg dat. 1418 Mai 4. Wilsnak, C.D.B. I 25 S. 59.

²⁾ D.R.A. VII, 237, 10, „quod dominus noster dux fecisset quandam ligam contra ipsum et quod non servasset juramenta sibi per dominum nostrum prestita.“ Die Scene fand Ende Mai oder Anfang Juni 1419 statt, vergl. Kerler a. a. O. S. 356 Anm. 1.

³⁾ Brief Ludwigs an Sigmund, ohne Datum und Ort, aus dem Juni 1418, D.R.A. VII 234, und der Rhein. Kurfürsten an Sigmund, dat. 1418 Juli 20. Bacharach, erwähnt D.R.A. VII 236.

destoweniger erteilte der König verschiedenen elsässischen Städten, darunter auch Selz, das Privilegium, dass sie niemals verpfändet werden dürften.¹⁾ Der Pfalzgraf, sein Pfandrecht bedroht glaubend, legte sofort dreihundert Reiter in die Stadt, liess die Festungswerke schleifen, sich die Schlüssel der Thore ausliefern und von den Bürgern den Eid der Treue schwören; eine königliche Gesandtschaft, welche dies Verfahren einer Prüfung unterziehen sollte, wurde vor den Thoren zurückgewiesen.²⁾ Damit war zwischen Sigmund und dem ersten weltlichen Reichsfürsten der offene Krieg ausgebrochen. Aber der König, im Gefühl seiner Ohnmacht, begnügte sich mit einem Protest gegen Ludwigs rebellisches Benehmen, welchen er dem Rheinischen Bunde übersandte.³⁾ Seinen Zug gegen Frankreich gab er natürlich auf und trat von Hagenau aus seinen Rückweg nach Ungarn an, wohin ihn die drohende Türkengefahr rief. Dieser Rückzug war eine Flucht, welche ergriffen wurde, ohne dass Sigmund nur versucht hätte, seinen Feinden entgegenzutreten. Vor vier Jahren hatte er den Boden des Reiches betreten als der erste Mann Europa's, dem Staat und Kirche sich beugten; alles war ihm vertrauensvoll entgegengekommen, und der Glanz seines äusseren Auftretens hatte anfangs alle für ihn eingenommen; diese vier Jahre hatten genügt, sein Ansehen zu vernichten; man wusste jetzt, dass weder sein guter Wille noch seine Macht den grossen Worten entsprachen.

Der König sah sich, als er das Reich, und zwar voraussichtlich auf lange Zeit, zu verlassen sich anschickte, nach einem Stellvertreter für seine Abwesenheit um; begreiflicher Weise lenkte sich sein Blick sogleich auf Friedrich, seinen

¹⁾ Urkunde Sigmunds für 11 elsässische Städte, dat. 1418 Juli 18. (oder 11.?) Hagenau, erwähnt D.R.A. VII S. 358 Anm. 3.

²⁾ Vgl. über diese Vorgänge des Pfalzgrafen Denkschrift D.R.A. VII, 237, 11 mit Sigmunds Brief an die Kurfürsten, D.R.A. VII., 236 und Eb. Windecke cap. 94.

³⁾ Brief Sigmunds an die Rheinischen Kurfürsten dat. 1418 Aug. 2., Baden, D.R.A. VII 236.

Freund, jetzt seinen mächtigsten und zugleich treuesten Anhänger. Der Markgraf kam im Laufe des September an den königlichen Hof; ihn riefen seine Regentenpflichten nach Norden, und wenig verlockend war die Uebernahme der Reichsregierung sicherlich in den damaligen verwickelten Zuständen, zumal auf ganz unbestimmte Zeit. Es lag in diesem Verlangen Sigmunds wieder der Anspruch auf Friedrichs ganze Arbeitskraft, wie sie ehemals dem König zu Diensten gestanden hatte; es zeigte sich darin, dass er die neue Gestalt des Verhältnisses seit der Uebertragung der Marken nicht von der alten zu scheiden wusste. Er betrachtete eben den Markgrafen als seine Creatur¹⁾, die er durch seine Wohlthaten unauflöslich an sein persönliches Interesse gefesselt zu haben glaubte; von der Dankbarkeit des durch ihn so hoch erhobenen Mannes glaubte er auch das schwerste fordern zu dürfen²⁾.

Wir wissen, wie anders Friedrich die Dinge ansah; er überlegte, ob das Interesse seiner Untertanen ihm noch gestatte, dem Freunde das verlangte Opfer zu bringen. Auf die Treue der meisten märkischen Vasallen und Städte, auf die freundschaftliche Vermittelung Rudolfs von Sachsen konnte er zählen; so mochte er hoffen, dass die Sachlage im Norden sich in der nächsten Zeit wenigstens nicht verschlimmern werde, dass die Sendung eines tüchtigen Vertreters zunächst seine eigene Anwesenheit zwar nicht ersetzen, aber doch ihren Mangel nicht allzu fühlbar machen werde. Er beschloss also, diesmal noch den Wünschen des Königs nachzugeben. Am 2. October 1418 wurde er darauf zu Donauwörth zum Reichsverweser mit völlig unbeschränkter

¹⁾ Vgl. Sigmunds eigene Worte in einem späteren Briefe an König Wladislav (Cod. ep. Vitoldi S. 483): „noverit dileccio vestra, quomodo . . . Fridericus . . . nostra sit quodammodo creatura.“

²⁾ Sigmund schreibt später selbst an Friedrich (C.D.B. II 3 p. 393): „also das wir sicher und on czweyfel gewezt sein, das du danknem syst, und was du erkennest und an uns brufest, das vns wider were, das dir das nicht zu swer were zu tun und bei uns leib und gut darczulegen und zu strecken.“

Vollmacht ernannt.¹⁾ Sigmund selber reiste langsam die Donau weiter abwärts; im Januar 1419 verweilte er noch in Passau; bald darauf verliess er den deutschen Boden.

Friedrichs Vollmacht als Reichsverweser lautete bis auf mündlichen oder schriftlichen Widerruf²⁾; ausserdem wurde als selbstverständlich vorausgesetzt, dass sie mit der Rückkehr des Königs nach Deutschland erlösche³⁾; sie verlieh ihm volle Gewalt, in des Königs Namen in allen Reichssachen für diesen verbindliche Handlungen vorzunehmen. Aber Friedrich kannte nur zu gut Sigmunds wankelmütiges Wesen; ausdrücklich musste ihm der König versprechen⁴⁾ „wider solche unsere Statthaltung, Verwesung und Gewalt, keinerlei Privilegia oder Briefe zu geben oder auch Botschaft oder Gebote dawider zu thun oder zu senden, mit denen der vorgenannte Friedrich in solcher dieser unserer Ordnung geirrt oder gehindert werden möchte⁵⁾.“

¹⁾ Ernennungsurkunde bei Minutoli I S. 75, C.D.B. II, 3 S. 257. D.R.A. VII, 251. Völlig grundlos ist die Meinung von Riedel (Gesch. d. Pr. Kgsh. II, S. 326), die Ernennung Friedrichs zum Reichsverweser sei eine Vorbereitung und Vorstufe zur Abtretung der Königswürde an denselben gewesen.

²⁾ „das wir in allen obgenanten stucken unstraßberlich und unverbriklich biss uff unser widderruffen beliben lassen wollen, die wir im mit unsern kunglichen botschaften oder briefen verkunden sollen.“

³⁾ Dies geht hervor aus Sigmunds Brief an Nürnberg, dat. 1418 October 2. Donauwörth D.R.A. VII 252 „davon wir dem hochgeboren Fridrichen . . . unsere und des richs sachen in Tutschen landen zu handeln und zu hanthaben biss uff unser wiederkumfft empfolhen haben,“ und aus dem Briefe Johann Buntlos an Frankfurt vom 9. October, bei Janssen I, 570.

⁴⁾ Vgl. D.R.A. VII, S. 373, Z. 16—20.

⁵⁾ Nach Droysen (I S. 391 ff.) war des Markgrafen Ernennung ein Mittel, um Vorsorge zu treffen gegenüber dem Wachsen der reichsfeindlichen Partei. Man muss das doch so verstehen, als habe Sigmund dem Markgrafen die Lösung einer Aufgabe zugeschoben, die ihm selbst zu schwierig war; und in der That haben wohl solche oder ähnliche Motive mitgewirkt. „In welchem Sinne nun Friedrich die Regierung übernahm, so sagt Droysen weiter, „ergiebt sich daraus, dass er sie übernahm;“ eigener Vorteil war dabei nicht zu holen; seine Auffassung vom Fürstenamte brachte es aber mit sich, dass er gehorchte, wenn der oberste

Und der neue Reichsregent hatte es nötig, sich wenigstens vor solchen Gefahren sicher zu stellen; denn seine Aufgabe war auch so noch schwierig genug. Seine Ernennung beleidigte aufs neue den Pfalzgrafen Ludwig, der als erster weltlicher Fürst des Reiches die Regierung in Abwesenheit des Königs als sein Recht in Anspruch nahm¹⁾; so entstand auch zwischen ihm und Friedrich, die bisher eng befreundet waren, eine Verstimmung.²⁾

Wir sehen also jetzt den Markgrafen die Zügel der Reichsregierung ergreifen und die Centralgewalt repräsentieren; gerade seine Handlungen aus dieser Zeit werden also geeignet sein, seine Auffassung von der Bedeutung dieser Gewalt zu beleuchten. Im Januar 1419 hielt Markgraf Friedrich zu Mainz einen Kurfürstentag, der aber auch von anderen Fürsten und verschiedenen Städten besucht wurde. Er trat hier nur in ganz vereinzelt Fällen als Vertreter des Königs auf; im allgemeinen waren es collegialische Beratungen und Schritte, die hier vorgenommen wurden. Als Reichsverweser suchte er zwischen der Stadt Köln und ihrem Erzbischof zu vermitteln³⁾; der Ausgleich dieser

Lehnsherr befahl, dass er seine Lande ihrem Schicksale überliess, wenn seine Pflichten gegen das Reich ihn riefen. Uns ist über Friedrichs Empfindungen und Gedanken bei diesem Akte nichts überliefert; wir werden dieselben also nur aus seinem ganzen Wesen reconstruieren können. Auch diese Ansicht Droysens steht und fällt daher mit seiner allgemeinen Auffassung von des Kurfürsten Character und Gesinnung.

¹⁾ Das zeigt deutlich sein Auftreten in dem analogen Falle des Jahres 1422.

²⁾ Das Vorhandensein einer solchen wird bezeugt durch den Umstand, dass sie es nötig fanden, sich am 13. Januar 1419 nochmals feierlich zu verbinden, trotzdem ihr altes Bündnis noch bestand; die Urkunde (Minutoli I S. 101) trägt ganz den Character eines Versöhnungsdocumentes; es heisst z. B.: „Auch sollen oder wollen wir von keinerlei sache oder geschichte wegen, wie die dann were oder gesin mochte, nymermere zu feyntschaft mit einander komen.“ Ferner wird wiederholt betont, dass keiner des andern „freyheit, privilegia und brieffe“ fürderhin verletzen wolle „alle geverde und argliste genzlichen ussgescheiden.“

³⁾ Vgl. über die Vermittelungsversuche die Frankfurter Kostenrechnung D. R. A. VII, 263, 3 und 4 mit Eb. Windecke cap. 91 und D. Städtechron. XIII S. 119 f. Auf dem zweiten Tage kam nicht, wie Win-

Streitigkeiten gelang ihm aber weder hier noch auf einem späteren in Köln selbst abgehaltenen Tage, da die Bürger der Stadt jede Nachgiebigkeit verweigerten. Die übrigen Handlungen Friedrichs haben mit seiner Regentschaft im Reiche nichts zu thun, erregen aber doch unsere besondere Aufmerksamkeit.

Am 8. Januar 1419 schickten von Mainz aus die vier Rheinischen Kurfürsten und Friedrich drei Briefe ab, welche sämtlich bestimmt waren, die Adressaten zur Unterstützung des deutschen Ordens gegen Polen zu bewegen; sie waren gerichtet an König Sigmund, Papst Martin V. und das Kardinalscollegium¹⁾. Die politische Lage, aus welcher dieser Schritt hervorging, war folgende:

Wir sahen bereits, wie auch nach der Schlacht bei Tannenberg und dem Thorner Frieden der Orden und Polen in beständigem Grenzstreite lagen, und wie so der faule Friede durch immer verlängerte Waffenstillstände sein Dasein fristete, wie ein Verhandlungstag den anderen ablöste, und keiner eine Einigung brachte. Das formelle Recht nach dem Wortlaut der Verträge war auf Seiten des Ordens; denn Polen hielt die Thorner Bedingungen selbst nicht ein, verlangte aber ihre Beobachtung seitens der Ritter. Aber König Wladislav und mehr noch sein als Staatsmann und Feldherr ihn weit überragender Vetter, Grossfürst Witold von Litthauen, betonten die faktischen Verhältnisse, die nationale und sprachliche Zusammengehörigkeit der streitigen Gebiete mit ihren Staaten. Insbesondere Witold sagte dem Orden ganz offen in's Gesicht, wie er über ihn dachte; er hielt ihn für veraltet und zwecklos, seit die

decke sagt, ein Ausgleich zu stande, nach welchem die von Köln bei ihren alten Rechten, Privilegien und Herkommen blieben; denn es heisst D.R.A. VII, 263, 4: „des dagis die von Collen nit folgen wollten und mussten deshalb ungeendit scheiden.“ Eine Versöhnung vermittelte erst am 19. Mai der Erzbischof von Trier, vgl. Ennen, Gesch. d. St. Köln III, 233 ff. Mit der Thatsache von Friedrichs Friedensstiftung fällt auch Droysens (I S. 397) Würdigung derselben als eines Erfolges von des Markgrafen Bemühungen zur Stärkung der Centralgewalt.

¹⁾ D.R.A. VII No. 253—255.

Litthauer keine Heiden mehr waren.¹⁾ Auf dem Tage endlich, welcher vom 13. bis 22. October 1418 in Welun gehalten wurde, liess Witold erklären, er erkenne den Thorner Frieden als Grundlage der Verhandlungen nicht mehr an, sondern fordere eine ganz neue Vereinbarung auf Grund des beiderseitigen Besitzstandes.²⁾ Als Schiedsrichter wollte Polen König Sigmund, der Orden aber diesen nur in Gemeinschaft mit dem Papste oder den Kurfürsten; so zerschlugen sich die Verhandlungen, und beide Parteien erklärten sich in ihren Manifesten für unschuldig an diesem Ausgange.³⁾ Gesandte der Kurfürsten von Mainz und Pfalz, des Bischofs von Breslau und der Hansestadt Stralsund hatten dem Tage beigewohnt; sie stellten sich durchaus auf den Standpunkt des Ordens und verkündeten in einem offenen Briefe aller Welt, die Polen allein trügen die Schuld an der Erfolglosigkeit der Verhandlungen.⁴⁾

König Sigmund hatte ja anfangs auch auf Seiten des Ordens gestanden, aber wie seine spätere Haltung zeigt, nur aus Eigennutz; als die Ritter ihm die freundliche Gesinnung nicht in baarer Münze bezahlen konnten, da ihre Geldmittel durch die Kriegscontributionen erschöpft waren, begann er, seine Freundschaft dem Polenkönig zuzuwenden. Anfangs spielte er ein doppeltes Spiel; während er in Marienburg unter gewissen Bedingungen kriegerische Hülfe gegen Polen anbot, schloss er mit Witold ein Bündnis ab,⁵⁾ das mehrere ungarische Magnaten garantierten, und erklärte gegen Ende des Concils noch dem Könige Wladislav, er werde den mit diesem und Witold geschlossenen Bund un-

¹⁾ Brief Witolds an den Hochmeister, dat. 1418 Februar 19 Worany Cod. ep. Vitoldi S. 402.

²⁾ Vgl. Caro III S. 481. Voigt VII S. 328—330 über den Tag von Welun.

³⁾ Vgl. die Aktenstücke aus der Zeit 1418 Okt. 22 bis Nov. 2 im Cod. ep. Vitoldi S. 423—432.

⁴⁾ Ihr Bericht dat. 1418 November 6 Marienburg Raczynsky Cod. dipl. Lith. S. 228.

⁵⁾ Bündnisurkunde von 1415 April 20 Constanx bei Caro, Lib. Canc. I, 45 u. Cod. ep. Vitoldi S. 1000.

verbrüchlich halten.¹⁾ Auch sonst bestand ein reger diplomatischer Verkehr zwischen ihm und dem polnischen Hofe.²⁾ Im Laufe des Jahres 1418 trat er ganz auf die Seite der Polen, er gab sogar dem Markgrafen Friedrich die Instruction, er möge etwaigen Hülfsstruppen für den Orden aus Deutschland den Durchzug durch sein Gebiet nicht gestatten.³⁾

Dieselbe Forderung hatte König Wladislav bereits im Frühling 1418 an den Markgrafen stellen lassen und wiederholte sie jetzt; wie er aber damals eine derartige Zusicherung von Friedrich nicht hatte erlangen können,⁴⁾ so sprach ihm dieser auch jetzt nur sein Bedauern über das Scheitern der Verständigung aus, bot auch seine Vermittelung an, liess sich aber auf das übrige gar nicht ein.⁵⁾ Er stand ja schon seit Jahren auf der Seite des Ordens, hatte in Constanz für ihn gewirkt, und trat daher auch jetzt für ihn ein.⁶⁾ So unterzeichnete er mit den Rheinischen Kurfürsten jene Briefe im Interesse des Ordens.

¹⁾ Brief Sigmunds an Wladislav, dat. 1417 Mai 5 Constanz, Caro, Kanzlei Sigism. No. 43 (56) S. 153,

²⁾ Briefe Siegmunds, dat. 1417 Mai 28 (Caro, a. a. O. No. 47 (57) S. 155, aus 4em Juni 1407 (Caro, a. a. O. No. 60 (59) S. 157, 1417 November 11 (Caro a. a. D. No. 110 (61) S. 160).

³⁾ Dies erfahren wir aus dem Briefe Wladislavs an den Markgrafen dat. 1418 Oktober 31 Wilna (Raczynsky Cod. dipl. Lith. S. 221. C.D.B. suppl. p. 53), wo dieser schreibt: „dignemini vestram nobis assistenciam et consilia impartiri omnibusque vestris ac extraneis per terras et dominia vestra ad ipsorum subsidia se transferre volentes transitum prohibere, uti sinceritas v. a domino Romanorum et ungarie rege accepit in commissis“

⁴⁾ Dies folgt aus einem Berichte des Comthurs von Thorn an den Hochmeister, Cod. ep. Vitoldi S. 405; die Jahreszahl fehlt, Proschaska ergänzt 1421, ich halte 1418 für richtig, da einerseits in diesem Jahre bestimmt diese Frage verhandelt wurde, andererseits die Nachricht von des Markgrafen ablehnender Haltung (welche ebenfalls für 1422 nicht recht passen würde) dem Könige nach Posen überbracht wird, wo er sich 1418 Juli 4 aufhielt (Cod. dipl. Lith. p. 218), während der Bericht, Montag nach Viti und Modesti, also, wenn er in's Jahr 1418 gehört, Juni 20 abging.

⁵⁾ Brief Friedrichs an Wladislav, Cod. ep. Vitoldi S. 431.

⁶⁾ Es ist daher verkehrt, wenn Caro III, S. 474 schon zu 1418 bemerkt, Friedrich habe damals angefangen, sich vom Orden abzuwenden.

Das Eintreten der Kurfürsten für die Ritter stand also zu Sigmunds Politik in geradem Widerspruch; Friedrich nahm an diesem Schritte Theil, trotzdem er vom Könige Befehl für ein entgegengesetztes Verfahren hatte. Unter diesen Umständen ist es sehr begreiflich, dass man sich von Sigmunds Intervention nichts versprach und sich daher auch noch an den Papst wandte, mit dem ja die Rheinischen Fürsten noch von Constanz her in guten Beziehungen standen. Erwägen wir nun noch, dass Martin V., wie wir sahen, eine Politik verfolgte, welche sich gegen Sigmund richtete — wie er denn auch den Orden seines besondern Schutzes versicherte — so erscheint Friedrichs Beteiligung auch an der letzten Massregel doch in eigentümlicher Beleuchtung.

Bald folgte eine noch grössere Annäherung des Markgrafen an den Rheinischen Bund; er versöhnte sich wieder gänzlich mit dem Pfalzgrafen Ludwig und ging mit ihm von neuem ein enges Bündnis ein; ¹⁾ sie versprachen sich feierlich mit aufgehobenen Händen, stets fest zusammenzuhalten und nie mit einander in Feindschaft zu geraten.²⁾

¹⁾ Urkunde, dat. 1419 Januar 13 Mainz, bei Minutoli I. S. 101.; vgl. oben S. 75, Anm. 2.

²⁾ Das Verhalten Friedrichs in Mainz ist besonders geeignet, zu zeigen, dass der Markgraf nicht eine nationale Einheitspolitik getrieben haben kann; ein Vertreter der Einheitsidee würde doch nie im Verein mit den bittersten Feinden dieser Idee gegen das Reichsoberhaupt, auch wenn er dessen Schritte misbilligte, Front gemacht, und noch weniger mit der Seele dieser Gegenpartei ein Bündnis zu Schutz und Trutz geschlossen haben. Besonders das letztere scheint klar auf der Hand zu liegen; und doch hat Droysen (I S. 395, ihm folgt Riedel II, S. 329) gerade diese Handlung Friedrichs für seine Hypothese verwertet. Er legt diesem Schritte den Sinn unter, als habe der Markgraf durch seine Verbindung mit dem Pfalzgrafen diesen auch mit Sigmund ausgesöhnt, und also habe er gerade dadurch den Rheinischen Bund „wenn nicht gesprengt, so doch in andere Geleise gelenkt.“ Das ist unrichtig. Der Pfalzgraf erscheint nach wie vor als Gegner des Königs, erst auf dem Nürnberger Tage von 1422 kam eine Annäherung zu stande (Eb. Windecke cap. 157); und der Rheinische Bund blieb in regster Thätigkeit: noch während der Husitenkriege sehen wir die vier Rheinischen Kurfürsten stets in geschlossener Gesamtheit auftreten (Beispiele, D. R. A. VIII, No. 5, 6, 28, 29, 31, 32, 49, 81 etc.)

Die beiden erwähnten Handlungen sind ein Zeichen davon, dass dem Kurfürsten allmählich die Erkenntnis aufging, es sei mit den Interessen seiner Lande nicht vereinbar, wenn er der Politik Sigmunds unbedingt folge. War des Königs Politik überhaupt, dem Character dieses Mannes entsprechend, ohne feste durchgehende Gesichtspunkte und von augenblicklichen Anregungen beherrscht, so war sie Polen und dem Orden gegenüber von blosser Habsucht geleitet. Polen und der Orden aber waren die wichtigsten Grenznachbarn der Mark, und es kam für Friedrich viel darauf an, wie er mit ihnen stand. Es ist also sehr begreiflich, dass er sich gerade in diesem Punkte, in einer der Lebensfragen für sein Land, die Freiheit der eigenen Entschliessung wahren zu müssen glaubte; denn er konnte sich gerade hier von Sigmunds egoistischer und zweideutiger Politik nicht abhängig machen, ohne sein Land in schwere Gefahren zu stürzen. Keineswegs aber lag in seinen jetzigen Schritten eine persönliche Feindseligkeit gegen den König; mochte er doch vielleicht glauben, am leichtesten den Ausbruch weiterer Differenzen zwischen diesem und den Rheinischen Fürsten hindern zu können, wenn er mit beiden Parteien in gutem Einvernehmen stand.

Den ganzen Sommer und Herbst des Jahres 1419 verbrachte Friedrich im südlichen Deutschland und hielt hier als Reichsverweser mehrere Städtetage ab, zu Nördlingen¹⁾ zu Rotenburg²⁾ und zu Heilbronn³⁾. Was auf ihnen verhandelt wurde, wissen wir nicht; jedenfalls kamen wichtigere Beschlüsse nicht zu stande.⁴⁾

¹⁾ 19. April, nur bekannt durch die Nürnberger Kostenrechnung D.R. A. VII, 264, 1.

²⁾ 9. August, ebenfalls nur aus D.R. A. VII, 364, 3 bekannt.

³⁾ Anfang September und nochmals Anfang Oktober vgl. D.R. A. VII, 257, 261, 265.

⁴⁾ Von Interesse für Friedrichs Stellung zu Sigmunds Reichspolitik ist ein Bericht des Frankfurter Heinrich v. Gelnhausen an seine Stadt (dat. 1419 Februar 1. Nürnberg bei Janssen I, 572). Er teilt mit, dass er bei dem Markgrafen eine Audienz gehabt habe, und bei Besprechung des Münzwesens habe dieser geäußert, die von Sigmund erlassenen Münz-

Während der Markgraf so seinen Pflichten als Reichsregent nachkam, gestalteten sich seine Privatangelegenheiten in den fränkischen wie in den märkischen Landen von Tag zu Tag gefahrdrohender. Im Süden war sein Hauptgegner Herzog Ludwig von Baiern-Ingolstadt; wir sahen ihn schon auf dem Concil feindlich gegen Friedrich gesinnt, und die Parteinahme des Kurfürsten für Heinrich von Landshut hatte des Herzogs Gesinnung nicht freundschaftlicher gemacht; er suchte nur nach einer Gelegenheit zur Rache. Zunächst mahnte er Friedrich fort und fort an die Rückzahlung der erwähnten¹⁾ dem Concil vorgestreckten Summe von 23 000 Gulden, für welche der Markgraf ja Mitbürge war.²⁾ Dieser machte seinen Gegner darauf aufmerksam, dass König Sigmund und die Königin Barbara vorher in Anspruch zu nehmen seien; erst wenn diese die Zahlung verweigert hätten, dürfte der Herzog gegen ihn vorgehen.³⁾ Ludwig wiederholte unbekümmert seine Forderung,⁴⁾ trotzdem Sigmund selber sich für den Haftpflichtigen erklärte, dem Herzoge eine allmähliche Abzahlung der Schuld aus den ihm überwiesenen Kirchenzehnten anbot und ihn ersuchte, den Markgrafen mit der Sache fernerhin nicht zu belästigen.⁵⁾ Daneben erhob sich ein neuer Streit über die Competenz des Nürnberger Landgerichts in den herzoglichen Landen nördlich der Donau,

dekrete seien ganz unpraktisch; er werde dem Könige ihre Aufhebung empfehlen. Es wird hierdurch bewiesen, dass Friedrich keineswegs mit allen Massregeln Sigmunds im Reiche einverstanden war, während er doch nach Droysen eigentlich die Seele von dessen Deutscher Politik gewesen sein soll.

¹⁾ S. S. 46 u. 63.

²⁾ Neue Mahnbriefe und Botschaften Ludwigs: 1418 Jan. 14. Constanz (C.D.B. III, 1 S. 85) 1418 Nov. 18. Ingolstadt und Nov. 21. Nürnberg (C.D.B. III, 1, S. 87), Nov. 26. Ingolstadt (III, 1, S. 92).

³⁾ Brief Friedrichs an Ludwig, Dat. 1418 December 7. Cadolzburg C.D.B. III, 1 S. 93.

⁴⁾ Briefe desselben, Dat. 1418 Dec. 15. Friedberg und 1419 Jan. 22. Ingolstadt, C.D.B. III, 1 S. 94 und 98.

⁵⁾ Brief Sigmunds an Ludwig, Dat. 1419 Januar 7. Passau, C.D.B. III 1, S. 97.

welche Friedrich behauptete, Ludwig aber leugnete.¹⁾ Der Markgraf bot in allen Punkten richterliche Entscheidung an;²⁾ der Herzog aber wies dieses Anerbieten zurück und forderte ihn zum Zweikampf,³⁾ welchen Friedrich jedoch kühl ablehnte.⁴⁾ Nun ging Ludwig zu Schmähungen über⁵⁾ und verdächtigte des Markgrafen Treue gegen den König, der ihn unverdientermassen erhöht habe. Er wollte ihn dadurch zur Annahme des Zweikampfes reizen, aber Friedrich begnügte sich mit einer Widerlegung, welche ebenso voll von Schmähungen war, wie die Briefe seines Gegners. Als so weder Herausforderungen noch Kränkungen den Herzog zum Ziele führten, versandte er am 29. April 1419 offene Briefe an verschiedene Fürsten, Herren und Städte, worin er Friedrichs Verhalten mit groben Worten im gehässigsten Lichte darstellte, ihn als einen „unendlich treulosen Mann“ bezeichnete, der „sein handgeben Treu und Siegel“ nicht löse,⁶⁾ und ihm sein Geld mit unwahren Ausflüchten vorenthalte. Mit Mühe gelang es dem Markgrafen, die Empfänger der Pamphlete zu erfahren, um ihnen auch seine Rechtfertigung zugehen zu lassen. Dieser Krieg aber wurde zunächst nur mit Tinte und Feder geführt, und auf alle Fälle war Friedrich hier durch ein Bündnis gesichert, das er am 29. Juni 1419 mit den Herzogen von Baiern-Landshut und -München, dem Kurfürsten von der Pfalz und den Bischöfen von Regensburg und Eichstädt gegen den gewaltthätigen Nachbar abschloss.⁷⁾ Weit schlimmer sah es im Norden aus.

Hier hatten die Herren von Werle nach Annahme des Fürstentitels⁸⁾ ein enges Bündnis mit den Herzogen von

¹⁾ Vgl. darüber die Urkunden und Briefe von 1418 Dec. 15., 1419 Jan. 22., Jan. 23, Febr. 2., Febr. 14. C.D.B. III, 1 S. 96—106.

²⁾ Brief desselben, dat. 1419 Jan. 31. Nürnberg a. a. O. S. 100.

³⁾ Brief Ludwigs, dat. 1419 Febr. 6. Rain a. a. O. S. 104.

⁴⁾ Brief Friedrichs, dat. 1419 Febr. 23. Cadolzburg a. a. O. S. 106.

⁵⁾ Die weitere Correspondenz, welche wir hier nicht im einzelnen verfolgen, s. C.D.B. III, 1 S. 106—180.

⁶⁾ S. den Brief a. a. O. S. 125.

⁷⁾ Vgl. Riedel II S. 329 u. 389.

⁸⁾ Vgl. oben S. 71.

Mecklenburg geschlossen, das sich offenbar gegen den Markgrafen richtete (27. Oktober 1418); ja sogar eine Erbverbrüderung für den Fall des kinderlosen Aussterbens eines Stammes war verabredet worden. Dem Bunde traten im Frühjahr 1419 die Herzoge von Braunschweig-Lüneburg, Sachsen-Lauenburg, Holstein-Stormarn, Pommern-Stettin und Pommern-Wolgast bei;¹⁾ offenbar war allen diesen Fürsten aus der Declaration von 1417 der Plan des Markgrafen klar geworden, seine Lehnshoheit über die Nachbarn auszudehnen, und sie alle fühlten sich in ihren Rechten bedroht.

Auf einem Streifzuge fiel Herzog Johann von Mecklenburg-Stargard den Leuten Friedrichs in die Hände; dadurch und durch Rudolfs von Sachsen vermittelnden Einfluss wurde der Ausbruch des Krieges noch verzögert. Auf die Kunde von den drohenden Gefahren sandte der Markgraf einen seiner erprobten Räte, Wirich von Treutlingen, als Landeshauptmann in die Mark.²⁾ Aber seine Parteinahme für den Deutschen Orden trieb nun auch den König von Polen seinen Gegnern in die Arme. Die Situation spitzte sich, als zwei Verhandlungstage in Templin und Wittstock resultatlos verliefen,³⁾ mehr und mehr zu.

Das Schreiben der Kurfürsten an den Papst hatte zunächst die Folge, dass Martin V. zwei eigene Legaten abschickte,⁴⁾ welche im Frühjahr 1419 einen neuen Vermittlungsversuch zwischen Polen und dem Orden in Gniewkowo machten;⁵⁾ da aber der Orden auf der Entscheidung des Papstes, Polen auf der Sigmunds bestand, ging man un-

¹⁾ Sämtliche pommersche Herzoge verbündeten sich 21. November 1418 in Uekermünde, die Herzoge von Mecklenburg, Lüneburg und Lauenburg 13. Januar 1419; diese mit den Herzogen von Stettin 24. Februar mit denen von Wolgast 4. April 1419 vgl. Barthold IV, 1 S. 37.

²⁾ Ernennungsurkunde, dat. 1419 März 13. Ansbach, C.D.B. II 3 S. 258.

³⁾ Im März und am 26. Juni 1419.

⁴⁾ Ihre Vollmacht dat. 1419 Februar 6, Mantua, Regest Cod. ep. Vitoldi S. 440.

⁵⁾ Vgl. Caro III S. 495 Voigt VII S. 344 ff. Bericht über die Verhandlungen Raczynsky Cod. dipl. Lith. S. 236 f.

versöhnt auseinander. Die beiden Legaten bezeugten dem Orden in offenen Briefen, dass er sich zu allem, was recht und billig sei, erboten habe, und die Versöhnung durch der Polen Schuld gescheitert sei.¹⁾ Gleich darauf hielten Wladislaw und Sigmund eine persönliche Zusammenkunft in Kaschau;²⁾ auch die päpstlichen Legaten kamen dorthin, und als Gesandter des Ordens traf, als die Verhandlungen sich schon ihrem Ende näherten, der Comthur von Thorn ein.³⁾ In richtiger Erkenntnis von Sigmunds feindseliger Gesinnung gegen den Orden weigerte sich dieser entschieden, den Römischen König allein als Schiedsrichter anzunehmen. Auf diese Weigerung hin schloss Sigmund mit dem Polenkönige einen Vertrag, in welchem er nicht nur versprach, Wladislaw gegen den Orden mit einem Heere zu unterstützen, sondern in dem sogar eine Teilung des Ordenslandes genau verabredet ward;⁴⁾ der polnische König aber gelobte für sich und seinen Vetter Witold, den Schiedsspruch Sigmunds unbedingt anerkennen zu wollen, falls auch der Orden sich demselben unterwerfe; doch müsse die Sentenz bis zum 29. September gefällt sein.⁵⁾

Der Comthur von Thorn hatte von diesen Verträgen Kunde und berichtete darüber an den Hochmeister; er riet

¹⁾ Die sogenannten litterae testimoniales der Legaten, dat. 1419 Mai 12. Thorn, Dogiel, Cod. dipl. Pol. IV. S. 98.

²⁾ Wladislaw traf daselbst am 11. Mai, Sigmund am 18. Mai ein, am 26. Mai reisten beide wieder ab, s. Dlugossus XI, S. 399—401 (ed. ab Huyssen).

³⁾ Er kam erst am 22. Mai, vgl. den Brief Wladislavs an B. Johann v. Leslau, dat. 1419 Mai 24. Kaschau, Raczynsky, Cod. dipl. Lith. S. 246,

⁴⁾ Dlugossus XI a. a. O.

⁵⁾ Die Urkunde Wladislavs, im Entwurf bei Caro, Lib. Canc. I, 63, in der Ausfertigung bei Raczynsky, Cod. dipl. Lith. S. 242 und als inserirt in den Breslauer Spruch bei Dogiel, Cod. dipl. Pol. IV. S. 102 f., trägt das Datum Mai 8. Kaschau, welches mit den chronologischen Angaben des Dlugossus (s. oben) unvereinbar ist; da ausserdem König Sigmunds Gegenurkunde vom 18. Mai datirt ist (erwähnt bei Voigt VII S. 349 Anm. ²⁾), so wird auch die erste Urkunde vom 18. zu datiren, also „octavo decimo“ statt „octavo“ zu lesen sein.

dringend, sich kriegsbereit zu halten, und sich nach auswärtiger Hülfe umzusehen, vor allen Dingen aber den Hülfs-
truppen aus Deutschland den Weg frei zu halten und daher
für den Fall, dass Markgraf Friedrich ebenfalls vom Orden
abfalle, sich mit dem Herzoge von Crossen und König Wenzel
in gutes Vernehmen zu setzen.¹⁾ Er hielt es also für wahr-
scheinlich, dass Friedrich der Politik seines Königs ohne
Weiteres folgen werde.

Was man eigentlich mit dem Orden vorhatte, war ein
Plan, der zu genau mit den oft geäusserten Gedanken des
Grossfürsten Witold übereinstimmt, um nicht aus dessen
Kopfe entsprungen zu sein. Man wollte die Ritter nach
Cypren versetzen, wo sie wirklich für die Christenheit Nutzen
schaffen könnten, während sie in Preussen überflüssig seien.
Hierfür suchte Wladislav den König Erich von Dänemark,
Schweden und Norwegen, sowie Sigmund zu gewinnen.²⁾
Letzterer scheint ihn in Kaschau gebilligt zu haben, da ja
die hier verabredete Teilung des Ordenslandes eine Auf-
hebung oder Versetzung des Ordens selbst voraussetzt. Mit
dem dänischen Könige, der zugleich pommerscher Herzog aus
der stolpischen Linie war, schwebten schon lange Verhand-
lungen über eine Verbindung gegen den Orden; schon im
Jahre 1415 bildeten dieselben für den Hochmeister einen
Gegenstand schwerer Besorgnis.³⁾ Jetzt führten sie zum
Abschlusse eines Schutz- und Trutzbündnisses, in welchem
ebenfalls Eroberung und Teilung des Ordenslandes als Zweck
hingestellt war.⁴⁾

¹⁾ Bericht des Comthurs, ohne Datum, Cod. ep. Vitoldi S. 447.

²⁾ Ueber diesen Plan berichtet der Voigt der Neumark dem Hoch-
meister schon am 2. Oktober 1418, erwähnt bei Voigt VII S. 432 Anm. 2.

³⁾ S. den Brief des Hochmeisters an Sigmund, dat. 1415 April 4.
Marienburg, Cod. ep. Vitoldi S. 315. Ueber weitere Verhandlungen s. Voigt
VII S. 332 Cod. ep. Vitoldi S. 445 (Regest von 1419 April 18. Thorn)
und die Briefe Erichs und Wladislavs, a. a. O. S. 445 und 446.

⁴⁾ Dasselbe wurde von Abgeordneten beider Teile vereinbart und von
Erich 1419 Juni 23. Kopenhagen, von Wladislav und Witold Juli 15. Czer-
winsk ratificirt; beide Urkunden erwähnt Caro III S. 503 Anm. 2, die
letztere gedruckt Cod. ep. Vitoldi S. 454.

Wladislav und Witold sammelten nun sofort ihre Heere und rückten an die preussische Grenze; in Czerwinsk schlugen sie ihr Lager auf, bereit, am 13. Juli, dem Endtermin des bestehenden Waffenstillstandes die Feindseligkeiten zu eröffnen. König Sigmunds persönliche Ankunft an der Spitze einer Streitmacht wurde hier jeden Tag erwartet, denn er hatte dieselbe durch besondere Botschaften versprechen lassen.¹⁾

Die politische Constellation Ende Juni 1419 war eigentümlich genug: auf der einen Seite der Orden, der Papst und die Deutschen Kurfürsten, unter ihnen Friedrich; auf der anderen Polen-Litthauen, König Sigmund, König Erich, letzterer als pommerscher Herzog des Markgrafen Feind, und also durch ihn mit den drei Königen in naher Berührung der Bund der niedersächsischen Fürsten gegen Friedrich. Dieser stand also mit dem Papste und der Opposition im Reiche dem Reichsoberhaupte feindlich gegenüber. Ein Europäischer Krieg schien bevorzustehen.

An einem Punkte fiel die erste Entscheidung schnell; kaum war des Markgrafen Freund Rudolf von Sachsen gestorben (11. Juni 1419)²⁾ so fielen die Verbündeten verheerend in die Mark ein; ihr Angriff aber brach sich an den festen Mauern des Städtchens Strassburg, das allen Stürmen trotzte und so die Feinde diesmal zum Rückzuge zwang.³⁾

Der Kampf zwischen Polen und dem Orden sollte auch eben beginnen; da wurde es Sigmund bei den übernommenen Verpflichtungen doch bedenklich;⁴⁾ statt der versprochenen Streitmacht schickte er den auch vom Papste zur Friedens-

¹⁾ Bericht eines ungen. Prinzen an seinen fürstlichen Vater, bei Caro, Lib. Canc. II, 81. Die Erzählung des Dlugossus XI S. 401 f. ist nicht ganz correct.

²⁾ Das Datum giebt die Magdeburg. Schöppenchronik, Deutsche Städtechr. VII S. 347 Z. 12.

³⁾ Vgl. Barthold, VII, 1 S. 36. Riedel II S. 354—355.

⁴⁾ Bereits am 1. Juli empfing Wladislav bei Sandomir eine Botschaft Sigmunds, welche ihm bat, diesmal vom Feldzuge abzustehen. Dlug. XI. S. 402.

stiftung bevollmächtigten Erzbischof von Mailand als Unterhändler auf den Kriegsschauplatz, und wirklich gab jetzt der schwer bedrohte Orden nach, ohne es auf die Entscheidung der Waffen ankommen zu lassen. Er versprach, sich dem Schiedsspruche Sigmunds fügen zu wollen ¹⁾, und dafür ward ihm der Waffenstillstand bis zum 13. Juli 1420 verlängert. ²⁾

Zu einem Konflikte war es diesmal nicht gekommen; aber es war offenbar, dass Friedrich in der polnisch-preussischen Frage unbekümmert um Sigmund seine eigenen Wege zu gehen entschlossen war. Anstatt, wie der König sich das Verhältnis gedacht hatte, stets in dessen Gefolgschaft zu bleiben, hatte Friedrich jetzt eine Mittelstellung eingenommen und stand zu Sigmund, wie zu dessen Gegnern, in freundlichen Beziehungen, während er den mit Sigmund verbündeten Polen gegenüber eine feindliche Haltung beobachtete.

¹⁾ Urkunde des Hochmeisters, dat. 1419 Juli 19. Graudenz, Dogiel Cod. dipl. Pol. IV S. 103—104.

²⁾ Urkunde Wladislavs und Witolds dat. 1419 Juli 26. bei Bendzin, Raczynsky, Cod. dipl. Lith. S. 248 u. 250. Die Darstellung bei Dlugossus XI S. 403 ist sehr partiisch.

V.

Der Ausbruch der Husitenkriege. Reichstag zu Breslau.

Die ganze Lage der Dinge erhielt ein verändertes Gesicht, als am 16. August 1419 König Wenzel von Böhmen plötzlich an einem Blutsturze starb. Die Erregung über einen Aufruhr der husitischen Partei in Prag hatte ihn getötet, und über seinem Grabe tobte die Empörung weiter. Sein Bruder Sigmund war der Erbe des Königreichs; aber der grösste Teil der Nation war husitisch gesinnt; man grollte dem Könige, weil er die Verbrennung des verehrten Meisters zugelassen hatte, und man fürchtete von ihm ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die vom Constanzer Concil verdamnten Lehren und Gebräuche.

Sigmund hatte Böhmen nie ganz aus den Augen verloren und war also auf den jetzt eingetretenen Fall längst gefasst; so war denn auch sein ganzes Vorgehen wohlüberlegt. Sein Plan war, zunächst durch gänzlichcs Zurückhalten seiner Meinung über das Husitentum den Anschein zu erwecken, als wolle er es auch künftighin dulden, und dadurch auch die utraquistischen Böhmen zur Anerkennung seines Königtums zu bringen; sobald ihm das gelungen sein würde, wollte er dann freilich mit unnachsichtlicher Strenge die Ketzerei ausrotten. Dieses einmal vorgezeichnete Programm hat der König anfangs meisterhaft durchgeführt. Er liess den höchsten Beamten ihre Aemter, ja der Wittve Wenzels, Sophie, übertrug er die Regentschaft, obwohl sie alle dem

Husitismus zuneigten.¹⁾ Eine utraquistisch und czechisch gefärbte Wahlcapitulation, welche ihm die Böhmen vorlegten, nahm er zwar nicht an, aber er wies sie auch nicht zurück; in seinen Proclamationen²⁾ berührte er die religiöse Frage garnicht, und schwieg sogar dazu, als die Regentin öffentlich bekannt machte,³⁾ der neue König gedenke jeden bei seinem Glauben zu lassen und das Abendmahl in beiderlei Gestalt nicht zu hindern.

Um sich zu vergewissern, dass keine fremde Einmischung seine Pläne durchkreuzen werde, begab sich Sigmund im September 1419 zu einer neuen Zusammenkunft mit Wladislav nach Sandecz.⁴⁾ Der Husitismus war auch in Polen schon vereinzelt aufgetreten, hatte aber keine grosse Verbreitung gewonnen;⁵⁾ insbesondere war Wladislav selbst ein eifriger Katholik, und, was bei dem siebzigjährigen Greise noch mehr bedeutete, von lauter eifrigen Katholiken umgeben. Er dachte also garnicht daran, die Ketzerei zu unterstützen, sondern bot dem Verbündeten Waffenhilfe zu ihrer sofortigen Unterdrückung an. Aber Sigmund war zum gewaltsamen Vorgehen damals garnicht in der Lage, da die Ungarn sich eben zur Abwehr der sie bedrohenden Türken rüsteten. Er lehnte also die Unterstützung ab⁶⁾ und liess sich nur die Frist, innerhalb deren er den Schiedspruch zwischen Polen und dem Orden zu fällen hatte, bis zum 6. Januar 1420 verlängern;⁷⁾ dann kehrte er nach Ofen

¹⁾ Ueber Sigmunds Politik gegenüber den Husiten vgl. Droysen I S. 397 f. 409 f. Palacky, Gesch. v. B. III, 2 S. 47 ff. v. Bezold I S. 31 ff.

²⁾ Sigmunds Proclamation böhmisch im Archiv Cesky III, 209, erwähnt bei Palacky, G. v. B. III, 2 S. 55 u. v. Bezold I S. 34.

³⁾ Regest bei Palacky, Urk. Beitr. I No. 3.

⁴⁾ Um den 8. September, vgl. Dlugossus XI S. 405. Eb. Windecke cap. 80 behauptet fälschlich, Markgraf Friedrich sei dabei gewesen; dieser weilte Sept. 9. und Okt. 1. in Heilbronn.

⁵⁾ vgl. Caro III S. 511—516.

⁶⁾ Dlugossus XI S. 405.

⁷⁾ Sigmund erklärt bereits in einer Urkunde vom 14. Sept. 1419 Kaschau, dass er die Frist mit Zustimmung beider Parteien bis 6. Januar 1420 erstrecke (Caro, Lib. canc. II, 64), muss also damals bereits des Einver-

zurück mit der Gewissheit, dass eine polnische Einmischung nicht zu befürchten sei.

Sigmunds Zurückhaltung in der religiösen Frage trug die besten Früchte: die angesehensten Edelleute und Städte erkannten ihn an; es bildete sich ein bewaffneter Bund zur Aufrechthaltung der Ruhe unter dem Protectorate der Regentin; die extreme Partei der Taboriten schien im Schwinden begriffen. Als der König, von seinem Türkenkriege zurückgekehrt,¹⁾ im Dezember 1419 einen Landtag in Brünn hielt, hatte er eine so grosse Ueberzahl auf seiner Seite, dass selbst die Hauptstadt Prag es für geraten hielt, sich auf Gnade und Ungnade zu unterwerfen. Den Religionsstreit berührte er auch hier noch mit keinem Worte;²⁾ aber im Geheimen bereitete er den Kampf vor.

Schon vom Marsche gegen die Türken aus hatte er Briefe in das Reich gesandt, durch die er einen Reichstag nach Breslau berief um hier die Contingente zu einem bevorstehenden wichtigen Kriege, den er zunächst nicht näher bezeichnete, festzusetzen.³⁾ Noch bevor er Brünn verliess, setzte er mehrere husitische Burggrafen ab und gab ihre Aemter an Katholiken. Fast vier Wochen nach dem angesetzten

ständnisses beider sicher gewesen sein. Die offizielle Zustimmungsurkunde des Hochmeisters ist datiert 1419 Sept. 24. Thorn, die Wladislavs Sept. 29. Lemberg (Dogiel, Cod. dipl. Pol. IV S. 105).

¹⁾ Ueber den Erfolg dieses Krieges ist nicht ins Klare zu kommen; nach der einen Version zwang der König durch einen grossen Sieg die Türken zu einem Waffenstillstande auf 5 Jahre (s. d. Belege bei Aschbach II S. 411); nach der anderen (Dlugossus XI S. 408) wurde er im Gegenteil geschlagen und zu schmachlichem Rückzuge genötigt.

²⁾ s. Laurentius de Brezina bei Höfler, Geschschr. I S. 347, vgl. Palacky, G. v. B. III, 2. S. 77 und v. Bezold I S. 36. Tendenziös entstellt ist die Darstellung, welche Sigmund selbst in einem späteren Briefe an Wladislav (Cod. ep. Vit. S. 482) von dem Brünner Tage giebt; er behauptet, er habe damals von den Böhmen Ausrottung der Ketzerei in ihrem Lande gefordert und diese hätten das zugesichert!

³⁾ Schreiben Sigmunds dat. 1419 Sept. 24 und Okt. 1. Waradin D.R.A. VII, 266.

Termin traf er in Breslau ein, von den polnischen Gesandten, die auf ihren Schiedspruch harrten, ungeduldig erwartet.¹⁾

Eine glänzende Versammlung war hier erschienen; mehrere neue Kurfürsten hatten in Breslau ihre Belehnung zu empfangen; auch Markgraf Friedrich war anwesend. Ende November bereits war er aus Franken aufgebrochen, und seine märkischen Lande nur flüchtig durchreisend, war er um die Zeit des Jahreswechsels in der schlesischen Hauptstadt eingetroffen; einige Tage nachher, in der Nacht vom 5. auf den 6. Januar 1420 kam Sigmund selbst.²⁾ Wir wissen, dass sein Zweck auf dem Breslauer Tage die Herbeiführung eines Reichskrieges gegen die Husiten war, welcher zugleich durch den päpstlichen Segen zu einem Religionskriege gestempelt werden sollte. Daneben aber forderte die Streitsache Polens mit dem Orden schnelle Erledigung, denn der 6. Januar war der letzte vertragsmässige Termin für den Schiedspruch; und gerade hier sah sich der König in einer unangenehmen Verlegenheit.

Er hatte vor ein paar Monaten dem Könige Wladislav versichert, er werde eine für diesen günstige Entscheidung fällen.³⁾ Aber wie konnte er in diesem Augenblicke, wo er die Kirche und das Reich zum heiligen Kriege aufzurufen im Begriff stand, der öffentlichen Meinung der gesamten Christenheit ins Gesicht schlagen, welche den Orden für einen Vorkämpfer der Kirche Gottes gegen die Ungläubigen, den König Wladislav aber noch für einen halben Heiden hielt? Hatten doch die Rheinischen Kurfürsten, sobald sie von Sigmunds Schiedsrichteramt vernommen, an diesen nochmals die dringende Mahnung gerichtet, ja des Ordens Rechte

¹⁾ vgl. das undatierte Schreiben derselben an Sigmund (Caro, Lib. canc. II, 102), in welchem sie den König zur Eile mahnen.

²⁾ D.R.A. VII 278.

³⁾ Schon im Juni 1418 hatte er versichern lassen: „decisionem ex arbitrio Sigismundi regis juxta omne suum beneplacitum . . . habiturum“ (Dlugossus XI S. 402): vgl. ferner Wladislavs Brief an Gr. Hermann von Cilley, bei Caro Lib. canc. II No. 60.

in der bevorstehenden Sentenz auf das genaueste zu wahren, und zu dessen Gunsten zu entscheiden.¹⁾

Da nun der König meinte, auch ohne polnische Hülfe an der Spitze des ihm ergebenen Teiles der Böhmen und des Reichsheeres die Reste des Husitentums vernichten zu können, so beschloss er, sein gegebenes Wort den grösseren politischen Vorteilen zu opfern. Erst suchte er durch weitere Verschiebung des Termins Zeit zu gewinnen; die Ordensgesandten zeigten sich geneigt, darauf einzugehen, aber die Polen bestanden darauf, dass die Frist innegehalten werde.²⁾ Den ganzen 6. Januar über dauerte die Verhandlung der von beiden Parteien vorgebrachten Rechtsgründe in Gegenwart der päpstlichen Legaten, sowie der anwesenden deutschen Fürsten und einiger ungarischer und polnischer Magnaten. Endlich fällte Sigmund, wozu er ohne Zweifel schon vorher entschlossen war, einen Spruch,³⁾ welcher sich streng an den Inhalt der Verträge band, also dem Orden äusserst günstig war. Die deutschen Fürsten, auch Kurfürst Friedrich, der immer auf Seite des Ordens gestanden hatte, waren mit diesem Ausgang natürlich sehr einverstanden; aber die polnischen Abgeordneten legten sofort energischen Protest ein und reisten ab.

Markgraf Friedrich musste seiner ganzen bisherigen Politik gemäss den Schiedsspruch billigen. Es ist schon in

¹⁾ Brief der vier Rheinischen Kurfürsten an Sigmund dat. 1419 August 27. Wesel, D.R.A. VII, 271.

²⁾ S. D.R.A. VII, 277 u. 278. Die Darstellung des Dlugossus (XI S. 412), als hätten die polnischen Gesandten die Eile der Verhandlungen missbilligt und genauere Prüfung der Dokumente verlangt, wird schon durch den Brief derselben an Sigmund, bei Caro, Lib. Canc. II No. 102 widerlegt.

³⁾ S. den Spruch D.R.A. VII, 276. Caro III S. 506 meint, Sigmund habe den Spruch fertig ausgearbeitet nach Breslau mitgebracht, denn unmöglich habe eine mittelalterliche Kanzlei ein so umfangreiches Aktenstück in ein paar Stunden (ähnlich Kerler in D.R.A. VII S. 389) ausarbeiten können; aber die Urkunde ist erst nach der Verhandlung, und wie das ganz natürlich ist, mit deren Datum ausgefertigt; am 7. Januar war sie noch nicht in den Händen der Beteiligten, wie aus D.R.A. VII 278 klar hervorgeht.

Breslau behauptet worden,¹⁾ die dort anwesenden deutschen Fürsten, unter denen Friedrich der bedeutendste war, hätten den Entschluss des Königs bestimmt; ein Gerede, das, mochte es nun wahr sein oder nicht, jedenfalls durch die polnischen Gesandten dem Könige Wladislaw zu Ohren kam und dessen schon seit dem vorigen Sommer feindselige Stimmung gegen Friedrich noch verschlechtert haben wird. Wir sahen, dass in der That die öffentliche Meinung Deutschlands den König bei seinem Spruche stark beeinflusst hat; das Hauptmotiv war aber doch seine eigene politische Lage, und von besonderen Bemühungen des Markgrafen in diesem Sinne ist nichts überliefert.²⁾

Vertrauend auf die Hülfe des Papstes und des Reiches beschloss der König zu Breslau, jetzt den Böhmen gegenüber die Maske fallen zu lassen. Er erwirkte von Martin V. eine Bulle, welche den Husitenkrieg zum heiligen Kreuzzug erklärte.³⁾ Bereits am 10. Februar erging an die Städte des Saazer Kreises die Aufforderung „der Wiklefie zu entweichen“,⁴⁾ am 7. März wurden verschiedene Reichsstände

¹⁾ Dlugossus XI S. 414 berichtet, die Polen hätten bei Sigmund angefragt, wer ihm zu der gefällten Entscheidung geraten habe; er habe erwidert, die päpstlichen Legaten seien es gewesen, diese aber schoben alle Schuld auf die anwesenden deutschen Fürsten. Sigmund zählt in einer späteren Urkunde vom Januar 1423 (Scr. rer. Siles. VI No. 46) eine Reihe von Leuten auf, nach deren Rat er diesen Spruch gethan habe; er umschreibt dabei aber nur die Zeugenliste der Breslauer Urkunde.

²⁾ Zu bestimmt nimmt Riedel II, S. 358 eine entscheidende Mitwirkung Friedrichs an. Auf derselben unbewiesenen Annahme baut Droysen I S. 417 f. die Hypothese auf, der Markgraf habe den König mit Polen entzweiten wollen, damit er in Böhmen den Husiten gegenüber nachgeben müsse. Dieselbe entbehrt jeder thatsächlichen Unterlage. Ganz eigentümlich ist hier die Auffassung Caros (III S. 503 ff.), indem er als ein weiteres Motiv Sigmunds den Plan eines Bündnisses zwischen Friedrich und Polen annimmt. Abgesehen davon, dass dieser Plan erst Monate nach dem Breslauer Tage auftauchte, ist gar nicht abzusehen, warum Sigmund damals ein Bündnis zwischen zwei Fürsten, mit denen er in gutem Vernehmen stand, gemisbilligt haben sollte.

³⁾ Bulle Martins, dat. 1420 März 1. Florenz, Palacky, Urk. B. I No. 12.

⁴⁾ Schreiben Sigmunds, dat. 1420 Febr. 10. Breslau, Palacky, Urkundl. Beitr. I No. 11.

zur Kriegsbereitschaft aufgefordert,¹⁾ am 17. März endlich mit der Verkündigung der Kreuzbulle der entscheidende Schritt gethan.

Aus den Quellen können wir auch darüber, wie Markgraf Friedrich des Königs Politik gegenüber den Husiten beurteilt habe, nichts entnehmen.²⁾ Aber aus seiner streng-katholischen religiösen Ueberzeugung³⁾ und seinem späteren

¹⁾ Schreiben Sigmunds bei Palacky U. B. I, 13.

²⁾ Dass Gundlings angeblich aus Aktenstücken geschöpfte Nachrichten darüber als historische Quellenzeugnisse nicht anzusehen sind, habe ich in Excurs V zu erweisen versucht. Dieselben sind von Droysen (I S. 412 ff.) in ausgiebigster Weise benutzt worden. Er erzählt nach Gundling, Friedrich habe gemeint, es handle sich hier um zwei ganz verschiedene Fragen, die man durchaus nicht vermengen dürfe, nämlich wer in Böhmen König sein sollte — und das sei nach dem Erbrecht ohne Zweifel Sigmund — und ob der Kelch eine ketzerische Irrlehre sei oder nicht — darüber habe ein künftiges Concil zu beschliessen. Von diesem Gesichtspunkte aus, habe er jedes gewaltsame Vorgehen gegen die Husiten widerraten und habe seine Ansicht durch einen Herrn von Seckendorf, den er desshalb nach Prag und Brünn geschickt habe, den Böhmen und dem Könige beibringen lassen wollen. Im Namen der böhmischen Stände habe ihm Ziska ablehnend geantwortet, und auch Sigmund sei bei der gegenteiligen Anschauung geblieben. Zornig über diesen Starrsinn des Königs, habe Friedrich, der voraussah, dass der Kampf um Böhmen Sigmund nun allein beschäftigen werde, sich von ihm abgewandt und von diesem Zeitpunkte datiere das Zerwürfnis. Ein Teil dieser Nachrichten ist schon bezweifelt von Palacky (Gesch. v. Böhmen III, 2 S. 73 Anm.) und v. Bezold (I, S. 37 Anm. 1), weil es damals weder böhmische Stände in Prag gab, noch Ziska schon eine führende Rolle in der Bewegung spielte. Aber trotzdem haben auch sie unter Droysens Einfluss den Glauben an versöhnliche Ratschläge Friedrichs beibehalten (so auch Riedel II S. 359 und 402 und Grünhagen, Husitenkr. der Schlesier S. 21).

Abgesehen von der mangelnden Beglaubigung leidet die Ansicht auch an inneren Unwahrscheinlichkeiten. Sollte Friedrich es wohl für möglich gehalten haben, die Böhmen zu überzeugen, siemüssten sich zunächst ruhig unterwerfen und die Entscheidung eines Concils über ihre Religionslehre abwarten; und Sigmund zu überzeugen, er müsse mit seiner Anerkennung zufrieden sein und vor dem Concil nichts gegen den Husitismus thun? Die Fragen hängen so eng zusammen, dass eine künstliche Trennung derselben in der Praxis gar nicht durchzuführen war.

³⁾ Ein Beispiel davon findet sich im Tagebuch des Cardinals Fillastre (Finke, Q. u. F. S. 176). Friedrich erklärte, als er den vom Concil verurteilten Johann XXIII. escortiren sollte, er werde seine Hand nicht an den

Verhalten¹⁾ können wir wohl schliessen, dass er mit dem Vorgehen des Königs einverstanden war.

Von Meinungsverschiedenheiten auf dem Breslauer Tage zwischen Sigmund und Friedrich findet sich also keine Spur; der Markgraf genoss vielmehr nach wie vor das königliche Vertrauen. Zwei polnischen Gesandten erteilte er in Sigmunds Namen die Antwort;²⁾ bei geheimen Verhandlungen des Königs mit den Abgeordneten der Stadt Frankfurt war er zugegen;³⁾ und noch kurz vor seiner Abreise erhielt er von Sigmund den Auftrag, an seiner Statt die Huldigung Johannis von Kottbus entgegenzunehmen.⁴⁾ In den Verwicklungen Friedrichs mit seinen nordischen Nachbarn suchte der König zu vermitteln; hier in Breslau gelang es ihm, die Herzoge von Braunschweig-Lüneburg mit dem Markgrafen auszusöhnen und eine Vermählung derselben mit Friedrichs Töchtern anzubahnen.⁵⁾ Auch gegen Ludwig von Ingolstadt nahm Sigmund hier für den Markgrafen Partei, indem er auf des letzteren Klage die von den herzoglichen Landgerichten zu Hirschberg, Graisbach und Höchstädt ergangenen Urteile cassierte und die Landgerichte auf unbestimmte Zeit ausser Thätigkeit setzte;⁶⁾ einen Ritterbund, den Ludwig gestiftet hatte, befahl er gleichfalls aufzulösen.

Gesalbten des Herrn legen („quod. papam non tangeret nec manum poneret in Christum Domini“) während er doch wusste, dass dieser Papst ein mit den gemeinsten Lastern und Verbrechen behafteter Mensch war.

¹⁾ Friedrich hat bekanntlich mehrmals das Reichsheer gegen die Hussen geführt. Droysen weiss diese, seiner Ansicht so wenig günstige Thatsache so zu deuten (I S. 435 f.), dass der Markgraf einerseits die Unhaltbarkeit seiner Meinung erkannt, andererseits gefürchtet habe, der Fanatismus der Kreuzfahrer könne sich gegen ihn und seine Lande wenden, wenn er in seiner früheren Stellung beharre.

²⁾ Dlugossus XI S. 422.

³⁾ Bericht Walter Schwarzenbergs an Frankfurt, dat. (1420) Januar 28., Breslau, D.R.A. VII, 281. Janssen I, 576.

⁴⁾ Vollmacht, dat. 1420 März 5. Breslau, C.D.B. II, 4 S. 22.

⁵⁾ Dies berichtet die Magdeb. Schöppenchronik (D. Städtechron. VII S. 351). Droysen hat diesen Umstand übersehen, wenn er meint, (I, S. 420), die Braunschweiger seien zur Zeit des Falles von Angermünde noch Friedrichs Feinde gewesen.

⁶⁾ Am 4. März 1420, Urkunde bei Falkenstein, Antiq. Nordg. 249.

Dass Friedrich aus Breslau vor dem Schlusse des Reichstages abreiste,¹⁾ war durch den plötzlichen Angriff des nordischen Bundes auf die Mark bedingt, welcher mit einem verheerenden Raubzug am 26. Februar eröffnet wurde.

Auf dem Breslauer Tage zeigte sich also von einem Zerwürfnis zwischen Sigmund und Friedrich noch nichts;²⁾ insbesondere kann dasselbe nicht aus einem verschiedenen Urtheile über die Husitenfrage herrühren.³⁾

¹⁾ Er ist in Breslau noch nachweisbar am 5. März (C.D.B. II, 4 S. 22), am 10. März bereits in Beeskow (C.D.B. II, 3 S. 259), am 20. März hatte er schon die Mecklenburger geschlagen und Lenzen zurückerobert (C.D.B. I, 3 S. 419). Ueber den ganzen Feldzug s. Riedel II, S. 360—366. Die plötzliche Abreise wird von Droysen als ein Zeichen von Friedrichs Unwillen über Sigmunds böhmische Politik aufgefasst.

²⁾ Die Annahme es stamme von diesem Tage bei Droysen I S. 418 und von Bezold I S. 43. Riedel und Caro schweigen über den Zeitpunkt der Entzweiung. Die richtige Ansicht zuerst, aber ohne Begründung, bei Heuer (Städtebundsbestreb. unter Sigmund, diss. Berol. 1887 These 2).

³⁾ Aus dem verschiedenen Urtheile über die Husitenfrage leitet das Zerwürfnis nur Droysen her. Ihm widersprach schon Caro (III S. 521 Anm.) dem v. Bezold folgte. Die von Caro angedeutete Vermutung, Friedrich habe vielleicht Sigmunds Tochter Elisabeth für seinen Sohn zur Ehe verlangt, und hierin sei der Grund der Entzweiung zu suchen ist unmöglich, da Friedrich wusste, dass Elisabeth schon seit 1411 an Albrecht von Oesterreich verlobt war. (Eb. Windecke cap. 22b.).

VI.

Die Entstehung des Zerwürf- nisses zwischen Sigmund und Friedrich.

Im Laufe des Jahres 1420 verschob sich das Verhältniß zwischen Sigmund und Friedrich allmählich immer mehr, und der Bruch bereitete sich vor. Diese ganze Verschiebung war bedingt durch das Verhältniß beider Fürsten zu Polen.

König Wladislav lag im Frühling mit dem Markgrafen im offenen Kriege. Seinen berühmten Sieg bei Angermünde (25.—27. März 1420), der für diesmal den Angriff des Nordbundes auf die Mark zum Scheitern brachte, erfocht Friedrich gegen die Pommern und eine polnische Heeresabteilung, die unter der Führung von Peter Korczbok jenen zu Hülfe gekommen war. Verschiedene polnische Edle fielen dabei dem Markgrafen in die Hände.

Mit König Sigmund dagegen stand Wladislav um dieselbe Zeit äusserlich in gutem Einvernehmen. Freilich der Breslauer Schiedsspruch hatte die jagellonischen Vettern aufs tiefste gekränkt; durch eine neue Gesandtschaft, die am 30. Januar von Sigmund empfangen wurde,¹⁾ verlangten sie Abänderung des Spruches in wesentlichen Punkten. Vor allen Dingen wollte Witold nichts von einer späteren Rückgabe Samogitiens an den Orden wissen. Sigmund liess ihnen durch Markgraf Friedrich antworten, er werde zu weiteren Verhandlungen neue Botschafter nach Krakau senden. Diese

¹⁾ Dlugossus XI S. 416—422, Raczynsky, Cod. dipl. Lith. S. 269 v gl. D.R.A. VII, 282.

trafen denn auch Ende Februar beim Polenkönige ein und erklärten, wenn nur der Spruch im Ganzen von Polen und Litthauen anerkannt werde, so sei der Römische König gern bereit, die einzelnen ihnen unangenehmen Bestimmungen wieder zu beseitigen. Darauf antworteten die Vettern in verschiedener Weise: Witold erklärte, so lange die betreffenden Punkte nicht geändert seien, werde er den ganzen Spruch als nicht vorhanden ansehen; ¹⁾ Wladislav aber erkannte auf Sigmunds Zusicherung hin den Schiedsspruch formell als für ihn verbindlich an. ²⁾

Wladislav begegnete durch diesen Schritt nur der doppelzüngigen Politik Sigmunds mit denselben Waffen. Er wollte äusserlich mit dem Nachbarn in gutem Vernehmen bleiben, bis es sich zeigte, was jener in Böhmen ausrichten werde; er wollte aber keineswegs die Bedingungen des eben anerkannten Vertrages halten. Zwei Mittel hatte er gegen den Schiedsspruch in Bereitschaft: die Appellation an den Papst, welche bereits vor der Ankunft von Sigmunds Gesandten der polnische Reichstag von Jedlnau ³⁾ ohne offizielle Beteiligung des Königs hatte abgehen lassen; und ausserdem konnte er mit Sicherheit darauf zählen, dass irgend eine kleine Zuwiderhandlung des Ordens gegen die Breslauer Festsetzungen sich leicht werde auffinden lassen, und so die Schuld des Vertragsbruches immer den Rittern zugeschoben werden könne. ⁴⁾

Als nun abermals zwei polnische Würdenträger nach

¹⁾ Brief Witolds an Sigmund, dat. 1420 März 11 Brest Cod. ep. Vit. S. 466.

²⁾ vgl. den Brief des Comthurs von Thorn, dat. 1420 März 5. Thorn, erwähnt bei Voigt VII S. 371 Anm. 1 und den Brief des Hochmeisters an Witold, dat. 1420 März 9. Preuss. Eylau, Cod. ep. Vit. S. 469.

³⁾ am 20. Februar (das Datum ergibt sich aus dem Briefe des Hochmeisters an Witold, dat. 1420 März 2. Preuss. Eylau, Cod. ep. Vit. S. 469.) Diese Nachricht findet sich in Wladislavs Briefen an den Papst, bei Caro, lib. canc. II No. 29 u. 58. Dass der Protest auf dem Jedlnauer Reichstage abgeschickt sei, ist aus der Zeitfolge der Ereignisse zu vermuten.

⁴⁾ Diesen Gesichtspunkt der polnischen Politik gesteht Dlugossus XI S. 428 mit grosser Naivität ein.

Breslau kamen, um die in Aussicht gestellten Aenderungen näher zu besprechen, da erklärte Sigmund, an einseitige Aufhebung einzelner Bestimmungen sei nicht zu denken, da der Orden das Dokument mit seinem Siegel schon in Händen habe; er wolle aber gerne seinen Einfluss auf die Ritter dazu verwenden, dass diese freiwillig in einigen Punkten nachgäben. Offenbar legte der König jetzt, wo er durch seine Verheissungen Wladislav zur offiziellen Anerkennung des Spruches bewogen hatte, seine früheren Worte anders aus, als sie ursprünglich gemeint waren. Aber auch jetzt hielt Wladislav die guten Beziehungen zu Sigmund äusserlich noch aufrecht; er richtete nur auch seinerseits eine Appellation an den Papst,¹⁾ und suchte Differenzen über den Maassstab der Münzvergleichung bei der Bezahlung der Kriegskontribution seitens des Ordens und kleine Grenzreibereien zu groben Vertragsbrüchen der Gegner aufzubauschen.²⁾

Sigmund schien zunächst durch dies ganze Ränkespiel seinen Zweck erreicht zu haben: er war vor der Öffentlichkeit nicht compromittiert, und doch auch mit Polen nicht entzweit. Aber in Wahrheit hatte der Breslauer Spruch den Polenkönig doch zu Sigmunds Feinde gemacht; er zeigte seine wahre Gesinnung nur noch nicht, aus Furcht, der Römische König könne sonst, wenn ihm wirklich eine schnelle Niederwerfung der Husiten gelänge, aus seinem Bunde mit dem Orden endlich einmal Ernst machen.

In dieser Stimmung war Wladislav, als Ende Mai 1420 eine Gesandtschaft des böhmischen Adels an seinem Hofe eintraf,³⁾ mit der Anfrage, ob er geneigt sei, die Regierung

¹⁾ Caro, lib. can. II, 58, leider ohno Datum.

²⁾ Brief Wladislavs an Sigmund, dat. 1420 April 27. Brest, Cod. dipl. Lith. S. 260 u. 262.

³⁾ vgl. über diese erste Gesandtschaft, die Werner von Rankow führte Dlugossus XI S. 428—429. Sie wurde von Wladislav in Kowalye empfangen; hier war er noch nicht am 17. Mai, wo er noch in Brest, nicht mehr am 26. Mai, wo er schon in Jnowraclav weilte (Dlug. a. a. O.). Die Audienz fand also zwischen dem 18. und 25. Mai statt, und die Gesandtschaft muss gleich nach dem Manifest vom 20. April (s. unten) abgeschickt sein.

Böhmens zu übernehmen. Denn gleich nach der Verkündung der Kreuzbulle war der national-religiöse Aufstand in hellen Flammen emporgeschlagen; sobald man sah, dass Sigmund den Husitismus nicht zu dulden entschlossen sei, fiel die Mehrzahl seiner bisherigen Anhänger von ihm ab, und Manifeste der Hauptstadt Prag¹⁾ sowie des böhmischen Adels²⁾ erklärten den Feind des nationalen Glaubens der Krone für verlustig.

Wladislav verhielt sich der husitischen Anfrage gegenüber, seiner bisherigen Politik entsprechend, sehr kühl; er erwiderte, vor allen Dingen müsse er wissen, wer eigentlich die Auftraggeber der Gesandten seien, und welche Bedingungen sie ihm stellten.

Als im Mai Sigmund mit einem Heere in Böhmen einrückte,³⁾ musste er bald erfahren, dass er die Kraft der Gegner unterschätzt habe. Sein Angriff auf Tabor schlug gänzlich fehl, Königgrätz fiel zu den Husiten ab, und, wenn er auch die Burg von Prag durch Ceneks von Wartenberg Verrat in die Hände bekam, so trotzte doch die Hauptstadt selbst allen Stürmen.

Unter dem Eindruck dieser ersten Kriegssereignisse wandten sich sowohl die Husiten als auch Sigmund um Unterstützung an König Wladislav. Die neue Gesandtschaft der Böhmen, von einem der ersten Barone, Herrn Hynek von Kolstein, geführt, und mit Vollmacht vom Adel, den Städten und den Taboriten⁴⁾ versehen, bot Ende Juli in Wolborz dem

¹⁾ Ende März 1420, vgl. Regest bei Palacky, Urk. B. I 16.

²⁾ Manifest des Adels, dat. 1420 April 20. Prag, Arch. Cesky III, 210 Regest Palacky, Urk. B. I, 19.

³⁾ Der Irrtum Gundlings, dass Markgraf Friedrich auf diesem Zuge den König begleitet habe (S. 163 ff.) ist in die Bücher von Minutoli (I S. 41 ff.) Franklin (S. 156) und Palacky (G. v. B. III, 2 S. 123 f.) übergegangen. Friedrich ist den ganzen Sommer 1420 über urkundlich in der Mark nachweisbar. Vgl. auch Excurs V.

⁴⁾ Die gegenteilige Behauptung bei Dlugossus XI S. 433 ist nicht haltbar gegenüber der Nachricht des zuverlässigen Zeitgenossen Laurentius de Brezina bei Höfler Geschschr. I S. 429: „sigillum Thaboritarum, quod Ziska cum Pragensibus et aliis communitatibus unanimo assensu litere super hoc confecte impresserat.“

Polenkönige förmlich die böhmische Krone an. Sigmund hingegen bat jetzt den Nachbarn um Hülfsstruppen gegen die Rebellen; ¹⁾ freilich suchte er auch jetzt noch den Schein zu erwecken, als thue er das weniger, weil er Soldaten brauche, als weil er dem Freunde an dem gottgefälligen Werke der Ketzervertilgung Anteil verschaffen wolle. ²⁾

In demselben Briefe, welcher diese Bitte enthielt, leitete Sigmund auch eine Vermittelung zwischen dem Markgrafen Friedrich und Polen ein. Man darf wohl annehmen, dass der Markgraf den König um diese Vermittelung gebeten hat. Denn Friedrich bemühte sich nach seinem Siege über den Nordbund eifrig, ähnlichen Gefahren, wie er eben zu bestehen gehabt, für die Zukunft dadurch vorzubeugen, dass er die Gegner durch Separatverhandlungen trennte und einen Gegenbund ins Leben rief. Verträge mit dem Erzbischofe von Magdeburg, ³⁾ den Städten Hamburg und Lübeck ⁴⁾ und den Herzogen von Lüneburg ⁵⁾ hatte er zustande gebracht; aber Polen, Pommern, Mecklenburg, Werle und Sachsen-Lauenburg blieben noch gegen ihn verbündet. Die Gefahr war also wohl abgeschwächt, aber immer noch gross genug. Der gefährlichste Feind, weil der mächtigste, war ohne Zweifel Polen, und der Grund der Feindschaft Wladislavs gegen den Markgrafen war des letzteren beständige Parteinahme für den Orden. Friedrich konnte also hoffen, durch den Bruch seines Verhältnisses zum Orden den Polenkönig von seinen Gegnern zu trennen und sich selbst näher mit ihm zu verbinden. Um das zu erreichen, benutzte er die Vermittelung Sigmunds.

Auf das wärmste empfahl dieser nun in jenem Briefe

¹⁾ Brief Sigmunds an Wladislav, dat. 1420 Juli 5. „in loco campestri ex opposito civitatis Pragensis“ Caro, lib. can. II, 91, Cod. ep. Vit. S. 483. Voigt, Erw. d. Neumark S. 178—179 setzt den Brief fälschlich ins Jahr 1423.

²⁾ „ut tam sancte quam salubris rei exitum vos specialiter participem faciamus.“

³⁾ Vertrag vom 24. April 1420 C.D.B. II, 3 S. 261.

⁴⁾ Bündnisurkunde, dat. 1420 Mai 29. Salzwedel C.D.B. II, 3 S. 261.

⁵⁾ Bündnisurkunde, dat. 1420 Juni 16. Tangermünde C.D.B. II, 3 S. 362 u. 364.

vom 5. Juli Wladislav eine Versöhnung mit dem Markgrafen. Er rief dem Polenkönige ins Gedächtnis, in welchem nahen Verhältnisse Friedrich zu ihm selber stehe; „Ew. Liebden weiss“, so drückt er sich aus, „dass der erlauchte Markgraf Friedrich von Brandenburg etc. von uns mit besonders verbindlicher Liebe gehegt wird, dass er gleichsam unser Geschöpf ist, und wir ihm unser Erbland gegeben haben und ihn mit so freundlicher Gesinnung betrachten, als wäre er unser leiblicher Sohn“. ¹⁾ Er drückte dann sein Bedauern darüber aus, dass Wladislav Friedrichs Feinde, die Pommern und Mecklenburger mit den Waffen unterstütze, trotzdem der Markgraf immer bereit gewesen sei, sich mit diesen im geordneten Rechtswege auseinanderzusetzen, und schliesst endlich: ²⁾ „Wir bitten also Ew. Liebden mit Fleiss, dass Ihr Eure Hülfsstruppen den genannten Herzogen entzieht und Euren Untertanen verbietet gegen obgenannten Friedrich etc. etwas zu unternehmen oder einen Angriff auf ihn zu versuchen und wir halten es für unzweifelhaft, dass Ihr unserer Bitte willfahren werdet“.

Die polnische Politik hatte also jetzt zu Sigmund, den Husiten und dem Markgrafen Friedrich Stellung zu nehmen, und es wurde zunächst der Versuch gemacht, mit allen dreien in ein gutes Verhältniss zu kommen. Bereitwillig

¹⁾ „novit dileccio vestra, quomodo illustris Fridericus marchio Brandenburgensis etc. speciali vinculo dileccionis a nobis foveatur, nostra sit quodammodo creatura et patrimonium nostrum . . . sibi dedimus et tanta bonitate ipsum respeximus acsi esset carnalis filius noster“. Aus diesem Schreiben geht deutlich hervor, dass am 5. Juli 1420 das alte freundschaftliche Verhältniss zwischen Sigmund und Friedrich unverändert fortbestand, dass also der König dem Markgrafen das Fernbleiben vom Feldzuge gegen Prag nicht übelgenommen hatte, wie Droysen I S. 425 („dass er nicht zum Feldzuge erschienen war, galt in den Augen des Königs als Undank und völlige Abkehr“), und ihm folgend Riedel II S. 402 und von Bezold I S. 43 behaupten. Sigmund wusste recht gut, dass Friedrich damals die Mark nicht verlassen konnte, ohne sie den Feinden in die Hände zu liefern.

²⁾ „vestram igitur dileccionem rogamus, quatenus subsidia vestra a predictis ducibus velit avertere et regnicolis vestris inhibere, ne contra predictum F. etc. procedant seu eundem invadere conentur et teneamus indubie, quod affectum petitionis nostre facietis cum effectu.“

ging Wladislaw auf eine Verständigung mit Friedrich ein, denn er hatte erkannt, dass der Kampf gegen den Nachbarn doch grössere Anstrengungen erfordere, als er wohl anfangs gemeint hatte. So entschloss er sich, den Woywoden Sedziwoy von Ostrorog zunächst zu Verhandlungen über die Auslösung der bei Angermünde gefangenen Polen an den kurfürstlichen Hof zu senden.¹⁾ Auch dem Könige Sigmund wurden die gewünschten Hülfsstruppen bewilligt; wie man sich aber den Husiten gegenüber benehmen solle, darüber fanden verschiedene Verhandlungen in den maassgebenden Kreisen Polens statt.

König Wladislaw selbst war nie ein bedeutender Mann gewesen, wenn auch nicht ohne eine gewisse Zähigkeit und Verschlagenheit in der Ausführung seiner Pläne. Seit seiner Bekehrung war er der katholischen Kirche eifrig ergeben, und oft genug artete sein Glaube in den krassesten Aberglauben aus.²⁾ Jetzt war er ein Greis von zweiundsiebzig Jahren und vollständig von fremden Einwirkungen abhängig. In die Herrschaft über ihn teilten sich seine Ratgeber, der Kanzler Bischof Albert Jastrzebiec von Krakau und der Protonotar Zbygniew Olesnicky, beide ebenfalls eifrige Katholiken, mit dem Vetter des Königs, dem Grossfürsten Witold.

Auch Witold war Christ geworden, aber mehr aus politischen Rücksichten, als aus Ueberzeugung; den Streit über einzelne Dogmen betrachtete er mit vorurteilsfreiem Blicke und hielt sogar eine Vereinigung der griechischen und römischen Kirche für erreichbar; er scheute sich nicht, mit den Türken und Tartaren in Verkehr und Bundesgenossenschaft zu treten. So kann es nicht Wunder nehmen, dass an dem Hofe dieses freigesinnten Fürsten offen gesagt werden durfte, Hus sei ungerecht verbrannt worden. Als Kriegermann war er berühmt und gefürchtet, viele russische Fürsten, auch der Moskauer Grossfürst, waren seine Vasallen; und wenn

¹⁾ Ueber die Zeit dieser Sendung vgl. Excurs III.

²⁾ vgl. Wladislavs eigene Aeusserungen über seine Stellung zur katholischen Kirche in dem Brief vom 12. Juli 1422, Cod. ep. Vit. S. 1069 und 1071. Züge des Aberglaubens giebt Dlugossus XI häufig genug.

er selbst auch seit der Union von Horodlo den Polenkönig als Oberherrn anerkannte, so hatte er sich dafür einen weitgehenden Einfluss auf Polens innere Angelegenheiten gesichert; ohne seine Zustimmung durfte über die Thronfolge nicht verfügt werden. Leidenschaftlicher Hass und unbittliche Rachsucht waren in diesem ausserordentlichen Charakter auch nach der äusserlichen Bekehrung hervorstechende Züge geblieben. Wladislav besuchte seinen Vetter alljährlich auf mehrere Monate und stand während dieser Zeit ganz unter dem Banne von Witolds überlegener Persönlichkeit; „er verbarg ihm nichts von seinen Plänen“, wie die polnischen Barone einst einem fremden Gesandten mitteilten.¹⁾ Oft vermochten dann die Minister die vom Grossfürsten dem Könige beigebrachten Eindrücke mit aller Mühe nicht wieder zu tilgen.

Wahrscheinlich kannten die Böhmen die Verhältnisse des polnischen Hofes und wussten, dass eine Krone, die sie dem Könige unter der Bedingung boten, dass er die von den Husiten aufgestellten vier Prager Artikel anerkenne, für Wladislav unannehmbar sei. Sie werden von vornherein ihr Augenmerk auf Witold gerichtet haben,²⁾ der allerdings ein Mann war, wie sie ihn brauchten. Sie wandten sich nur deshalb vorher an den Polenkönig, um eine Pflicht der Höflichkeit gegen Witolds Lehnsherrn zu erfüllen, und diesen nicht dadurch, dass sie ihn ignorierten, gegen das ganze Unternehmen ungünstig zu stimmen.

Aber Wladislav wies die Krone keineswegs unbedingt zurück. Der in Leczysk versammelte polnische Reichstag hatte nämlich erklärt,³⁾ wenn der König auch unmöglich von Ketzern die Herrschaft über ein ketzerisches Volk annehmen

¹⁾ vgl. den für Witolds Verhältnis zu Wladislav interessanten Brief polnischer Magnaten an einen Würdenträger des deutschen Ordens, dat. 1418 März 6. Brest Cod. ep. Vit. S. 404: „quem (i. e. Vitoldum) nulla serenitatis sue (i. e. Vladislai) latent consilia et negocia“.

²⁾ Diese Hypothese von Caro (III S. 518 f.) hat grosse Wahrscheinlichkeit für sich; auch v. Bezold (I S. 62 Anm. 2) acceptiert sie.

³⁾ am 25. Juli 1420 Dlugossus XI S. 429—430.

könne, so werde es doch ratsam sein, den Böhmen eine zweideutige Antwort zu geben, um dadurch auf Sigmund eine Pression zur Aenderung des Breslauer Spruches ausüben zu können. Demgemäss erwiderte Wladislav Ende Juli.¹⁾ den Gesandten in Wolborz, er könne ohne den Rat seines Vetters Witold nichts beschliessen. Ein Teil der Gesandtschaft reiste darauf nach Litthauen weiter, die übrigen warteten in Polen den Ausgang ab.

In derselben Zeit, wo diese Verhandlungen stattfanden, erlitt Sigmund seine erste entscheidende Niederlage. Durch die verräterischen Anerbietungen einiger böhmischer Magnaten hatte er sich von einem rechtzeitigen Angriffe auf Prag abhalten lassen,²⁾ hatte sich darüber mit den deutschen Fürsten entzweit, und musste endlich, als die böhmischen Herrn ihre Versprechungen nicht hielten, die Belagerung aufheben und aus dem Lande entweichen. Vorher liess er sich noch eilig im Beisein einiger deutscher Fürsten in der Prager Schlosskirche zum böhmischen Könige krönen. (28. Juli 1420.)

Nach dieser Niederlage war Sigmund um so entschiedener auf fremde Hilfe angewiesen; aber noch immer war Markgraf Friedrich nicht in der Lage, sein Feldherrntalent und seine Truppen dem Freunde zur Verfügung stellen zu können; denn jetzt brach auch in Franken der offene Krieg aus.

Während Friedrichs Gemahlin Elisabet und sein Sohn Johann damit beschäftigt waren, als Bevollmächtigte des Markgrafen³⁾ die Länder von dessen verstorbenem Bruder Johann in Besitz zu nehmen, liess Herzog Ludwig von Ingolstadt seinen Sohn, den jüngeren Ludwig, unter ganz

¹⁾ Wladislav war am 25. Juli zum Reichstage in Leczysk, reiste von da, wie Dlugoss angiebt, nach Wolborz, urkundete 27. Juli in Piotrkow (Caro, lib. can. II, 102), am 9. August bereits in Radoschycze (Raczynskyi, Cod. dipl. Lith. S. 266). Sein Aufenthalt in Wolborz fällt also, da er nach Weissrussland weiterreiste, sicher vor den 9. August.

²⁾ vgl. v. Bezold I S. 40 Anm. 2 gegen Palacky III, 2 S. 143.

³⁾ Die Vollmacht, dat. 1410 Juni 27. Neu-Angermünde C.D.B. II, 3 S. 366.

nichtigen Vorwänden dem Markgrafen Fehde ansagen¹⁾; mehrere fränkische Ritter folgten diesem Beispiele.²⁾ Die Kurfürstin mahnte sogleich die Verbündeten ihres Gemahls an die bundesmässige Hülfe³⁾ und sandte, in der Erkenntnis, dass der eigentliche Urheber des Krieges doch der ältere Ludwig sei, diesem nun ihrerseits den Fehdebrief.⁴⁾

Durch die Nachricht vom Ausbruch dieser neuen Fehde wurde Friedrich bewogen, mit seinen nordischen Gegnern einen Waffenstillstand zu schliessen,⁵⁾ unter der Bedingung, dass beide Teile ihre Streitigkeiten einem Schiedsgericht unterwerfen, alle Gefangenen aber, auch Herzog Johann von Stargard, bis zum definitiven Friedensschluss in des Markgrafen Händen bleiben sollten.

Bei Sigmunds Lage musste auch diesem der Ausbruch der fränkischen Fehde unangenehm genug sein. Er schickte seinen Hofrichter Hans von Lupfen an Ort und Stelle, um einen Stillstand zu vermitteln. Dieser brachte wirklich am 16. September zu Nürnberg eine Waffenruhe zustande;⁶⁾ da aber Ludwig der Jüngere in dieselbe nicht eingeschlossen war, ging der Krieg in Wahrheit ruhig weiter. Hatte also Sigmund gehofft, durch diese Vermittelung und durch eine nochmalige Verkündigung der Kreuzbulle in Süddeutschland grösseren Zuzug gegen die Husiten zu erhalten, so sah er

¹⁾ Fehdebrief, dat. 1420 Juli 28. Neuburg, Minutoli I. S. 176 (mit falschem Datum Juli 31) „du haltest uns vor unser geslos, gült, undertan und ächter wider recht.“

²⁾ Fehdebrieft bei Minutoli I. S. 178 und C.D.B. III, 1 S. 162 und 163.

³⁾ Briefe Elisabeths an Pfalzgraf Ludwig, dat. 1420, Aug. 2. Cadolzburg (Minutoli I. S. 176 mit falschem Datum Aug. 5.) und Wilhelm von Henneberg, Aug. 14. Cadolzburg (Minutoli I. S. 177 mit falschem Datum Aug. 9.).

⁴⁾ Vgl. Riedel II. S. 394.

⁵⁾ Vgl. Friedrichs Ratifikationsurkunde, dat. 1410, Sept. 2. Tangermünde C.D.B. I, S. 176.

⁶⁾ Urkunden Herzog Ludwigs und des kgl. Hofrichters, dat 1420, Sept. 16. ohne Ort bei Minutoli I, S. 179; (die erste mit falschem Datum Sept. 12.).

sich getäuscht. Es kam hinzu, dass jetzt, nach so entschiedenen Miserfolgen des Königs, auch Wladislav andere Saiten aufzog.

Hatte sich bisher das äussere Einvernehmen zwischen Sigmund und Polen in einem regen diplomatischen Verkehr¹⁾ und häufigen Freundschaftsversicherungen gezeigt und hatte Sigmund, als die Böhmen Jagello die Krone anboten, diesen sich noch dadurch zu verbinden gesucht, dass er zur Ausgleichung der Differenzen zwischen Polen und dem Orden seinen Rat Konrad von Weinsberg abschickte, so änderte sich jetzt das ganze Verhältnis. Denn, als Konrad von Weinsberg sich ganz auf die Seite des Ordens stellte,²⁾ und die Ritter erklärten, von dem Breslauer Spruche unter keiner Bedingung abgehen zu wollen,³⁾ da sah Wladislav ein, dass er auf diesem Wege von dem verhassten Spruche nicht loskommen werde. Zugleich aber entbanden ihn Sigmunds Niederlagen von der Furcht, dass dieser nach schneller Unterwerfung der Rebellen feindlich gegen Polen auftreten könne, und so liess er die bisherige Rücksicht fallen. Er rief die Polen aus dem Kreuzheere ab⁴⁾ und widerholte seine Appellation an den Papst.⁵⁾ Wirklich erlangte er von Martin V. eine Bulle, in welcher dieser kraft apostolischer Autorität den Streit zwischen Polen und dem Orden vor sein

¹⁾ Vgl. die Briefe Caro lib. canc. I. No. 36 II, 92 u. 93. Cod. ep. Vit. S. 485, 486, 488, 491.

²⁾ Aus den Briefen des Hochmeisters an Sigmund (dat. 1420 Okt. 1. ohne Ort) und an Konrad v. Weinsberg (dat. 1420 Okt. 29 Stum) Cod. ep. Vit. S. 498 geht deutlich hervor, dass der Hochmeister genau wusste, Konrad stehe auf des Ordens Seite.

³⁾ vgl. Sigmunds Brief an Wladislav, dat 1420 Aug. 16. Kuttenberg Cod. ep. Vit. S. 491 und Caro lib. canc. I, 35, wo es heisst, die Ordensgesandten hätten ausdrücklich erklärt: „quod nunquam fuerit nec est intentionis magistri et ordinis prefati, velle decretum etc, (d. h. den Breslauer Spruch) quomodolibet impugnare seu ipsi aliquo modo contraire, sed ipsum decretum . . . per effectum inviolabiliter observare“.

⁴⁾ vgl. Sigmunds Brief an Wladislav (1420 nach Nov. 1.) Cod. ep. Vit. S. 499.

⁵⁾ Caro, lib. canc. II, No. 29.

Forum zog und den Parteien aufgab, bis zum 25. December Processbevollmächtigte nach Rom zu senden.¹⁾

Sigmund, von den Deutschen nur äusserst lau, von Polen garnicht unterstützt, erlitt am 1. November vor Prag eine zweite empfindliche Niederlage.

In derselben Zeit spielte sich die fränkische Fehde weiter in kleinen Raubzügen und Ueberfällen ab; es wurde sogar das burggräfliche Schloss zu Nürnberg von den Gegnern des Markgrafen niedergebrannt. Ein neuer Vermittelungsversuch bairischer Fürsten schlug gänzlich fehl.

Friedrich musste also darauf gefasst sein, nach Weihnachten, wo der Stillstand mit Ludwig ablief, im Süden den Krieg gegen alle Feinde allein mit seinem Schwager Heinrich von Landshut zusammen führen zu müssen, denn die übrigen Verbündeten hielten sich noch zurück; er musste ferner erwarten, dass dann auch seine Gegner in Norden die Gelegenheit benutzen und die Mark von neuem anfallen würden; und ausserdem verlangte noch der König seine Hülfe gegen die Husiten.

In dieser bedrängten Lage ergriff er natürlich gern die Gelegenheit zur Versöhnung mit Polen, die ihm Wladislav durch die Sendung Sedziwoys geboten hatte. Er benutzte die Anwesenheit des Woywoden in Tangermünde, um engere Beziehungen anzuknüpfen.

König Wladislav hatte aus drei Ehen nur eine Tochter Hedwig, deren Gemahl voraussichtlich dereinst König von Polen werden musste. Eine Partei unter den Baronen wollte die Prinzessin dem Herzoge Bogislav²⁾ von Pommern-

¹⁾ Bulle Martins V, dat. 1420 Sept. 1. Florenz Caro, lib. canc. II, 95.

²⁾ Ueber dieses Heirathsproject vgl. Dlugossus XI S. 437 mit dem Briefe Wladislavs an Witold von (1424 Febr. 26.) und der Rede von Sigmunds Gesandten an Witold (1424 Apr. 20.) bei Caro, lib. canc. I, No. 80 und 1. Aus den Worten König Erichs vor dem polnischen Reichstag (No. 80): „reduco s. v. ad memoriam, quomodo alias inter nepotem meum ducem Pomeranie et s. v. filiam sponsalia fuerunt contracta per s. v. nuncios et meos speciales“, und denen des Gesandten Sigmunds (No. 1) „quia prius incl. juueni d. duci Pomeranie promissa fuit (i. e. Hedwig) et ipsa sibi in signum desponsacionis annulum direxit“ geht unzweifelhaft her-

Stolp, einem Neffen des Dänenkönigs Erich, vermählen, ja es war bereits zwischen Bevollmächtigten Wladislavs und Erichs ein Verlöbniß zwischen Bogislav und Hedwig verabredet worden. Die Gefahr, welche in einer dereinstigen Vereinigung des stolpischen Landes mit Polen für die Mark lag, wurde dadurch noch vermehrt, dass der Herzog auch in den skandinavischen Reichen zu Erichs Nachfolger designirt war. Einen Feind von solcher Uebermacht durfte Friedrich an der Grenze seines Gebiets nicht erstehen lassen; er suchte die Gefahr zu durchkreuzen, indem er für seinen zweiten Sohn Friedrich um Hedwig warb.¹⁾ Sedziwoy von Ostrorog ging bereitwillig auf des Markgrafen Vorschlag ein und übermittelte ihn an den polnischen Hof. Noch vor Ende November²⁾ hatte man Wladislavs Antwort, dass er bereit sei, auf nähere Verhandlungen in dieser Richtung einzugehen.

Es bot sich so für Friedrich die Aussicht, durch ein enges Bündnis mit Polen einen sicheren Rückhalt dem nordischen Bunde gegenüber zu gewinnen, und so der Verwirklichung seines Planes, einen nordostdeutschen Staat zu gründen, mit Polens Hülfe näher zu kommen. Andererseits musste er die guten Beziehungen zum Deutschen Orden natürlich abbrechen, denn als Polens Verbündeter konnte er nicht länger des Ordens Freund sein. Das zu thun, entschloss sich der Markgraf auch; weit wichtiger war es aber für ihn, wie sich Sigmund zu dem ganzen Plan stellen werde.

Friedrich beschloss, bevor er bindende Abmachungen traf, sich über des Königs Gesinnungen zu vergewissern, vor, dass eine förmliche Verlobung stattgefunden hatte. Caros Bemerkung (lib. can. I S. 334 Anm.), dass Wladislav selbst in No. 80 dies in Abrede stelle, ist unzutreffend; Wladislav leugnet nur, den König Sigmund bei einer Zusammenkunft zur freien Verfügung über die Hand seiner Tochter ermächtigt zu haben.

¹⁾ Droysen I S. 428 f. meint, Friedrich habe dies gethan, um dadurch Polen vom Bunde mit den Husiten abzuziehen; wir sahen bereits, dass Wladislav an einen solchen Bund im Ernste garnicht gedacht hat. Droysens Auffassung geht auch hier zurück auf Gundling (S. 182 ff.), und hat wieder Caro (III S. 522) beeinflusst.

²⁾ Ueber den Zeitpunkt der Verhandlungen s. Excurs III.

Ende November 1420 reiste er aus Berlin ab, über Meissen¹⁾ nach Böhmen. Um Weihnachten traf er Sigmund in Brück, und hier legte er ihm und der Königin Barbara seine Absichten und Pläne dar.

Aber um dieselbe Zeit, wo Friedrichs Beziehungen zu Polen enger und enger wurden, trat zwischen Polen und Sigmund der offene Bruch ein. Nach seiner zweiten Niederlage vor Prag bat Sigmund den polnischen König um neue Hülfsstruppen und um Aufrechterhaltung der früheren Freundschaft.²⁾ Aber Wladislaw erwiderte mit schneidender Ironie,³⁾ Gott im Himmel möge ihm wo andersher Hülfsstruppen besorgen; er brauche seine Soldaten selber zum Kampfe gegen die Kreuzritter, mit denen er durch den Breslauer Spruch dauernd verfeindet sei. Uebrigens fühle er sich auch gar nicht veranlasst, einem Manne noch ferner zu helfen, der ihm schon so oft Versprechungen gemacht und sie immer wieder gebrochen habe.

Dieser nichts weniger als höfliche Brief hatte natürlich den Abbruch des diplomatischen Verkehrs zwischen Polen und Sigmund zur Folge. Es konnte keinen Ersatz dafür bieten, dass Wladislaw im November den böhmischen Gesandten endgültig die Ablehnung der ihm angebotenen Krone erklärte;⁴⁾ denn durch Wladislavs Rücktritt wurde die viel gefährlichere Candidatur des Grossfürsten Witold nur gefördert.

¹⁾ Er schloss hier am 3. Dezember ein Bündnis mit dem Herzog von Sachsen und den Markgrafen von Meissen und Thüringen, C.D.B. II, 3 S. 374 u. 376.

²⁾ Brief Sigmunds an Wladislaw, ohne Datum und Ort, Cod. ep. Vit. S. 498, jedenfalls gleich nach 1. Nov. 1420 geschrieben.

³⁾ Antwort Wladislavs an Sigmund ohne Datum und Ort, Cop. ep. Vit. S. 500.

⁴⁾ Dlugossus XI S. 435. Der nach Litthauen gegangene Teil der Gesandtschaft muss schon früher nach Hause zurückgekehrt sein; Herrn Hynek von Kolstein finden wir schon am 28. Oktober wieder in Prag, s. Laurentius de Brezina bei Höfler Geschsch. I S. 419. vgl. von Bezold I S. 60 Anm. 2.

Bei dieser Lage der Dinge kann man sich denken, dass Sigmund nicht gerade erfreut war, als er hörte, wie feste Gestalt jetzt die Beziehungen zwischen Friedrich und Polen annehmen sollten, die er selbst einst unter anderen Verhältnissen angeknüpft hatte. Trotzdem hat er in Brügge dem Markgrafen von der Ausführung seines Planes nicht abgeraten.¹⁾ Was er ihm geantwortet hat, wissen wir freilich nicht; jedenfalls aber hatte er guten Grund, sich mit Friedrich nicht in Widerspruch zu setzen, denn er brauchte Hülfe gegen die Husiten, und, wie die Verhältnisse waren, musste er, um diese zu erlangen, des Kurfürsten Vermittelung in Anspruch nehmen. Dieser, erfreut, bei Sigmund auf so wenig Schwierigkeiten zu stossen, bewog seine meissener Bundesgenossen, sich dem Könige zur Hülfe gegen die Husiten mit je 500 Rossen zu verpflichten,²⁾ wogegen derselbe ihnen allen Verlust an Mannschaft und Kriegsmaterial zu ersetzen versprach.

Im Januar 1421 kehrte Friedrich in die Mark zurück. Die Verhandlungen mit Polen gediehen nun rasch weiter, und es ward beschlossen, dass der Kurfürst zu Ostern nach Krakau kommen solle, um hier die einzelnen Vertragspunkte endgültig festzusetzen.

Indessen, hatte Sigmund mit seinen Bedenken in Brügge

¹⁾ Dies scheint mir aus dem cit. Briefe Sigmunds an Friedrich (CDB. II 3 S. 393) hervorzugehen. „Douon als wir dich erkennen in grosser erberkeyt, weysheyt und vernunft, das du soliche sachen basz in dir selber wegen machst, wenn wir dir das lauteren mogen, Idoch das wir, als vil als an vns ist, dich nicht ynnerten und ermanten solichs gebrechens, nachfolges und schadens.“

²⁾ Vgl. die Urkunden Sigmunds für Friedrich und Wilhelm von Meissen und Thüringen, dat. 1420 Dec. 30 Brügge und 1421 Januar 6 Aussig bei Palacky, Urk. Beitr. I No. 54 u. 56. Bei beiden geht Friedrichs Vermittelung aus dem Eschatokoll hervor: „ad mandatum d. regis, d. Frederico Marchione Brandenburgensi referente Franciscus praepositus Boleslaviensis.“ Diese Formel hat nur Sinn, wenn Friedrich die Verhandlungen geführt hatte und vom Könige zur Ausstellung der Urkunden bevollmächtigt war (vgl. auch Th. Lindner, Urkundenwesen Karls IV u. s. Nachf. S. 138 f.).

und Aussig zurückgehalten, so vermehrten sich dieselben doch von Tage zu Tage. Auch der neue Feldzug in den ersten Monaten des Jahres 1421 mislang dem Könige vollständig; ohne überhaupt einen Kampf zu wagen, ergriff er bei Ziskas Annäherung die Flucht.¹⁾ Er verliess, Prag in weitem Bogen umgehend, über Kuttenberg und Czaslau die böhmischen Grenzen und zog sich nach Mähren zurück.

Mit Bitterkeit stieg während dieser Flucht in seinem Herzen der Gedanke auf, dass der Mann, welcher ihm alles verdankte, seine Creatur war, dessen Erhöhung durch die Verleihung der Mark, eines Bestandtheiles des böhmischen Reiches, mit zu den husitischen Klagepunkten gehörte, dass dieser seine Hand in demselben Augenblicke nach einer Königskrone ausstreckte, wo ihm selber eine vom Haupte gerissen ward. Und in dieser Stimmung traf ihn die Nachricht, Witold gedenke die böhmische Krone anzunehmen. Eine neue husitische Gesandtschaft, welche Weihnachten aus Prag abgegangen war,²⁾ wieder unter Hynek von Kolsteins Führung, hatte ihn darum gebeten, und, wenn auch noch kein endgültiger Bescheid erfolgt war, so hatte der Grossfürst doch bereits erklärt, aus Feindschaft gegen Sigmund sei er bereit, die Herrschaft Böhmens zu übernehmen, falls man von ihm nicht die Einhaltung der Prager Artikel verlange.³⁾

Sigmund war überzeugt, dass Wladislav seinen Vetter in der böhmischen Unternehmung unterstützen werde — er kannte ja Witolds weit gehenden Einfluss auf den alten König — und gerade mit diesen seinen Feinden wollte sich Markgraf Friedrich jetzt so eng verbinden; in seiner Einsamkeit sollte er damit noch den letzten Freund verlieren!

¹⁾ S. Laurentius de Brezina bei Höfler, Geschschr. I S. 449-450.

²⁾ S. Laur. de Brezina bei Höfler I S. 429 und 444; die Absendung der Gesandtschaft, welche Nicolaus von Hus zu hintertreiben suchte, wurde auf einer Versammlung am 14. November 1420 beschlossen, am 25. Dec. verliess sie Prag.

³⁾ Dlugossus XI S. 436—437, wo die Antwort Witolds jedenfalls zu scharf gefasst ist; sie wurde gegeben am 20. Februar 1421.

Jetzt nahm er sich vor, ihn zurückzurufen von der betretenen Bahn. Zu diesem Zwecke schrieb er an ihn von Czaslau aus am 28. Februar 1421.¹⁾ Der Brief lautet:

„Hochgeborner lieber Oheim und Kurfürst! Du hast mit uns und auch der allerdurchlauchtigsten Frau Barbara etc. sonderlich geredet, wie dass der König von Polen Deinem Sohne seine Tochter zu einem ehelichen Weibe und Gemahl geben wolle; Du weisst nun wohl, wie wir Dich mit grosser Liebe und gutem Willen aufgerichtet und erhöht haben und Dir unser Erbland und Fürstentum, mit Namen die Markgrafschaft zu Brandenburg gegeben und uns unseres Erblandes entblösset haben, darum wir viel Nachrede und Anfechtung leiden; das uns gering und nicht schwer ist zu dulden um Deinetwillen. So haben wir Dir auch sonst grosse Liebe und Willen erzeugt, mit Gute und anderen Sachen, also, dass wir sicher und ohne Zweifel gewesen sind, dass Du dankbar seist, und wovon Du erkennest, dass es uns zuwider wäre, dass Dir das nicht zu schwer wäre zu thun und für uns Leib und Gut darzulegen und zu strecken. So haben wir auch keinen anderen Getreuen, wenn Du das thust und Dich nicht anders erkennen lässt, heimlich oder offenbar: und erwarten, dass Du in den Sachen allen unser Gebrechen merken und erkennen mögest und wir zweifeln nicht, dass Du das wohl verstehst. So müssen wir Dir alle Sachen im Geheimen an den Tag legen; und daher lassen wir Dich wissen, dass wir mit dem König von Polen in solcher Weise sitzen, dass das Bündniss, welches wir mit ihm haben und das wir und er einander bei den Heiligen beschworen haben, steht und unverrückbar versichert ist auf unsere und seine Lebenszeit und fünf Jahre danach²⁾; und wenn die ausgehen, so hat das Königreich Ungarn und wir, als ein König

¹⁾ Der Brief ist gedruckt im CDB. II, 3 S. 393 Palacky, Urk. Beitr. I, No. 66.

²⁾ Gemeint ist der Vertrag von Liblo (15. März 1412), in welchem in Bezug auf die streitigen Grenzgebiete vereinbart wurde, dass der status quo bis fünf Jahre nach dem Tode eines der Contrahenten in Kraft bleiben, erst dann die Rechtsfrage entschieden werden sollte, vgl. Caro III, S. 383 f.

daselbst, viel Handlung wegen einiger Lande, die an das Königreich Polen stossen und zur Krone Ungarn gehören, und die der König von Polen jetzt durch Vertrag inne hat; und wir sind pflichtig, die wieder zu erwerben und an die Krone Ungarn zu bringen, wie Dir das wohl etwas kundlich ist, dass wir dazu ein Recht haben und dass wir von Rechts wegen nicht unterlassen dürfen, sofern uns Gott das Leben gönnt, die wieder zu erlangen, wie billig und recht ist; darum werden wir und die Krone Ungarn leicht Fehde und Feindschaft tragen müssen, je nachdem das erforderlich sein wird.“

„So nimmt auch der König von Polen und Witold, sein Vetter, die Ketzer von Prag und ihre Helfer auf, und es ist die gemeine Rede, Witold denke ihnen Hülfe zu bringen, und sich mit Macht uns entgegenzustellen, und ihnen zu helfen, wider Gott und Christenglauben, und uns als König der Krone Böhmen zu berauben, und uns die, der ganzen Christenheit zu Schande und Schaden, zu nehmen, so viel an ihm ist, was wir Gott nicht zutrauen, sondern wir setzen unsere ganze Hoffnung auf Gott, — und es ist wohl ersichtlich, dass der König von Polen seinen Bruder nicht verlassen wird.“

„Sintemal wir nun an Dich so grosse Ehre und Würden gelegt und Dich auch zu einem Kurfürsten des Römischen Reiches erhoben haben, da solltest Du nun Dein Blut also vermengen, so dass wir in Gegnerschaft mit Dir sein müssten, was wir doch ungerne thäten, und Du verstehst wohl selber, ob das Deinen Ehren und Eiden, die Du uns oft geleistet hast, ziemlich und bequemlich wäre, und ob wir unsere Wohlthat an Dir gut angelegt hätten. Und würdest Du Dich mit solchen Fürsten gefreunden, die dem Christenglauben entgegen sind, so merkst Du selber wohl, welche gute Nachrede Dir im Reiche daraus entstehen würde.“

„Daher weil wir wissen, dass Du ein Mann von grosser Ehrenhaftigkeit, Weisheit und Vernunft bist, und solche Sachen besser in Dir selbst erwägen magst, als wir Dir das erläutern können, so haben wir, so viel an uns ist, Dich nicht erinnert und ermahnt an solch Gebrechen, böse

Folgen und den Schaden, der daraus entstehen kann; jetzt aber haben wir bedacht, Dich lieber zu ermahnen und zu warnen als dass wir das in Stille und Verschwiegenheit verbergen wollten.“

„Und daher mahnen wir Dich, auf alle Treue, Ehre und Gut, die wir Dir gegeben haben und auch auf die Treue und Eide, die Du uns und dem heiligen Reiche pflichtig bist, und ob keine Treue in Dir ist, auf die wir uns an Dir verlassen und getrösten mögen, dass Du das auf keinen Fall thust, wie wir Dir das gänzlich wohl glauben und zutrauen und sofern Du unsere und des Heiligen Römischen Reichs schwere Ungnade meinst zu vermeiden. Und gieb uns darauf Deine Antwort, dass wir uns danach wissen zu richten.“

Was sollte Friedrich auf diesen Brief hin thun? Wenn er dem Verlangen Sigmunds nachkam und jetzt die schon so weit fortgeschrittenen Unterhandlungen abbrach, so machte er sich natürlich den König Wladislav zum erbitterten Feinde, beförderte die Verbindung Hedwigs mit dem pommerschen Herzog und führte sein Land einer ungewissen, gefährvollen Zukunft entgegen, ganz abgesehen von den Aussichten, die seiner Dynastie verloren gingen. Und Sigmunds Gegenstände waren nicht einmal stichhaltig, sie waren nur der Ausdruck leidenschaftlicher Erregung; Friedrich wird ja bei seinen Beziehungen zum Krakauer Hofe gewusst haben, dass Wladislav sowohl, wie der grösste Teil des polnischen Adels Witolds Hinneigung zu den Husiten eifrig missbilligte¹⁾. Er war fest überzeugt, er könne des Polenkönigs Verbündeter sein, ohne Sigmunds Interessen im mindesten zu verletzen²⁾, ja, vielleicht hoffte er, beide Könige wieder mit einander zu versöhnen.

In diesem Sinne wird er Sigmund geantwortet haben;

¹⁾ S. unten S. 249 ff.

²⁾ Diese Ueberzeugung hatte er noch, als der Bruch längst erfolgt war, vgl. den Gesandtschaftsbericht vom 29. Mai 1425 D. R. A. VIII Nr. 360: „et praesertim cum nichil propicio domino in eis (i. e. foederibus) contineatur, quod vergeret in aliquod opprobrium vel incommodum d. regis Romanorum“ u. a. Stellen in diesem Bericht.

er selbst brach im März 1421 nach Krakau auf; kurz nach Ostern traf er in der polnischen Hauptstadt ein, vom Könige und seinen Grossen feierlich eingeholt¹⁾. Die Verhandlungen dauerten vierzehn Tage; ein Teil der polnischen Magnaten befürwortete die Vermählung der Königstochter mit dem pommerschen Herzog, weil man dadurch Erichs von Dänemark Hülfe gegen den Orden erlange. Aber der Kastellan von Krakau, Christinus von Ostrow, betonte, wie viel näher und sicherer die Hülfe des Grenznachbarn sei, als die des über dem Meere wohnenden Königs und drang damit durch. Am 8. April wurden gleichzeitig die beiden Urkunden ratificirt, von denen die eine die Ehepakten enthielt²⁾ und dem jüngeren Friedrich unter Garantie der Barone die Erbfolge in Polen zusicherte, selbst für den Fall, dass er mit Hedwig keine Kinder erzeuge, während die andere³⁾ den Abschluss eines Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Polen und Brandenburg gegen den Orden bezeugte.

Dieses Bündnis war der Preis, um welchen Friedrich Polens Freundschaft erkaufen musste; es wird ihm nicht leicht gewesen sein, ihm seine Zustimmung zu geben, zumal in der scharfen Fassung, welche man ihm gab. Es enthielt die Clausel,⁴⁾ beide Contrahenten wollten sich vom Kampfe gegen den gemeinsamen Feind weder durch die Intervention des Papstes noch irgend eines weltlichen Fürsten, niemand ausgenommen, abhalten lassen.

Sigmund sah seine Bitten vergebens aufgewendet, seine Drohungen nutzlos verhallen; sein Selbstgefühl war aufs tiefste verletzt. Es war ihm durch das Krakauer Bündnis klar geworden, dass er sich in seinen Berechnungen getäuscht hatte, als er die Mark an Friedrich gab, dass dieser keines-

¹⁾ Dlugossus XI S. 437.

²⁾ C. D. B. II. 3, S. 396.

³⁾ C. D. B. II. 3, S. 399.

⁴⁾ „ceterum nullus hominum, nec dominus noster sanctissimus papa, nec aliquis princeps Ecclesiasticus vel Secularis aut quecunque persona cuius, cunque status, eminencie, dignitatis, condicionis aut gradus potuerit nos ab huius modi subsidiis . . . prohibere.“

wegs die Rolle seines gehorsamen Trabanten zu spielen gewillt war. Von jetzt an betrachtete er den Markgrafen als einen Verräter, als seinen Feind. Er gab dem Orden Nachricht¹⁾ von der ihm drohenden Gefahr und sprach sich über das Bündnis von Krakau sehr missbilligend aus.²⁾

Dieses Bündnis ist es gewesen, welches das Zerwürfnis zwischen Sigmund und Friedrich herbeigeführt hat;³⁾ der Brief vom 28. Februar 1421 ist das erste Zeichen einer Misstimmung, das wir besitzen, und schon durch seinen Ton zeugt er dafür, dass er überhaupt der erste Ausdruck ist, den des Königs Unzufriedenheit mit der Politik des bisherigen Freundes gefunden hat. Friedrich hielt den Abschluss des

¹⁾ Vgl. den Bericht an den Hochmeister vom 2. April 1421, DRA. VIII, Nr. 3: „ouch zo hot mein herre koning gesait, wie das sich mein herre markgrafe Frederich an allen seinen wilten zu dem koninge zu Polen gefunden wil; und wie her em geschrieben hat, das wird Ewer Gnade in meines herren brife wol irvinden.“

²⁾ Vgl. den Brief, welchen Kotzebue, Gesch. Preussens III. S. 447 aus dem Königsb. Archiv C. p. 1 mitteilt: „darin die Christenheit und das Reich nicht ausgenommen und verwahrt worden, woraus dem Reiche und der Krone Böhmen gross Irrsal, Schimpf und Schaden auch Widerwärtigkeit entstehen mag.“

³⁾ Das Bündnis von Krakau ist sehr verschieden beurteilt worden. Droysen (I, S. 427—431) sieht in demselben, nach Gundlings Vorgang, ein Mittel, um Wladislav vom Bunde mit den Husiten abzuziehen: wir sahen bereits, dass der Polenkönig nie ernstlich an einen solchen gedacht hat. Riedel (II. S. 404—413) stellt zwar die Thatsachen richtig fest, hat aber nicht erkannt, dass hier der Ursprung des Zerwürfnisses zu suchen ist. Bei Voigt (Erw. der Neumark S. 161—167) und Caro (III. S. 519—525) ist die Vorgeschichte sehr verworren behandelt (vgl. Excurs III). Der letztere verurteilt ausserdem das Bündnis als eine grobe Undankbarkeit Friedrichs gegen Sigmund, und meint, der ganze Vertrag sei gegen den Willen Witolds geschlossen worden (s. dagegen unten). Nach v. Bezold (I., S. 61) war das Bündnis ebenso gut gegen Sigmund wie gegen den Orden gerichtet, da der König des Ordens eifriger Beschützer war. Wir haben schon öfter beobachtet, welcher Art Sigmunds Interesse am Orden war: er betrachtete ihn als einen Factor seiner politischen Berechnungen, den er nach Bedarf verwendete. Hatte er doch selbst sich einst an dem Plane beteiligt, die Ritter nach Cypern zu versetzen. Das wusste Friedrich sehr wohl, und dass er keineswegs Sigmund angreifen wollte, zeigen seine späteren Aeusserungen und Handlungen zur Genüge.

Vertrages mit Polen für notwendig zur Sicherheit seiner Staaten; Sigmund verlangte, dass der Markgraf mit Hintersetzung aller anderen Interessen seine Politik nach der des Königs einrichten, alle Wandlungen und Schwenkungen in dessen Beziehungen ohne Weiteres mitmachen sollte. Wir sahen, dass ein solcher Gegensatz der Interessen bereits seit 1415 möglich war und schon mehrere Male nur mühsam vermieden ward: in diesem Falle war ein Ausgleich der beiderseitigen Standpunkte nicht möglich. Friedrich sah sich veranlasst, wogegen er sich so lange gesträubt hatte, die Selbständigkeit seiner Entschliessungen als Landesherr auf Kosten der Dankbarkeit, die er dem Freunde schuldete, zu behaupten.¹⁾

¹⁾ Es ist das Gegenteil von Droysens Ansicht richtig: nicht Friedrich war es, der über Sigmunds Handlungen erzürnt, diesen im Grolle verliess und ihm die Freundschaft dadurch gleichsam kündigte: sondern Sigmund, mit der Politik des Markgrafen unzufrieden, zerriss das Band, welches beide früher verbunden, indem er jenen öffentlich als meineidigen Verräter bezeichnete (vgl. DRA. VIII., 360.)

VII.

Das Zerwürfnis bis zur ersten Versöhnung.

Markgraf Friedrich hatte sich in Krakau verpflichtet, dem Polenkönige mit aller Macht im Falle eines Krieges gegen den Orden beizustehen; es war jedoch sein Wunsch, dass es soweit gar nicht kommen möge. Denn wie leicht hätte ihm im Reiche die Beteiligung am Kampfe gegen die Ritter zu Gunsten Polens übel ausgelegt werden können. Schon in Krakau hatte er sich daher, ehe er den Vertrag ratificirte, von Wladislav versprechen lassen, dass dieser den am 13. Juli 1421 ablaufenden Waffenstillstand aufs Neue verlängern wolle.¹⁾ Der Kurfürst bemühte sich nun auf alle Weise, diese Verlängerung welche ihm ein unangenehmes Dilemma ersparte, auch wirklich zustandezubringen.

Es schien hierzu wenig Aussicht vorhanden zu sein; denn als der Hochmeister die Zahlung der fälligen Geldrate von der vorherigen neuen Erklärung des Königs, er gedenke den Breslauer Spruch zu halten, abhängig machte,²⁾ brach Wladislav kurz alle weiteren Verhandlungen ab³⁾ und rüstete;

¹⁾ Vgl. Wladislavs Brief an Friedrich, dat. 1421 Juni 7 Grodek, Cod. Dipl. Lith. S. 275, Voigt, Erw. d. Neumark S. 411—413, wo dieser sagt, er verlängere den Beifrieden „consiliis vestris nobis in Cracovia praestitis et demum post per nuncios nostros intimatis obtemperare volentes.“

Ueber d. Datum des Briefes s. Excurs III.

²⁾ Brief des Hochmeisters an Wladislav, dat. 1421 April 28 Marienburg, Cod. ep. Vitoldi S. 514.

³⁾ Brief Wladislavs an den Hochmeister, dat. 1421 Mai 7 Neu-Sandecz.

der Hochmeister erwartete bereits den Ausbruch des Krieges.¹⁾ Der König erfüllte daher seine Zusage nur ungern; er hätte am liebsten jetzt, wo er einen neuen Bundesgenossen gefunden hatte, gleich losgeschlagen; aber durch Friedrichs Mahnungen liess er sich bewegen, den Beifrieden für sich und Witold bis zum 13. Juli 1422 zu verlängern, „obgleich, wie er dem Verbündeten schrieb, er Gott sei Dank schon im gegenwärtigen Jahre zur sofortigen Eröffnung des Feldzuges gerüstet und bereit gewesen sei.“²⁾ Nach Empfang dieses Briefes zeigte der Markgraf sogleich dem Hochmeister die Erstreckung des Waffenstillstandes auf ein weiteres Jahr an.³⁾

Als König Sigmund von dem Abschlusse des neuen Beifriedens Kunde erhielt, war er aufs höchste erzürnt; denn hatte er auch ehemals selbst danach getrachtet, Frieden zwischen Polen und dem Orden zu stiften,⁴⁾ so passte ihm jetzt gerade das Gegenteil besser in seine Pläne, und der Hass und das Misstrauen gegen den ehemaligen Freund liess ihm noch dazu alles, was von diesem ausging als auf seine Schädigung berechnet erscheinen. So glaubte er denn auch diesmal, der Waffenstillstand sei nur geschlossen worden, um den Polen freie Hand zu machen zum Eingreifen in die böhmischen Angelegenheiten,⁵⁾ und versuchte auf alle Weise,

¹⁾ Brief des Hochmeisters an Sigmund, dat. 1421 Mai 23 Marienburg, Cod. ep. Vit. S. 515.

²⁾ In dem Briefe vom 7. Juni: „quanquam jam de gracia dei dispositi fuimus et parati, quod bene anno presenti bella ipsis movere potuimus“.

³⁾ Urkunde Friedrichs, dat. 1421 Juni 18 Berlin, Caro Lib. canc. II Nr. 51. CDB. II 3 S. 412. Die Verhandlungen über den genauen Endtermin und Austausch der Urkunden dauerten noch bis 12. Sept. vgl. die Briefe Cod. ep. Vit. S. 523, 526, 527, 531.

⁴⁾ Es ist charakteristisch, dass Sigmund noch am 3. April 1421, wo er also längst von Witolds Plänen Kunde hatte, diesen aufforderte, den Beifrieden noch ein weiteres Jahr zu halten (DRA. VIII Nr. 23); es war eben nur der Zorn über das Krakauer Bündnis, der ihm die von ihm selbst eben noch erstrebte Verlängerung als Feindseligkeit erscheinen liess.

⁵⁾ Briefe Sigmunds an Cardinal Branda (D. R. A. VIII. No. 63. Palacky, Urkundl. B. I, 127) und an den Hochmeister (Regest Cod. ep. Vit. S. 525), beide dat. 1421, Juli 19., Pressburg. Sigmunds falsche Auffassung

den ganzen Vertrag rückgängig zu machen. Wir wissen, dass sich Sigmund in seiner Auffassung der Sache irrte; Wladislav kümmerte sich nicht um Böhmen und hätte gerne schon jetzt den Krieg gegen den Orden begonnen, und Witold war zwar mit sich selbst, aber durchaus nicht mit dem Könige und mit der polnischen Baronie darüber im Reinen, wie er sich in der Husitenfrage zu verhalten habe.

Die veränderte politische Lage, welche durch Sigmunds und Friedrichs Entzweiung geschaffen war, äusserte ihren Einfluss zunächst auf die Politik Sigmunds. Es war keine leere Phrase, wenn er an den Markgrafen in jenem Briefe vom 28. Februar geschrieben hatte, er habe keinen weiteren Getreuen ausser ihm; denn sein Verhältnis zu den Reichsständen, insbesondere den Rheinischen Kurfürsten, wurde immer gespannter. Wir müssen uns das klar machen, um seine weiteren Entschlüsse zu verstehen.

Der Rheinische Bund war einen Augenblick in Gefahr gewesen, auseinanderzufallen, als kurz nacheinander Werner von Trier und Johann von Mainz gestorben waren.¹⁾ Die Gefahr war aber vermieden worden; Werners Nachfolger Otto war sofort in den Bund getreten; wir sehen ihn sich beteiligen an dem Collectivschreiben, welches die Rheinischen Kurfürsten zu Gunsten des Deutschen Ordens an Sigmund richteten.²⁾ Hingegen scheint Johanns Nachfolger Konrad ursprünglich der Vereinigung seiner Collegen fern geblieben zu sein, ja mit dem Pfalzgrafen Ludwig in persönlicher Feindschaft gestanden zu haben, da auf dem Bopparder Tage

teilt v. Bezold (I, S. 54 und 61); er tritt hier mit sich selbst in Widerspruch, denn, wenn er Sigmund einmal als treuen Freund des Ordens, als solidarisch mit diesem betrachtet (S. 61 Anm. 1), so müsste danach auch eine Massregel, die so entschieden im Interesse des Ordens lag, Sigmund sehr angenehm gewesen sein. Ausserdem dürfte zu erwähnen sein, dass auch die Rheinischen Kurfürsten, welche doch die Lage zu übersehen im Stande waren, die Verlängerung des Beifriedens als eine im Interesse der Husitenbekämpfung liegende Massregel ansahen (D.R.A. VIII. No. 51).

¹⁾ Am 4. Oktober 1418 u. 23. September 1419.

²⁾ Am 27. August 1419, DRA. VII., 271.

im März 1421 Otto von Trier erst zwischen beiden vermitteln und ihre Streitigkeiten ausgleichen musste.¹⁾

Die Feindschaft zwischen Sigmund und Kurfürst Ludwig war geblieben; Sigmunds Stolz verzieh es jenem nicht so leicht, dass er vor ihm, seinem Untertanen, die Flucht hatte ergreifen müssen. Zwar hatte der König, auf Heinrichs von England Bitte, im Frühling 1420 erklärt, dass er Ludwigs Gebiet für die Dauer des von diesem beabsichtigten Feldzuges nach Frankreich in seinen besonderen Schutz nehme;²⁾ aber das war nur ein Akt der Courtoisie gegen den Bundesgenossen, dem er bisher noch nichts von dem, was er versprochen, geleistet hatte. Seine wahre Gesinnung gegen Ludwig zeigt der Umstand, dass er zu Breslau den Strassburger Gesandten heftige Vorwürfe machte, weil sie in einem Streit mit ihrem Bischof Ludwigs Vermittelung und nicht seine angerufen hatten.³⁾

In Breslau war der Pfälzer nicht erschienen; im Herbst 1420 hatte er dann seinen beabsichtigten Zug nach Frankreich zur Unterstützung König Heinrichs ausgeführt und war im Anfang des nächsten Jahres nach Deutschland zurückgekehrt.⁴⁾ In den ersten Märztagen 1421 tagten die Rheinischen Kurfürsten zu Boppard, und hier versuchten sie zum ersten Male, die Leitung der Reichsangelegenheiten selbständig als mindestens gleichberechtigter Factor neben dem König in die Hand zu nehmen. Freilich, dass sie gemeinsam ein Schreiben an den Papst und die Cardinäle richteten⁵⁾ mit der Bitte,

¹⁾ Urkunde Otto's von Trier dat. 1421 März 2, Boppard. Regest bei Janssen I., 579.

²⁾ Urkunde Sigmunds dat. 1420 April 24 Schweidnitz, Regest bei Janssen I., 578.

³⁾ Bericht der Strassburger Gesandten, dat. 1420 Januar 31 [Breslau] DRA. VII. 282; der König habe gesagt, er habe ihre Sache gern in Ordnung bringen wollen „das wir allesament von ime ussgeslogen hettent, und hettent gelossen herzoge Ludewigen von der Pfalzzen dazu reden und die sache mit dem bischove rihten.“

⁴⁾ Vgl. Lenz, Sigismund und Heinrich V. S. 210.

⁵⁾ Die Schreiben der Kurfürsten von Mainz, Köln und Pfalz an den Papst, DRA. VIII. No. 5, an die Cardinäle No. 7 Otto's von Trier an den Papst No. 6, datirt 1421, März 1, Boppard.

keinen Bemühungen zur Aufhebung des Breslauer Spruches Gehör zu geben, war nur eine Fortsetzung ihrer traditionellen ordensfreundlichen Politik; aber ein anderer Brief gewährt uns Einblick in ihre weitergehenden Pläne. König Sigmund hatte einen Reichstag zu Beratungen über den Husitenkrieg nach Nürnberg auf den 13. April 1421 ausgeschrieben;¹⁾ die Rheinischen Kurfürsten teilten nun ihren Entschluss, diesen Reichstag zu besuchen und ein Heer gegen die Böhmen auszurüsten, verschiedenen Reichsstädten mit; charakteristisch ist der Schluss ihres Schreibens:

„Darum ersuchen, ermahnen und bitten wir Euch, als des Heiligen Reichs getreue Kurfürsten und nächste Glieder, dass Ihr nach Eurem Vermögen zu solchen der Heiligen Christenheit und des Heiligen Reichs schweren Nöten in solcher Weise auch kommen und uns dazu beholfen sein wollet mit einer Zahl reisiger gewappneter Leute und Euch dazu in solcher Weise stellet, wann und zu welchen Zeiten Euch unser gnädigster Herr, der Römische König, und wir von des Reiches wegen entbieten oder schreiben, dass Ihr dann mit Zeug und was dazu Not ist, ausgerichtet und bereit seid. Und was wir hierin von des Reiches wegen von Euch erwarten mögen, und ob Ihr auch zu dem Tage gen Nürnberg die Euren schicken wollt, das lasst uns in Eurer Schrift mit diesem Boten wieder wissen.“

Die vier Rheinischen Kurfürsten stellten sich hier also als die Vertreter des Reichs und der Reichsinteressen hin, den König nur beiläufig erwähnend, ihre Mitkurfürsten aber ganz übergehend; sie wussten eben, dass gar nichts gegen die Ketzer zustande kommen werde, wenn sie Sigmund allein handeln liessen.

Der Nürnberger Reichstag rückte näher; es zeugt von Kurfürst Ludwigs schlechtem Verhältnis zum König, dass er

¹⁾ Sigmunds Ausschreiben dat. 1420 December 30, Brügge DRA. VIII. No. 2.

²⁾ Brief der Rheinischen Kurfürsten an verschiedene Städte, dat. 1421 März 2 Boppard, DRA. VIII., 8 vgl. Kerler in DRA. VIII. S. 2 und Wendt Reichstag unter Sigmund S. 120.

sich einen besonderen Geleitsbrief¹⁾ von diesem geben liess; ohne diese Massregel hielt er sich in der Nähe Sigmunds nicht für sicher. Um Mitte April kamen verschiedene Fürsten und eine grosse Menge von Städteboten an; aber auf den König wartete man vergebens.²⁾ Sein Fernbleiben, veranlasst durch den wachsenden Abfall der mährischen Herren, beförderte die Bestrebungen des Rheinischen Bundes; denn dieser wurde jetzt der Mittelpunkt der Versammlung und gelangte zu immer festerer Organisation und zu immer grösserem Ansehen.

Am 23. April 1421 schlossen die Rheinischen Kurfürsten unter einander zwei Verträge. In dem einen verpflichteten sie sich den ketzerischen Irrlehren entgegenzutreten, wenn sich diese in ihren Landen zeigen sollten,³⁾ und ihre Untertanen durch einen Eid zum Festhalten am rechten Glauben zu verpflichten. Zu diesen Abmachungen sollten deutsche Fürsten und Städte durch Sonderverträge mit den Rheinischen Kurfürsten hinzutreten dürfen. Eine Anzahl

¹⁾ Sigmunds Geleitsbrief für den Pfalzgrafen, dat. 1421 März 23 Znaym, DRA. VIII, 18; vgl. dazu Kerler DRA. VIII. S. 3.

²⁾ Vgl. über den Reichstag die Actenstücke DRA. VIII. No. 21—35; v. Bezold I S. 47—50.

³⁾ Es ist besonders zu betonen, dass der Vertrag sich nur mit den Ländern der betreffenden Fürsten, nicht aber mit Massregeln gegen die Böhmen beschäftigt. Lässt der §. 1 der Urkunde DRA. VIII. 29 noch einen Zweifel, ob auch von einem Feldzuge gegen Böhmen gesprochen wird, wenn er sagt: „und dorum so haben wir . . . den zu widerstehen und dorfür zu sin . . . uns vereint etc. . . . zum ersten sollen und wollen wir, solchem unglauben zu widerstehen und den zu dilgen wo sich der denn machen oder erheben wurde und auch wider alle die demselben unglauben wissenlichen zulegen oder beholfen sin werden, einander getruwelich beraten und beholfen sin mit unser ritterschaften, slossen etc“; so hebt denselben der in diesen § erläutern eingeschobene Zwischensatz in der Vertragsurkunde mit dem Bischof von Würzburg (DRA. VIII, 31) und anderen Herrn (DRA. VIII, 32) wo es heisst: „wo sich der denn machen oder erheben wurde in unsern oder in sinen oder ander fursten, graven oder herren landen oder auch in stetten, die wir zu uns in diese unser verbuntenisse und einunge entphaen und nemen werden.“ Also nur in den Landen der Contrahirenden soll die Ketzerei bekämpft werden.

Fürsten schloss sich denn auch noch zu Nürnberg oder bald nachher an;¹⁾ die Städte aber verweigerten den Beitritt.

Neben dieser allgemeinen Massregel aber fasste der Rheinische Bund hier in Nürnberg auch die böhmische Frage selbst ins Auge. Diese lag ihm weit ferner; man betrachtete sie mehr als Privatangelegenheit Sigmunds und beschloss daher, auf eine Forderung des Königs um Kriegshilfe gegen die Böhmen solle keiner der vier Kurfürsten allein antworten, sondern alle gemeinsam.²⁾ Es war dies die Erneuerung der älteren Abmachungen aus dem Jahre 1417³⁾ und ihre Anwendung auf den vorliegenden Fall; es war ein Zusammenschliessen gegen zu hoch gespannte Anforderungen Sigmunds, wie man sie als bevorstehend ansah. Dieser zweite Vertrag galt natürlich nur für die vier Kurfürsten selbst und stand mit dem anderen, der allen deutschen Fürsten zugänglich war, in gar keinen Beziehungen; er ist auch vermutlich geheim gehalten worden.⁴⁾

Markgraf Friedrich war nicht in Nürnberg; wir wissen zufällig,⁵⁾ dass seine Gemahlin Elisabet sich zur Zeit des Reichstages dort aufhielt, vermögen aber nicht zu sagen, was sie dort that. Der Kurfürst stand den Bestrebungen des Rheinischen Bundes gänzlich fern; er hielt sein Bündnis mit Polen, wie wir wissen, nicht für eine Schädigung von Sig-

¹⁾ Beitrittserklärungen der Bischöfe von Speier und Würzburg, dat. 1421 Apr. 24 Nürnberg, des Landgrafen von Hessen, April 25 Nürnberg, des Bischofs von Bamberg, April 28 Nürnberg, des Bischofs von Strassburg, Mai 7 Zabern, des Bischofs von Augsburg, Mai 28 ohne Ort, des Erzbischofs von Magdeburg und der drei Markgrafen von Meissen, Mai 21 Würzburg.

²⁾ DRA. VIII. No. 28.

³⁾ Vgl. oben S. 59.

⁴⁾ Es ist demnach unrichtig, wenn Droysen (I S. 434) sagt, man habe in Nürnberg verabredet, zur Ausrottung der Ketzer alles anzuwenden und die Rheinischen Kurfürsten hätten noch einen besonderen Bund geschlossen, zu dem sie soviel andere als möglich hätten gewinnen wollen. Auch v. Bezolds Darstellung (I S. 50) ist schief, indem hier behauptet wird, zu dem letzteren Verträge seien die übrigen genannten Fürsten beigetreten; auch überschätzt v. Bezold die Ausdehnung der Vereinigung.

⁵⁾ Vgl. die Nürnberger Kostenrechnung DRA. VIII, 38, 2, wo es zu 1421 April 23 heisst: *propinavimus der markgräfin von Brandenburg 32 qr.*

munds Interessen und hoffte jedenfalls noch längere Zeit, dass der König das selbst einsehen und seinen Groll fahren lassen werde. Er war um diese Zeit eifrig bestrebt,¹⁾ durch neue Verträge mit den Grenznachbarn und Verlängerung der bestehenden Waffenstillstände mit Mecklenburg und Pommern endlich die Möglichkeit zu gewinnen, an der immer erbitterter werdenden fränkischen Fehde in Person teilnehmen zu können.

In den ersten Monaten des Jahres 1421 war nämlich diese Fehde in ganzer Ausdehnung wieder ausgebrochen; Herzog Heinrich von Landshut, die Herzoge Ernst und Wilhelm von München und der Pfalzgraf Ludwig sowie sein Bruder Johann schickten dem Ingolstädter Herzoge ihre Absagebriefe.²⁾ Von allen Seiten griff man nun Herzog Ludwigs Besitzungen an, und schon im Mai konnte der Markgraf an König Wladislav von den glücklichen Erfolgen der Verbündeten berichten.³⁾ Zwar leiteten die geistlichen Kurfürsten noch einmal eine gütliche Vermittelung ein, um den Streit auszugleichen;⁴⁾ aber während in Nürnberg der Reichstag versammelt war, tobte der Krieg dicht vor den Thoren dieser Stadt, da Friedrichs Leute die Veste Lauff belagerten.⁵⁾ Auf einer persönlichen Zusammenkunft in Regensburg (15. Juni) stellten Markgräfin Elisabet, die Herzoge von Landshut und München und der Graf von Öttingen den Kriegsplan fest. Vor allen Dingen aber wurde von den Verbündeten die An-

¹⁾ Vgl. Riedel II S. 413—418; am 9. Mai schloss er zu Wittenberg ein Bündnis mit Albrecht von Sachsen und Günther von Magdeburg, CDB II, 3, S. 406.

²⁾ Vgl. Riedel II S. 397—400; Riezler, Gesch. v. Baiern III S. 250 ff

³⁾ Erwähnt in dem Briefe Wladislavs an Friedrich vom 7. Juni 1421. Cod. dipl. Lith. S. 275: „quod nobis scribit vestra fraternitas, quomodo gentes vestre contra adversarios vestre fraternitatis in terro Franconie de die in diem feliciter prosperant, Castra municiones illorum que ex nomine describitis tam strenue quam viriter expugnando.“

⁴⁾ Vgl. den Brief der Kurfürstin Elisabet an Friedrich, dat. 1421 Mai 10 Cadolzburg, bei Minutoli I S. 181; Vollmacht der drei geistlichen Kurfürsten für ihre Gesandten, dat. 1421 Juni 4, Mainz, DRA. VIII, 53.

⁵⁾ Vgl. DRA. VIII No 35.

wesenheit der Kurfürsten Friedrich und Ludwig dringend verlangt;¹⁾ nur in diesem Falle waren sie bereit, die Belagerung von Ingolstadt selbst zu beginnen. Gleich darauf fielen die Schlösser Schwaben und Freyenstadt den Verbündeten in die Hände²⁾ Erst am 13. Juli gelang es den Abgesandten der Erzbischöfe, einen Waffenstillstand zu vermitteln und einen Termin zu gütlichen Verhandlungen auf den 3. August nach Nürnberg festzusetzen.³⁾

Dem Ingolstädter Herzoge kam, wie sich denken lässt, die Entzweiung zwischen Sigmund und Friedrich sehr gelegen; er suchte die Kluft zwischen beiden noch zu erweitern. Schon mehrmals hatte er in seinen offenen Briefen des Markgrafen Treue gegen den König verdächtigt; jetzt führte er einen Hauptschlag gegen seinen Feind, indem er dem Könige die Abschrift eines Briefes einsandte, welchen Friedrich an die Rheinischen Kurfürsten geschrieben haben sollte⁴⁾ und in dem stand, der Römische König sei ein Husit, man müsse auf eine Neuwahl denken. Wird der Brief nun auch wahrscheinlich unecht gewesen sein,⁵⁾ so hat Sigmund

¹⁾ Brief Elisabeths an Friedrich, dat. 1421 Juni 24 Cadolzburg. Minutoli I S. 183 und CDB. III, I, S. 180. Mitteilung des Kriegsplanes an Ludwig v. d. Pfalz, dat. 1421 Juni 17 Regensburg, Minutoli I S. 182 mit dem falschen Datum Juni 15.

²⁾ Am 17. und 24. Juni, s. den citirten Brief vom 24. Juni.

³⁾ Urkunde von 1421 Juli 13 ohne Ort, bei Minutoli I S. 185, mit falschem Datum Juli 12.

⁴⁾ Wir haben von dem Vorgange nur dadurch Kunde, dass ein Rat des Herzogs Ludwig die Absendung der Abschrift an den König einem Rate der Markgräfin verriet, und diese nun in dem cit. Briefe vom 24. Juni ihren Gemahl davon in Kenntniss setzte. Leider erfahren wir nicht, auf welchem Wege Ludwig zu dem Briefe gelangt ist.

⁵⁾ Es ist darüber gestritten worden, ob dieser Brief echt gewesen oder von Ludwig gefälscht sei. Alle früheren nahmen das letztere an; v. Bezold aber (I. S. 51 bes. Anm. 1; vgl. auch Wendt, Reichstag S. 120 Anm. 6) betonte, dass die Echtheit nicht undenkbar sei, und neigt sichtlich der Meinung zu, dass Friedrich den Brief in der That geschrieben habe. Allerdings reicht unser Material zur sichern Entscheidung der Frage nicht aus; es scheint mir aber nach der ganzen politischen Lage nicht wahrscheinlich, dass der Markgraf damals mit den Rheinischen Kurfürsten über Sigmunds Absetzung verhandelt habe. Denn irgend eine Verbindung Friedrichs mit

ihn doch unzweifelhaft für echt gehalten und gerade unter dem Einfluss desselben Friedrichs Vermittlung zwischen Polen und dem Orden so misstrauisch beobachtet. Ja man kann mit Recht sagen, dass von jetzt an die Rache an dem Markgrafen das Ziel seiner Politik wurde.

König Sigmund sah sich im Sommer 1421 überall von Feinden umgeben; in nächster Nähe waren es die Husiten, ferner auf der einen Seite Polen, auf der andern der Rheinische Bund, der ihm in Deutschen Angelegenheiten das Heft vollends aus den Händen zu reißen drohte, und endlich Friedrich, den er für seinen schlimmsten Gegner hielt, dem er, wie das zu geschehen pflegt, deshalb am meisten zürnte, weil er auf ihn am meisten vertraut hatte. Mit allen Gegnern zugleich konnte er es nicht aufnehmen; er musste also mit einigen in besseres Vernehmen zu kommen suchen. Mochte

dem Rheinischen Bunde ist um diese Zeit nicht nachweisbar. Wir finden ihn vielmehr in mehrfachem Gegensatze zu dieser Coalition. So protegirte der Bund den Orden, Friedrich war mit Polen verbündet; der Bund plante eine Versöhnung der fränkischen Gegner, Friedrich aber sammelte gerade in diesem Sommer ein Heer, um gegen Herzog Ludwig persönlich ins Feld zu rücken. Er beteiligte sich weder an den zahlreichen Kurfürstentagen, noch an dem Husitenzuge im Herbst 1421. Er war eben durch die Entzweiung mit Sigmund in eine noch ungeklärte Situation geraten, und hoffte noch auf einen Ausgleich mit Sigmund. In diese Lage hinein scheint mir ein derartiges Vorgehen nicht zu passen, zumal da jedes glaubwürdige Zeugnis für eine feindselige Stimmung des Markgrafen gegen Sigmund fehlt. V. Bezold führt zwar Zeugnisse dafür an, nämlich 1) eine Stelle aus Andreas Ratisbon. (Höfler Geschschr. II. S. 414) auf die er aber selbst kein Gewicht legt, da der Autor notorisch ein Anhänger Ludwigs von Ingolstadt, also hier parteiisch war, und die ausserdem sich auf eine über ein Jahr spätere Zeit bezieht. 2) eine Stelle aus Laurentius de Brezina (Höfler I. S. 496), welche besagt, die Kurfürsten hätten während des Herbstes 1421 vom böhmischen Feldzuge aus Sigmund mit Absetzung bedroht. Diesen Feldzug aber machte Friedrich nicht mit; „die Kurfürsten“ sind nur der Rheinische Bund. Wir halten also gegen v. Bezold an dem Fehlen eines solchen Zeugnisses fest. Auch ist es doch nicht gerade wahrscheinlich, dass ein Mann von der Geschäftserfahrung Friedrichs einen Brief so bedenklichen Inhalts so unvorsichtig expedirt haben sollte, dass er seinem ärgsten Feinde in die Hände fallen konnte, zumal da der Weg aus der Mark an den Rhein nicht durch Baiern ging.

er sich nun Polen, den Rheinischen Kurfürsten oder Friedrich nähern, überall stand seinem Stolze eine Demütigung bevor. Und in diese Lage, so redete er sich ein, hatte ihn der Markgraf gebracht; also wollte er noch lieber sich vor den übrigen demütigen als vor ihm. So erklärt es sich, dass der König jetzt ziemlich gleichzeitig eine Annäherung an Polen und an den Kurfürstenbund suchte.

Um Witold von einer Vereinigung mit den Böhmen abzuhalten, sah Sigmund das einzige Mittel in einer Aenderung des Breslauer Spruches. In diesem Sinne lud er Bevollmächtigte Polens, Witolds¹⁾ und des Ordens nach Nürnberg zum Reichstage vor. Als er dann nicht selbst dorthin kommen konnte, verlief dieser Anknüpfungsversuch im Sande. Aber neue Verhandlungen nahmen einen so günstigen Verlauf, dass Sigmund bereits am 1. Juni die Hoffnung aussprechen konnte²⁾, er werde mit Polen bald wieder in gutem Einvernehmen sein. Freilich zunächst entstand ein reger diplomatischer Verkehr Witolds mit den Husiten, welcher dem Könige keineswegs angenehm sein konnte. Im Juni 1421 weilten wieder böhmische Gesandte am polnischen Hofe³⁾, während andererseits ein Bevollmächtigter Witolds in Prag nochmals des Grossfürsten Bereitwilligkeit zur Annahme der Krone erklärte und zugleich die demnächstige Ankunft eines Neffen desselben, Sigmund Korybut, als Landesverweser ankündigte⁴⁾. Auf die Kunde davon wandte der König sich selbst brieflich an Witold, bat ihn, die Verbindung mit den Husiten abubrechen und fügte hinzu, wenn der Grossfürst den Breslauer Spruch für ungerecht halte, so sei er gern bereit, sich hierin dem Urteile des Papstes oder eines anderen

¹⁾ Vgl. D. R. A. VIII, 3.

²⁾ In einem Briefe an den Hochmeister, dat. 1421 Juni 1 Trenčín, der uns im Auszug erhalten ist in des Hochmeisters Erwiderung dat. 1421 Juni 17 Sobowitz, Cod. ep. Vitoldi S. 519.

³⁾ Vgl. den Brief der Rheinischen Kurfürsten an Wladislav, dat. 1421 Juni 25 ohne Ort [Mainz] D. R. A. VIII, 81.

⁴⁾ Vgl. den Brief eines Unbekannten an einen ungen. Fürsten, dat. [1421] Juli 2 ohne Ort, Cod. ep. Vit. S. 521, und das Schreiben der Prager an Witold, ohne Datum [1421 Juni Prag] Caro, Lib. Canc. II, 52.

Unparteiischen zu fügen¹⁾. Mit Wladislaw führte er ebenfalls die Unterhandlungen weiter und hoffte auf einen günstigen Abschluss derselben²⁾.

Wirklich schickten Wladislaw und Witold, nachdem sie sich zu Lublin mit ihren Grossen beraten hatten³⁾, zwei ihrer ersten Beamten nach Ungarn, um die Bedingungen, welche der Polenkönig stellte, auseinanderzusetzen. Hier in Lublin wurde vielleicht auch den böhmischen Gesandten erwidert, Witold wolle versuchen, sich mit Sigmund gütlich über das fernere Schicksal Böhmens zu vergleichen⁴⁾.

Während aber der König so Polen zu gewinnen suchte, hetzte er andererseits den Orden zum Bruch des Waffenstillstandes auf; er verlangte, der Hochmeister solle bei Witold förmlich anfragen, ob dieser den Ketzern zu helfen denke, und in diesem Falle ihm den Frieden aufsagen⁵⁾. Darauf aber liess sich der Meister nicht ein, sondern erklärte, nur wenn der Grossfürst wirklich mit Truppenmacht den Böhmen zu Hülfe ziehe, dannn wolle er ihn angreifen⁶⁾.

Die Annäherung des Königs an die ersten Reichsfürsten wurde ihm dadurch erleichtert, dass der Rheinische Bund ihm einen Schritt entgegenkam, indem er seine Hülfe gegen die Husiten anbot. Bereits in Boppard (März 1421) war ja von den vier Kurfürsten ein Ketzerkrieg geplant worden; in

¹⁾ Brief Sigmunds an Witold, dat. 1421 Juli 9 Pressburg, Cod. ep. Vitoldi S. 523.

²⁾ Brief Sigmunds an Card. Branda, dat. 1421 Juli 19. Pressburg D. R. A. VIII, 63, Palacky Urk. B. I. 127.

³⁾ Am 15. August, s. Dlugossus XI. S. 439.

⁴⁾ Dlugossus a. a. O. Ich trage Bedenken, selbst dies mit Sicherheit aus den Angaben des Dlugossus zu entnehmen; alles weitere, was den Böhmen hier mitgeteilt sein soll, trägt die Unwahrscheinlichkeit an der Stirn geschrieben; es ist ganz undenkbar, dass Witold gemeint haben soll, auf sein Zureden würden die Böhmen wieder gut katholisch werden, und Sigmund werde ihm dann für diesen der Christenheit geleisteten Dienst das Königreich freiwillig überlassen.

⁵⁾ Briefe Sigmunds an den Hochmeister, dat. 1421 Juli 19 u. 20, Pressburg, Cod. ep. Vit. S. 525.

⁶⁾ Brief des Hochmeisters an Sigmund, dat. 1421 August 6 Marienburg Cod. ep. Vit. S. 528.

Nürnberg (April 1421) war ihnen aber durch des Königs Fernbleiben klar geworden, dass sie allein die Lasten desselben zu tragen haben würden, und so hatten sie den Plan aufgegeben und sich mit Massregeln der Abwehr begnügt. Nicht lange darauf kam als päpstlicher Legat der Cardinal Branda nach Deutschland¹⁾ mit dem Auftrage, einen allgemeinen Reichskrieg gegen die Husiten zu stande zu bringen, und allen Teilnehmern Vergebung ihrer Sünden zuzusichern. Martin V. erkannte sofort, dass der Schwerpunkt des Reiches jetzt im Rheinischen Bunde, nicht mehr im Könige liege; so wurde denn auch Branda nicht nach Ungarn, sondern an den Rhein geschickt. Ende Mai tagte er mit den vier Kurfürsten zu Wesel²⁾ und es gelang ihm hier, von Neuem ein kriegerisches Vorgehen derselben anzuregen³⁾. Hatten sie in Nürnberg nur die Lasten des Unternehmens erwogen, so kam ihnen jetzt zum Bewusstsein, dass auch Vorteile damit verbunden seien und zwar ausser den vom Papste verheissenen geistlichen auch weltliche. War es ihnen doch möglich, dadurch, dass sie an die Spitze des nationalen Unternehmens traten, ihre Autorität der königlichen gegenüber weiter zu erhöhen. So beschlossen sie also den Feldzug, und setzten den 23. August als Tag, Eger als Ort der Vereinigung ihrer Streitkräfte fest; auch Wladislav von Polen forderte man zur Teilnahme auf, da man wisse, dass er ein besonderer Eiferer für den katholischen Glauben sei⁴⁾.

Erst nach dem Schlusse des Tages von Wesel fand es Cardinal Branda an der Zeit, dem König Sigmund von seiner Anwesenheit in Deutschland und dem Zwecke seiner Mission

¹⁾ Seine Vollmacht ist datirt 1421 April 13 Rom, Palacky, Urk. B. I, 74 u. 75. Es ist ein Irrtum, wenn v. Bezold (I, S. 50) die Anwesenheit Brandas schon in Nürnberg behauptet; in D. R. A. VIII. S. 4 findet sich derselbe ebenfalls, ist aber am Schlusse des Bandes berichtigt.

²⁾ Vgl. die Aktenstücke D. R. A. VIII 45—53.

³⁾ Ausdrücklich erwähnen die Kurfürsten D. R. A. VIII, 49 und 51, dass sie ihre Beschlüsse zu Wesel auf Brandas Antrieb gefasst haben. Vgl. dazu Excurs IV.

⁴⁾ Brief des Kurfürsten an Wladislav, ohne Datum [1421 c. Mai 30 Wesel], D. R. A. VIII. No. 51.

Kunde zu geben¹⁾. Dieser hatte schon, bevor er von den erwähnten Vorgängen Kenntnis erhielt, neun Abgeordnete in das Reich geschickt, welche den Kurfürsten erklären sollten, der König lege im Interesse der Ketzervertilgung, da er selbst nicht nach Deutschland kommen könne, die ganze Reichsgewalt in ihre Hände; sie möchten in seinem Namen und unter seinem Majestätssiegel einen Reichsvicar, einen oder mehrere Hauptleute für den Feldzug nach Gützkun ernennen, und sonst an seiner Statt alle notdürftigen Dinge thun, damit ja keine Verstimmung überbleibe, durch welche das Unternehmen gehindert werden könne; und in keiner Sache sollten sie vorher beim Könige nochmals anzufragen brauchen. Die Gesandten, an deren Spitze der königliche Kanzler, Georg von Passau, stand, hatten Befehl, alle von den Kurfürsten gewünschten Urkunden im Namen Sigmunds auszustellen²⁾.

In Anwesenheit dieser Botschafter des Königs wurden von den Rheinischen Kurfürsten die weiteren Vorberatungen für den Feldzug, besonders mit den Städteboten, in Mainz und Boppard gepflogen.³⁾ Wichtiger war ein Tag zu Görlitz⁴⁾ (24. Juni 1421), wo ausser den Räten der Rheinischen Erzbischöfe auch Bevollmächtigte von Brandenburg, Sachsen,

¹⁾ In einem Briefe, dat. 1421 Juni 6 Köln, dessen Inhaltsangabe in Sigmunds Antwort, dat. 1421 Juli 19 Pressburg. D. R. A. VIII, 63 erhalten ist.

²⁾ Vollmacht Sigmunds für die neun Gesandten, dat. [1421] Juni 5. Pressburg, D. R. A. VIII, 74 vgl. No. 77 und 78.

³⁾ 29. Juni und 19. Juli, vgl. die Aktenstücke D. R. A. VIII. No. 72—88.

⁴⁾ Berichte über denselben D. R. A. VIII. No. 68—70. Von einem Eintritt in den Nürnberger Bund war hier nicht die Rede, denn dieser richtete sich nur gegen das Auftauchen der Ketzerei in Deutschland, hier aber war vom Feldzuge gegen Böhmen die Rede. Das öfter erwähnte „buntnus“ ist eben die hier in Görlitz getroffene Verabredung zum gemeinsamen Husitenzuge; auf dieselbe bezieht sich Sigmunds Erlaubnis zum Beitritt für seine schlesischen und lausitzischen Städte, D. R. A. VIII, 71. Es sollen 86 Reichsstädte ihren Beitritt zu den Görlitzer Vereinbarungen erklärt haben; wir wissen nicht, ob dies auf Wahrheit beruht (vgl. Kerler in D. R. A. VIII. S. 56; ein Gegengrund desselben fällt freilich weg, wenn „die buntnus“ nicht der Nürnberger Bund ist).

Meissen, den schlesischen Fürsten und vielen Städten anwesend waren; sie alle erklärten ihre Bereitwilligkeit, am Husitenkriege teilzunehmen; über die näheren Verhandlungen aber wissen wir nichts.

So schien im August 1421 gegründete Aussicht zu einer Besserung von Sigmunds bedrängter Lage vorhanden zu sein; die Verständigung mit Polen war auf dem besten Wege, ganz Deutschland rüstete sich, ihm gegen die Ketzer zu helfen, und die fränkische Fehde, ein Haupthindernis für den böhmischen Feldzug, war durch einen Waffenstillstand unterbrochen.

Indessen bald änderte sich die Sachlage; zunächst blieb die Vermittelung des Königs und der Kurfürsten zwischen den fränkischen Herren auf dem Nürnberger Tage (3. August) vergeblich¹⁾ und sofort brach die Fehde wieder aus. Markgraf Friedrich eilte nun selbst aus der Mark herbei, um persönlich die Führung der verbündeten Truppen zu übernehmen; er konnte an eine Teilnahme am Husitenkriege natürlich nicht denken, so lange ein so rücksichtsloser Gegner wie Herzog Ludwig unbesiegt im Rücken blieb. Mitte August bereits belagerte er Schloss Parkstein,²⁾ eroberte es in den ersten Tagen des September und zog dann vor Hilpoltstein; im November finden wir ihn in Nürnberg.³⁾

Ein fernerer Zwischenfall, nämlich die Gefangennahme einer husitischen Gesandtschaft an Witold durch einen Vassallen Sigmunds, Herzog Johann von Ratibor, drohte die Verständigung mit Polen und Litthauen zu hindern.⁴⁾ Aber trotzdem Sigmund die Gefangenen nicht herausgab, wurden in Tyrnau und Pressburg die Verhandlungen zwischen seinen und Wladislavs Bevollmächtigten weiter geführt.⁵⁾ Die letzteren schlugen ein Bündnis vor, wonach Wladislav dem

¹⁾ Brief Nürnbergs an Ulm, dat. 1421 August 4. Palacky, Urk. B. I, 132.

²⁾ S. die Belegstellen bei v. Bezold I, S. 73 Anm.

³⁾ D.R.A. VIII, 38, 3.

⁴⁾ Vgl. darüber Kopetzky in Schles. Ztschr. Bd. IX.

⁵⁾ Bericht darüber bei Dlugossus XI, S. 439—442. Derselbe ist voll von Unwahrscheinlichkeiten, s. die folgenden Anm. und Caro III, S. 525.

Römischen Könige mit aller Macht gegen die Husiten helfen, dieser aber hinwiederum jenen gegen den deutschen Orden bis zu dessen völliger Vertreibung unterstützen solle.¹⁾ Unzweifelhaft war dieser Vorschlag von Wladislav ernst gemeint, er stimmt genau mit seiner bisherigen Politik; ebenso gewiss aber konnte Sigmund auf denselben nicht eingehen, ohne sofort sich mit den deutschen Fürsten zu entzweien. Daher lehnte er einen solchen Vertrag ab und machte anderweitige Gegenvorschläge;²⁾ als die Gesandten von ihm schieden, hoffte er immer noch auf eine baldige Verständigung mit Wladislav,³⁾ ja noch im November erwartete er den Polenkönig in Breslau zu einer persönlichen Besprechung.⁴⁾ Aber der greise Jagello ging darauf nicht ein, als er seinen ersten Vorschlag abgewiesen sah, und so kam keine Einigung zustande.

Der Wiederausbruch der fränkischen Fehde und das Mislingen der Verständigung mit Polen waren zwei Unglücksfälle für Sigmund. Dazu kam nun das vollständige Scheitern des kurfürstlichen Feldzuges gegen Böhmen. Das Husiten-

¹⁾ Dies wissen wir aus Briefen Sigmunds an den Hochmeister, dat. 1421, Oktober 2. Pressburg; erwähnt bei Voigt VII. S. 396 Anm. 1, und Wladislavs Brief an die Kurfürsten, dat. 1422. Juli 10. Wolborz (vgl. unten Cap. VIII). Ob die Nachricht des Dlugossus, es sei begehrt worden, Sigmund solle Schlesien für die Erfüllung seiner Verpflichtungen zum Pfande stellen, begründet ist, wissen wir nicht. Dass die Rede der Gesandten bei ihm a. a. O. freie Composition ist, zeigt schon ihre grobe Unhöflichkeit.

²⁾ Dass Sigmund den Vorschlag ablehnte, sagen die beiden cit. Briefe. Nach Dlugossus soll er vorgeschlagen haben, seine Tochter Elisabeth oder seine verwittwete Schwägerin Sophie solle Wladislavs Gemahlin werden und Schlesien als Mitgift erhalten; das erstere ist sicher unrichtig, denn schon im Juli war die Vollziehung der Ehe Elisabeths mit Albrecht von Oesterreich genau festgesetzt (D.R.A. VIII, 70) und gerade in den Tagen, wo die polnischen Gesandten mit dem Vorschlage Sigmunds in der Tasche abgereist sein sollen, wurde der Ehevertrag mit dem Oesterreicher urkundlich festgestellt (28. September). Im Uebrigen s. Caro III, S. 525 und Grünhagen l. c. S. 64.

³⁾ Vgl. den Brief Sigmunds an einen ung. Fürsten ohne Datum [1421 Oktober 8., Trenčín], Cod. ep. Vitoldi S. 535.

⁴⁾ Brief Sigmunds an Breslau, dat. 1421, November 19. Brunn, Palacky, Urk. B. I, 159.

tum hatte hier reissende Fortschritte gemacht. Der Czaslauer Landtag (7. Juni)¹⁾ sprach nochmals Sigmunds Absetzung aus und begründete dieselbe ausführlich; des Königs Gegenschrift blieb unbeantwortet, sein Anerbieten, über die vier Artikel eine Disputation anstellen zu wollen, um die Böhmen von ihrer Unrichtigkeit zu überzeugen, fand nicht den geringsten Anklang. Unter diesen Umständen war eine Versöhnung jetzt gänzlich ausgeschlossen, und alles kam auf den Erfolg der Waffen an. Am 28. August rückten die Kurfürsten in zwei Heeresabteilungen getrennt von Eger ab,²⁾ am 3. September nahmen sie das Schloss Maschau;³⁾ dann ging es über Cadan weiter bis Saatz. Vor dieser Stadt stiessen Mitte September Kurfürst Albrecht von Sachsen, Markgraf Friedrichs Sohn Johann, und zwei Markgrafen von Meissen zu dem deutschen Heere;⁴⁾ aber ein Sturm auf den festen Platz ward abgeschlagen, und schon war die Mehrzahl der Fürsten für den Rückzug, nur Ludwig von der Pfalz empfahl eifrig, in Böhmen zu überwintern.⁵⁾ Da aber Saatz nach wie vor widerstand und von König Sigmund gar keine Nachricht kam, wurde am 2. Oktober die Belagerung aufgehoben und abermals in zwei Heersäulen der Rückzug angetreten.⁶⁾

So war Sigmund, der den richtigen Zeitpunkt zum Eintreten in die Action versäumt hatte,⁷⁾ wieder auf seine

¹⁾ Vgl. über denselben Laurentius de Brezina bei Höfler I, S. 460—478.

²⁾ Brief Nürnbergs an Ulm, dat. 1421, Sept. 1. Palacky, Urk. B. I, 134.

³⁾ Brief Nürnbergs an Ulm, dat. 1421, Sept. 12. Palacky, Urk. B. I, 135.

⁴⁾ Brief der Züricher Söldner an Zürich, dat. 1421, Sept. 18. (vor Saatz) D. R. A. VIII, 93.

⁵⁾ Brief eines Ungen. an seinen Bruder, dat. 1421, Sept. 22 (vor Saatz) D. R. A. VIII, 94.

⁶⁾ Brief Nürnbergs an Strassburg, dat. 1421, Okt. 9. Palacky, Urk. B. I, 148.

⁷⁾ Die Analogie der späteren Jahre legt die Vermutung nahe, dass bereits bei diesem Feldzuge Sigmund absichtlich den rechten Augenblick versäumte, um das Unternehmen der Kurfürsten scheitern zu lassen. Doch möchte ich es für diesen Zug noch nicht sicher behaupten. Vgl. Excurs IV.

und Albrecht von Oesterreichs Truppen angewiesen. Er ging zunächst nach Mähren und liess hier auf einem Landtage in Brünn (17. November) die mährischen Herren feierlich die vier Artikel und alle husitischen Irrlehren abschwören; dann zog er weiter nach Böhmen. Aber von Ziska zur Flucht gezwungen, wurde er noch von demselben bei Deutsch-Brod eingeholt und furchtbar geschlagen; er selbst entrann nur mit Mühe (8. Jan. 1422). Seine Lage war schlimmer als je; denn abgesehen davon, dass das Uebergewicht der Husiten durch den neuen Sieg wieder gewachsen war, hatten ihm die Rheinischen Kurfürsten von ihrem Feldlager aus bereits offen mit Absetzung gedroht,¹⁾ wenn er nicht komme und sie allein ihre Haut zu Markte tragen lasse.

Markgraf Friedrich hatte an dem Zuge gegen die Husiten nicht teilgenommen²⁾; wir sahen bereits, dass die fränkisch-bairische Fehde es war, welche ihn daran hinderte. Dieselbe hatte auch durch sein persönliches Eingreifen ihr Ende noch nicht gefunden, und Herzog Ludwig konnte nach wie vor dem Bunde aller seiner Nachbarn trotzen, weil diese ohne einheitlichen Plan jeder auf eigene Faust handelten.

In den ersten Monaten des Jahres 1422 vollzog sich eine schrittweise Annäherung des Markgrafen an den Rheinischen Bund; leider sind wir über seine Motive gar nicht, selbst über die äusseren Vorgänge spärlich unterrichtet und sehen uns daher darauf angewiesen, Friedrichs Handlungsweise aus dem, was wir über die Zeitverhältnisse sonst wissen, zu erklären.

Das erste Zeichen der Annäherung war des Markgrafen Teilnahme an einer Fürstenversammlung, welche Ende Januar 1422 in Frankfurt tagte, über deren Verhandlungen aber für uns ein tiefes Dunkel lastet; wir wissen nur, dass hier Streitigkeiten zwischen Konrad von Mainz und dem

¹⁾ Laurentius de Brezina bei Höfler I. S. 496: „alias de alio rege Romanorum, si non venerit, electores volunt providere.“

²⁾ Irrtümlich nehmen seine Teilnahme an Franklin S. 159, Palacky Gesch. v. Böhmen III, 2, Droysen I, S. 436; Riedel II, S. 419. S. dagegen v. Bezold I S. 73 Anm. 2.

Landgrafen von Hessen durch den Schiedsspruch der Kurfürsten von Trier, Pfalz und Brandenburg und des Bischofs von Würzburg ansgeglichen wurden.¹⁾ Vermuten können wir noch, dass auf diesem Tage die Absendung des Erzbischofs Dietrich von Köln an Sigmund zu persönlicher Unterredung beschlossen wurde. Jedenfalls reiste derselbe noch Anfang Februar nach dem Osten ab; gegen Ende dieses Monats passirte er Nürnberg und Regensburg, in den ersten Märztagen verweilte er schon beim Könige in Skalitz.²⁾ Der ausgesprochene Zweck seiner Mission war, den König zur Berufung eines neuen Reichstages zu veranlassen, auf welchem endlich ein gemeinsames Vorgehen gegen die Husiten festgestellt werden sollte.³⁾ Dieser Zweck wurde ohne jede Schwierigkeit erreicht, denn Sigmund brauchte ja selbst die deutsche Hülfe; bereits am 8. März erging das königliche Ausschreiben,⁴⁾ das auf den 31. Mai den Reichstag nach Regensburg einberief. Aber man kann wohl voraussetzen, dass der Erzbischof weitergehende geheime Instructionen von seinen Mitkurfürsten hatte; schon die Stellung des Gesandten weist ja auf die Wichtigkeit seiner Sendung hin. Er wird es gewesen sein, welcher dem Könige das kurfürstliche Ultimatum überbrachte: wenn Sigmund auf dem bevorstehenden Reichstage nicht persönlich erscheine, so werde man auf die Wahl eines anderen Römischen Königs Bedacht nehmen müssen.⁵⁾

¹⁾ Die Urkunde ist dat. 1422 Januar 27 Frankfurt, s. D.R.A. VIII. S. 115 Anm. 6. Aus ihr folgt Friedrichs Anwesenheit auf dem Tage; bisher kannte man nur seine Absicht ihn zu besuchen (s. den Brief Friedrichs an Frankfurt, dat. 1422 Jan. 14 Ansbach, D.R.A. VIII, 96), und v. Bezold (I S. 76 Anm.) glaubt, dass er nur einen Bevollmächtigten geschickt habe, da er Jan. 14 in Ansbach, Febr. 13 in Kadolzburg sich aufhielt; wie diese Urkunde zeigt, war er aber inzwischen in Frankfurt.

²⁾ Vgl. v. Bezold I. S. 77—78; es ist nicht richtig, wenn derselbe meint, der Erzbischof sei erst abgereist, nachdem Sigmunds Gesandte am Rheine gewesen seien; wie die erhaltenen Daten (bes. der Brief Nürnbergs D.R.A. VIII, 100) zeigen, kreuzten sich ihre Wege.

³⁾ Vgl. Eb. Windecke cap. 102.

⁴⁾ D.R.A. VIII, 108.

⁵⁾ Das nicht unanfechtbare Zeugnis des Andreas Rat. (Höfler Geschschr

Wir wissen nicht, ob und wie weit Markgraf Friedrich an diesem Beschlusse Teil hatte¹⁾; jedenfalls war es eine Abweichung von seiner bisher beobachteten Zurückhaltung, dass er dem Frankfurter Tage überhaupt beiwohnte. Aber die Sache lag eben so, dass sich zwei Parteien schroff gegenüberstanden, der König und die Rheinischen Kurfürsten, und dass es einem der ersten Fürsten des Reiches, sofern er sich nicht gänzlich vom politischen Schauplatze zurückziehen wollte, nicht möglich war, neutral zu bleiben. Nun war Sigmunds Politik offenbar von Feindseligkeit gegen den Markgrafen beherrscht; bemühten sich doch Friedrichs Gegner, überall das Gerücht auszusprengen, der Kurfürst strebe selbst nach der Königskrone.²⁾ Unter diesen Umständen war die Wahl nicht schwer; er musste eben eine Verständigung mit seinen Mitkurfürsten suchen. Hierzu war seine Reise nach Frankfurt der erste Schritt³⁾; bei dem nächsten gemeinsamen Schritte der Kurfürsten finden wir ihn bereits völlig in Reih' und Glied mit seinen Collegen vorgehen; wir wollen sehen, ob die Ereignisse der Zwischenzeit uns eine Handhabe für die Erklärung dieses engeren Anschlusses bieten.

II S. 414) wird in diesem Punkte gestützt durch den Brief des königlichen Leibarztes Seifried an den Hochmeister, dat. 1422 Apr. 25, Brieg (Palacky, Urk. B. I, 177) vgl. v. Bezold I S. 76 Anm.

¹⁾ v. Bezolds (I S. 77) Bemerkung: „als die Seele dieses Planes bezeichnete man den ehrgeizigen Brandenburger,“ ist nicht richtig; ein zeitgenössisches Zeugnis, welches dies thäte, giebt es nicht; der Satz spricht lediglich v. Bezolds eigene subjective Ansicht aus.

²⁾ Andr. Rat. bei Höfler II S. 414.

³⁾ Nach dem Frankfurter Tage konnte Friedrichs gespanntes Verhältnis zu Sigmund im Reiche kein Geheimnis mehr sein. Bei dieser Sachlage ist es merkwürdig, dass im Februar 1422 eine Anzahl von Städten — namentlich ist nur Frankfurt bezeichnet — dem Markgrafen als besonderes Zeichen ihrer Dankbarkeit, da „er sich ezwi dicke gar gnedeclich in der stede sachin bewiset“ habe, einen Ehrenpocal dedicirte (vgl. die Kostenrechnung Frankfurts zum 7. Februar, D.R. A. VIII, 186, 3). Die Bedeutung dieses Aktes näher zu untersuchen ist hier nicht der Ort. Man wird wohl darin eine Demonstration der Städte gegen Sigmunds Politik zu erblicken haben.

Schon lange war, wie wir bereits feststellten, Witold von Litthauen bereit, die Krone Böhmens von den Husiten anzunehmen; trotzdem hat er fast ein Jahr gezögert, ehe er auch nur einen Finger für seine neuen Bundesgenossen rührte. Diese auffällige Erscheinung findet ihre Erklärung in dem Widerstreben, welches König Wladislav und der grösste Teil des polnischen Adels seinem Plane entgegensetzten.¹⁾ Es lag aber in des Grossfürsten Stellung zu Polen, dass er ohne Wladislav und die Grossen des Reiches sein Vorhaben nicht ausführen konnte. Er wählte verschiedene Mittel, um seinen Vetter umzustimmen.²⁾ Zunächst suchte er dem Unternehmen das ketzerfreundliche Gepräge zu nehmen, indem er erklärte, er wolle nur böhmischer König werden, um als solcher die Böhmen von ihrer Ketzerei desto energischer bekehren zu können; ferner bot er dem Könige Hülfe zum Kriege gegen den Orden an und wusste so durch Unterstützung dieses polnischen Lieblingsplanes schon die Stimmung für sich zu verbessern. Endlich aber gelang es ihm, Wladislav, den Greis von vierundsiebzig Jahren, zu einer neuen Heirat zu bereden. Noch in

¹⁾ Manche moderne Forscher haben es den oft genug wiederholten officiellen Versicherungen des Polenkönigs nicht glauben wollen, dass er ein Feind der Husiten gewesen sei; erst Caro hat das entschieden betont. Wir können es ausser durch Wladislavs eigenes Zeugnis (am schärfsten in seinem Briefe an die Kurfürsten dat. 1422 Juli 12. Wolborz, Cod. ep. Vitoldi S. 1069 „nobis sibi hoc dissuadentibus et nullatenus volentibus consentire.“) aussér durch das parteiische Zeugnis Friedrichs von Brandenburg, der ja Polens Verhündeter war, durch ein völlig unparteiisches Zeugnis beweisen, nämlich den Bericht des Comthurs von Dünaburg an den Hochmeister (dat. 1422 Januar 2. Dünaburg Cod. ep. Vitoldi S. 539) über die Verhandlungen, welche bald nach Weihnachten 1421 zu Troki und Wilna über diese Frage stattfanden. Er sagt ausdrücklich, Witold wolle die böhmische Krone gern annehmen, aber Wladislav sei dagegen. Die polnische Baronie sprach ihre Missbilligung von Witolds böhmischer Politik ganz unverhohlen den ungarischen Magnaten aus in dem Briefe der Polnischen Barone an die Ungarischen, ohne Datum (1422 Ende Mai?) Krakau. (Cod. ep. Vit. S. 554): „Nos nescimus, cur hoc ipsum fecerit“ (Sigmund Korybuts Sendung nach Böhmen).

²⁾ Vgl. Caro III, S. 528—530.

der Fastenzeit des Jahres 1422 vermählte der König sich in Litthauen mit Witolds Grossnichte, der jungen Prinzessin Sonka von Kiew, welche nun ebenfalls im Sinne des Grossfürsten thätig war. So wurde Wladislav endlich dahin gebracht, zwar nicht seine Zustimmung zu geben, aber auch nicht mehr den Plänen des Vetters hindernd entgegenzutreten. Ein kleines Litthauisches Hülfs-corps brach nun sofort unter Sigmund Korybuts Führung nach Böhmen auf, verstärkt durch polnische Freiwillige. Im Ganzen waren es 5000 Mann, welche unter des Prinzen Führung Mitte April Schlesien durchzogen,¹⁾ um den Husiten Hülfe zu bringen. Korybut wurde von der Stadt Prag und von Ziska als Landesverweser anerkannt, nachdem er feierlich die vier Prager Artikel angenommen hatte, und so hatte jetzt die ganze Bewegung ein anerkanntes Haupt, was sie um so gefährlicher machte.

Witold hatte dem Polenkönig Hülfe gegen den Orden angeboten; denn unzweifelhaft war Wladislav entschlossen, gleich nach Ablauf des Waffenstillstandes (13. Juli) den Feldzug zu beginnen. Auch dem Markgrafen Friedrich gab er hiervon Kenntniss; bereits im März klagte er diesem, wie der Orden Tag für Tag den Beifrieden breche,²⁾ und begehrte von ihm als dem Vermittler des bestehenden Stillstandes Abhülfe. Dem Vertrage von Krakau entsprechend wird der König auch Hülfe gegen die Ritter verlangt haben.

Einem Teile seiner Verpflichtungen wenigstens kam der Markgraf sogleich nach; er gestattete keinen aus Deutschland nach Preussen ziehenden „Gästen“ den Durchzug durch sein Gebiet;³⁾ ausserdem schickte er um diese Zeit seinen Sohn Friedrich an den polnischen Hof, damit dieser hier nach der Landessitte erzogen und zum künftigen König des

¹⁾ Vgl. den Brief Seifrieds an den Hochmeister, dat. 1422 Apr. 25. Brieg, Palacky Urkl. B. I, 177.

²⁾ Brief Wladislavs an Friedrich dat. 1422 März 4. Retro . . . Cod. Dipl. Lith. S. 282. C.D.B. I, 24 S. 133.

³⁾ Vgl. den Brief Peter Czans an den Hochmeister dat. (1422) Mai 11. Frankfurt, erwähnt bei Voigt, Erwerbung der Neumark S. 174 Anm. 1.

Reiches vorgebildet werde.¹⁾ Aber weiter konnte er nicht gehen, ohne seinen guten Namen in Deutschland aufs Spiel zu setzen. Das Dilemma, welches er im vorigen Jahre vermieden hatte, trat nun doch ein²⁾ und er musste einen Entschluss fassen, wie er sich in dieser Lage verhalten wollte. Er beschloss, Polen nicht mit den Waffen zu unterstützen und sich mit seiner Verpflichtung zur Reichshülfe gegen die Husiten zu entschuldigen. Es war aber vorauszusehen, dass dies eine Lockerung des guten Einvernehmens mit Polen zur Folge haben konnte, und also musste der Kurfürst, wenn er nicht immer mehr isolirt werden wollte, sich dem Rheinischen Bunde noch weiter als bisher nähern.

Inzwischen war der Erzbischof von Köln von seiner Reise zurückgekehrt; wahrscheinlich brachte er von Sigmund die ausdrückliche Erklärung mit,³⁾ dass die Kurfürsten das Recht haben sollten, selbständig einen Reichstag zu berufen, falls der König gegen sein gegebenes Wort auf dem Regensburger Tage nicht erscheine. Trotzdem war Sigmund bereits Ende April entschlossen, den von ihm gesetzten Termin (31. Mai) nicht einzuhalten⁴⁾, und am 1. Mai erliess er bereits ein neues Patent, durch welches er den Reichstag auf den 1. Juli nach Regensburg berief,⁵⁾ ohne mit einem Worte der

¹⁾ Dlugossus XI S. 436. Vgl. den Gesandtschaftsbericht aus dem Frühjahr 1422, erwähnt bei Voigt VII S. 428 und Engelb. Wusterwitz C.D.B. IV, 1, S. 45.

²⁾ Vgl. v. Bezold I. S. 82—84.

³⁾ Dies scheint mir hervorzugehen aus dem Schreiben der Kurfürsten vom 19. Juni (D.R.A. VIII. 111). „und besunder hat unser gnediger herre der Romische Kunig uns empfolen durch den erwirdigen herrn Dietherich erzbischof zu Colne . . . uch und andern zu dem heiligen riche gehorende uf einen Tag zu sinen gnaden und uns darumb zu kommen zu virboten.“ Wenn man diese öffentliche Erklärung nicht einfach als unwahr bezeichnen will, so muss Dietrich wenigstens ein derartiges Zugeständnis des Königs erlangt haben.

⁴⁾ Vgl. den Brief Seifrieds an den Hochmeister, dat. 1422 April 25. Brieg, Palacky Urk. B. I, 177.

⁵⁾ Ausschreiben Sigmunds dat. 1422 Mai 1., Theben, D.R.A. VIII, 110. Vgl. über die Vorgeschichte des Reichstages von Bezold I. S. 84 bis 88.

*mit dem Kaiser
dieser*

früheren Berufung, die in Gegenwart des kurfürstlichen Gesandten erfolgt war, zu gedenken.

Dies Verfahren sahen die Kurfürsten als einen Bruch der ihnen gemachten Zusagen an, und beschlossen nun, auf eigene Hand vorzugehen. Sie kamen in Wesel zusammen und beriefen von hier aus einen Reichstag auf den 15. Juli nach Nürnberg¹⁾, auf dem sie sämtlich persönlich zu erscheinen sich verpflichteten; auch dem Könige gaben sie von diesem Schritte Kunde²⁾

Das kurfürstliche Ausschreiben ist auch von Albrecht von Sachsen und Friedrich von Brandenburg mitbesiegelt, welche also hier im vollen Einverständnis mit ihren Rheinischen Collegen handelten. Jedenfalls sehen wir hieraus klar, dass es nicht ein rein persönliches Moment, etwa Ehrgeiz oder Empfindlichkeit war, was den Markgrafen dem Kurfürstenbunde zuführte; denn auch Herzog Albrecht, auf welchen alles dies nicht zutrifft, da er weder mit Sigmund irgend wie verfeindet war, noch in dem Verdacht steht, nach der Krone gestrebt zu haben, auch dieser Fürst schloss sich jetzt seinen Collegen gegen das Reichsoberhaupt an. Des Königs völlige Unzuverlässigkeit in Worten und Thaten hatte eben allen klar gemacht, dass man eine Angelegenheit von allgemeinem Interesse seinen Händen allein nicht anvertrauen dürfe.

Unzweifelhaft war Friedrichs Beitritt zum Rheinischen Bunde ein Akt der Feindseligkeit gegen Sigmund, ein Zeichen davon, dass er eine Versöhnung nicht mehr für erreichbar hielt, und dass von jetzt an seine Politik mit dem entschiedenen Gegensatz gegen das Reichsoberhaupt rechnete. Er trat damit in einen Gedankenkreis hinein, der von seinen bisherigen Anschauungen bedeutend verschieden war, in welchem die Meinung bereits herrschte, es komme dem Kurfürstencollegium zu, das Reich und seine einzelnen Glieder

¹⁾ Ausschreiben der Kurfürsten, dat. 1422 Juni 19. Wesel, D. R. A. VIII, 111.

²⁾ Vgl. den Brief Nürnbergs an Frankfurt dat. 1422 Juni 16. D. R. A. VIII, 120.

vor dem Könige zu beschützen; und er wusste sich diesem Gedankenkreise sehr bald anzupassen und aus ihm Nutzen zu ziehen.¹⁾

Der Markgraf benutzte die Zusammenkunft in Wesel zunächst dazu, sich mit den übrigen Kurfürsten auch über die wichtigsten Tagesfragen zu besprechen. Hierzu bot Veranlassung Polens Stellung zu den Husiten; denn die Rheinischen Kurfürsten, welche auf Seiten des Ordens standen, waren über die Sendung Sigmund Korybuts nach Böhmen aufgebracht, und glaubten, wie der Römische König, dass Wladislav diese Massregel seines Veters billige und selber den Husiten zuneige. Friedrich, der die polnischen Verhältnisse besser kannte, trat dieser Anschauung aufs lebhafteste entgegen²⁾ und betonte, dass Jagello ein eifriger und rechtgläubiger Katholik sei. Seine Collegen erklärten sich zwar auf seine Aussage hin in Bezug auf den letzteren Punkt für überzeugt; aber sie beschlossen doch, von Wladislav eine ausdrückliche Erklärung darüber zu verlangen, dass er Korybuts Sendung misbillige und liessen ein Schreiben mit dieser Forderung an ihn abgehen.

Ausserdem aber wurde der Markgraf hier vor seinen Mitkurfürsten von Herzog Ludwig von Baiern-Ingolstadt verklagt, und so auch die fränkische Fehde in die Weseler Verhandlungen hineingezogen.³⁾ Friedrich berief sich darauf, dass er durch fünf Städte dem Herzoge einen Ausgleich habe anbieten lassen, und beantragte, diese Städte darüber

¹⁾ Die seit Droysen herrschende Ansicht, dass vielmehr Friedrichs Gedanke diese Machterweiterung des Kurfürstencollegiums gewesen sei, wird weiter unten (Cap. IX) zu berichtigen sein.

²⁾ Diese Thatsachen sind berichtet in dem Briefe der Kurfürsten an Wladislav, dessen Inhalt dieser in seinem Antwortschreiben (dat. 1422 Juli 12. Wolborz, Cod. ep. Vitoldi S. 1069) angiebt. Wladislav erhielt den kurfürstlichen Brief am 10. Juli; wir werden also nicht irren, wenn wir seine Absendung auf dem Weseler Tage (Mitte Juni 1422) annehmen.

³⁾ Vgl. den Brief Dinkelsbühls an Nördlingen, dat. 1422 Juli, D.R.A. VIII, 107. Kerler (a. a. O. S. 121 Anm. 2) bezieht diese Nachricht irrtümlich auf den früheren Weseler Tag vom Mai 1421.

zu vernehmen; auf diesen Antrag hin wurde die Sache bis zu der bevorstehenden Nürnberger Versammlung vertagt.

Auf die Kriegserklärung der Kurfürsten gegen den König — denn eine solche war das Ausschreiben vom 19. Juni — folgte ein kurzer Entscheidungskampf, der freilich nicht mit dem Schwerte geführt ward, aber doch mit einer vollständigen Niederlage Sigmunds endete.¹⁾ Die Kurfürsten ritten zusammen am 17. Juli in Nürnberg ein, der König am 20. Juli in Regensburg. Sigmund liess die Kurfürsten auffordern, zu ihm überzusiedeln; aber er glaubte selbst nicht, dass sie dieser Aufforderung entsprechen würden, und war, bereits bevor er nach Regensburg kam, entschlossen, sobald er ihre ablehnende Antwort erhalten habe, zu ihnen nach Nürnberg zu gehen.²⁾ Der vorausgesehene Fall trat denn auch ein; die Kurfürsten gaben nicht nach, und so musste der König es thun; am 26. Juli verfügte er sich mit seinem Gefolge nach Nürnberg.

Dieser Demütigung folgte eine weitere; Sigmund sah ein, dass er nur etwas erreichen könne, wenn er sich des guten Willens der Kurfürsten versichere, dass er vor allen Dingen also sich mit den beiden mächtigsten unter ihnen, Ludwig von der Pfalz und Friedrich, in besseres Vernehmen setzen müsse.³⁾ Es wird dem stolzen Luxemburger schwer genug geworden sein, gerade diesen beiden Fürsten, durch die er sich persönlich beleidigt fühlte, die Hand zur Versöhnung zu reichen, ohne dass sie ihm auch nur einen

¹⁾ Vgl. die genauere Darstellung des Folgenden bei v. Bezold I. S. 84—88, doch ist derselbe im Irrtum, wenn er meint (S. 87), der Erzbischof von Köln sei zum Könige nach Regensburg gekommen, habe sich also zu seinen Collegen in Gegensatz gestellt. Der Erzbischof kam allerdings nicht mit den anderen Kurfürsten zugleich — aus welchem Grunde, wissen wir nicht — war aber zuerst weder in Nürnberg, noch in Regensburg und traf erst am 5. August in Nürnberg ein (Vgl. D.R.A. VIII, 127. 129. 132).

²⁾ Vgl. den Brief Nürnbergs an die schwäbischen Städte dat. 1422 Juli 17. D.R.A. VIII, 122.

³⁾ Ueber diese Versöhnung vgl. Eb. Windecke cap. 157. Andr. Ratisb. bei Höfler, Geschschr. II S. 414 und die Urkunden D.R.A. VIII. 130 u. 131, am 1. August war dieselbe bereits vollzogen (D.R.A. VIII, 130).

Schritt entgegen kamen. Aber die Not drängte, und er beugte sich der Macht der Thatsachen; auf Verlangen der Kurfürsten musste er sogar für den bevorstehenden Husitenkrieg den Markgrafen Friedrich zum Oberfeldherrn der Reichsarmee ernennen,¹⁾ ja ihm Vollmacht geben, mit den Böhmen nach Gutdünken zu verhandeln und alle, welche Sigmund als König anerkennen würden, zu Gnaden anzunehmen mit für diesen verbindlicher Kraft. Es klingt wie bittere Ironie, wenn Sigmund, dessen geheimer Groll gegen den Markgrafen durch die eben erlittenen Demütigungen nur gewachsen war, in dem Ernennungsdecret öffentlich verkündete, „dass wir also angesehen und betrachtet haben des hochgeborenen Friedrich etc. unseres Rates, lieben Oheims und Kurfürsten, Redlichkeit, Vernunft, Festigkeit und sonderlich die bewährte Liebe und Treue, die er dem Christenglauben, uns und dem Reiche zu dienen hat, und haben ihn darum . . . zu unserem obersten Hauptmann gemacht.“

Aeusserlich freilich war hiermit das Zerwürfnis beseitigt, und die alte Freundschaft hergestellt; aber im Stillen brütete der beleidigte König Rachepläne und wartete nur auf die Gelegenheit zur Ausführung.

¹⁾ Ernennungsurkunde dat. 1422 September 5. Nürnberg D. R. A. VIII, 162.

VIII.

Der Wiederausbruch des Zerwürfnisses.

Während der Nürnberger Reichstag mit Vorbereitungen zum Husitenkriege beschäftigt war, traf plötzlich die Nachricht ein, dass ein polnisch-litthauisches Heer in das Gebiet des Deutschen Ordens eingerückt sei.

Wladislav hatte diesen Angriff ja längst geplant, und auch der Orden war lange darüber im Klaren, dass sofort nach Ablauf des Waffenstillstandes der Krieg beginnen werde. Der zum Reichstage vom Hochmeister abgeordnete Comthur von Brandenburg, Ludwig von Lansee,¹⁾ hatte daher bereits den Auftrag erhalten, dem Könige und den Fürsten klar zu machen, dass Polen und die Husiten als solidarisch anzusehen seien; durch dieses Argument hoffte man Hülfe aus Deutschland zu bekommen. Als es aber durch die Ankunft der Kurfürsten dem Comthur erst möglich wurde, seinen Auftrag zu erfüllen, war der Krieg bereits ausgebrochen.

Schon im Juni hatten Truppenansammlungen an der Grenze begonnen;²⁾ sofort am Tage des Ablaufs des Beifriedens liess Wladislav von Wolborz aus, wo er eben ein Bündnis mit dem Bischof von Cammin geschlossen hatte,³⁾

¹⁾ Instruktion des Hochmeisters für denselben dat. 1422 Mai 3. ohne Ort, D.R.A. VIII, 175.

²⁾ Vgl. den Bericht eines Ungenannten an den Hochmeister, dat. 1422 Juni 19. Neidenburg (Cod. ep. Vit. S. 561); einen ähnlichen undat. Cod. ep. Vit. S. 562: den des Vogts von Soltau an d. Comthur von Osterode, dat. 1422 Juli 2. S. 563.

³⁾ Bündnisurkunde, ohne Datum, Wolborz, Cod. ep. Vit. S. 564 bis 565.

die Kriegserklärung abgehen.¹⁾ Dann brach er nach Norden auf, und Ende Juli erfolgte der Einmarsch der polnischen Heere in Preussen. Die ganze Action aber war von Anfang an gelähmt durch den Gegensatz zwischen Wladislav und seinen Baronen auf der einen, Witold auf der anderen Seite. Wladislav wollte den Krieg gegen den Orden, womöglich bis zu dessen Vernichtung;²⁾ Witold aber wünschte seine Kräfte zu der in Böhmen bevorstehenden Entscheidung aufzusparen. Er hatte zu diesem Feldzuge nur darum seine Hülfe zugesagt, um des Königs Widerspruch gegen seine böhmischen Pläne zu überwinden³⁾; so ist er es auch später gewesen, der den Frieden vermittelt hat.

Trotzdem ging zunächst der Feldzug glücklich vorwärts; die Ritter leisteten nur in ihren Festungen Widerstand, das offene Land gaben sie preis; am 8. August nahmen die Polen das Fort Brathean und überschritten die Drevenz.

Von allen diesen Vorgängen erhielt man in Nürnberg erst nach Mitte August Kunde, sogar von der Kriegserklärung wusste man vorher nichts⁴⁾, da der Verkehr zwischen Preussen und Süddeutschland den ganzen Juli über unterbrochen war. Wahrscheinlich liess Markgraf Friedrich als Polens Verbündeter die Boten des Hochmeisters mit ihren Briefen abfangen. Aber freilich, vermutet wurde der wahre Sachverhalt trotzdem, und von Anfang an stand die polnisch-preussische Frage auf der Tagesordnung des Reichs-

¹⁾ Dat. 1422 Juli 13. Wolborz, Caro, Lib. canc. I. No. 42.

²⁾ Vgl. Caro III. S. 539.

³⁾ Nach Droysen (I. S. 444) handelten die Vettern in beiden Fragen im vollsten Einvernehmen; sie hatten sich gleichsam in die Aufgabe getheilt, so dass der eine Preussen, der andere Böhmen aufs Korn nahm. Die Unhaltbarkeit dieser Ansicht ergibt sich aus meiner ganzen bisherigen Darstellung.

⁴⁾ vgl. den Bericht des Comthurs von Brandenburg an den Hochmeister, dat. 1422 Juli 31. Nürnberg (D.R.A. VIII, 129), wo er klagt, seine letzte Nachricht aus Preussen datiere vom 1. Juli. Der nächste Brief, den er vom Hochmeister erhielt, ward ihm am 17. August eingehändigt, und datierte vom 6. August; mindestens ein inzwischen vom Hochmeister abgesandtes Schreiben war nicht in seine Hände gelangt, vgl. seinen Bericht dat 1422 August 23. Nürnberg D. R. A. VIII, 137.

tages. Polen hatte als seinen Vertreter bei den Kurfürsten Peter Korczbok geschickt, der aber noch vor Sigmunds Ankunft Nürnberg wieder verliess.¹⁾ Auch die ausführlichen Rechtfertigungsschreiben Wladislavs und Witolds,²⁾ die bald darauf einliefen, sind nur an die Kurfürsten gerichtet. Diese antworteten dem Polenkönige, es würde ihm als einem christlichen Fürsten weit besser anstehen, die ketzerischen Husiten anzugreifen, als den rechtgläubigen Orden.³⁾

Ihr Schreiben ist von Markgraf Friedrich mitunterzeichnet; damit machte er seinen ordensfreundlichen Kollegen ein Zugeständnis, allerdings ein ganz bedeutungsloses, denn der Brief war gänzlich leer von positivem Inhalt, und seine Phrasen verpflichteten die Unterzeichner zu nichts.

Als König Sigmund ankam, wandte der Comthur sich sofort an diesen und fand die beste Aufnahme; der König dankte dem Orden, dass er Polens Streitkräfte im Norden festhalte, und versprach Hülfe mit seiner ganzen Macht. War dies Versprechen nun auch nicht ernst gemeint, so brachte Sigmund doch die Absendung einer Gesandtschaft, bestehend aus dem Markgrafen Friedrich und dem Bischofe von Würzburg in Vorschlag, welche alle Streitpunkte zum Austrag bringen sollte; denn vom Ausbruche des Krieges wusste man noch nichts. Die Kurfürsten billigten diesen Plan.⁴⁾

¹⁾ vgl. den Anfang des Briefes der Kurfürsten an Wladislav, dat. 1422 Juli 26. Nürnberg, D.R.A. VIII, 176 und den cit. Bericht des Comthurs, VIII, 129.

²⁾ Brief Wladislavs an die Kurfürsten, dat. 1422 Juli 12. Wolborz, Cod. ep. Vitoldi S. 1069, Witolds dat. 1422 Juli 10. Drohyczyn, S. 1067.

³⁾ Brief des Kurfürsten an Wladislav, dat. 1422 Juli 26. Nürnberg, D.R.A. VIII, 176. Der Erzbischof von Köln fehlt, weil er noch garnicht in Nürnberg anwesend war (vgl. oben S. 144); v. Bezolds (I. S. 88 Anm. 3) an sein Fehlen geknüpfte Bemerkung über seine Stellung zu den übrigen Kurfürsten, beruht auf der irrigen Annahme, der Kölner sei beim Könige in Regensburg gewesen und mit diesem nach Nürnberg gekommen, und ist daher unrichtig.

⁴⁾ Bericht des Comthurs an den Hochmeister, dat. 1422 August 1. Nürnberg, D.R.A. VIII, 130.

Man kann nicht annehmen, dass sich Friedrich zur Uebernahme dieser gerade für ihn recht heiklen Mission gedrängt habe; dass man ihn dazu ausersah, scheint vielmehr auf Sigmunds Anregung zurückzugehen. Dieser wollte ihn dadurch entweder mit Polen oder mit den Deutschen Fürsten entzweien, je nachdem er seinen Auftrag ausführte. Ablehnen konnte der Markgraf nicht gut, nachdem sein Name einmal genannt war; dadurch hätte er gleich den Verdacht erweckt, als liege ihm nichts am Zustandekommen des Friedens. Und doch hätte er es sicherlich gerne gesehen, wenn der Krieg hätte vermieden werden können; aber er wusste, dass Wladislaw diesmal nicht zurückzuhalten sein werde.

Es konnte dem Markgrafen also nur lieb sein, dass die Nachricht, der Krieg sei bereits in vollem Gange, welche am 17. August in Nürnberg eintraf, den ganzen Plan aufzugeben nötigte. Stattdessen beschloss der Reichstag, nun kriegerisch gegen Polen vorzugehen; Pfalzgraf Ludwig und der Erzbischof von Köln verliessen Ende August Nürnberg, um ein Heer zur Unterstützung des Ordens zu rüsten;¹⁾ ein Termin zum Abmarsch ward festgesetzt, und die Fürsten und Städte Norddeutschlands wurden von Sigmund gleichfalls aufgeboten. Alle diese tröstlichen Nachrichten teilte der König dem Hochmeister mit und riet ihm zugleich, vor der Ankunft seiner Bundesgenossen keine Schlacht zu wagen.²⁾ In ähnlichem Sinne schrieben die Kurfürsten an ihn; aber diesmal beteiligte sich Friedrich nicht.³⁾ Ueberhaupt hat er begreiflicherweise die dem Orden günstigen Reichstagsbeschlüsse nach Kräften zu hintertreiben gesucht und sich

¹⁾ Der Pfalzgraf reiste am 27., der Erzbischof am 29. August ab; als Termin war der 27. Sept., als Versammlungsort Erfurt verabredet, vgl. die Berichte des Comthurs, dat. 1422 August 23 und 27 Nürnberg, D.R.A. VIII, 137 und 138.

²⁾ Brief Sigmunds an den Hochmeister, dat. 1422 Sept. 3. Nürnberg D. R. A. VIII, 178.

³⁾ Brief der 5 Kurfürsten an den Hochmeister, dat. 1422 August 21. Nürnberg, D.R.A. VIII. 177.

bemüht, dem Orden in der Meinung seiner Collegen zu schaden; ¹⁾ hatte er damit auch keinen Erfolg, so war es in der gegenwärtigen Lage doch alles, was er für die polnischen Bundesgenossen thun konnte.

Aber die in Aussicht gestellte deutsche Hülfe schützte das Ordensland nicht vor den Verheerungen der Polen, und so sah sich der Hochmeister bald genötigt, die von Witold angebotene Vermittelung, die er anfangs schroff zurückwies, ²⁾ doch anzunehmen, zumal da die von diesem vorgeschlagenen Bedingungen verhältnismässig günstig waren. Von beiderseitigen Bevollmächtigten wurde am 27. September der Friede am Melnosee vereinbart, welcher den Thorner Vertrag von 1411 und die beiden Schiedssprüche Sigmunds von Ofen und Breslau ausdrücklich cassierte, und dem Orden eine kleine Gebietsabtretung an Polen, sowie den Verzicht auf den Rückfall von Samogitien nach Witolds Tode auferlegte; dafür wurden die Grenzen Samogitiens in einer für den Orden annehmbaren Weise geregelt. ³⁾

Dieser Friede, welcher wirklich eine sichere Grundlage für dauerndes Einvernehmen geben konnte, war wesentlich ein Werk Witolds, der durch ihn seine Hauptziele, den dauernden Besitz Samogitiens und die Cassierung des Breslauer Spruches, erreichte und die Hände für seine böhmische Unternehmung frei bekam. Wladislavs Zustimmung wird ausser durch Witolds persönlichen Einfluss durch die drohenden Kriegsrüstungen in Deutschland erreicht worden sein.

¹⁾ vgl. den cit. Bericht D.R.A. VIII, 138: „wann unsir herre marggraff mit etlichen andern mechtigen gar hertlich und swerlich widder unsern orden und mich hie ist gewest und noch ist.“

²⁾ Briefe Witolds an den Hochmeister, dat. 1422 August 7 bei Brathean und Aug. 13. Bischofswerder, Cod. ep. Vitoldi S. 569 u. 570.

³⁾ Friedensurkunde dat. 1422 Sept. 27 „in loco stationis exercituum in flumine Ossa juxta lacum Melno inter Raczyn et Rogozno castris in terris Prussiae.“ Cod. dipl. Lith. S. 285, C.D.B. I, 24 S. 127 mit dem falschen Datum Mai 8. Vgl. im übrigen über die Bedeutung des Friedens am Melnosee Caro III, S. 545—546.

Der Nürnberger Reichstag hatte sich bereits vor Abschluss dieses Friedens Anfang September aufgelöst. Er hatte noch vorher die Contingente für den täglichen Krieg gegen die Husiten und für den geplanten Zug zum Entsatz des von Korybut belagerten Karlsteins festgesetzt. Die Publication dieser Beschlüsse ist für die Lage charakteristisch. Die Kurfürsten als Centralregierung des Reiches erliessen dass Gesetz, schärften pünktliche Befolgung ein und setzten die Termine zum Aufbruche fest; ¹⁾ der König erteilte blos seine Zustimmung und befahl den Reichsständen, sich in allem nach den Befehlen der Kurfürsten zu richten.²⁾

Es war der Augenblick von Sigmunds tiefster Demütigung; er schien den Kurfürsten freiwillig die Regierung abgetreten zu haben. Aber im Geheimen arbeitete er auf verschiedene Weise an der Sprengung des oppositionellen Bundes.

Er kam schon mit dem Gedanken nach Nürnberg, dem Fürstenbunde eine Vereinigung der Städte unter königlicher Führung gegenüberzustellen. Dies schien um so leichter gelingen zu können, da auch die Städte ihrerseits auf eine Vereinigung hinarbeiteten.³⁾ Aber in Wahrheit bestand doch zwischen ihren und des Königs Tendenzen ein grosser Unterschied; denn die Städte wollten einen reinen Defensivbund zum gegenseitigen Schutze gegen jeden Angriff, selbst wenn er vom Könige ausgehen sollte.⁴⁾ Daher ist es leicht erklär-

¹⁾ Manifest der Kurfürsten, dat. 1422 September 1. (resp. August 31.) Nürnberg, D.R.A. VIII, 151. Es erging auch im Namen der Kurfürsten von Köln und Pfalz, trotzdem diese schon abgereist waren, wird also bereits vorher vereinbart sein.

²⁾ Manifest Sigmunds, dat. 1422 Sept. 1, (resp. August 30) Nürnberg, D.R.A. VIII, 150.

³⁾ Bericht der Strassburger Gesandten an ihre Stadt, dat. 1422 Juli 26. Nürnberg, D.R.A. VIII, 127: „ouch wissent, daz alle die stette, die nun zu ziten allhie zu Nurenberg sint, eine grosse begirde hant, daz die stette ein einunge und eine fruntschaft mit enander hetten.“

⁴⁾ Für den Fall nämlich, dass der König eine Stadt vom Reiche verpfände; vgl. den Entwurf der Städteboten, ohne Datum, von Kerler vor den 26. Juli nach Nürnberg gesetzt, D.R.A. VIII, 180, § 4:

lich, dass trotz vielfacher Verhandlungen keine Einigung erzielt wurde, zumal da die Fürsten die Städte in die Landfriedensbünde hineinzuziehen und sie dadurch dem königlichen Einfluss zu entreissen strebten.¹⁾

Aehnlich wie mit den Städten suchte Sigmund auch mit der Reichsritterschaft anzuknüpfen, indem er ihr das Recht verlieh, zum Schutze ihrer Freiheiten Bündnisse zu schliessen und Städte in dieselben aufzunehmen.²⁾ Aber auch diese Anregung blieb zunächst ohne Folgen.

Mehr Erfolg versprach es, den Kurfürstenbund dadurch lahm zu legen, dass man unter die Mitglieder desselben Zwietracht säte. In dieser Erwägung bot Sigmund dem Erzbischof Konrad von Mainz das Amt eines Reichsstatthalters mit ausgedehnten Vollmachten auf zehn Jahre an, und dieser vermochte der Lockung nicht zu widerstehen. Er nahm die Würde an, trotzdem der Pfalzgraf, welcher die Reichsregierung in Abwesenheit des Königs als sein Recht in Anspruch nahm, ihn gebeten hatte, das nicht zu thun.³⁾ Die Kränkung, welche für den letzteren in der ganzen Ernennung lag, wurde noch vermehrt durch die hinterlistige Art der Ausführung; man wartete mit der Publication, bis Ludwig mehrere Tagereisen von Nürnberg entfernt war, und also nicht sofort Widerspruch erheben konnte.⁴⁾ Die hierdurch hervorgerufene Zwietracht unter den

„ob iemand eine stat oder mer fur daz reich pfenten oder angreifen wolt.“ Dieser „iemand“ kann natürlich nur der König sein, denn ein anderer konnte doch nicht eine Stadt im Namen des Reiches verpfänden. Vgl. auch das oben S. 138 Anm. 3 über die städtische Politik gesagte.

¹⁾ vgl. die Berichte der Strassburger vom 9. und 15. August, D.R.A. VIII, 132 und 136.

²⁾ Urkunde Sigmunds, dat. 1422 September 13. D.R.A. VIII, 181.

³⁾ Der König bot zunächst im Geheimen dem Mainzer die Würde an; dieser berichtete das seiner Bundespflicht gemäss den Collegen vom Rheine; Ludwig erhob sofort Widerspruch und beschwor ihn, „ein solches nicht zu thun“; vgl. Ludwigs Beschwerdeschrift (1426 Juli 29) D.R.A. VIII, 417, 2.

⁴⁾ Urkunde Sigmunds, dat. 1422 Sept. 1. Nürnberg, D.R.A. VIII, 168. Vielleicht erfolgte die eigentliche Publikation noch später, da Kurfürst Ludwig erst am 11. Sept. davon erfuhr (D.R.A. VIII, 193). Meine

Kurfürsten lähmte allerdings die Action des Bundes auf längere Zeit. Ausserdem stärkte der König seine Stellung durch ein Bündnis mit den drei Markgrafen von Meissen und Thüringen¹⁾, dessen Zustandekommen eine nicht näher bezeichnete Partei auf dem Reichstage zu hindern suchte.²⁾

Bald nach dem Schlusse des Nürnberger Tages erlitt Herzog Ludwig von Ingolstadt, der das königliche Friedensgebot³⁾ unbeachtet gelassen hatte, durch seine Gegner in der Nähe von München eine so empfindliche Niederlage⁴⁾, dass er den Schutz des Königs anrufen musste. Sigmund erneuerte das Friedensgebot und musste auf Verlangen der Verbündeten den unruhigen Herzog mit nach Ungarn nehmen, während seine Lande von königlichen Beamten verwaltet wurden.

Nachdem so der Friede in Deutschland selbst hergestellt war, begann noch im September der Kreuzzug gegen die Husiten unter dem Oberberbefehl des Markgrafen Friedrich. Es ist nicht unsere Aufgabe, diesen Krieg im einzelnen zu verfolgen⁵⁾; er ist gescheitert, wie die früheren. Nur äusserst wenige Reichsstände erfüllten die zu Nürnberg übernommenen Verpflichtungen; Sigmund selbst dachte garnicht daran, wie

Auffassung dieses Vorganges deckt sich ungefähr mit der v. Bezolds (I. S. 89—90). Ihr scheint zu widersprechen die Aeusserung Sigmunds gegenüber den Städteboten im Frühling 1423, er sei zu der Ernennung Konrads gezwungen worden. Diese Aeusserung aber ist eine wissentliche Unwahrheit Sigmunds, wie man leicht durch verschiedene Gründe darthun kann, besonders durch Heranziehung der cit. pfälzischen Beschwerdeschrift und der aus D.R.A. VIII, 238 sich ergebenden Thatsache, dass ausser Ludwig noch zwei Kurfürsten den pfälzischen Anspruch für berechtigt hielten. Wo sollte also der Zwang herkommen?

¹⁾ Urkunden, dat. 1422 Aug. 29 und 31 Nürnberg D.R.A. VIII, 172—174.

²⁾ Vgl. Droysen I. S. 450, Kerler in D.R.A. VIII, S. 204 Anm. 2.

³⁾ Urkunde Sigmunds, dat. 1422 Sept. 1, Nürnberg D.R.A. VIII, 170 vgl. 171.

⁴⁾ Vgl. für das Folgende: Lang, Ludw. d. Bärtige S. 113—119 und besonders Riezler, G. v. Baiern III. S. 258—264.

⁵⁾ vgl. die genauere Darstellung desselben bei v. Bezold I. S. 100 bis 130.

es verabredet war, von Süden her die Operationen des Reichsheeres zu unterstützen. Dazu kam, dass es den Böhmen gelang, Friedrich durch falsche Nachrichten zu täuschen, und durch Scheinverhandlungen im entscheidenden Momente vom eigentlichen Kriegsschauplatze wegzulocken. Alles das wirkte zusammen, um die Unternehmung trotz des Markgrafen rastlosem Eifer, der Aufopferung, mit welcher er allen Hindernissen trotzend seiner Aufgabe gerecht zu werden suchte, scheitern zu lassen. Der kinderlose Tod des Kurfürsten Albrecht von Sachsen¹⁾ machte jedes weitere Vorgehen unmöglich, denn unter den Bewerbern um das erledigte Reichslehen befanden sich auch die beiden hauptsächlich am Husitenzuge beteiligten Fürsten, Friedrich von Brandenburg und Friedrich der Aeltere von Meissen, und die dadurch veranlasste Rivalität bestimmte den letzteren und seine Vettern, ihre Hülfleistungen einzustellen. So blieb dem Kurfürsten nichts übrig, als Ende November Böhmen zu verlassen, zumal seine Anhänger in Sachsen seine Anwesenheit in diesem Lande entschieden begehrt.

Zum ersten Male seit lange war König Sigmund durch den Tod Herzog Albrechts in die Lage versetzt, auf die Reichsangelegenheiten einen entscheidenden Einfluss ausüben zu können. Er sah sich wieder umworben gerade von den Fürsten, welche ihn gedemütigt hatten; denn auch Ludwig von der Pfalz bewarb sich um Sachsen für einen seiner Söhne.

Seine Gesinnung gegen die Kurfürsten hatte sich seit dem Nürnberger Tage nicht geändert; wie er damals im Stillen gegen sie agitierte, so auch nachher. Er hatte zum guten Teile den Misserfolg des dritten Kreuzzuges verschuldet, dadurch sowohl, dass er nicht von Süden her angriff, als dadurch, dass er verschiedenen Städten gegen Geldzahlungen

¹⁾ Das genauere Datum ist unbekannt. Cohn (Stammt. Tf. 57) giebt November 27, was sicher unrichtig ist, da Markgraf Friedrich bereits am 12. Nov. in Böhmen von Albrechts Tode Kunde hatte, vgl. v. Bezold I, S. 123 Anm. 2.

versprach, die vom Reichstage ihnen auferlegten Kriegspflichten selbst an ihrer Stelle erfüllen zu wollen,¹⁾ was natürlich mit dem Wegfall dieser Leistungen gleichbedeutend war. Es ist wahrscheinlich, dass er sich absichtlich von dem Feldzuge fernhielt, um den Markgrafen Friedrich den Böhmen unterliegen zu lassen, und so eine Genugthuung für die Nürnberger Demütigung zu erlangen.²⁾

Bei dieser Lage der Dinge konnte es nicht zweifelhaft sein, dass der König weder den Markgrafen Friedrich noch den Pfalzgrafen durch die Verleihung Sachsens in ihrer Stellung stärken werde. Von den übrigen Bewerbern³⁾ war der bedeutendste Friedrich von Meissen, zugleich einer der wenigen unter den mächtigeren Reichsfürsten, welche zu der Opposition in keinen Beziehungen standen. Es kam hinzu, dass gerade seine Hülfe gegen die Husiten für den König von besonderer Wichtigkeit war — denn er als Grenznachbar Böhmens konnte jederzeit zur Stelle sein —, und so erscheint es sehr begreiflich, dass Sigmund ihm den Vorzug gab; am 6. Januar 1423 verlieh er ihm das Herzogtum Sachsen.⁴⁾

Dieser Akt war schon deshalb gegen Friedrich von Brandenburg gerichtet, weil derselbe bereits seit mehreren Wochen im thatsächlichen Besitze des Landes war. Er hatte dort eine mächtige Partei unter dem Adel für sich, und selbst die Hauptstadt Wittenberg hatte ihm die Thore geöffnet, und ihn so lange als Landesregenten anerkannt, bis der König sie an einen andern weisen werde.⁵⁾ Dadurch sah sich Sigmund veranlasst, dem neuernannten Herzoge zu ver-

¹⁾ Sigmunds Versprechen an Nürnberg, dat. 1422 Sept. 19. Nürnberg D.R.A. VIII, 191, an Augsburg Okt. 3. Regensburg VII, 198.

²⁾ vgl. Droysen I S. 453 v. Bezold I S. 134.

³⁾ vgl. über die Verhandlungen wegen der sächsischen Kur Sigmunds eigenen Bericht dat. 1426 Aug. 14. Ofen, C.D.B. II, 3 S. 465.

⁴⁾ Urkunde Sigmunds, dat 1423 Jan. 6. Pressburg C.D.B. II, 3 S. 437.

⁵⁾ vgl. den Bericht der Magdeb. Schöppenchr. (D. Städtechr. VII S. 369.) Am 27. Dez. 1422 weilte Friedrich in Wittenberg, vgl. s. Brief an den Hochmeister, dat. 1422 Dez. 27. Wittenberg, erw. bei Voigt, Erw d. N. S. 476 Anm. 1.

sprechen, er wolle ihm auch thatsächlich zum Besitze Sachsens verhelfen. „Und wäre es auch“, heisst es in der Verleihungs-urkunde, „dass der hochgeborene Friedrich, Markgraf zu Brandenburg etc., oder jemand anders, wer der wäre, das Herzogtum und Land zu Sachsen ganz eingenommen hätte, so soll der vorgenannte Markgraf Friedrich von Meissen mit unserer Hülfe, dem wir auch dazu getreulich mit aller unserer Macht und Vermögen helfen sollen, mit aller seiner Macht dazu thun, dass ihm das zufalle und in seine Hände komme.“ Also eine förmliche Kriegsdrohung richtete der König gegen den Hohenzollern, mit dem er offiziell auf dem besten Fusse stand. Auch die Vollmacht desselben als Oberfeldherr gegen die Husiten scheint er mit dem erfolglosen Ausgange des Kreuzzuges als erloschen angesehen zu haben; denn er erteilte dem neuen sächsischen Kurfürsten ebenso weitgehende Befugnisse ¹⁾ und machte damit dem „obersten Hauptmann“ die weitere Ausübung seiner Rechte geradezu unmöglich.

Es war die Frage, wie Markgraf Friedrich sich zu der königlichen Kundgebung stellen werde; ob er das Herzogtum, auf welches sein Sohn Johann als Gemahl der Askanierin Barbara ²⁾ erbrechtliche Ansprüche geltend machte, mit Gewalt zu behaupten versuchen werde oder nicht. Er scheint anfangs geschwankt zu haben; wenigstens äusserte noch Ende Januar ein wohlunterrichteter Diplomat die Befürchtung, ³⁾ dass ein Krieg zwischen den beiden Markgrafen ausbrechen und jedes gemeinsame Vorgehen gegen Polen oder die Husiten hindern werde. Hatten doch sächsische Gesandte

¹⁾ Urkunde Sigmunds, dat. 1423 Jan. 11. Pressburg, bei Palacky, Urk. B. I, 255 vgl. Bezold I S. 134.

²⁾ vgl. oben S. 53.

³⁾ Brief des Ordensmarschalls Ludwig v. Lansee an König Sigmund, dat. 1423 Jan. 28. Breslau, Scr. rer. Siles. VI; No. 47: „wann ich vernommen habe von den sendeboten des landes zu Sachssen, das der herre marggraffe von Brandenburg das land czu Sachssen bis an euwer gnade nneheldet, — doch, so meinten die selbigen sendeboten, das sey bliben welden bey dem vorgenanten herren — also mochte villichte cyn wedirstoss kommen in den Dienst unser herrin von Missen.“

in Breslau offen gesagt, sie wollten bei dem brandenburgischen Markgrafen bleiben.

Friedrichs politische Lage war damals recht bedenklich. Sein Fernbleiben vom Kriege gegen den Orden hatte die Beziehungen zu Polen gelockert; Sigmund und der Wettiner Nachbar drohten mit offenem Krieg, wenn er nicht Sachsen räume; mit Mecklenburg und Pommern bestand wohl Waffenstillstand, aber die Grenzstreitigkeiten dauerten fort,¹⁾ und sobald an die staatsrechtliche Frage der Lehnsabhängigkeit gerührt wurde, stand auch hier offener Kampf bevor.

Vergegenwärtigen wir uns, wie der Markgraf in diese Lage gekommen war. Er hatte den Plan gefasst, einen grossen nordostdeutschen Staat zu gründen und zwar im vollen Einverständnis mit König Sigmund. Er hatte dadurch eine grosse Coalition seiner Nachbarn gegen sich ins Leben gerufen und eingesehen, dass er zur Durchführung seines Gedankens allein nicht stark genug sei. So hatte er seine Verbindung mit Polen, zu der ihn andere Umstände drängten, dazu benutzen wollen, um mit Hülfe dieses mächtigen Nachbarn seinem Ziele näher zu kommen. Aber gerade diese Verbindung mit Polen hatte ihn mit König Sigmund entzweit; während er sich eine neue Stütze zu schaffen suchte, brach die alte entzwei. Da er sich nun ferner scheute, aus seinem Bunde mit Polen die letzten Consequenzen zu ziehen, zur Vernichtung des Deutschen Ordens die Hand zu bieten, so konnte er auch auf eine wirksame Unterstützung seiner Pläne seitens des Slavenstaates nicht mehr zählen, und war ganz auf sich selbst angewiesen. Da hatte er sich endlich mit dem dritten maassgebenden Factor der mitteleuropäischen Politik, dem Rheinischen Kurfürstenbunde, vereinigt und mit diesem gemeinsam den König in Nürnberg gedemütigt. Aber auch mit den Kurfürsten war er nicht ganz einig; besonders in der polnisch-preussischen Frage geriet er auch zu ihnen in Gegensatz. So gab es keine grössere Macht in seiner Nähe, auf die der Markgraf sich sicher hätte stützen können.

¹⁾ vgl. Riedel, G. d. Pr. Kgsh. II. S. 472—473.

Dennoch versuchte er, als der sächsische Erbfall eintrat, einen Teil seines Programmes durchzuführen, vielleicht, weil er die Wirkung seiner erzwungenen Versöhnung mit Sigmund überschätzte. Der königliche Befehl, Sachsen sofort an den Meissener abzutreten, welchen ihm der Hofrichter Hans von Lupfen im Februar 1423 überbrachte, klärte ihn über Sigmunds Gesinnung auf und stellte ihn vor die Entscheidung, ob er sein bisher verfolgtes Ziel, isoliert wie er war, mit den Waffen verteidigen, oder es aufgeben wollte.

Friedrich überschlug seine Mittel und fand, dass sie nicht ausreichend seien, den Krieg mit Erfolg zu führen. Er gab daher den Gedanken, seinen Staat durch Grenzerweiterungen zu stärken, auf; aber an dem Streben, sich in seiner äusseren Politik von keinem anderen Gesichtspunkte, als dem Interesse seines Landes leiten zu lassen, hielt er auch jetzt noch energisch fest.

Das erste Zeichen davon, dass der Markgraf von jetzt an seine Politik auf eine veränderte Basis stellte, war der Vertrag, welchen er am 6. Februar 1423 mit Herzog Albrecht von Schwerin schloss¹⁾; er verlobte demselben seine Tochter Margarete und versprach, ihr als Mitgift die Schlösser Gorklosen und Dömitz anzuweisen, dieselben, welche er im Feldzuge von 1420 den Mecklenburgern entrissen hatte. Dieser freiwillige Verzicht auf gesicherte Eroberungen kann nur den Sinn haben, dass der Markgraf jeden Rest von Bitterkeit aus dem Verkehr mit den Nachbarn zu Gunsten eines dauernden Friedens tilgen wollte.

Ein weiterer Schritt in derselben Richtung waren die bald darauf vereinbarten Wittenberger Verträge mit dem neuen sächsischen Kurfürsten²⁾. Der Markgraf, sein Sohn Johann und seine Schwiegertochter Barbara verzichteten in denselben auf alle Rechte und Ansprüche, welche sie auf das Herzogtum Sachsen hatten oder zu haben glaubten³⁾.

¹⁾ Vertragsurkunde, dat. 1423 Febr. 6. Perleberg CDB. II. 3 S. 439.

²⁾ Vertragsurkunden von 1423 Febr. 23 und 25 Wittenberg CDB. II, 3, S. 441—448.

³⁾ Es ist nötig, Riedels (G. d. Pr. Kgsh. II. S. 447—453) zu Gunsten

Dafür übernahm es der Wettiner, dem natürlich viel daran lag, ohne Kampf in den Besitz seines neuen Fürstentums zu gelangen, an Friedrich oder seine Erben die Summe von 10 000 Schock böhmischer Groschen zu bezahlen. Zugleich wurde ein enges Schutz- und Trutzbündnis zwischen Kurbrandenburg und Kursachsen abgeschlossen. Eine weitere Klausel bestimmte noch, dass Friedrich dem Meissener von der Zahlung, die er zu fordern hatte, in dem Falle 3000 Schock Groschen ablassen solle, wenn der letztere in einem etwa ausbrechenden Kriege zwischen Wladislav und Sigmund seinen Vertragspflichten gemäss dem Römischen Könige zu Hülfe ziehen müsse. Um für dieses Zugeständnis die richtige

Friedrichs tendenziös gefärbte Darstellung hier zu berichtigen. Zunächst erklärt Riedel (S. 449) es für eine Fabel, dass der Markgraf Rechtsansprüche auf Sachsen erhoben habe; dass er dieses gethan hat, beweist die cit. Urkunde, in welcher er und seine Kinder verzichten auf alle die „rechte, die wir von unser selbs und der hochgebornen furstinne frawen Barbara, herzog Rudolffs von Sachsen seiligen tochter, unsres vorgenanten marggraff Johannsen elichen gemahel, dazu haben oder gehabt mügen, also das wir oder Sy, unser oder ire Erben und nachkomen, noch nymand anders von unsern oder iren wegen czu demselben herzogtume und lande czu Sachsen mit Iren czugehörungen, als vorgeschriben stet, keynerley ansprache, clage oder forderung fürbas ewiglich nymmermer gehabt etc. wollen.“ Daraus folgt auch, dass die Ansprüche sich auf „das herzogtum und land czu Sachssen“, nicht, wie Riedel meint, auf die Allode bezogen. Mit Recht weist Riedel die Behauptung zurück, Friedrich habe auf die Kunde von Herzog Albrechts Tod die böhmische Unternehmung im Stiche gelassen. Unbegründet aber ist seine Polemik dagegen, dass der Markgraf seine Ansprüche dem Meissener für Geld verkauft habe. Die betr. Summe war nicht, wie Riedel meint, eine Entschädigung für Kosten der interimistischen Verwaltung u. ä., sondern die Urkunde sagt: „von sulichs gutlichen vertragens wegen, so wir und unser lieber Oheim etc. uns miteinander getan haben von des lands wegen zu Sachssen, darumb uns der genante unser Oheim von Meissen gerett und versprochen hat, zehn tausend schock Bemischer groschen zu geben.“ Markgraf Friedrich hat unzweifelhaft Sachsen besetzt, um dadurch einen Druck auf Sigmunds Entscheidung auszuüben, und nicht aus blosser Uneigennützigkeit; so erzählt es die Magdeb. Schöppenchronik, so fasste es Sigmund, so fasste es auch der Ordensmarschall auf. — Bei Droysens (I, S. 454—458) Darstellung sind die aus Gundling entnommenen Nachrichten nebst den daran geknüpften Folgerungen in Abzug zu bringen.

Würdigung zu gewinnen, müssen wir uns klar machen, in welchem Stadium sich damals die Verhandlungen zwischen Sigmund und Polen befanden.

Auf dem Nürnberger Reichstage tauchte zuerst der Plan eines grossen Offensivbundes gegen Polen auf, welcher zwischen Sigmund als König von Ungarn nebst seinen Grossen, den schlesischen Fürsten und Städten und dem Orden geschlossen werden sollte¹⁾. Man hatte den 21. September 1422 als Anfangstermin für das gemeinsame Auftreten der Genannten in Aussicht genommen, in der Voraussetzung, dass bis dahin die Verhandlungen über die genauere Formulierung der Bestimmungen, welche in Breslau geführt wurden, beendet sein würden. Es trafen auch Bevollmächtigte der verschiedenen Contrahenten ein²⁾, aber trotzdem wurde damals aus dem Projecte nichts. Denn einerseits musste der Friede am Melnosee (27. September) es dem Orden unmöglich machen, sich offen an einem gegen Polen gerichteten Bunde zu beteiligen; andererseits veranlasste die Nachricht von den Breslauer Verhandlungen und den Rüstungen in Deutschland den König Wladislav zu einer so entgegenkommenden Haltung gegen Sigmund, dass das ganze Bündnis entbehrlich erschien. Ob Wladislav wirklich die Rückgabe der Zipser Städte an Ungarn angeboten hat, wie berichtet wird³⁾, muss freilich dahingestellt bleiben; sicherlich aber machte man von polnischer Seite Anstrengungen, einen Frieden herbeizuführen, als dessen Grundlage, wie wir nicht zweifeln können, die Bestätigung des Vertrages am Melnosee durch Sigmund dienen sollte.

Aber hier kreuzten sich eben die Interessen; der Friede am Melnosee hatte Sigmund persönlich beleidigt, indem er

¹⁾ Vgl. den Bericht des Comthurs von Brandenburg, dat. 1422 Aug. 27 Nürnberg D. R. A. VIII, 138 und Sigmunds Brief an den Hochmeister, dat. 1422 Sept. 3. VII, 178.

²⁾ Vollmacht Sigmunds für s. Gesandten, dat. 1422 Sept. 7. Nürnberg, Regest bei Palacky, Urk. B. I. Append. No. 9 (S. 497) und Bericht des Comthurs an den Hochmeister) dat. 1421 Sept. 19. Neumarkt Ser. rer. Siles. VI. No. 36.

³⁾ vgl. den cit. Bericht des Comthurs.

ohne Weiteres seine früher ausdrücklich anerkannten Schiedsprüche cassierte. Dazu kam, dass dieser Vertrag bei hervorragenden Mitgliedern des Ordens selbst¹⁾ und bei den Deutschen Fürsten, die schon unterwegs waren, um dem Orden Hülfe zu bringen, lebhaftes Misbilligung hervorrief, ja dass der Hochmeister selbst ihn als ein erzwungenes Abkommen ansah, das er gern wieder losgeworden wäre.²⁾ Sigmund hatte auf alle diese Stimmungen Rücksicht zu nehmen und konnte daher auf eine Bestätigung nicht wohl eingehen. Hingegen verlangte er natürlich die Abberufung Korybuts, die wieder Wladislav nicht zugestehen konnte, ohne sich mit Witold zu entzweien.

Genug, die Verständigung kam nicht zustande. Da thaten die polnischen und ungarischen Magnaten dasselbe, was sie schon vor einem Jahre versucht hatten,³⁾ sie bahnten eine Verständigung an über die Köpfe ihrer Herrscher hinweg. Den ungarischen Baronen lag begreiflicherweise gar nichts am Deutschen Orden,⁴⁾ sie hatten nichts gegen den Frieden am Melnosee; den polnischen lag, wie wir wissen, nichts an Sigmund Korybut und seiner Expedition. Hier gab es keine streitenden Interessen, und man sah gar nicht ein, warum man sich persönlicher und dynastischer Streitigkeiten wegen verfeinden solle. So wurde auf einer Magnaten-Conferenz zu Leibitsch⁵⁾ beschlossen, die beiden Könige

¹⁾ Vgl. den Brief des Deutschmeisters an den Hochmeister, dat. 1423 Juli 22. Neuenhaus, D. R. A. VIII, 254.

²⁾ Aus diesem Grunde schob er die Besiegelung der Urkunde, welche am 2. Nov. hatte stattfinden sollen, immer weiter hinaus. vgl. die Aktenstücke Cod. dipl. Lith. S. 283 und 298, Cod. ep. Vit. S. 575 u. 576.

³⁾ Vgl. den oben S. 139 Anm. 1 citierten Brief.

⁴⁾ Vgl. den Bericht der Breslauer Gesandten. dat. (1423) März 27.; Scr. rer. Siles. VI. No. 50: „Nu meynen die ungerischen herrn und die behmischen herrn, das sie nicht sterben noch verterben wollen umbe der von Prewse wille,

⁵⁾ 30. November 1422 vgl. Dlugossus XI. S. 466—467. Selbst in seiner offiziös gefärbten Darstellung, wo alles vom König Wladislav auszugehen scheint, ist die Initiative der Ungarischen Barone noch deutlich erkennbar: „Quod praelati et barones Hungariae intercipere solliciti prece et

sollten baldmöglichst eine Zusammenkunft halten und sich mit einander vergleichen. Dem so bestimmt geäußerten Willen seiner Barone musste Sigmund nachgeben, denn er brauchte sie für den Husitenkrieg, und daher erklärte er sich zu dieser Zusammenkunft bereit.

Noch einmal aber drohte die begonnene Verständigung zu scheitern, da Grossfürst Witold alles in Bewegung setzte, um einen Ausgleich zu hindern, der seine böhmischen Pläne durchkreuzt haben würde. Er reizte die Tartaren und Türken zu einem Angriffe auf Ungarn von Süden her, und ohne Zweifel wurde dadurch die friedliche Stimmung in diesem Lande vermindert,¹⁾ denn man pflegte Wladislav immer eine Mitschuld an Witolds Handlungen beizumessen. Dazu kam, dass in Polen durch den Tod des Reichsprimas, Erzbischof Nicolaus von Gnesen, (1. December 1422) eine Ministerkrisis einzutreten drohte. Denn, da als Nachfolger des Verstorbenen von den verschiedenen Parteien der Kanzler Albert Jastrzebiec in Aussicht genommen war, so wurde die Kanzlerstelle und das Bistum Krakau erledigt, und deren Wiederbesetzung musste für die fernere Leitung der polnischen Politik entscheidend sein. Wir sind über die nun folgenden Intriguen nur sehr ungenau unterrichtet; jedenfalls aber suchte Witold, bei dem Wladislav damals gerade in Litthauen weilte, auch auf die Kanzlei entscheidenden Einfluss zu gewinnen, im Gegensatze zu Albert Jastrzebiec und Zbygniew Olesnicky, und wusste den greisen König anfangs zur Unterordnung unter seinen Willen zu bringen.²⁾

Damit war der Fortgang der bisherigen polnischen Politik in Frage gestellt; gelang Witolds Plan, so war es

studio singulari interpositis agere se cum praelatis et baronibus Poloniae mutuam conventionem ordinarunt“ etc.

¹⁾ Vgl. Grünhagen, Husitenk. d. Schlesier S. 74.

²⁾ Vgl. den Bericht des Dlugossus XI, 468 und die Beleuchtung desselben durch Caro III. S. 549—566. und besonders Caros weitere auf Grund umfassenderen Materials gegebene Ausführung in der Vorrede zum zweiten Teile des *liber cancellariae*, Arch. f. öst. Gqu. 52 S. 31—33. Alle Einzelheiten bleiben aber auch hier unsicher.

immerhin möglich, dass Polen offen für die Husiten Partei ergriff. Angesichts dieser Gefahr tauchte bei Sigmund und den übrigen Beteiligten der Plan des grossen Bundes gegen Polen wieder auf. Mit Bevollmächtigten des Ordens und der schlesischen Fürsten wurde am 4. und 5. Januar 1423 zu Pressburg der Entwurf einer Bundesurkunde festgestellt, welcher als letztes zu erstrebendes Ziel die Teilung Polens unter die Verbündeten hinstellte. Der Entwurf sollte vom Orden und den Schlesiern bis zum 31. Januar, von Sigmund und seinen Baronen bis zum 16. Februar ratificirt werden.¹⁾

Aber inzwischen änderten sich die Verhältnisse in Polen derart, dass aus der Ratification überhaupt nichts wurde.²⁾ Es gelang nämlich dem Kanzler Albert Jastrzebiec, der selbst nach Litthauen reiste, den König dem Einflusse Witolds zu entreissen und eine Neubesetzung der höchsten Aemter herbeizuführen, wie sie in seinem und seiner Gesinnungsgenossen Interesse lag. Erst dann nahm er die Würde des Reichsprimas an.

Witold hatte eine entschiedene Niederlage gegen die streng-katholische Partei erlitten; eine zweite ebenso empfindliche war das klägliche Ende der Expedition seines Neffen Korybut nach Böhmen. Dieser hatte im Zwiespalt mit den Taboriten nie grosse Macht erlangt: jetzt wurde er auch von den Polen und Litthauern, die er mitgebracht hatte, verlassen. Sie kehrten, der ewigen erfolglosen Strapazen und Parteikämpfe müde, in die Heimat zurück; Weih-

¹⁾ Vgl. den Bericht des Ordensmarschalls dat. 1423 Jan. 6. Pressburg Scr. rer. Siles. VI, 45, die Urkunde Konrads v. Breslau und Premeks von Troppau a. a. O. No. 44 dat. 1423 Jan. 5. Pressburg und den Bündnisentwurf, ohne Datum, No. 46. Leider ist die Quellenbeschreibung des letzteren nicht genau genug, um mit Sicherheit sagen zu können, ob hier ein Entwurf oder die Abschrift einer ausgefertigten Urkunde vorliegt. Das Fehlen jeder Andeutung eines Datums scheint mir für das erstere zu sprechen.

²⁾ Vgl. Anm. 1. Es ist nirgends eine Ausfertigung erhalten, auch nirgends davon berichtet; aus Sigmunds und des Ordens ganzem Verhalten folgt meiner Meinung nach, dass der Entwurf niemals in Kraft getreten war.

nachten 1422 verliessen sie Prag, wo Korybut noch mit wenigen Anhängern zurückblieb.¹⁾

Diese beiden harten [Schläge brachen Witolds Widerspruch gegen eine Versöhnung mit König Sigmund; er musste fürchten, dass Polen auch ohne ihn Frieden schliessen werde. König Wladislaw erklärte denn auch alsbald seine Zustimmung zu den Abmachungen der Magnatenconferenz von Leibitsch und seine Bereitwilligkeit zu einer persönlichen Besprechung.²⁾ Die Barone beider Reiche verabredeten dann weiter Zeit und Ort der Zusammenkunft, während Witold, um seine Demütigung wenigstens nicht selbst mitzuerleben, sich mit Unwohlsein entschuldigen liess.³⁾

Markgraf Friedrich hatte von der bevorstehenden Konferenz, zu welcher er selbst zu reisen Willens war, und also auch vom Stande der Verhandlungen Kunde, als er das Wittenberger Bündnis abschloss. Er wusste also, dass in kurzer Zeit volles Einvernehmen zwischen Polen und Ungarn herrschen werde, dass ein Krieg zwischen ihnen ausgeschlossen war. Daraus erklärt es sich, dass der Markgraf in jenem Vertrage dem Sachsenherzoge unbedenklich einen Teil der Schuldsumme abliess für den Fall, dass dieser Sigmund gegen Polen werde zu Hülfe ziehen müssen. Schien dies auch eine indirecte Unterstützung der Feinde seines Bundesgenossen zu sein, so war es doch in Wahrheit ein ganz bedeutungsloses Zugeständnis, dass er dem Nachbarn um des Friedens willen machte. War doch zehn gegen eins

¹⁾ Es scheint mir unrichtig zu sein, den Abzug der Polen als die Folge einer bereits vorhergegangenen Abberufung Korybuts durch Wladislaw oder Witold zu betrachten (bes. v. Bezold I S. 132); es war ein spontaner Entschluss derselben, veranlasst durch ihre lange bemerkbare, auch von Bezold constatierte Unzufriedenheit. Auch Palacky G. v. Böhmen III. 2. S. 327 spricht von einem Widerstande Korybuts gegen den Rückzugsbefehl; soviel ich sehe, berichten die Quellen von keiner Abberufung vor dem März 1423.

²⁾ Brief Wladislavs an Sigmunds Räte, dat. 1423 Januar 29. „in loco venationum nostrarum circa stagnum Thur.“ Cod. dipl. Lith. S. 299.

³⁾ Brief der polnischen Barone an die ungarischen, ohne Datum, Caro lib. cano. II. No. 122.

zu wetten, dass der vorausgesetzte Fall nicht eintreten werde. Der Hohenzoller wagte damit allerdings eine Speculation auf zukünftige Ereignisse, auf das Zustandekommen des eben werdenden polnisch-ungarischen Vertrages, aber er wagte sie auf Grund genauer Kenntniss und richtiger Beurteilung der politischen Lage.¹⁾

Nach mannigfachen vorbereitenden Verhandlungen²⁾ wurde am 30. März zu Käsmark das Schutz- und Trutzbündnis zwischen Ungarn und Polen zum Abschluss gebracht.³⁾ Sigmund willigte nach langem Widerstreben auf das Drängen seiner Barone⁴⁾ endlich in die Bestätigung des Friedens am Melnosee. Wladislav versprach für sich und den abwesenden Witold⁵⁾ Abberufung Korybuts und Kriegshülfe gegen die Husiten; in einem besonderen Nebenvertrage versprach er noch, den Orden sein zweideutiges Benehmen in den letzten Monaten nicht entgelten zu lassen, und auf einen Teil der Contribution zu verzichten.⁶⁾ Wladislav befahl denn auch

¹⁾ v. Bezold II. S. 18 Anm. 1 nennt Friedrichs Verhalten „entschieden treulos“: vielleicht ist ihm die Gleichzeitigkeit des Versprechens mit den Käsmarker Verhandlungen entgangen. Mir scheint es völlig ausgeschlossen, dass der Markgraf in dieser Zeit wirklich beabsichtigt haben sollte, Sigmund, wenn auch nur indirect, gegen Polen zu unterstützen. Das wäre nicht so sehr Treulosigkeit als Selbstvernichtung gewesen.

²⁾ Die Darstellungen Caros und v. Bezolds sind hier nicht ganz erschöpfend. Quellen für diese Verhandlungen sind: Dlugossus XI. S. 469 bis 470; Ser. rer. Siles VI. 49. Mon. Pol. hist. XI. No. 1298 und 1299. Cod. ep. Vitoldi S. 583 und Invent. arch. Crac. S. 33.

³⁾ Urkunde Wladislavs für sich und Witold, Cod. dipl. Lith. S. 300, Caro, lib. canc. I, No. 120; Urkunde Sigmunds, Dogiel, Cod. dipl. Pol. I. S. 52.

⁴⁾ Vgl. den Bericht der Breslauer Gesandten, dat. 1423 März 27. Leubitsch, Ser. rer. Siles VI, 50.

⁵⁾ Die Angabe Eberh. Windeckes cap. 158, Witold sei anwesend gewesen, ist unrichtig, wie aus dem Berichte des Dlugossus, dem cit. Briefe der Barone und daraus folgt, dass Wladislav die Urkunden für Witold mit ausstellte. Der Irrtum findet sich auch bei Palacky, G. v. B. III, 2 S. 328, Riedel II. S. 454, Caro III. S. 570, v. Bezold II S. 4—5. Caro hat seine Ansicht später geändert, vgl. Arch. f. Öst. Gqu. 52 S. 194 Anm.

⁶⁾ Urk. Wladislavs für sich und Witold, dat. 1423 [März 30 od. 31] Käsmark. Cod. ep. Vit. S. 584.

in seinem und seines Vetters Namen dem Prinzen Korybut, aus Böhmen zurückzukehren, und schickte den Husiten seinen Absagebrief.

In Leutschau, wohin sich beide Könige in den ersten Tagen des April begaben, traf erst jetzt, nach dem Abschlusse des Vertrages, Markgraf Friedrich von Brandenburg ein.¹⁾ Er befürchtete eine weitere Lockerung seines Verhältnisses zu Polen durch den engen Bund dieses Reiches mit Sigmund, und um eine solche Lockerung nicht eintreten zu lassen, kam er selbst, denn er wusste, wie leicht Wladislav persönlichen Einflüssen zugänglich war. Er entschuldigte sein Fernbleiben vom Feldzuge gegen den Orden mit dem Hinweise auf den gleichzeitigen Husitenkrieg, aber Wladislav scheint doch durch diese Erklärung nicht ganz befriedigt worden zu sein.

Ob Friedrich hier mit Sigmund in nähere Berührung kam, wissen wir nicht; jedenfalls wurden ihre Beziehungen durch dies Zusammentreffen in keiner Weise geändert.²⁾

Nach der Käsmarker Zusammenkunft konnte Sigmund mit seinen Erfolgen zufrieden sein: Die Abberufung Korybuts,

¹⁾ Friedrichs geschieht in allen Berichten über die Verhandlungen, wo verschiedene andere Fürsten genannt werden, nie Erwähnung; auf Windeckes Aussage (cap. 158) ist nichts zu geben, er giebt fälschlich auch Witolds Anwesenheit an. Das einzige urkundliche Zeugnis ist Friedrichs offener Brief vom 10. April 1423, Leutschau, den Voigt, Erw. d. Neum. S. 177 erwähnt. Im übrigen sind wir auf den Bericht des Dlugossus XI. S. 470 angewiesen, welcher zwar oft tendenziös darstellt, aber die Thatfachen meist richtig angiebt. Danach kam Friedrich am 6. April bei Wladislav in Leutschau an, und hatte ihn, wie aus dem ganzen Inhalt der Unterredung hervorgeht, damals seit dem Kriege gegen den Orden noch garnicht gesprochen, war also nicht in Käsmark gewesen. Am 2. März war er noch in Berlin, vgl. CDB. I, 11 S. 161.

²⁾ Einige Forscher haben gemeint, dass Friedrich in Käsmark den Vermittler zwischen Sigmund und Wladislav gemacht habe (Droysen I S. 458, Riedel II S. 453—456, v. Bezold II S. 18, während er auf S. 4 den richtigen Gesichtspunkt giebt). Diese Meinung ist schon an und für sich unwahrscheinlich, da Friedrich damals sicherlich die ungeeignetste Persönlichkeit für eine solche Vermittelung gewesen wäre, und findet durch das oben Gesagte ihre Widerlegung.

Hülfversprechen von Polen und Sachsen waren erreicht, und durch die Erregung des Streites um das Reichsvicariat schien der Kurfürstenbund gesprengt, Markgraf Friedrich also ziemlich isolirt zu sein. Aber die Kurfürsten hatten doch zuviele gemeinsame Interessen, um sich durch den Streit zwischen zweien von ihnen ganz auseinander bringen zu lassen. Sobald Pfalzgraf Ludwig an den Rhein zurückgekehrt war, versammelten sich die Rheinischen Kurfürsten in Boppard (Mai 1423), und gemäss dem schiedsrichterlichen Spruche von Kurtrier und Kurköln legte Konrad von Mainz daselbst das Vicariat nieder.¹⁾

Diese Lösung der Streitfrage legt Zeugnis ab für die Lebenskraft des Rheinischen Bundes; sie bezeichnet ausserdem ein weiteres Stadium des Kampfes der Kurfürsten gegen das Königtum: man wagte es, einen Regierungsakt des Königs einfach umzustossen. Zugleich festigte man die Bundesorganisation, indem man die Festsetzung einer Tagesordnung für die Beratungen begann.²⁾ Auch ihre Bestrebungen, Landfriedensbünde zu gründen, welche Fürsten, Ritter und Städte in gleicher Weise umfassen sollten, setzten die Kurfürsten fort;³⁾ ihr Resultat war das Zustandekommen eines solchen Landfriedens für Franken und Baiern.⁴⁾

War es auch nicht gelungen, den Kurfürstenbund dauernd zu schwächen, so wurde doch zu Sigmunds Freude, und wohl nicht ohne sein Zuthun, Friedrichs Lage immer bedenklicher. Zwar kam der Friede mit Mecklenburg, welchen der Markgraf durch die Rückgabe von Gorlosen und Dömitz erkaufte,

¹⁾ Vgl. die Urkunden der Schiedsrichter und Konrads, dat. 1423 Mai 10 und 11, Boppard, D. R. A. VIII, 238 und 239.

²⁾ Durch die Bestimmung, dass in Zukunft auf den Bundestagen stets zuerst die Sache beraten werden solle, um deretwillen der Tag berufen sei, Urk. der Rhein. Kurf. dat 1423 Mai 13 Boppard, D. R. A. VIII, 242.

³⁾ Diesen Bestrebungen dienten zwei Tage zu Frankfurt (Juli und August 1423), über welche die Aktenstücke D. R. A. VIII, 244—274 Auskunft geben. Vgl. oben S. 152.

⁴⁾ Von Sigmund publiciert 1423 Nov. 24 Weissenburg in Ungarn, D. R. A. VIII, 278, vgl. No. 276—282.

zum Abschlusse;¹⁾ aber schon vorher hatten die Herzoge von Stettin mit König Erich von Skandinavien ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen,²⁾ welchem die übrigen pommerschen Herzoge und der Orden beitraten.³⁾ Dieses Bündnis war offenbar gegen Friedrich gerichtet, dessen Waffenstillstand mit Pommern im Herbst abliefe, und dem König Erich wie seine Verwandten grollten, weil er den stolpischen Bogislav um die Aussicht auf Polens Krone gebracht hatte.

Wir wissen, dass Sigmund mit König Erich in Verbindung stand. Der letztere hatte seine Hülfe gegen die Husiten zugesagt und setzte wirklich im Sommer 1423 mit einem Heere nach Pommern über; gleich darauf aber stellte es sich heraus, dass der Feldzug für dieses Jahr aufgegeben werden musste. Erst hatte Sigmund den Termin vom 24. Juni auf den 25. Juli verschoben;⁴⁾ dann hatte Wladislav erklärt, bei so vorgerückter Jahreszeit könne er die versprochenen Hülfsstruppen nicht stellen, und hatte dafür seine friedliche Vermittelung zur Herbeiführung einer Disputation über die vier Artikel angeboten.⁵⁾

Unter diesen Umständen unterblieb der Feldzug,⁶⁾ und

¹⁾ Urkunde dat. 1423 Mai 23 Tangermünde CDB. II, 3 S. 449.

²⁾ Am 11. April 1423, Urkunde bei Dreger, [Cod. Dipl. Pomeran. Forts. 115.

³⁾ Am 8. und 15. September 1423, vgl. Barthold, G. v. Pomm. u. R. IV, S. 64.

⁴⁾ Vgl. Sigmunds Brief an den Bischof von Regensburg, dat. 1423 Apr. 22 Kaschau, D.R.A. VIII, 236. Palacky, Urk. B. I, 268.

⁵⁾ Auch den Böhmen bot Wladislav seine Vermittelung an, vgl. die Briefe bei Caro, lib. can. II, 56, 57 (Caro datirt 1421, ich halte 1423 für richtig), u. Cod. ep. Vit. 594, 599, 600, 603. Im übrigen s. Sigmunds Brief an Wladislav, ohne Datum, Altsohl (also 1423 c. Juli 17 vgl. Aschbach III, S. 447, Regesten) Cod. ep. Vit. S. 599.

⁶⁾ König Sigmund wälzte officiell die Schuld des Nichtzustandekommens von sich auf Polen ab; aber unzweifelhaft lag die Schuld an ihm. Er hatte den Termin verschoben, jede eigene Rüstung unterlassen, die immer nebenher geführten friedlichen Verhandlungen Polens mit den Husiten gebilligt. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass er gerade aus Mistrauen gegen Polen den Feldzug nicht zustandekommen liess, vgl. Lewicky, Sigmunds Politik gegen Polen in Arch. f. Oest. Gqu. 68 S. 345—370.

König Erich benutzte seine Anwesenheit in Deutschland zu einem Besuche in Krakau und Ofen.¹⁾ Seine Bemühungen waren vor allen Dingen auf die Auflösung des brandenburgisch-polnischen Verlöbnisses gerichtet, und in diesem Wunsche wusste er sich mit Sigmund einig; es kam also nur darauf an, den greisen Wladislav zu gewinnen. Natürlich arbeiteten Markgraf Friedrich und seine Freunde in Polen diesen Absichten nach Kräften entgegen, und sie hatten zwei nicht zu unterschätzende Bundesgenossen an dem Grossfürsten Witold und Papst Martin V.

Witold hatte auch nach dem Käsmarker Frieden seinen Hass gegen Sigmund nicht aufgegeben; er stand noch immer im Verkehr mit den husitischen Führern, und, um hier im geeigneten Moment wieder eingreifen zu können, wollte er, entgegen den Wünschen der polnischen Königskanzlei, den Frieden mit dem Orden aufrichtig halten. In dem Gegensatze gegen Sigmund sowohl wie in dem Bestreben, den Frieden zwischen Polen und dem Orden zu erhalten, stimmte er mit Markgraf Friedrich überein. Der Papst, welcher ja von Anfang an die Fürstenopposition unterstützt hatte, wollte auch jetzt keinen Sieg des Königs über Friedrich; er ermahnte den Grossfürsten, aus allen Kräften für Aufrechterhaltung des Verlöbnisses zu wirken.²⁾ Den jungen Prinzen Friedrich selbst nahm Witold unter seine besondere Obhut, und behielt ihn in Litthauen.³⁾

Sigmund hoffte, auf einer persönlichen Zusammenkunft⁴⁾ der drei Könige den alten Jagello zu Massregeln in seinem Sinne bestimmen zu können. Zugleich richtete er

¹⁾ Brief Erichs an Wladislav, ohne Datum [1423 vor Sept. 8] Wollin Cod, ep. Vit. S. 604.

²⁾ Brief Martins V an Witold, dat. 1423 Nov. 24 Rom, Caro, lib. cano. I, 61.

³⁾ Die Zeit der Uebersiedelung des jüngeren Friedrich nach Lithauen ist nicht genau zu bestimmen; im März 1424 war er bereits dort, vgl. Dlugossus XI S. 477.

⁴⁾ Vgl. den Brief Wladislav's an Witold aus dem Okt. 1423, Cod. ep. Vit. S. 608.

einen weiteren Angriff gegen den Markgrafen, indem er ihn auf Ludwigs von Ingolstadt Klage wegen Verletzung der für Franken und Baiern angeordneten Waffenruhe vor das königliche Hofgericht lud.¹⁾ Friedrich erwiderte darauf, nicht er, sondern gerade Ludwigs Leute verletzten den Beifrieden, und verlangte²⁾ Entscheidung durch ein Fürstengericht; trotzdem erhielt er bald darauf eine neue Vorladung.³⁾

So sah der Markgraf am Ende des Jahres 1423 eine grosse Coalition entstehen, welche es auf einen Kampf gegen ihn abgesehen hatte. Die bereits in Krakau spielenden Intriguen zur Auflösung des Verlöbnisses der Kronprinzessin Hedwig und die Vorladungen vor das Hofgericht waren die ersten drohenden Zeichen des herannahenden Gewitters. Er traf seine Gegenmassregeln nach zwei Seiten; einmal suchte er eifrig den Bund mit Polen aufs neue zu festigen, andererseits suchte er wieder einen engeren Anschluss an die Rheinischen Kurfürsten, mit denen er, soviel wir sehen können, seit dem Ende des Nürnberger Reichstages in keiner näheren Verbindung mehr gestanden hatte.

¹⁾ Vorladungsbrief, dat. 1423 Okt. 11 Ofen, erwähnt bei Lang, Ludw. d. Bärt. S. 119.

²⁾ Brief Friedrichs an Sigmund, dat. 1423 Nov. 9, Berlin, erw. bei Lang S. 119—120.

³⁾ Zweiter Vorladungsbrief, dat. 1424 Jan. 14, erw. bei Lang S. 120.

IX.

Die Kurfürsteneinung von Bingen und der Versöhnungsversuch von 1424.

Die Kurfürstenversammlung, welche Mitte Januar 1424 zu Bingen tagte, und welcher alle sechs Kurfürsten persönlich beiwohnten, gehört zu den wichtigsten Ereignissen dieser Zeit; denn hier wurde jenes berühmte Bündnis abgeschlossen, das man als die Kurfürsteneinung von Bingen zu bezeichnen pflegt.¹⁾

Die Kurfürsten beanspruchten durch die Binger Beschlüsse die Regierung des Reiches als ein ihnen zustehendes Recht, nicht für einzelne Fälle oder auf beschränkte Zeit, sondern im Princip; es war eine bewusste Aenderung der einschneidendsten Bestimmungen der Reichsverfassung, was sie erstrebten. Der König sollte fortan nur noch als Ratgeber dieses Collegiums fungieren, mit anderen Worten, er sollte auf die bloße Repräsentation beschränkt werden und die Beschlüsse des regierenden Collegiums sanctionieren und verkünden. Ja, der ganze Zusammenhang der einzelnen Festsetzungen enthielt die versteckte Drohung gegen den König

¹⁾ Litteratur über die Binger Einung: Droysen I, S. 463—471, Pückert, die kurf. Neutralität während des Basler Concils S. 254—255, Riedel II S. 464—467, v. Bezold II S. 20—24, Kerler in D.R.A. VIII, S. 333—335, Schuster, Conflict Sigmunds mit den Kurf. S. 15—21 Wendt, Reichstag unter Sigm. S. 123—126. Droysen hat zuerst die Bedeutung derselben klar erkannt; alle späteren sind im wesentlichen seiner Auffassung gefolgt.

man werde nötigenfalls nicht nur ohne, sondern auch gegen ihn vorgehen, wenn dies auch in der endgültigen Fassung nicht direkt ausgesprochen wurde, wie eine extreme Richtung unter den Bundesgenossen es verlangte.¹⁾ Ausserdem gab sich das Kurfürstencollegium eine feste Organisation, mit jährlich wechselndem Präsidium und einem Schiedsgerichte für Streitigkeiten einzelner Bundesglieder. Für den Fall des Todes einzelner Bundesfürsten wurde die Aufnahme ihrer Nachfolger in die Einung in Aussicht genommen.

Uebersieht man diese Vereinbarungen, so erkennt man leicht, dass sie nur Fortbildungen der schon lange im Rheinischen Bunde lebendigen Gedanken sind; man sprach hier zum ersten Male offen aus, was man bereits seit längerer Zeit in der That anstrebte; man führte die schon vorhandenen Ansätze zur Organisation den neueren Erfahrungen gemäss weiter; denn deutlich genug weist die Bestimmung über die Competenz des Bundespräsidiums auf den kürzlich beigelegten Vicariatsstreit als ihren unmittelbaren Anlass hin.

Den Markgrafen Friedrich hatte die Entstehung der grossen Coalition, die ihn zu erdrücken drohte, zur Annäherung an seine Collegen, zur Beteiligung an den Binger

1424
 1) Die Urkunde der Binger Einung existirt in zwei Originalausfertigungen, D.R.A. VIII, 294 und 295, welche in wesentlichen Punkten von einander abweichen, 294 ist schärfer gegen den König gefasst, 295 ist milder formuliert, aber inhaltreicher. Ueber das Verhältniss beider zu einander wird gestritten; nach Schuster war 295 für die Oeffentlichkeit bestimmt, 294 ein geheimer Sondervertrag, beide neben einander geltend. Wendt hat sehr erhebliche Bedenken gegen diese Auffassung geäussert und neigt zu der Ansicht, 294 sei gleich nach der Ausfertigung wieder cassiert und durch 295 ersetzt worden. Das halte auch ich für das wahrscheinlichste. Jedenfalls sind die von Kerler angegebenen Möglichkeiten auf zwei zu reduciren; denn es kann nicht 295 cassiert und durch 294 ersetzt sein, weil die Kurfürsteneinung von 1446 (Müller, Reichstagstheatrum I S. 305) in Wortlaut und Inhalt auf 295, nicht auf 294 zurückgeht. Die Unterschiede zwischen beiden Urkunden sind übrigens nicht von so grosser Tragweite, wie Wendt meint; sie liegen durchaus nicht im Princip, nur in der Form. Wenn 295 nicht ausdrücklich sagt, dass man eventuell auch gegen den König vorgehen wolle, wie 294 es thut, so ist dies doch auch für die erstere Urkunde stillschweigende Voraussetzung.

Verhandlungen veranlasst. Möglich ist, dass er auch an der Formulierung der Vertragsartikel Anteil hatte; aber sicherlich ist er es nicht gewesen, der dieser Binger Einung den Geist eingehaucht hat, der sie durchdringt;¹⁾ der Geist des Rheinischen Bundes hat vielmehr auch den hinzutretenden Markgrafen ergriffen; er musste sich ihm anbequemen, wenn er ihn um Hülfe in der Not nicht erfolglos anrufen wollte.

Ausser ihm schloss sich auch Herzog Friedrich von Sachsen an, obwohl er eben erst von Sigmund mit Gnaden überhäuft war; aber er brauchte die Zustimmung der Kurfürsten zu seiner Ernennung, zumal da der Lauenburger Herzog erbrechtliche Ansprüche gegen ihn geltend machte. Sein Beitritt zu den Binger Beschlüssen war der Preis für seine vorläufige Aufnahme in das Kurcollegium.²⁾

Es gelang dem Markgrafen, den Bund zu geschlossenem Auftreten zu seinen Gunsten zu bewegen; der Bischof von Lebus ging mit einem gemeinsamen Schreiben der Kurfürsten an Wladislav ab, worin der König ermahnt ward, bei den geschlossenen Verträgen auszuharren.³⁾ In Friedrichs Inte-

¹⁾ Vgl. oben S. 143. Die meisten neueren Forscher nehmen das an; so Droysen („es wird kaum zweifelhaft sein, dass er selbst der eigentliche Stifter dieser Einung war.“ S. 468), Riedel (dieser meint sogar, Friedrich habe die Einung gestiftet, um Sigmund die Krone zu retten!), v. Bezold nach ihm lässt sich ein Schritt von solcher Tragweite auf keinen von Friedrichs Standesgenossen zurückführen. War denn nicht Ludwig von der Pfalz ein Mann von grosser persönlicher Bedeutung?), Schuster (Conflict S. 20 Anm. 6). Gegen diese ganze Auffassung scheint mir der Umstand den vollgültigen Gegenbeweis zu liefern, dass alle Gedanken des Binger Vertrages bereits vor Friedrichs Zutritt im Rheinischen Bunde lebendig waren. Der Bund war zuerst aus rein persönlichen Motiven geschlossen (oben S. 58), dann hatte man nach und nach eine festere Organisation, gemeinsame Reichspolitik der Mitglieder, das Eintreten des gesamten Bundes für jedes einzelne Glied (S. 66—67) durchgeführt. Endlich war der Hauptgedanke, dass das Kurcollegium die eigentliche Reichsregierung und Vertretung der Reichsinteressen sei, bereits offen ausgesprochen, als Friedrich noch mit Sigmund im Einvernehmen stand (s. oben S. 123 ff).

²⁾ Urkunde der 5 Kurfürsten, dat. 1424 Jan. 18 Bingen, D.R. A. VIII, 297. Revers Herzogs Friedrichs VIII, 296.

³⁾ Brief der Kurfürsten an Wladislav, dat. [1424] Jan. 20 Bingen, D.R. A. VIII, 298, Caro, lib. canc. I, 81.

resse lag auch ein weiterer mündlicher Auftrag des Bischofs: er sollte des Polenkönigs Vermittelung dafür in Anspruch nehmen, dass König Sigmund nicht dem Könige Erich die Auslösung der Neumark vom Deutschen Orden gestatte, wie das geplant war.¹⁾

Die Höfe von Krakau und Troki waren in den ersten Monaten des Jahres 1424 die Mittelpunkte des ganzen Gewebes von Intriguen, das die Auflösung des brandenburgisch-polnischen Verlöbnisses bezweckte. König Erich berührte Krakau, da Wladislav in Litthauen war, zunächst nur flüchtig auf der Durchreise nach Ungarn²⁾, meldete sich aber als Gast für die bevorstehende Krönung der Königin an.

Diese Krönung, eine Lieblingsidee Wladislavs, die er mit grosser Zähigkeit gegen die trotzigen Magnaten seines Reiches verteidigt hatte, war schon mehrmals verschoben und wurde nun endgültig auf den 5. März festgesetzt. Auch Witold und Sigmund wurden dazu eingeladen; ersterer aber lehnte die Einladung ab, wie berichtet wird, aus persönlichem Groll gegen die Königin;³⁾ in Wahrheit wollte er wohl ein Zusammentreffen mit Sigmund vermeiden, den er noch immer glühend hasste. Auch Sigmund scheint anfangs geschwankt zu haben, ob er kommen solle; König Erich bewog ihn schliesslich dazu. Dieser eilte auch dem Bundesgenossen voraus nach Polen und wurde von Wladislav nahe an der Grenze empfangen.⁴⁾

Bei dieser Gelegenheit machte Erich den ersten Angriff auf das verhasste Verlöbniß; er begehrte die Auflösung desselben, da bereits vorher die Prinzessin Hedwig mit seinem Neffen Bogislav von Stolp verlobt gewesen sei, da ferner zu

¹⁾ Brief Wladislavs an Witold dat. [1424 Februar 25] Caro, lib. canc. I, 80.

²⁾ Am 24. Januar 1424; vgl. hierüber und über das Folgende den Bericht der polnischen Barone an Wladislav, dat. [1424] Januar 28 [Krakau], Caro, lib. canc. I, 79.

³⁾ Dlugossus XI, S. 474 vgl. Caro III, S. 575 ff.

⁴⁾ Am 24. Februar bei Bochnia, vgl. den Brief Wladislavs an Witold, dat. [1424 Febr. 25] Caro, lib. canc. I, 80.

Käsmark König Wladislav Sigmund bevollmächtigt habe, über Hedwigs Hand zu verfügen, und dieser sie dem Herzog Bogislav bestimmt habe. Der König erwiderte, er könne sich nicht entsinnen, Sigmund eine derartige Vollmacht gegeben zu haben, und müsse sich erst mit Witold näher besprechen.

Die Behauptung Sigmunds von einer ihm erteilten so weitgehenden Vollmacht beruht sicherlich nicht auf Wahrheit; aber im Kampfe gegen Friedrich war ihm jedes Mittel recht. Der Kampf wurde von Sigmund mit äusserster Erbitterung geführt, er strebte nach nichts geringerem, als den ehemaligen Freund in die Stellung wieder herabzudrücken, in der er ihn gefunden hatte. Friedrich dagegen war entschlossen, seine Länder und seine politische Selbständigkeit zu behaupten.

Wie König Sigmund sich damals über den Markgrafen äusserte, zeigt uns einer seiner Briefe an Wladislav.¹⁾ Einer Verteidigung gegen die, wie er sagt, wahrscheinlich von Friedrich aufgebrachte Verläumdung, er habe den Polenkönig als seinen Vasallen bezeichnet, fügt er folgende Worte bei:²⁾ „Es ist wunderbar, dass in unserem Jahrhundert, wahrscheinlich auf Anstiftung des Satans, sobald gottgefällige Dinge unter den Königen und Fürsten zum Schutze des katholischen Glaubens und des gemeinen Wohles verabredet werden, sich immer böswillige Verdreher der Wahrheit ohne Scham und Ueberlegung hineinmischen, um das von ihnen verabscheute gute Werk, so viel sie nur können, zu stören und zu hindern.“

¹⁾ Brief Sigmunds an Wladislav, ohne Datum, Wysegrad, jedenfalls in den Jan. oder Febr. 1424 gehörig, Cod. ep. Vit. S. 617. Ob Friedrich eine derartige Aeusserung wirklich gethan hat oder sie auch nur veranlasst hat, muss eine offene Frage bleiben; Sigmund sagt selbst nur: „sicut asseritur“ und „ipso (i. e. Friederico) forsitan inducente“. Zu bestimmt nimmt Lewicky (Sigm. Polit. Arch. f. Oest. Gqu. 68 S. 386) die Aeusserung als Thatsache an.

³⁾ „Miranda res agitur in hoc seculo . . . , quod non sine seminatore zizanie solet suppreppere, ut quociens pia opera inter reges proficiuntur et principes pro fide catholica et re publica confirmanda, se solent maliciosi et veritatis emuli sine rubore precipitanter ingerere, ut contemptum bonum opus, quantum in ipsis est, dirimant et confundant“.

Auf Sigmunds weitere Pläne weist deutlich hin die Erneuerung des Privilegs Karls IV für die Pommerschen Herzoge, welchen er zugleich die an Friedrich abgetretene und in dessen Besitz befindliche Uckermark verlieh.¹⁾ Ausdrücklich betonte er zu Krakau in der nächsten Zeit, dass Friedrich die Mark nur auf Wiederkauf besitze, und so bezeichnet er ihn auch in dem erwähnten Brief nur als Burggrafen von Nürnberg.

Am 4. März traf Sigmund in Krakau ein, am folgenden Tage wurde die Königin gekrönt, und dann in vierzehntägigen Verhandlungen an der Auflösung der Verlobung gearbeitet. Ausser den schon von Erich vorgebrachten Gründen und dem Hinweise auf den Altersunterschied der Verlobten betonten des Markgrafen Gegner, der Ehevertrag sei mit dem Bündnis gegen den Orden zugleich geschlossen und stehe mit diesem im engsten Zusammenhange; nun habe der Markgraf durch sein Fernbleiben vom Feldzuge des Jahres 1422 den einen Vertrag gebrochen: also sei auch der andere erloschen. Ferner sei nicht nur Hedwig schon vor Abschluss dieser Verträge mit Bogislav verlobt gewesen, sondern auch des jüngeren Friedrich Hand sei einer stolpischen Fürstin zugesagt gewesen.²⁾ Was endlich die politischen Vorteile betreffe, so biete die Verbindung mit Brandenburg deren bedeutend weniger als die mit Pommern; denn die Hohenzollern könnten die Mark, und damit ihre ganze Stellung, jeden Augenblick verlieren, wenn Sigmund ihnen 400,000 Gulden bezahle; der Herzog von Stolp aber werde dereinst auch König von Skandinavien werden.

Diese Gründe, unterstützt von klingenden Beweisstücken,³⁾

¹⁾ Urk. Sigmunds, dat. 1424 Febr. 17 Ofen, erwähnt bei Barthold. G. v. P. u. R. IV, S. 65.

²⁾ Die letztere Behauptung wurde von Friedrich später dahin richtig gestellt, dass der Verlobte der stolpischen Fürstin nicht sein zweiter Sohn, Friedrich, sondern der dritte, Albrecht, gewesen sei, vgl. Cod. ep. Vit. S. 639.

³⁾ Dlugossus XI, S. 476: „alliciebant contrahebantque pro intentione sua prelatos et barones Polonie munificis largicionibus et promissis“.

verfehlten ihren Eindruck auf die polnischen Barone nicht; hatte doch schon 1421 Bogislav in ihrer Mitte zahlreiche Anhänger gehabt; der grösste Teil der Barone neigte jetzt den Plänen der beiden Könige zu.¹⁾

Aber Wladislav blieb dabei, in dieser wichtigen Sache könne er ohne Witolds Rat nichts beschliessen. So mussten sich Sigmund und Erich begnügen, eine Gesandtschaft an diesen abzusenden, und nach einigen Verabredungen über einen neuen Husitenzug, ohne ihren Zweck erreicht zu haben nach Ungarn zurückkehren.

Ihre Gesandten kamen Mitte April zu Grodno an, wo der Grossfürst sich aufhielt, und wurden von Witold in feierlicher Audienz empfangen. Sie machten ausser den alten Gründen noch ein staatsrechtliches Bedenken geltend,²⁾ dass nämlich dem jüngeren Friedrich in jenem Vertrage die Thronfolge zugesichert sei, ohne der Union von Horodlo gemäss die Zustimmung der Litthauer einzuholen. Solche Bedenken aber fielen nicht ins Gewicht gegenüber den politischen Erwägungen, welche den Grossfürsten auf ein Zusammengehen mit dem Hohenzollern hinführten, zumal da er selbst von Anfang an das Verlöbniß gebilligt hatte.³⁾ Er erwiderte also nur ausweichend, er werde seine Entschlüsse dem König Wladislav durch besondere Botschafter mitteilen.

Er riet seinem Vetter, das Bündnis mit dem Markgrafen aufrecht zu erhalten. In demselben Sinne wirkte auch jetzt wieder Martin V. auf Wladislav ein, indem er betonte, er

¹⁾ Dlugossus XI, S. 477 C.

²⁾ Vgl. Dlugossus XI, S. 478 mit dem Berichte über diese Verhandlungen bei Caro, lib. canc. I, 1 und Cod. ep. Vit. S. 623 (letzterer mit falschem Datum April 4 statt April 20).

³⁾ Caros gegenteilige Behauptung (III S. 524 u. 564), gründet sich auf seine Ansicht, dass Witolds Politik gegenüber den Husiten vom Familieninteresse beherrscht gewesen sei und daher mit einer Zustimmung Witolds zu dem Eheplan unvereinbar sei. Ich teile Caros Ansicht über Witolds böhmische Politik nicht; und, da Witold später aufs eifrigste für den Eheplan eingetreten ist, so werden wir annehmen müssen, dass er ihn von Anfang an billigte, bis das Gegenteil bewiesen ist.

selbst sei mit den Hohenzollern verwandt.¹⁾ Diesen Einflüssen gab der König nach, und es blieb beim Alten; die beiden Verbündeten hatten eine diplomatische Niederlage erlitten. Friedrich sprach durch eine Gesandtschaft²⁾ dem Polenkönig seinen Dank für dessen standhaftes Benehmen aus und benutzte zugleich die Gelegenheit, um einen anderen drohenden Schlag abzuwenden. König Sigmund hatte sich nämlich in Krakau erboten, als Schiedsrichter alle zwischen Wladislav und dem Markgrafen in Betreff des Vertrages schwebenden Differenzen auszugleichen.³⁾ Er erwartete wohl, Wladislav werde das sonderbare Anerbieten annehmen, in der Hoffnung, Recht zu bekommen, Friedrich aber werde es ablehnen und dadurch den Polenkönig erbittern. Natürlich wies der Markgraf diese Einmischung denn auch zurück; charakteristisch aber ist die Art, wie er es that. Er könne sich darauf nicht einlassen, führte er aus,⁴⁾ „denn er kenne den König von Ungarn, und wisse, dass derselbe ihm in dieser Sache ein harter und keineswegs günstig gesinnter Richter sein werde; aber derselbe sei auch gar nicht competent; denn er könne nicht vom Könige von Ungarn, sondern nur von den übrigen Kurfürsten, seinen Brüdern, gerichtet werden.“

Das war ganz im Sinne der Binger Einung gesprochen; bezeichnete Sigmund ihn bloß als Burggrafen von Nürnberg, so gestand er jenem auch nicht mehr den Titel eines Römischen Königs zu; er nennt ihn bloß „den König von Ungarn“.

¹⁾ Brief Martins V. an Wladislav, dat. 1424 Mai 28 Rom, bei Dlugossus XI S. 479—480.

²⁾ Die Gesandtschaft wurde am 8. Mai 1424 von Wladislav empfangen s. den Bericht darüber Cod. ep. Vit. S. 639.

³⁾ Friedrichs Gesandten sagten: „datum est ei (i. e. marchioni) intelligi, quomodo serenissimus rex Hungarie vellet ipsum cum Vestra Serenitate) pro eadem (i. e. affinitate et parentela) judicare“.

⁴⁾ „Quia prefatum d. regem Hungarie noscit et sentit sibi iudicem gravem et non favorabilem in hac causa nec sibi competentem, cum ipse non per d. regem Hungarie sed per ceteros electores imperii, fratres ipsius, debet judicari“.

Während Wladislav im Sommer 1424 eifrig gegen die Husiten rüstete, und auch die Verhandlungen mit den Böhmen abbrach, fasste Sigmund Korybut den Entschluss,¹⁾ auf eigene Hand den Husiten zu helfen. Am 11. Juni brach er mit einem heimlich geworbenen Heere nach Prag auf.²⁾ Wladislav confiszierte sofort seine in Polen gelegenen Güter und sprach den Nachbarfürsten in Briefen seinen Abscheu über des Neffen Vorgehen aus.

Als Sigmund von diesen Vorgängen Kunde erhielt und zugleich davon, dass Wladislav, um seinen Vertragspflichten nachzukommen, eine Schaar von 5000 Mann zum Kampfe gegen die Ketzer habe ins Feld rücken lassen, da wuchs in ihm das schon vorher keimende Misstrauen gegen den polnischen Verbündeten.³⁾ Er argwöhnte, Korybut sei doch nicht ohne dessen Willen ausgezogen, und Wladislav wolle nun unter der Maske des Bundesgenossen durch das polnische Hilfsheer seinem Neffen in die Hände arbeiten lassen, um so Böhmen geschickt in seine, statt in Sigmunds Hand zu bringen. Sigmund liess daher den Truppen seines Bundesgenossen die mährischen Festungen schliessen, und unverrichteter Dinge mussten sie umkehren. Wie an dem Scheitern der früheren Kreuzzüge⁴⁾ war der König selbst auch daran Schuld, dass 1424 aus dem Kreuzzuge nichts wurde; er hat es mit Absicht verhindert. Diese Erkenntnis hat das Auftreten der Kurfürsten in diesem Jahre bestimmt.

Dieselben schickten im April 1424 eine Gesandtschaft nach Ungarn, an deren Spitze zwei mit ihnen eng verbündete Fürsten, die Bischöfe von Würzburg und Speier,

¹⁾ Vorher hatten die Husiten Witold gebeten, er möge doch Korybut wieder zu ihnen senden, Witold aber hatte seiner Vertragspflicht gemäss das abgeschlagen; vgl. Witolds Briefe an die Böhmen (dat. 1424 April 24 Horodlo), an Wladislav (ohne Datum), an Sigmund (dat. 1424 April 26 Prelom), Cod. ep. Vit. S. 632, 633, 635.

²⁾ Dlugossus XI, S. 482.

³⁾ Vgl. Lewicky, Sigmunds Politik gegen Polen, im Arch. f. Oest. Gqu. 68, S. 374—390.

⁴⁾ Vgl. darüber oben S. 168.

standen.¹⁾ Sie fragten an, ob der König überhaupt gewillt sei, gegen die Ketzer etwas zu thun und ermahnten ihn, seinen königlichen Pflichten nachzukommen. Ausserdem boten die fünf übrigen Kurfürsten ihre Vermittelung in dem Streite zwischen Sigmund und Friedrich an. Der König ging darauf ein; er versprach, auf einem Reichstage, den er nach Wien ansetzte, sich durch sie gütlich oder rechtlich mit [dem Markgrafen vereinigen zu lassen und sich bis dahin weiterer Feindseligkeiten zu enthalten.²⁾ Am 7. Juli erstatteten die Gesandten in Mainz ihren Auftraggebern über ihre Erfolge Bericht.³⁾

Inzwischen war auch schon von anderer Seite eine Vermittelung eingeleitet worden. Herzog Albrecht von Oesterreich, Sigmunds Schwiegersohn und zugleich ein Enkel von Friedrichs Schwester Beatrix, versuchte es, den König zu einer Versöhnung zu bewegen. Auf einem, Ende Mai und Anfang Juni⁴⁾ zu Ofen versammelten Hoftage erging sich Sigmund in Schmähungen gegen den Markgrafen, dieser sei ein lügenhafter Verräter und Anstifter vieler Bosheiten, sagte er. Da fiel ihm Herzog Albrecht ins Wort, erinnerte ihn an die vielen Dienste, die ihm Friedrich geleistet habe,

¹⁾ Fast alle Nachrichten die wir über diese Gesandtschaft haben, stammen aus der Instruction für die folgende kurfürstliche Botschaft, D. R. A. VIII 303 und 309, und aus Sigmunds Brief an die Städte, 312; dazu Eb. Windecke cap. 183 u. 193, vgl. v. Bezold II, S. 28—30. Schuster Conflict S. 25—26.

²⁾ D. R. A. VIII, 303, 12.

³⁾ Es war bereits am 8. Mai eine Kurfürstenversammlung nach Mühlhaus anberaumt, deren Geschäftsordnung so wichtig war, dass man dem Markgrafen Friedrich das Fernbleiben nicht gestatten wollte (Cod. ep. Vit. S. 639). Aus derselben scheint aber doch nichts geworden zu sein; Friedrich wenigstens war Mai 1 in Berlin (C. D. B. I, 13 S. 139), Juni 6 in Wittstock (I, 2 S. 81).

⁴⁾ Ueber diesen Hoftag berichtet Eb. Windecke cap. 186, 189, 194, leider sehr verworren, bes. in der Chronologie. So behauptet er irrig (c. 194), Sigmund sei am 8. Juni von Ofen nach Blindenburg übergesiedelt und dort bis zum 24. Aug. geblieben; nach Aschbachs Regesten (III S. 450 f.) urkundete er Juni 22, 25, 28 in Ofen, Juli 11 u. 21 in Blindenburg, Aug. 5 wieder in Ofen, Aug. 15, 17, 20 in Totes.

und wie des Königs Angelegenheiten, solange der Markgraf sie geleitet habe, stets guten Fortgang gehabt hätten, was man doch jetzt nicht mehr sagen könne. Friedrich gelte überall, besonders bei den deutschen Fürsten und Städten, als ein Mann, erprobt in Thaten und Worten, und als Teilnehmer an vielen wichtigen Verhandlungen kenne er auch die Zustände im Reich; daher könne er auch jetzt wieder dem Könige von grossem Nutzen sein, wenn dieser ihm nur seine Gnade wieder zuwenden wolle.¹⁾ Albrecht [war also überzeugt, dass Friedrich eine angebotene Versöhnung gerne annehmen werde; nicht in des Markgrafen, sondern in des Königs Benehmen sah er den Grund für die Fortdauer des Zerwürfnisses.

Sigmund erklärte auf diese Mahnung hin nochmals, er sei bereit, einer Vermittelung nachzugeben, wenn Friedrich persönlich nach Wien kommen wolle, und wiederholte sein Versprechen, auch in Worten den Markgrafen zu schonen. Herzog Heinrich von Landshut, der gleichfalls zugegen war, übernahm es, seinem Schwager von der Lage der Dinge Kenntnis zu geben und ihn zur Reise nach Wien aufzufordern; er that dies auch bald darauf,²⁾ und Friedrich erklärte, er sei gerne bereit, des Königs Verlangen zu erfüllen, müsse sich aber vorher mit seinen Mitkurfürsten besprechen.

So bildete die Beratung dieser Versöhnung einen Gegen-

¹⁾ Bericht über die Gesandtschaft Friedrichs an Wladislaw, D. R. A. VIII, 360, 1, in anderer Fassung bei Caro lib. canc. I, 67 vgl. v. Bezold II, S. 33. Schuster, Conflict S. 27—28.

²⁾ Nach dem cit. Berichte (D. R. A. VIII, 360, 1 und Caro, lib. canc. I, 67) suchte er den Markgrafen persönlich auf, nach dem Instructionsentwurf für die kurf. Gesandten D. R. A. VIII, 302, 12 machte er ihm die Mitteilung schriftlich. Die Zeit des Ereignisses lässt sich genau nicht bestimmen; Herzog Heinrich war Apr. 12 noch in Landshut (Reg. Boica XIII, S. 34), Mai 25 u. 26 in Ofen (S. 36 u. 37), Juni 15 schon wieder in Landshut (S. 38). Herzog Albrecht von Oesterreich war am 7. Mai noch in Wien (Lichnowsky, Gesch. d. Hauses Habsburg, Bd. 5, Reg. 2183—2198), am 25. Mai in Ofen (Reg. 2202), am 19. Juni wieder in Wien (Reg. 2208). Es wird also Ende Mai, spätestens Anfang Juni anzunehmen sein.

stand der Mainzer Verhandlungen. Des Markgrafen Collegen billigten sein Vorhaben, nach Wien zu gehen, nur sollte er damit bis zum bevorstehenden Reichstage warten, und nicht gleich ohne die übrigen Kurfürsten an den Hof reisen,¹⁾ wie er zuerst gewollt hatte.

Der kurfürstliche Gesandte Konrad von Bickenbach wurde anfangs beauftragt, dies dem Könige mitzuteilen; er sollte ferner das Kommen von vier Kurfürsten nach Wien in Aussicht stellen, wenn der König keinen bequemer gelegenen Ort zugestehen wolle; im übrigen aber sollte er eine äusserst rücksichtslose, dem Geiste der Binger Beschlüsse entsprechende Sprache gegen Sigmund führen.²⁾

Von Mainz begaben sich die Rheinischen Kurfürsten zu einer engeren Beratung nach Lahnstein, der Markgraf und der Herzog von Sachsen zogen den Main aufwärts. Noch von Mainz aus hatten Erzbischof Konrad, Markgraf Friedrich und der Bischof von Würzburg an den König geschrieben, sie würden ihm Hülfe gegen die Husiten leisten und nach Wien kommen, wenn auch die übrigen Kurfürsten den Reichstag besuchen würden.³⁾

In Würzburg angelangt, erhielten die Fürsten Briefe von dem sächsischen Commandanten von Brüx und vom Könige von Polen; der eine berichtete von den gefährlichen Fortschritten der Husiten in Nordböhmen, der andere von dem unerwarteten Unternehmen Korybuts.⁴⁾ So drohend schien ihnen hierdurch die Lage geworden zu sein, dass sie es nicht mehr für ratsam hielten, den angeschlagenen Ton dem Könige gegenüber festzuhalten, und ihre Rheinischen Collegen

¹⁾ Vgl. den Instructionsentwurf D.R.A. VIII, 303, 12, wo die Kurfürsten dem Könige sagen lassen wollen: „wenn derselbe marggraff willen hett, vor uns sich zu seinen gnaden zu fügen, nachdem im herzog Heinrich ernstlich geschrieben hat, so haben wir in enthalten, in mit uns zu bringen“. Der Entwurf ist um den 7. Juli 1424 verfasst, vgl. Kerler in D.R.A. VIII S. 355 Anm. 3.

²⁾ Vgl. bes. D.R.A. VIII, 308, 4.

³⁾ Brief der drei gen. Fürsten an Sigmund, dat. 1424 [Juli 12] Mainz, D.R.A. VIII, 305.

⁴⁾ Es ist unzweifelhaft, dass der Brief Wladislavs an die Deutschen

aufforderten,¹⁾ der Instruction für die Gesandten eine mildere Fassung zu geben.²⁾ Diese entsprachen dem Verlangen auf dem Tage zu Lahnstein; die scharfen, für Sigmund demütigenden Artikel wurden ausgemerzt, dafür aber jetzt Wien als Ort der Zusammenkunft verworfen und gefordert, der König solle nach Regensburg kommen oder Gesandte dahin schicken.³⁾ Der Passus, in welchem Markgraf Friedrichs Ankunft in Aussicht gestellt war, wurde ebenfalls weggelassen; denn auch dessen Reise war ja nun so lange ins Ungewisse verschoben, bis Ort und Zeit des nächsten Reichstages feststand.

Die kurfürstliche Gesandtschaft wurde von Sigmund am 27. August in Ravasgessö bei Komorn empfangen;⁴⁾ er verweigerte jede Verlegung des Reichstages aus Wien und bestimmte als Termin den 25. November. Er war damals noch überzeugt, selbst wenn die übrigen Kurfürsten überhaupt nicht erscheinen würden, so werde Friedrich doch allein kommen.⁵⁾ Er hatte diesem bereits ein Zeichen seiner versöhnlichen Gesinnung gegeben, indem er ihn beauftragte, in seinem Namen die Fehde zwischen dem Pfalzgrafen und dem Markgrafen von Baden zu schlichten.⁶⁾

Fürsten dat. [1424 Juni zw. 18 u. 24] Zneyne (Caro, lib. canc. I, 12, Palacky, Urk. B. I, 30, Cod. ep. Vit. S. 656) der den Kurfürsten in Würzburg überbrachte war.

¹⁾ Brief der drei erwähnten Fürsten an die Rheinischen Kurfürsten, dat. 1424 Juli 16 Würzburg, D.R.A. VIII, 307.

²⁾ Die endgültige Fassung s. D.R.A. VIII, 309.

³⁾ Es verdient wohl bemerkt zu werden, dass Markgraf Friedrich unter den Fürsten sich befand, welche für die Milderung ihre Stimme erhoben; das passt doch nicht recht zu der herrschenden Ansicht, dass er eigentlich der Vertreter der „schärfsten Tonart“ innerhalb des Collegiums gewesen sei.

⁴⁾ Bericht der Gesandten an die Kurfürsten, ohne Datum [1424 nach Aug. 27], D.R.A. VIII, 311.

⁵⁾ D.R.A. VIII, 311, 9: „Dann der marggraff von Brandenburg, der wirdet sust ane des zu uns kommen“.

⁶⁾ Brief Sigmunds an Friedrich, dat. 1424 Juli 14 Ofen D.R.A. VIII, 306. Bei Sigmunds Character kann man freilich nicht wissen, ob dieser

Friedrich dachte allerdings noch immer an die Ausführung der geplanten Reise nach Wien, aber freilich wünschte er vorher Gewissheit über die Bedingungen zu haben, unter denen Sigmund mit ihm Frieden schliessen wollte. Er bat¹⁾ daher den königlichen Hofmeister, Graf Ludwig von Oettingen, der in der bairischen Fehde sein Bundesgenosse gewesen war, sich über Sigmunds Absichten zu vergewissern.

Als der Oettinger Graf beim Könige ankam und die Rede auf diesen Gegenstand brachte, bestand des Königs wenig ermutigende Entgegnung in neuen masslosen Schmähungen auf Friedrich; seine Stimmung war eben durch die Erklärung der kurfürstlichen Gesandten wieder erbitterter geworden. Als er sich wieder etwas beruhigt hatte, sagte Sigmund: als Vorbedingung der Versöhnung verlange er von dem Markgrafen Auslieferung der Bundesurkunde von Krakau, des polnisch-brandenburgischen Ehevertrages und der Bundesurkunde von Bingen,²⁾ damit also Lossagung von diesen Verträgen. Er fügte hinzu, den Ehevertrag könne der Markgraf schon deshalb ganz unbesorgt ausliefern, weil König Wladislav ihn versichert habe, er werde seine Tochter dem jüngeren Friedrich doch niemals geben; eine Behauptung, welche uns wieder zeigt, wie wenig wählerisch Sigmund in seinen Mitteln war, denn sie besagte das gerade Gegenteil

Auftrag nicht wieder eine Schlinge war, ob er nicht darauf berechnet war, den Markgrafen mit dem Pfalzgrafen zu verfeinden; dies nehmen Kerler D.R.A. VIII, S. 363 Anm. 1 und Schuster Conflict S. 41 gegen v. Bezold II S. 42 an. Sicher ist die Frage nicht zu entscheiden.

¹⁾ Von den beiden Fassungen des mehrfach erwähnten Gesandtschaftsberichtes erwähnt nur die eine (Caro, lib. canc. I, 67) des Markgrafen Initiative: „premisit autem ante se comitem de Huting“; die andere (D.R.A. VIII, 360, 1) sagt nur: „medio autem tempore d. comes de Hutting ad presenciam dicti d. regis pervenit“. Aber dass Friedrich und der Graf in Verbindung standen, erhellt daraus, dass der Graf jenem sofort über die Unterredung Bericht erstattete.

²⁾ Vgl. den cit. Bericht; die Fassung D.R.A. VIII, 360, 1 ist hier ausführlicher; der Verfasser der anderen hat nur das für Polen wichtige aufgezeichnet. Vgl. v. Bezold II S. 55—56.

der Wahrheit. „Wolle der Markgraf“, sagte der König zum Schlusse, „das nicht thun, so habe es gar keinen Zweck, dass er zu ihm komme oder ihm noch weiter Versöhnungsvorschläge mache“. ¹⁾

Was Sigmund verlangte, war eine völlige Unterwerfung Friedrichs; dieser sollte durch Annullirung seiner dem Könige misfälligen Massregeln bekennen, dass er Unrecht gethan habe, als er eine selbstständige Politik zu treiben unternahm. Das war keineswegs des Markgrafen Meinung; er wollte wohl eine Versöhnung, aber keine Unterwerfung; war er doch in dem bisherigen Kampfe keineswegs der Besiegte, sondern stand in Reihe und Glied mit seinen Collegen dem Könige ebenbürtig gegenüber. In diesem Sinne war denn auch seine Antwort auf Sigmunds Verlangen gehalten.

Von den Binger Verträgen, liess der Markgraf erwidern, ²⁾ könne er nicht zurücktreten „denn“, so führte er aus, „die Herren Kurfürsten des Reichs sind meine Herren und älteren Collegen, deren Befehlen als gerechten und ehrenvollen ich mich verpflichtet fühle immer in Demut zu gehorchen; und in jenen Urkunden ist auch nichts zu finden,

¹⁾ Ueber den Zeitpunkt dieser Unterredung wissen wir leider nichts; jedenfalls waren am 27. August die Verhandlungen noch im Gange, dies ist also der terminus post quem; der Bruch war bereits eingetreten, als Sigmund die Copien seiner Verträge mit Friedrich an Witold schickte (s. unten S. 187), also am 25. November; aber bereits der Vorladungsbrief vor das Hofgericht vom 18. September scheint mir ein unzweifelhaftes Zeichen der wieder ausgebrochenen Zwietracht zu sein. Der Geleitsbrief, welchen der König dem Markgrafen am 16. Oktober ausstellte (Minutoli I, S. 78 C. DB. III, 1 S. 186), auf welchen v. Bezold II, S. 55 u. 56 Anm. 2 die Behauptung gründet, die Unterredung habe nach dem 16. Okt. stattgefunden, beweist das doch nicht. Sigmund konnte bereits überzeugt sein, dass Friedrich nicht kommen werde, und ihm doch den Geleitsbrief senden, um jede Berufung auf eine Unterlassung von seiner Seite abzuschneiden, wenn der Markgraf nicht vor dem Hofgerichte erschien. Ist aber die Vorladung vom 18. September ein Zeichen des erfolgten Bruches, so muss vorher schon über die Unterredung an Friedrich berichtet und dessen Antwort zurückgekommen sein, dass Gespräch selbst also unmittelbar nach dem 27. August stattgefunden haben.

²⁾ D. R. A. VIII, 360, 1.

was gegen das Römische Reich oder den Römischen König selber ginge, sondern der ganze Inhalt derselben ist darauf berechnet, für die Ehre des genannten heiligen Reiches und der gesamten Christenheit zu sorgen, wie aus ihrem Wortlaute klar hervorgeht“. Auch die Aufhebung seiner Verträge mit Polen lehnte er ab, und begründete das so: „Schon lange habe ich mich von ganzem Herzen danach gesehen, mit dem Herrn Könige von Polen Freundschaft zu schliessen und ein aufrichtig gemeintes Bündnis mit ihm zu erlangen; nun, wo ich dies mit Gottes Hülfe erlangt habe, werde ich nie in seine Auflösung willigen, sondern es stets mit unverbrüchlicher Treue halten, besonders da Gott sei Dank nichts darin enthalten ist, was irgendwie dem Herrn Römischen Könige zu Nachteil oder Schimpf gereichen könne. Und dafür berufe ich mich auf den genannten Herrn König von Polen; denn Seine Hoheit wird nichts anderes darüber aussagen, wie ich es jetzt thue. Auch würde der König von Polen, der selbst ein Mann von Ehre ist, nie etwas von mir verlangt haben, was meiner Ehre hätte Abbruch thun können; und er hat auch so etwas nicht verlangt“. In Bezug auf den Ehevertrag endlich antwortete er, „er vertraue Gott und dem Herrn Könige von Polen, einem Fürsten, der in der ganzen Welt wegen seiner Zuverlässigkeit gepriesen sei, dass er jenes Eheversprechen, das zwischen seinem Sohne und der Tochter des Königs verabredet sei, zu glücklicher Vollendung bringen werde, und er, der Markgraf, trete um nichts in der Welt von diesem Ehevertrage zurück; und sollte dieser, was fern sei, von irgend einem gebrochen werden, so würde die Auflösung desselben nur unter der schwersten Gefahr der Welt bekannt werden können“.

Friedrich brach also die Verhandlungen damit ab und gab die Reise an den Hof ganz auf.¹⁾ Sigmund antwortete mit zwei Gegenmassregeln: er lud den Markgrafen in

¹⁾ Droysen I, S. 474 f. und Voigt, Erwerbung der Neumark S. 188 nehmen fälschlich Friedrichs Anwesenheit auf dem Wiener Reichstage an.

dessen Streitsache mit Ludwig von Ingolstadt von Neuem vor das Hofgericht¹⁾ und begann sofort wieder das Intriguen-
spiel gegen ihn an den Höfen von Polen und Litthauen. Er
sandte ihnen jetzt die Documente zu, welche seine frühere
Behauptung, Friedrich sei nur Pfandbesitzer der Mark, er-
weisen sollten. Die Slavenfürsten sollten daraus ersehen,
„wie und unter welchen Einschränkungen der Burggraf von
Nürnberg die Mark inne habe.“²⁾

¹⁾ Vorladungsbrief an Friedrich, dat. 1424 Sept. 18 Totes, erwähnt bei Lang, Ludwig der Bärtige S. 120. — Während der Zeit der Annäherung hatte die Klage geruht, obgleich der Markgraf den ihm gesetzten Termin ganz unbeachtet gelassen hatte.

²⁾ Brief Sigmunds an Witold, dat. [1424 November 25 Wien], Caro lib. canc. I, 59, D.R.A. VIII, 332.

X.

Die Versöhnung.

Als Sigmund durch die erneute Vorladung vor das Hofgericht den Kampf wieder begonnen hatte, sann Friedrich auf neue Mittel zur Verteidigung. Er versuchte zunächst, sich mit Ludwig von Ingolstadt über dessen Klage direct zu verständigen. Aber auf die Vorschläge einer schiedsrichterlichen Entscheidung, welche er mehrfach an Ludwig den Jüngeren und die geschädigten Gemeinden, um die es sich handelte, gelangen liess,¹⁾ erhielt er nicht einmal eine Antwort.

Anfang November begab sich der Markgraf zu einer Beratung mit seinen Bundesgenossen nach Aschaffenburg, wo auch die Kurfürsten von Mainz und Pfalz in Person, die übrigen durch Gesandte vertreten waren.²⁾ Man verhandelte sehr geheim; die anwesenden Städteboten konnten über den Gegenstand der Beratungen nichts erfahren. Hier wurde jedenfalls die Absendung einer neuen Gesandtschaft an den König beschlossen. Diese erhielt vermutlich zwei Aufträge, welche unter einander nicht recht in Einklang zu stehen scheinen. Durch sie wird wahrscheinlich Markgraf Friedrich seinen Protest gegen die Ladung vor das Hofgericht nach

¹⁾ Vgl. die Briefe Friedrichs an Ludwig d. Jüngeren, dat. 1424 Aug. 21 Uffenheim (Minutoli I, S. 186 mit falschem Datum Aug. 9) und 1424 Okt. 13 Schönberg (Minutoli I, S. 188), sowie an die Gemeinde Langenzenn, dat. 1424 Sept. 20 Cadolzburg (Minutoli I, S. 187).

²⁾ Vgl. den Brief an die Nürnberger Gesandten beim Könige, dat. 1424 Nov. 27 [Nürnberg] D. R. A. VIII, 337.

Wien geschickt haben, dem die übrigen Kurfürsten mit der Erklärung beitraten, dass der Markgraf nicht also gefordert sei, wie man einen Fürsten und Kurfürsten des Reiches billig fordern solle; denn ein solcher könne nur von seinen Collegen unter dem Vorsitz des Königs gerichtet werden.¹⁾ Während dieser Protest den Bund noch auf dem alten Binger Standpunkte zeigt, ist es auffällig, dass die Kurfürsten gleichzeitig erklären liessen, sie wären nur durch dringende Abhaltungen gehindert worden, den Wiener Reichstag zu besuchen und würden daher am 22. Februar 1425 zum Könige nach Wien zu einer persönlichen Besprechung kommen.²⁾ Sie erboten sich also jetzt freiwillig, das zu thun, was sie vor ein paar Monaten trotz des dringenden Wunsches Sigmunds verweigert hatten. Vielleicht befürchteten sie, dass der König sich hinter ihrem Rücken mit den zahlreich in Wien erschienenen Städten verbünden werde und hofften, durch die Ankündigung ihrer Ankunft die Abhaltung des Tages hinauszuschieben.

Noch bevor der Wiener Reichstag seine Beratungen begann, trat ein unerwartetes Ereignis ein: am 31. Oktober 1424 wurde dem Könige Wladislav, dem sechsundsiebzehnjährigen Greise, ein Sohn geboren. Damit war die Thronfolge der Prinzessin Hedwig stark in Frage gestellt, und der vielumstrittene Ehevertrag verlor erheblich an Bedeutung; der von Sigmund so lebhaft befürchtete Fall, dass der Sohn seines verhassten Gegners demnächst den Thron des Nachbarreiches besteigen werde, war sehr unwahrscheinlich geworden. Freilich, der neugeborene Knabe konnte ja leicht wieder sterben, und deshalb hörte der Streit über den Ehepact auch jetzt noch nicht auf. Friedrich hielt nach wie vor an demselben

¹⁾ Vgl. Lang, Ludw. d. Bärt. S. 121, wo leider Datum und genauere Form des Protestes nicht angegeben sind; auch sonst finde ich diesen nirgends gedruckt. Da er nach Langs Angabe ungefähr in diese Zeit fallen muss, so ist es wahrscheinlich, dass eben diese Gesandtschaft ihn nach Wien überbrachte.

²⁾ Vgl. Sigmunds Brief an verschiedene Städte, dat. 1425 Januar 29 Wien. D. R. A. VIII, 336.

fest, und Sigmund suchte noch immer den König Wladislaw zur förmlichen Auflösung der Verlobung zu bewegen. Er behauptete jetzt sogar, Friedrich habe als blosser Pfandinhaber der Mark garnicht das Recht, der Braut seines Sohnes ihr Wittum auf märkische Schlösser und Ortschaften zu versichern, wie das in dem Vertrage geschehen war.¹⁾ Der Zwischenfall äusserte also zunächst auf das Verhältnis Sigmunds zu dem Markgrafen keine erkennbare Wirkung.

Sechs Wochen nach dem festgesetzten Termin, am 6. Januar 1425, traf der König in Wien zum Reichstage ein.²⁾ Er nahm sofort seinen früheren Plan wieder auf, mit den Städten und Reichsrittern in Verbindung zu treten. Er legte ein ziemlich allgemein gehaltenes Programm für seine künftig im Reiche zu befolgende Politik vor,³⁾ und forderte ihre Unterstützung zu dessen Durchführung, sowie kriegerische Hülfe gegen die Husiten; für die letztere Forderung aber wurde ein so allgemeiner Ausdruck gewählt, dass derselbe nicht blos auf die Böhmen, sondern auch auf andere Gegner des Königs gedeutet werden konnte.⁴⁾

Die Mehrzahl der Städteboten erwiderte wie gewöhnlich, sie hätten keine ausreichende Vollmacht, seien aber bereit, dem Könige an einem späteren Termin zu antworten; nur eine Gruppe von sieben elsässischen Städten ging darauf ein, dem Könige ein schriftliches Hilfsversprechen in der von diesem verlangten Form zu geben und empfing dafür von ihm eine Gegenverschreibung.⁵⁾

¹⁾ Vgl. den Gesandtschaftsbericht, D.R.A. VIII, 360, 4.

²⁾ Brief Haupts von Pappenheim an Nördlingen, dat. 1425 Jan. 7, erwähnt bei v. Bezold II S. 58 Anm. 3 und Kerler D.R.A. VIII, S. 337.

³⁾ D.R.A. VIII, 331. Kerler scheint mir das Aktenstück mit Recht auf den Wiener Tag zu setzen, das von ihm beigesetzte Datum [1424 November 25] aber halte ich nicht für richtig; kam doch Sigmund erst am 6. Januar nach Wien, und wird also auch erst nachher seine Vorschläge gemacht haben. Ich würde also datiren [1425 nach Januar 6].

⁴⁾ „Contra quoslibet suos rebelles et inimicos“ s. d. Gesandtschaftsber. D.R.A. VIII, 360, 6.

⁵⁾ Dies geht hervor aus dem Bericht der Elsässer Städte an Strassburg, dat. 1425 April 11, D.R.A. VIII, 348, „aber von des zusagendes

Da so Aussicht war, die Städte zu gewinnen, wies Sigmund das Anerbieten der Kurfürsten, noch nach Wien kommen zu wollen, kurz zurück, da eine neue Beratung den Husitenkrieg nur aufhalten werde.¹⁾ Nach der Auflösung des Tages gab er dann denjenigen Städten, die sich ihm verschrieben hatten, zu verstehen, dass die Rebellen, gegen die er ihre Hülfe wolle, eigentlich die Kurfürsten seien,²⁾ und verlangte von den übrigen eine endgültige Antwort auf seine Forderung. Als die Städte aber seine wahre Absicht dabei erkannten, zogen sie sich mit einigen inhaltsleeren Redensarten von der gefährlichen Angelegenheit zurück.³⁾ Einige von ihnen erstatteten sogar den Kurfürsten über alles Vorgehende Bericht,⁴⁾ so dass diese genau wussten, woran sie waren. Ihre Erbitterung gegen den König stieg, und im März 1425 schien so wenig Aussicht auf eine Verständigung vorhanden, dass Konrad von Weinsberg sagen konnte: „Es ist zu besorgen, dass er und seine Kurfürsten gar langsam zusammenkommen, oder vielleicht nimmer.“⁵⁾

Aber Sigmund suchte nun den Bund in den einzelnen Gliedern zu treffen; und gerade gegen den von ihnen, welchen

wegen unserem Herrn dem kunige nach siner vorderunge, do hant ir uf dem tage zu Brisach wol gehort, wie wir gegen unsern allergnedigsten herrn dem kunige {verschriben sint und wie wir des siner kuniglichen gnaden Gegenbriefe habent“. . . . Auf diese Verschreibung bezieht sich also Friedrichs Aussage in dem Bericht D.R.A. VIII, 360, 6: „et demum contra quoslibet suos rebelles et inimicos obligaverunt prestituros (sc. auxilia) ab eis literas obligatorias extrahxit“. Beide Angaben stützen und ergänzen sich gegenseitig, und es ist also nicht gestattet, wie Schuster Conflict S. 53 Anm. 5 thut, die Aussagen des Markgrafen einfach als tendenziös über Bord zu werfen.

¹⁾ Brief Sigmunds an versch. Städte, dat. 1425 Jan. 29 Wien D.R.A. VIII, 336.

²⁾ Vgl. den Gesandtschaftsber, D.R.A. VIII, 360, 6.

³⁾ Eine Minderzahl unter den Städten war allerdings bereit, auf Sigmunds Plan einzugehen. Unsere Nachrichten sind hier sehr mangelhaft, vgl. bes. DRA. VIII, 340, 353, 358.

⁴⁾ vgl. den Bericht Nürnbergs an Markgraf Friedrich über den Wiener Reichstag, dat. 1425 Jan. 28. DRA. VIII, 335.

⁵⁾ in s. Briefe an einen ungen. Vertrauensmann, dat. 1425 März 19 DRA. VIII, 345.

er am meisten hasste, gegen Markgraf Friedrich, fehlte es ihm augenblicklich nicht an Bundesgenossen. Der Krieg, welchen die Pommernherzöge im Frühjahr 1426 gegen den Markgrafen eröffneten, lag ebenso sehr in Sigmunds wie in ihrem Interesse. Am 15. Februar fiel Prenzlau den Herzogen von Stettin in die Hände,¹⁾ wie behauptet wurde, durch Verrat. Dieser Erfolg ermutigte die Nachbarn zum Anschluss; am 1. Mai verbündeten sich einige der Mecklenburger Herzoge mit den Pommern. Sigmund begünstigte die Alliierten, und König Erich von Skandinavien nahm nur deshalb noch nicht am Kampfe gegen Friedrich teil, weil er auf der Rückkehr von Jerusalem am ungarischen Hofe weilte. Er zögerte dort mit der Weiterreise, weil er dem König Wladislav misstraute, seit dieser sich in der Verlobungsfrage unnachgiebig gezeigt hatte. So verlangte er jetzt ungewöhnlich verclausulierte Geleitsbriefe, bevor er polnisches Gebiet betrat.²⁾ Dieser Umstand wurde von Friedrichs Gegnern benutzt, um dem alten Wladislav einzureden, der Markgraf habe durch einen Gesandten den König Erich vor der Reise durch Polen gewarnt: er werde dort gefangen genommen werden.³⁾

Jedenfalls sahen also Friedrichs Gegner es darauf ab, auch den Polenkönig auf ihre Seite zu ziehen. Um ihnen entgegenzuwirken, schickte der Markgraf eine Gesandtschaft nach Polen, welche am 29. Mai von Wladislav in Inovraclav empfangen wurde. Ausführlich liess er dem Könige auseinandersetzen, wie seine Versöhnung mit Sigmund im vorigen Jahre nur an des Königs unerfüllbaren Forderungen gescheitert sei, wie dieser unter anderem behauptet habe, Wladislav wolle den Ehevertrag nicht erfüllen. Dann fuhren die Gesandten so fort:

¹⁾ vgl. Riedel II S. 473—490, Barthold, G. v. Pom. u. R. IV S. 66 ff.

²⁾ Der polnische Geleitsentwurf, Caro, lib. can. I, 64 A wurde von Erich zurückgewiesen, und ein Gegenentwurf, 64 B, nach Krakau zur Ausfertigung übersandt.

³⁾ vgl. den Gesandtschaftsbericht DRA. VIII, 360, 5, Caro, lib. can. I, 67.

„Der Markgraf¹⁾ setzt Ew. Hoheit dies alles in tiefer Bekümmernis auseinander, und erklärt, dass er jene Gehässigkeiten, Belästigungen und Verfolgungen durch den Römischen König nur deshalb erduldet hat und noch erduldet, weil er mit Ew. Hoheit und dem Grossfürsten das Bündnis geschlossen hat; denn Ew. Hoheit wird wohl recht gut wissen, dass er vor dem Bestande dieses Bündnisses mit vielen Gnaden, Gunstbezeugungen und Geschenken von demselben Römischen Könige bedacht worden ist.²⁾ Aber, selbst wenn er noch Härteres erdulden müsste, wird er doch von dem vereinbarten Freundschaftsvertrage niemals lassen. Wenn ausserdem der Römische König Euch etwas Gehässiges oder Beleidigendes über den Markgrafen schreiben oder durch Gesandte berichten lassen sollte, so müsst Ihr bedenken, dass der genannte König stets darauf ausgeht, den Markgrafen und seine Söhne nicht nur an Gut und Leib, sondern auch an ihrer Ehre, auf welche Weise er nur vermag, ganz zu verderben und in alles Unglück zu bringen als sein und seiner Söhne Feind. Ew. Hoheit geruhe also, solchen Verläumdungen keinen Glauben zu schenken und an den geschlossenen Verträgen so festzuhalten, dass sie, wie der Markgraf zuversichtlich erwartet, durch keine Verläumdung und keine Bitten irgend jemandes aufgelöst werden können; widrigenfalls würden die Kinder, deren Verbindung geplant ist, schweren Unzuträglichkeiten und Gefahren nicht entgehen.“

Sodann liess Friedrich durch diese Botschafter einzelne ihm zu Ohren gekommene Verläumdungen widerlegen; so wurde auf die Beschuldigung, dass der Markgraf König Erichs Mistrauen gegen Polen hervorgerufen habe, treffend erwidert, Friedrich werde doch seinen gefährlichsten Feind nicht von den ihm drohenden Gefahren benachrichtigen.

Endlich folgte eine Beschwerde über die Stettiner

¹⁾ DRA. VIII, 460, 2. Caro, lib. canc. I. 67.

²⁾ So die Fassung bei Caro; der entsprechende Satz in der Fassung der DRA. ist wohl durch unrichtiges Mitschreiben seitens des Aufzeichnenden unverständlich geworden, vgl. Kerler in DRA. VIII S. 426 Anm. 3.

Herzoge, welche ohne vorangegangene Absage in die Mark eingefallen seien, und die Bitte, dem Markgrafen gegen diese Feinde Hülfe zu leisten. Die deutschen Kurfürsten hätten ihm ebenfalls zu dem bevorstehenden Kriege ihre Hülfe zugesagt; in fünf Wochen werde eine grosse Kriegsmacht in Pommern einrücken, da die Erzbischöfe von Mainz und Köln, der Pfalzgraf, der Herzog von Sachsen und der Bischof von Würzburg in Person, die Erzbischöfe von Trier und Magdeburg durch Sendung von Truppen an dem Zuge sich beteiligen würden. Vorher werde jedoch am 3. Juni eine Kurfürstenversammlung in Würzburg stattfinden, zu welcher der Mainzer Erzbischof sie alle bei Strafe des Verlustes ihrer Kurstimme entboten habe.

Nach dieser Auseinandersetzung, auf welche Wladislav nur erwiderte, er könne ohne den Rat seiner Barone keine definitive Antwort geben, könnte es scheinen, als ob damals der Kurfürstenbund noch in fest geschlossener Einheit für seine Principien einzutreten bereit gewesen sei. Ja, es scheint sogar für die geplante Würzburger Versammlung der entscheidende Schritt im Kampfe gegen Sigmund, die Absetzung des Königs, auf der Tagesordnung gestanden zu haben; sonst würde der Erzbischof von Mainz die Kurfürsten nicht bei Verlust der Rechte, welche ihnen bei der Wahl zuständen,¹⁾ dazu geladen haben. Aber von allen den Maassregeln, welche Markgraf Friedrich mit so grosser Zuversicht dem polnischen Hofe als bevorstehend meldete, gelangte keine zur Ausführung. Innerhalb des Kurcollegiums selbst brachen Streitigkeiten aus, welche in ganz kurzer Zeit eine vollständige Sprengung der Binger Einung herbeiführten.

Leider wissen wir von der Entstehung der Differenzen im einzelnen, von der allmählichen Vorbereitung der entscheidenden Schritte garnichts. Vermutlich ging der Plan einer Absetzung des Königs den gemässigten Bundesmitgliedern zu weit und brachte so die schon vorher im Keime

¹⁾ „Sub pena privacionis jurisdictionis sue, quam in eleccione obtinent.“

vorhandenen Zwistigkeiten zum offenen Ausbruch.¹⁾ Wir wissen nicht, ob die Würzburger Versammlung überhaupt zustandekam; jedenfalls war sie nicht vollzählig besucht, denn Herzog Friedrich von Sachsen befand sich gerade in den ersten Tagen des Juni auf der Reise nach Ungarn zu Sigmund.²⁾

Sehr überraschend aber ist es, dass König Sigmund in einem Schreiben vom 10. Juni sagt,³⁾ sämtliche sechs Kurfürsten hätten an ihn den Grafen Adolf von Nassau geschickt und durch diesen ihre Bereitwilligkeit erklären lassen, mit dem Könige zu einer Beratung über die Angelegenheiten des Reiches und der Christenheit zusammenzukommen. An der Thatsache dieser Gesandtschaft kann man nicht zweifeln, aber wann und unter welchen Umständen sie erfolgte, wie sie in die Zeitereignisse ihrem Ursprunge nach einzufügen ist, wie es endlich zu erklären ist, dass die Kurfürsten gleichzeitig eine solche Botschaft abschickten und die Absetzung des Königs planten, auf diese Fragen sicher zu antworten, ist nach dem Stande des vorliegenden Materials unmöglich.⁴⁾

König Sigmund ging, da seine städtische Politik wieder gescheitert war, bereitwillig auf das Anerbieten ein und erklärte, er sei gerne bereit, in Wien mit den Kurfürsten zu tagen und überlasse ihnen völlig die Bestimmung des

¹⁾ Auffallend ist, dass schon am 16. Dezember 1424 Kurmainz und Kurköln ein Sonderbündnis schlossen (v. Bezold II, S. 63); man muss darin doch wohl ein Zeichen der abnehmenden Einigkeit unter den Kurfürsten erblicken. Auch zeigt uns die Denkschrift des Pfalzgrafen Ludwig, D.R.A. VIII, 417, dass seit 1422 trotz der formellen Aussöhnung von 1423 die Spannung zwischen diesem und Erzbischof Konrad von Mainz fortwährend gewachsen war, bis sie in der Zeit der grössten Schwäche des Bundes, im Sommer 1426, in offene Zwietracht überging.

²⁾ Am 25. Mai urkundete er noch in Weissenfels (Horn, Friedr. d. Streitbare Urk. No. 304 S. 900); am 4. Juni kam er durch Regensburg Oefele, Script. I, 24.

³⁾ D.R.A. VIII, 363.

⁴⁾ Diese Schwierigkeit scheint Schuster, Conflict, S. 55 ff. gar nicht bemerkt zu haben, wie er überhaupt nur Kerler und v. Bezold zu umschreiben pflegt.

Termins. Er übersandte sofort dem ganzen Kurcollegium und einzelnen Mitgliedern desselben Geleitsbriefe,¹⁾ und forderte die Städte auf, zu dem Termin, den die Kurfürsten bestimmen würden, ebenfalls Bevollmächtigte nach Wien zu senden.²⁾

Bald darauf muss Herzog Friedrich von Sachsen am königlichen Hoflager eingetroffen sein. Er war der erste, welcher offen seinen Abfall von der Binger Einung erklärte. Am 25. Juli schloss er mit Sigmund ein enges Bündnis,³⁾ in welchem er seine bisherigen Verbündeten nicht einmal ausnahm; er versprach dem Schwiegersohne des Königs, Albrecht von Oesterreich, seine Stimme bei der nächsten Königswahl und empfing dafür die feierliche Belehnung mit dem Herzogtum Sachsen und der Kurwürde (1. August)⁴⁾.

Unter diesen Umständen wird Friedrich von Sachsen kaum noch daran gedacht haben, sein dem Markgrafen gegebenes Versprechen persönlicher Hilfsleistung gegen die Pommern zu erfüllen. Und auch die anderen Fürsten, welche derartige Zusagen gemacht hatten, hielten sie nicht, da sie meist in eigene Fehden verwickelt waren; so lag Konrad von Mainz gegen den Landgrafen von Hessen, Pfalzgraf Ludwig gegen den Markgrafen von Baden zu Felde. Vergebens suchte Markgraf Friedrich diese Fehden durch seine Vermittelung beizulegen,⁵⁾ um dadurch die versprochene Hülfe zu erlangen. Er musste sich endlich entschliessen, allein den Kampf auf sich zu nehmen; nur sein Schwager Heinrich von Landshut unterstützte ihn mit einer Reiterschaar.

Mitte September kam der Kurfürst mit einem Heere in die Mark,⁶⁾ und bald darauf erfolgten die ersten Zusammen-

¹⁾ Geleitsbrief Sigmunds für die 6 Kurfürsten, dat. 1425 Juni 9 Ofen, D.R.A. VIII, 362; für Friedrich von Brandenburg besonders, dat. 1425 Juni 12 Ofen, erwähnt bei Minutoli I, S. 78.

²⁾ Brief Sigmunds an verschiedene Städte, dat. 1425 Juni 10 Ofen, D.R.A. VIII, 363.

³⁾ Urkunden bei Horn, Friedrich der Streitbare, No. 305—307, S. 900 ff.

⁴⁾ Urkunde bei Horn No. 308 S. 906.

⁵⁾ Vgl. v. Bezold II, S. 63 u. 64.

⁶⁾ Am 22. September war er in Treuenbrietzen und richtete von da

stösse mit den Feinden. Eine Zeit lang wurde mit wechselndem Erfolge gekämpft;¹⁾ als dann aber Hülfsstruppen aus dem Ordenslande und Polen den Pommern und Mecklenburgern zu Hülfe kamen, als ferner ein Angriff Friedrichs auf Schloss Vierraden gänzlich fehlschlug, so dass er Geschütz und Gepäck im Stiche lassend fliehen musste, da war es klar, dass für diesmal die Partie verloren gegeben werden musste.

Am niederdrückendsten war es für den Markgrafen, dass er trotz aller Bemühungen Polen auf der Seite seiner Gegner sah. Mochte nun Wladislav jene Hülfsstruppen selbst geschickt, oder nur ihren freiwilligen Zuzug zu den Pommern nicht gehindert haben,²⁾ jedenfalls entsprach seine Haltung dem bestehenden Bundesvertrage nicht. Er war jetzt ganz unter die Herrschaft Zbygniew Olesnickys und seiner Partei geraten; Witold wurde den polnischen Angelegenheiten absichtlich ferngehalten, und zwischen den beiden Vettern brach nicht lange darauf offene Zwietracht aus.

Während hier im Norden die Entscheidung der Waffen gegen den Markgrafen ausfiel, verhandelten seine Kollegen mit Sigmund weiter über den bevorstehenden Reichstag. Sie tagten im November in Mainz und beschlossen hier, am 9. Februar 1426 beim Könige in Wien zu sein,³⁾ forderten aber andere Geleitsbriefe. An diesem Verlangen scheiterte das Kommen der Rheinischen Kurfürsten, denn die Briefe wurden ihnen nicht zur rechten Zeit zugestellt, und so blieben sie zu Hause.⁴⁾ Sie verlangten von dem Markgrafen,

aus (C.D.B. II, 3 S. 461) an die Herzogin Siliola von Sachsen die Bitte, ihm Geschütze zu leihen. Wer diese Herzogin Siliola war, weiss ich nicht zu sagen; in Cohns Stammtafeln kommt sie weder bei den Askaniern, noch bei den Wettinern vor.

¹⁾ Vgl. Voigt, Erw. d. Neumerk S. 190—191.

²⁾ Das ist aus den allgemeinen Ausdrücken der Quellen nicht ersichtlich, vgl. Rufus bei Grautoff, Detmars Chron. II, 539.

³⁾ Briefe Sigmunds an verschiedene Städte, dat. 1425 Dezember 8. Skalitz und an Ulrich von Rosenberg, Dezember 5. Skalitz, D. R. A. VIII, 367 u. 368.

⁴⁾ Vgl. die Briefe. D. R. A. VIII, 371—374.

dass auch er unter diesen Umständen von dem geplanten Reichstage fern bleibe.

Trotzdem ist Markgraf Friedrich nach Wien gereist. Wir werden annehmen müssen, dass bereits vorher eine Einigung über die Grundlagen der Verständigung mit Sigmund erzielt war, und, da uns der König selbst unter den Vermittlern an erster Stelle den Herzog Friedrich von Sachsen nennt, so dürfen wir vielleicht vermuten, dass dieser bei seiner Anwesenheit in Ofen die Friedensverhandlungen eingeleitet habe. Als der Markgraf die Reise nach Wien antrat, war also das Zustandekommen einer Versöhnung wohl bereits ausser Frage gestellt.

Leider wissen wir auch hier über den wahren Hergang nichts. Wir kennen weder die äusseren Formen der Versöhnung, noch die Bedingungen, welche ihr zu Grunde lagen; nur das trockene Factum und die Namen der vermittelnden Fürsten giebt uns die Urkunde an, welche den Friedensschluss bezeugt.¹⁾ Wir wissen nicht, ob sich die hier aufgeführten sieben Fürsten etwa als förmliches Schiedsgericht constituirt und die Streitpunkte im einzelnen entschieden haben, oder ob ihre Nennung in der Urkunde blosser Formalität ist.

Wie anders standen sich jetzt die beiden Männer gegenüber als vor einem Jahre. Damals hatte Friedrich stolz die vom Könige gestellten Bedingungen abgelehnt; inzwischen hatte der Gang der Ereignisse alles das thatsächlich herbeigeführt, was Sigmund damals gefordert hatte. Die Binger Kurfürsteneinung war auseinander gefallen, Friedrichs Bündnis mit Polen war von polnischer Seite zerrissen, die Bestimmungen des Ehevertrages durch die Geburt des polnischen Thronfolgers illusorisch gemacht. Was der Markgraf als Preis des Friedens mit dem Könige zu zahlen sich geweigert hatte, weil er damit die festesten Stützen seiner Macht hinzugeben meinte, das war ihm alles im Laufe dieses Jahres genommen worden, und in der That war damit eine Macht-

¹⁾ Urkunde Sigmunds, dat. 1426 März 16 Wien, D.R.A. VIII, 376.

stellung, wie er sie erstrebt hatte, für ihn unmöglich geworden.

Es kann demnach nicht zweifelhaft sein, dass der Wiener Vertrag einen Sieg des Königs, eine Niederlage Friedrichs bedeutete. Der klägliche Ausgang des Kampfes hatte dem letzteren die Unhaltbarkeit seiner Bestrebungen klar gemacht; er wechselte von jetzt an endgültig seine Politik.

Bevor er nach Wien reiste, legte Friedrich auf dem Landtage zu Rathenow förmlich die Regierung der Mark in die Hände seines ältesten Sohnes Johann nieder,¹⁾ und niemals hat er das Land wieder betreten. In seinen fränkischen Stammlanden lebte er fortan und in den grossen Fragen der Politik nahm er eine ganz veränderte Stellung ein. Waren bisher die Interessen seines märkischen Territoriums für ihn maassgebend gewesen, so hörte das jetzt auf; sie blieben der Fürsorge des Markgrafen Johann überlassen; der alte Kurfürst aber schloss sich ganz an die Politik seiner Collegen an. Die Binger Einung consolidirte sich wieder, sie erholte sich von ihrem Verfall; nach dem Tode Friedrichs von Sachsen wurde dessen Sohn ausdrücklich in die Einung aufgenommen (1428). Der Grund ihres Niederganges war gewesen, dass ihre Principien doch nicht das eigentlich bestimmende Moment für die Handlungen ihrer Mitglieder gewesen waren; auch Friedrich hatte sich ihrer ja nur als Mittel bedient. Er sah jetzt ein, dass die Einung viel mehr werde leisten können, wenn die Durchführung ihrer Principien der Endzweck für die Politik der Mitglieder werde, und er persönlich suchte das durchzuführen. Freilich, viel behutsamer nach aussen, wenn auch consequenter im Innern, trat der Bund jetzt nach seinen trüben Erfahrungen auf. Es ist richtig gesagt worden,²⁾ dass die Kurfürsten jetzt nicht mehr danach strebten, den König zu entsetzen, sondern ihn zu ersetzen, und das ist ihnen im wesentlichen gelungen.

¹⁾ Am 13. Januar 1426, s. Riedel II, S. 490.

²⁾ Wendt, Reichstag unter Sigmund, S. 132.

Dies gemässigte Auftreten unter sorgfältiger Wahrung der äusseren Machtattribute des Königtums ermöglichte es dem Markgrafen Friedrich, trotzdem auch seine neue Politik in innerem Gegensatze zu der König Sigmunds stand, doch in äusserem Einvernehmen mit diesem zu bleiben. Freilich, mit der Freundschaft war es zwischen ihnen vorbei; ihr neues Verhältnis, das bis zum Tode des Königs bestehen blieb, gründete sich auf gegenseitige Duldsamkeit. Sigmund hatte es aufgegeben, Friedrichs bedingungslosen Gehorsam als Grundlage jeden Einvernehmens zu fordern. Friedrich aber hatte erkennen müssen, dass ein Markgraf von Brandenburg nicht stark genug war, eine Politik zu treiben, die weder von der des Reichsoberhauptes, noch derjenigen der übrigen Reichsfürsten, noch endlich der eines Nachbarstaates sich abhängig machte, sondern allein von den Interessen des Landes ihre Impulse empfing. Er musste damals einen Kampf als aussichtslos aufgeben, welchen dreihundert Jahre später sein Enkel, Friedrich der Grosse, wieder aufnahm, und unter anderen Verhältnissen und mit anderen Mitteln zu siegreichem Ausgange führte.

Excurs I.

Die Verhandlungen Sigmunds mit den Kurfürsten vor seiner ersten Wahl (Sommer 1410).

Die Wahl Sigmunds zum Römischen König ist ausführlich von Kaufmann untersucht worden, und, obwohl dessen Resultate im allgemeinen unanfechtbar sind, scheinen mir doch einzelne Punkte einer Berichtigung zu bedürfen, so besonders das Bild, welches Kaufmann von den Verhandlungen der Kurfürsten von Mainz und Köln mit Sigmund im Sommer 1410 entwirft, und welchem Finke und Quidde im wesentlichen beigestimmt haben. Die äusseren Thatsachen stehen ja ziemlich fest, aber es kommt uns auf den inneren Zusammenhang an.

Nach Ruprechts Tode schickten Johann von Mainz und Friedrich von Köln eine Gesandtschaft an Sigmund, welche wahrscheinlich um den 25. Juli mit ihm in Wissegrad verhandelte;¹⁾ diese Verhandlungen zerschlugen sich, und nun reisten die Gesandten sofort zu Jost von Mähren, um diesem die Krone anzubieten, während Sigmund mit Pfalz und Trier abschloss. Es handelt sich nun darum, aus welchem Grunde die Wissegrader Verhandlungen scheiterten.

Kaufmann argumentiert so: Die Bedingungen, unter denen Mainz und Köln Sigmund ihre Stimme zu geben bereit waren, sind uns nicht erhalten; wir können aber vermuten, dass es dieselben waren, wie die von Jost und 1411 bei Sigmunds zweiter Wahl auch von diesem zugestandenen; also ausser der

¹⁾ Andreas Ratisb. bei Eccard, corp. hist. I, 2143, combinirt mit der Urkunde Sigmunds. dat. Juli 25. 1410 Wissegrad (Mon. Zoll. VI, S. 618) vgl. Kaufmann S. 17.

Bestätigung aller Privilegien für sich und ihre Anhänger, werden sie das Versprechen gefordert haben, dass Sigmund seine Approbation nur bei Johann XXIII. nachsuchen und ohne Zustimmung von Mainz und Köln keinen Reichsvicar ernennen wolle. Die Bedingungen, welche Sigmund dann Pfalz und Trier zugestand, besitzen wir in den Urkunden vom 5. August, D. R. A. VII. No. 8—11; es sind ausser der Privilegienbestätigung das Versprechen, alle Regierungsakte König Ruprechts anerkennen zu wollen, die Anhänger Papst Gregors XII. weder belästigen noch ihre Belästigung durch andere dulden zu wollen, und für die Herstellung der Kircheneinheit Sorge zu tragen. Die Fassung des Versprechens in Bezug auf Gregor XII. hält aber Kaufmann für einen Kunstgriff der ungarischen Kanzlei, wodurch die ursprüngliche Forderung, Sigmund solle Gregor als rechtmässigen Papst anerkennen, abgeschwächt worden sei. Es war nun, meint Kaufmann, für Sigmund unmöglich, beide zu befriedigen; durch Annahme der von der einen Partei gestellten Bedingungen musste er die andere zurückstossen. Er brach die Verhandlungen mit Mainz und Köln ab und capitulierte mit Pfalz und Trier, weil deren Bedingungen leichter zu erfüllen waren, und weil er im Lager der mainzisch-kölnischen Partei doch immer noch einen Helfer an Papst Johann XXIII. behielt, der sich lebhaft für seine Wahl interessierte.

Nun glaube ich auch, dass Mainz und Köln die von Kaufmann ermittelten Bedingungen stellten; in allem weiteren aber kann ich ihm nicht Recht geben. Dass Pfalz und Trier mehr gefordert haben sollten, als ihnen nachher zugestanden wurde, ist schlechterdings nicht zu beweisen und schon von Quidde (S. 33) bestritten worden; es ist im Gegenteil ganz natürlich, dass sie mit der Thatsache rechneten, dass Sigmund bereits vor dem 20. Juni Johann XXIII. als rechtmässigen Papst anerkannt hatte (vgl. Finke, Qu. u. Forsch. S. 6 Anm. 1), und ihm also garnicht zumuteten, nun zu Gregor überzutreten, sondern sich mit einer persönlichen Sicherstellung der Anhänger Gregors begnügten.

Ferner ist mir nicht klar, warum Sigmund nicht die Forderungen beider Parteien annehmen und sich damit vier Stimmen sichern konnte. Wenn man die Bedingungen beider Parteien vergleicht, wird man finden, dass dies recht gut möglich war, ohne in Widersprüche zu geraten.

Endlich scheint es mir unrichtig, dass die pfälzisch-trierischen Bedingungen für Sigmund leichter zu erfüllen gewesen seien, als die mainzischen. Mainz forderte Anerkennung des Papstes, zu dessen Obedienz Sigmund schon gehörte, und daneben die Klausel in Betreff des Reichsvicars; diese hat Sigmund 1411, als er die mainzer und kölnener Stimme garnicht mehr brauchte, weil er auch ohne sie die Majorität hatte, ohne Bedenken zugestanden, und er sollte 1410, wo ihm diese Stimmen so nötig waren, an dieser Bedingung den Abschluss haben scheitern lassen? Pfalz forderte das Schwerere: Schonung der Anhänger des von Sigmund als Gegenpapst betrachteten Gregor und Bestätigung aller Regierungsakte Ruprechts; damit gab Sigmund von vornherein den Anspruch auf Wiedererlangung der von Ruprecht massenhaft weggegebenen Reichsrechte auf.

Ich vermag daher nicht zu glauben, dass Sigmund die mainzer Bedingungen als unerfüllbar zurückgewiesen habe; folglich müssen die Wissegrader Verhandlungen von Mainz und Trier abgebrochen sein, trotzdem Sigmund ihre Bedingungen zu erfüllen bereit war. Konnten sie für ein solches Verfahren Gründe haben?

Johann von Mainz verfolgte, wie seine ganze Handlungsweise erkennen lässt, zwei Ziele: er wollte erstens den neuen König von sich möglichst abhängig machen; das war nur möglich, wenn dieser ihm allein die Krone verdankte und dann nur durch seine Vermittelung mit Deutschland verkehrte; mochte der König in Ungarn bleiben, einen dem Mainzer gefälligen Vicar ernennen und sonst die Dinge gehen lassen, wie sie wollten¹⁾. Diesem Plane war die Spitze ab-

¹⁾ Auf diese Absicht deutet hin zunächst der Artikel über das Reichsvicariat in den Bedingungen, wo es eigentlich als selbstverständlich vorausgesetzt wird, dass Sigmund gleich einen Vicar ernennen werde; ferner

gebrochen, wenn Sigmund durch Verträge mit den beiden entgegengesetzten Parteien zum Throne gelangte; er konnte dann immer die eine gegen die andere ausspielen und an eine Allgewalt des Mainzers war nicht zu denken; es ist also begreiflich, dass die bloße Thatsache, dass Sigmund auch mit Pfalz und Trier verhandelte, dem Mainzer alle Lust benahm, für ihn zu wirken.

Zweitens wollte Johann ganz Deutschland der Obedienz Johannis XXIII. zuführen und hierzu natürlich die Autorität des neuen Königs benutzen. Es kam ihm nicht darauf an, Sigmund zu gewinnen, der Johann schon öffentlich anerkannt hatte, sondern auf die Häupter der Gegenpartei, Pfalz und Trier, hatte er es abgesehen¹⁾. Als er nun sah, dass Sigmund sich auch um deren Stimme bemühte, musste er sich sagen, selbst wenn er — was doch gewiss für Geld und gute Worte zu haben war — die Bedingungen der Gegenpartei nicht kannte, dass Sigmund diesen mindestens Schonung ihrer Interessen in der Kirchenfrage werde verbürgen müssen. So war auch hier für ihn keine Seide zu spinnen, wenn der ungarische König den Thron bestieg, und in richtiger Erkenntniss der Sachlage brach er die eingeleiteten Verhandlungen ab, obwohl seine Gesandten schon sehr weit mit der

Johanns Verhalten nach der zweiten Wahl: er suchte damals den König augenscheinlich aus Deutschland fernzuhalten, indem er versuchte, ihm die Huldigungen zu besorgen, ohne dass er ins Reich kam, vgl. D.R.A. VII, 114—116. Finke, Sigm. reichsst. Pol. S. 16 f.

¹⁾ Dass dies wirklich das Ziel Johanns war, hat Kaufmann selbst (S. 24 u. 28) aus seinem späteren Verhalten gegen seine Mitkurfürsten in Frankfurt nachgewiesen. Selbst dort noch war er bereit, wenn Trier und Pfalz in der Papstfrage nachgaben, Sigmund zu wählen; also lag der Grund, weshalb er diesem seine Stimme schliesslich nicht gab, garnicht an dem Könige, sondern an der Stellung von Pfalz und Trier, was nur zu meiner, nicht aber zu Kaufmanns Auffassung passt. Auch Quidde betont S. 39 diese Tendenz der beiden Erzbischöfe; wo er aber in D.R.A. VII, 52 die Notiz gefunden hat, beide „hätten zunächst eine Einigung in der Kirchenfrage gewünscht, ohne die eine Einigung in der Thronfrage wertlos sei,“ ist mir leider nicht ersichtlich. Ihre Ansicht aber ist das sicher gewesen.

Sprache herausgegangen waren¹⁾, und obwohl Papst Johann XXIII. seine schriftliche Zusage in Händen hatte, dass er Sigmund wählen werde²⁾.

Dieser Versuch, das Scheitern der Wissegrader Verhandlungen zu erklären, obwohl bei dem Mangel positiver Zeugnisse nur Hypothese, scheint mir in den Thatfachen besser begründet zu sein, als der Kaufmanns, zumal, da Sigmund, als er den Burggrafen Friedrich nach Deutschland schickte, diesen noch ausdrücklich beauftragte, er solle versuchen, ob Mainz und Köln nicht zu gewinnen seien; das hätte doch keinen Sinn gehabt, wenn er früher deren Bedingungen als unerfüllbar zurückgewiesen hätte.³⁾

¹⁾ Andr. Ratisb. a. a. O. u. DRA. VII, 52 u. 53, 4.

²⁾ D.R.A. VII, 36. Die Behauptung Droysens I. S. 281, Johann XXIII. habe Sigmunds Wahl nach Kräften zu hindern gesucht, ist also unrichtig.

³⁾ D.R.A. VII, 52,1. Die Erzbischöfe sagen hier, Friedrich habe die Vollmacht gehabt „quod singula nostris voluntate et consilio deberet ordinare“. Er sollte ihnen also alles, was sie wünschten zugestehen; trotzdem liessen sie sich auf nichts ein.

Excurs II.

Der Abschluss der Wahlverträge mit Trier und Pfalz und Burggraf Friedrichs Mitwirkung dabei (5. und 6. August 1410).

Die Wahlverträge Sigmunds mit Trier und Pfalz vom 5. und 6. August, Ofen, D. R. A. VII, 7—11, galten früher allgemein als das Resultat persönlicher Verhandlungen, welche Sigmund an den genannten Tagen mit den kurfürstlichen Gesandten in Ofen geführt habe, und welche zur grösseren Sicherheit für letztere von Burggraf Friedrich mitbesiegelt seien. Quidde (S. 30—32) hat diese Meinung mit guten Gründen angefochten; aber die Schlüsse aus seinen Beobachtungen scheinen mir nicht immer richtig zu sein. Er weist auf die vom ungarischen Kanzleigebrauch abweichende Gestalt der Urkunden hin und zugleich darauf, dass Sigmund am 6. August in Käsmark, mehrere Tagereisen von Ofen urkundete. Er meint nun, wahrscheinlich sei Friedrich vom Könige an den Rhein oder doch in den Westen Deutschlands zu diesen Verhandlungen geschickt, und habe entweder dessen Siegel oder besiegelte Membranen zu beliebiger Ausfüllung mitbekommen; beim Abschlusse habe man dann Ofen als Sigmunds wahrscheinlichen Aufenthaltsort in das Datum der Urkunde gesetzt. An dieser Folgerung scheint mir die Annahme, Friedrich sei bereits Anfang August nach Deutschland gereist, die auch Quidde nur als Hypothese bezeichnet, verfehlt zu sein.

Der Burggraf soll nach Quidde am 5. und 6. August diese Verträge geschlossen haben, müsste also vor Mitte Juli mit seiner Vollmacht aus Ungarn abgereist sein, d. h.

vor den Wissegrader Verhandlungen mit Mainz und Köln; bereits vor diesen müsste also Sigmund entschlossen gewesen sein, mit Trier und Pfalz abzuschliessen; ausserdem müsste er dem Burggrafen die Schenkung von 20000 Gulden für seine treuen Dienste, dat. Wissegrad, Juli 25, in dessen Abwesenheit gemacht haben. Das beides ist doch sehr unwahrscheinlich, und der einfachste Zusammenhang dieser: Sigmund verhandelte um den 25. Juli in Wissegrad mit den Mainzer Gesandten in Friedrichs Anwesenheit; die Verhandlungen zerschlugen sich, und der König, durch Regierungsgeschäfte nach dem Norden gerufen, beauftragte nun Friedrich zum Abschlusse mit den in Ofen harrenden Gesandten von Trier und Pfalz, indem er ihm zugleich jene Schenkung machte. Dieser erhielt nun nach Ofen besiegelte Membranen mit auf den Weg; die Urkunden selbst wurden von den Gesandten abgefasst, — da Sigmund als ungarischer König natürlich keine Deutsche Kanzlei hatte, — und auf die Membranen geschrieben. Da die Botschafter aber vom Könige selbst gar keine Zusage hatten, so verlangten sie von Friedrich, durch den allein sie Sigmunds Meinung kannten, die Mitbesiegelung als Bürgschaft für die Richtigkeit seiner Angaben. Ausschlaggebend ist, dass Kaufmann (S. 20) bewiesen hat, dass die Beanspruchung der brandenburgischen Kurstimme durch Sigmund erst in der Verlegenheit auftauchte, welche ihm das Scheitern der Wissegrader Verhandlungen bereitete; nun setzen alle die Urkunden vom 5. und 6. August diesen Anspruch voraus; folglich kann Friedrich den Auftrag zu ihrer Ausstellung erst nach dem Scheitern jener Verhandlungen, nach dem 25. Juli, erhalten haben. Dadurch wird es unmöglich, eine Reise des Burggrafen in das Reich anzunehmen.

Excurs III.

Chronologie der Verhandlungen Friedrichs mit Polen (1420—1421).

Nach Dlugossus XI S. 435—436 gelangte die erste Nachricht davon, dass Markgraf Friedrich eine nähere Verbindung mit Polen wünsche, durch Gesandte Sedziwoys von Ostrorog um Weihnachten 1420 nach Troki zu Wladislav, und hier soll dann der Termin für weitere Besprechungen festgesetzt sein. Dass diese Zeitbestimmung nicht richtig sein kann, wird eine Vergleichung mit den übrigen Angaben zeigen.

Die Verhandlungen können nicht begonnen haben, bevor der offene Kriegszustand zwischen Polen und Brandenburg aufgehört hatte, bevor Sigmunds durch den Brief vom 5. Juli eingeleitete Vermittelung ihre Früchte getragen hatte. Erst Ende Juli kann daher Sedziwoy zu Friedrich gereist sein, um die Gefangenen von Angermünde auszulösen.

Andrerseits waren die Eheverhandlungen bereits ziemlich weit gediehen, Friedrich hatte bereits Kunde von Wladislavs Zustimmung dazu, als er sich Ende Dezember 1420 mit Sigmund und Barbara darüber besprach; er konnte diesen schon mitteilen, dass der König von Polen seine Tochter dem jüngeren Friedrich zum Weibe geben wolle. Eben um dies dem Könige mitzuteilen, hat der Markgraf diese Reise nach Böhmen unternommen; er hatte also bereits Wladislavs Antwort, ehe er die Reise antrat. Dies that er aber Ende November 1420; am 17. November 1420 war er noch in Berlin (C.D.B. III, 1 S. 177), am 3. December bereits in

Meissen (C. D. B. II, 3 S. 374); folglich war vor Ende November Wladislavs Antwort schon eingetroffen; spätestens Anfang November hat also Wladislav schon Kunde von des Markgrafen Vorschlag gehabt, und die Verhandlungen zwischen Friedrich und Sedziwoy fallen August—Oktober 1420.

Voigt, Erw. der Neumark S. 161—163 lässt bereits im Sommer 1420 eine persönliche Besprechung zwischen Friedrich und Wladislav in Krakau stattfinden, so dass er deren zwei annimmt. Er ist dazu veranlasst durch einen Brief Wladislavs an den Markgrafen (bei Voigt, Beilage 1 und C. D. B. suppl. S. 35), welcher datirt ist „Grodek sabato proximo post Marcelli anno MCCCCXXI,“ und, da der gewöhnlichste Marcellustag der 16. Januar ist, von Voigt auf den 18. Januar 1421 gesetzt wird. In diesem Briefe wird allerdings von einer vorher stattgehabten Unterredung beider Fürsten in Krakau gesprochen.

Bereits Caro III, S. 523 hat betont, dass mit dem Datum dieses Briefes der 18. Januar 1421 nicht gemeint sein könne; denn es wird darin von einem Nürnberger Reichstage berichtet, und ein solcher fand erst später im Jahre 1421 statt. Caro erklärt daher XXI für einen Schreib- oder Lesefehler und setzt dafür XXII.

Auch das ist nicht richtig, wie folgende Erwägung zeigt: Sehen wir zunächst von dem bestrittenen Datum ab, so haben wir die Wahl, die Angaben des Schreibens über den Nürnberger Tag auf den Reichstag vom April 1421 oder vom Juli 1422 zu beziehen. Aber der weitere Inhalt ist nur mit der ersteren Annahme vereinbar; denn während des Juli 1422 lag Wladislav mit dem Orden im Krieg, während er in diesem Briefe sich auf Friedrichs Bitten zur Verlängerung des noch bestehenden Beifriedens bereit erklärt; es ist also der Reichstag vom Ende April 1421 gemeint, und wir haben damit den terminus post quem. Die Verlängerung des Beifriedens auf des Markgrafen Vermittelung, welche in dem Briefe noch nicht vollzogen, sondern nur in Aussicht stehend erscheint, hat am 18. Juni 1421 stattgefunden (C. D. B. II, 3 S. 412); der Brief fällt also zwischen 1421 April Ende und

Jnni 18. Das Jahr 1421 ist also ganz correct. Nun fällt zwischen die ermittelten Grenzen der Tag „Marcellinus et Petrus“, 2. Juni. Dafür, dass dieser Tag öfter kurzweg als „Marcellus“ bezeichnet zu werden pflegte, findet sich ein Beispiel bei Laurentius von Brezina;¹⁾ dort wird berichtet, der Landtag sei einberufen auf den 1. Juni, zusammengetreten „altera die post Marcelli“, und habe am 7. Juni seine Beschlüsse gefasst; ganz klar ist hier also der 2. Juni einfach als „Marcellus“ bezeichnet. Auf diese Analogie gestützt, können wir den erwähnten Brief mit voller Sicherheit auf den 7. Juni 1421 setzen. Voigts Meinung von der zweimaligen Krakauer Zusammenkunft verliert damit ihre einzige Stütze.

¹⁾ Ed. Höfler. Geschschr. I, S. 460. Es ist zu bemerken, dass bei ihm an dieser Stelle, sicherlich verkehrt, Juli statt Juni gedruckt ist. Palacky, G. v. Böhmen, III, 2 S. 222 setzt die Ereignisse richtig in den Juni.

Excurs IV.

Der päpstliche Plan einer Teilung Böhmens in den Jahren 1421 und 1422.

In einem Briefe Gregor Heimbürgs an Markgraf Albrecht Achilles vom 26. August 1469 (C. Höfler, das kaiserl. Buch des Mkgr. Albr. Achilles S. 211—216) findet sich folgende Stelle: „sein (des Papstes Paul II) fursatz stunde, das kunigreich zu behemen zu teyln in etwa vil furstenthumb und gravschaft, der yder selbs ein here were und furbass kein kunigreich hiesse oder were; dieser anslag geet auss einem alten Grund, den hat etwan der Babst mertein vor im gehabt und der Cardinal Placentin zog darumb gen Cracaw und der alt kunig von Polan gab sich darein und mein herr seliger ewer vater volgt auch, denn die polanisch heytrat was noch vorhanden mit ewrem bruder und der kunig von Polan hatt keinen Son nur die eynig tochter. Der alt margraf Friedrich von meichsen was hitzig daruf, denn herzog Albrecht von Sachsen, Rudolfs Bruder, lebt noch, Colen was auch an tanz.“

Die Zeit, auf welche der Schreiber diese Angabe bezogen wissen will, ist die zwischen dem Abschluss des Krakauer Bündnisses (8. April 1421) und dem Tode Albrechts von Sachsen (November 1422);¹⁾ eine nähere Bestimmung würde sich ergeben, wenn wir von der angeblichen Reise des Cardinals „Placentin“, d. h. Branda nach Krakau sonst

¹⁾ Es ist daher ganz willkürlich und bedarf keiner Widerlegung, wenn Lewicky (Polit. Sigm. gegen Polen, Arch. f. Oest. Gqu. Bd. 68 S. 384) die Nachricht auf das Jahr 1426 bezieht.

etwas wüssten. Wir finden aber in den gleichzeitigen Quellen von dieser Reise ebensowenig, wie von dem ganzen Plane überhaupt eine Erwähnung; und es erhebt sich daher die Frage, ob man auf diese vereinzelter, 47 Jahre nach den Ereignissen auftauchende Nachricht hin das Bestehen eines solchen Planes Martins V annehmen darf oder nicht. Droysen (S. 441 ff.) nimmt ihn als erwiesen an; Caro aber (III S. 528 Anm. 1) und v. Bezold (I S. 80) verwerfen die Nachricht als unglaubwürdig.

Es ist zunächst den beiden letzteren unbedingt zuzugeben, dass die Wahrheit der in dem Briefe berichteten Thatsachen durch diesen Brief allein nicht zu erweisen ist, so lange nicht eine Spur aus der Zeit selbst, in der sie vorgegangen sein sollen, sie bestätigt. Es kann sich also nur darum handeln, ob wir berechtigt sind, die ganze Nachricht von vornherein zu verwerfen, oder ob wir die Möglichkeit zugeben müssen, dass sie wahre Begebenheiten berichte, ob wir also im letzteren Falle die Frage als eine offene behandeln müssen.

Der Gewährsmann, Gregor Heimbürg, ist der bekannte Humanist, welcher als vertrauter Ratgeber König Georg Podjebrads von Böhmen auch zu Markgraf Albrecht in nahen Beziehungen und in häufigem Briefwechsel mit ihm stand. Es scheint mir kaum zulässig, wie Caro es thut, diesen Mann einfach als „windigen Politiker“ für fähig zu halten, dass er sich ganz ohne Zweck und Ziel eine derartige Nachricht aus den Fingern gesogen habe; denn das müsste er doch nach Caro und v. Bezold gethan haben. Es sind ja häufig genug zu politischen Zwecken historische Fiktionen gemacht worden; aber wo soll hier der Zweck der Erdichtung liegen? Gregor schreibt einen vertraulichen Brief an den Markgrafen, den er ganz geheim zu halten bittet, der also nur für diesen bestimmt ist; auf ihn also müsste er haben einwirken wollen. Aber keine Spur einer solchen Absicht ist zu entdecken; er berichtet von dem Plane Pauls II, Böhmen zu teilen und erwähnt dabei ganz beiläufig eine historische Analogie für denselben, welche ihm

einfällt, und die er, wie es scheint, auch bei dem Adressaten als bekannt voraussetzt.

Ueber die begleitenden Umstände ist Heimburg gut unterrichtet; das sieht man, wenn man den Brief weiter liest: „es starb herzog Albrecht von sachsen, do schickt der pfalzgraf zu kunig Sigmunden, bitend für seinen Sun herzog Ruprechten, der was von seiner muter von Engellant, Item ewr vater für seinen sun Marggraf Hansen, der hett herzog Rudolfs von Sachsen Tochter, Aber Marggraf Fridrich umb [l. von] Meichsen wart Herzog und des Babstes anslag verging ganz.“ Alle die erwähnten Umständen sind zutreffend und beweisen eine genaue Kenntniss der damaligen Verhältnisse. Bedenklich hingegen scheint es mit der erwähnten Reise Brandas nach Krakau zu stehen. Wir können allerdings auch nicht beweisen, dass der Cardinal nicht in Krakau gewesen ist; dazu kennen wir sein Itinerar nicht genau genug; aber auffallend ist es, dass keine gleichzeitige Quelle davon weiss, besonders, dass Dlugossus, der in seiner Nationaleitelkeit die Besuche fremder Grossen sehr genau zu registriren pflegt — weiss er doch, in welchem Zimmer des Schlosses Erich von Dänemark logirte — sich die Anwesenheit eines apostolischen Legaten in Krakau sollte haben entgehen lassen.

Versuchen wir nun einmal, die Erzählung Gregors in den Rahmen der übrigen Thatsachen einzufügen. Cardinal Branda kam im Frühjahr 1421 nach Deutschland, er soll den Plan mitgebracht und eine Reihe von Fürsten dafür gewonnen haben. Nun wissen wir, dass die Rheinischen Kurfürsten noch kurz vor des Legaten Ankunft, auf dem Nürnberger Tage, an einen Husitenzug nicht dachten, dass sie dann aber in Wesel auf Brandas Antrieb einen solchen beschlossen (s. oben S. 124 u. 130 f.). Sollte der Gedanke, sich in dem unterworfenen Ketzerlande unter dem Schutze des päpstlichen Segens eigene Herrschaften zu gründen, wohl zu diesem Entschlusse mit beigetragen haben?

Andrerseits sollen auch Polen, und durch das Bündnis mit Polen bewogen Markgraf Friedrich, den Plan gebilligt

haben. Nun sahen wir, dass im Herbst 1421, um die Zeit des Zuges der Kurfürsten gegen Böhmen, die Verhandlungen zwischen Wladislav und Sigmund von polnischer Seite abgebrochen wurden (s. oben S. 134), und dass um dieselbe Zeit Sigmunds Zerwürfnis mit dem Markgrafen durch die Denunciation des Ingolstädter Herzogs bedeutend zugenommen hatte (s. oben S. 127 ff.). Bei beiden Fürsten war also das Eingehen auf einen gegen den Römischen König gerichteten Plan keineswegs unwahrscheinlich. Wir haben uns ferner überzeugt, dass die Züge der Deutschen Fürsten gegen Böhmen ebenso wie später die des Polenkönigs von Sigmund in keiner Weise unterstützt, sondern wahrscheinlich absichtlich von ihm zum Scheitern gebracht sind. Den Polen gegenüber ist als Motiv des Königs sein Misstrauen, ob nicht Wladislav Böhmen für sich selber wolle, aus guten Gründen von Lewicky vermutet worden. Sollte nicht König Sigmund von dem Teilungsplane erfahren und daher genau dasselbe Misstrauen — abgesehen von seinen sonstigen Motiven — den Deutschen Fürsten entgegengebracht haben?

Endlich ist nach Heimburg der Plan gescheitert an der Veränderung in der Besetzung des Herzogtums Sachsen nach Albrechts Tode; sehr begreiflich, denn ein Hauptteilnehmer des Projectes, Friedrich von Meissen, wurde durch die Verleihung für den König gewonnen, und ohne diesen, den Grenznachbarn Böhmens, war die Ausführung äusserst erschwert.

Wir werden also sagen können, dass Gregors Bericht in die Zeitverhältnisse vortrefflich hineinpasst. Auch dafür, dass sich in Geschichtschreibern und Aktenstücken kein gleichzeitiger Beleg für denselben findet, könnte man wohl eine Erklärung suchen. Die Verhandlungen werden über ein so heikles, fast hochverräterisches Thema doch sicherlich mit der grössten Heimlichkeit geführt sein, wahrscheinlich gar nicht schriftlich, sondern nur von Mund zu Mund. Ist dem so, dann können wir auch kein schriftliches gleichzeitiges Zeugnis für ihre Existenz verlangen.

Freilich, das muss nochmals betont werden, bewiesen kann die Richtigkeit von Heimburgs Bericht durch diese Er-

wägungen nicht werden, und ich habe daher auch in meine Darstellung von diesem Projecte nichts aufgenommen, da auch ohne dasselbe eine ausreichende Motivierung der in Rede stehenden Ereignisse möglich ist. Aber, — und das darzuthun war der Zweck dieser Ausführung, — man darf den Bericht auch keineswegs unbesehen in den Papierkorb der historischen Fabeln werfen. Spricht manches dafür, so spricht anderes dagegen, und wir müssen daher die Frage nach seiner Glaubwürdigkeit so lange als eine offene bezeichnen, bis etwa neues Material eine strictere Beantwortung ermöglicht.

Excurs V.

Die Glaubwürdigkeit Jacob Paul Gundlings.

Der Preussische Hofhistoriograph Jakob Paul Gundling hat im Jahre 1715 eine Schrift veröffentlicht, betitelt „Leben und Thaten Friedrichs I., Markgrafen von Brandenburg,“ welche mit Benutzung des Berliner Staatsarchivs und des burggräfllich nürnbergischen Archives auf der Plassenburg gearbeitet ist, und sich durch eine Fülle eigentümlicher Nachrichten auszeichnet. Der Autor hat die Gewohnheit, seine jedesmalige urkundliche Quelle nur sehr ungenau durch die Ausdrücke „M.“ „Stum,“ „Dipl. Arch.,“ „Acta Archiv.,“ „Archivische Nachrichten,“ u. ä. zu bezeichnen; nur sehr selten findet sich ein näher bestimmender Zusatz. Dadurch wird natürlich die Nachprüfung seiner Angaben sehr erschwert, und, während ein Teil von ihnen durch inzwischen publicirte Documente bestätigt worden ist, sind die Quellen für die Mehrzahl der Nachrichten nicht zu finden gewesen. Man steht also vor der Frage, wie man sich zu den Angaben Gundlings verhalten soll, für welche es eine anderweite Beglaubigung nicht giebt; ob man annehmen soll, Gundling habe hier Urkunden benutzt, welche während der letzten Jahrhunderte abhanden gekommen seien, oder ob man glauben soll, der Autor habe, wo ihm die Quellen fehlten, diesem Mangel durch die Phantasie nachgeholfen.

Alles und jedes, was Gundling unter Berufung auf seine geheimnisvollen „Manuscripte“ erzählt, für wahr zu halten, das bringen selbst seine Verteidiger nicht fertig. Droysen und Ranke, denen v. Bezold folgt, geben zu, dass manche Uebertreibung und unerlaubte Ergänzung sich in dem Buche finde; aber sie meinen, der Kern der Berichte müsse doch auf Wahrheit beruhen, denn man könne einen Mann wie

Gundling nicht einfach der Erdichtung beschuldigen; es komme also darauf an, Wahres und Falsches in seinen Berichten zu sondern. Es leuchtet ein, wie sehr ein solches Verfahren der subjectiven Willkür Thür und Thor öffnet; schon aus diesem Gesichtspunkte hat Riedel es für das Richtige erklärt, keine Nachricht Gundlings, die nicht anderweitig bezeugt sei, auf Treu und Glauben anzunehmen; und Altmann (Wahl Albrechts II, Excurs) hat in Bezug auf einige Angaben aus dem Jahre 1438 den stricten Beweis der Unrichtigkeit geführt, trotzdem auch bei ihnen Gundling seine Documente zu Zeugen anruft.

Da nun in dem Buche gerade für die Zeit von 1410—1426 eine Menge ganz allein dastehender, und, falls sie wahr sind, höchst einschneidender Behauptungen enthalten sind, so halte ich es doch für nötig, an einigen besonders frappanten Beispielen zu zeigen, dass Gundling es hier nicht anders gemacht hat, wie in den späteren Abschnitten, dass er ganze Begebenheiten einfach erdichtet, und ausserdem in der Chronologie eine Menge Fehler begangen hat. Ich gehe dabei natürlich auf die zahlreichen Fälle nicht ein, wo Gundling anderen Schriftstellern verkehrtes nacherzählt oder den Inhalt echter Urkunden ungenau wiedergegeben hat.

Von kleineren Irrtümern seien folgende bemerkt: S. 21 „als die geistlichen Churfürsten vermeinten, man müsste vor allen Dingen ausmachen, dass Papst Gregorius vor den einigen mochte gehalten werden.“ Bekanntlich meinte das nur Werner von Trier, während die Erzbischöfe von Mainz und Köln eifrige Anhänger Johannes XXIII waren.

S. 22 lässt Gundling den Burggrafen erst nach Ruprechts Tode zu Sigmund reisen.

S. 43 behauptet er, die märkischen Abgeordneten hätten 1411 in Ofen nichts davon erfahren, dass Friedrich ihnen zum Regenten bestimmt sei, während ihnen das dort gerade ausdrücklich gesagt ward.

S. 64 (1415). „Burggraf Friedrich hatte nebst seinem Bruder Johann einen grossen Schatz“ etc., dabei Berufung auf M. S. Es braucht nur an Riedels Nachweis erinnert zu

werden, dass die pecuniäre Lage des Burggrafen damals fort-dauernd eine sehr schlechte war. Gundling kann also durchaus kein Aktenstück gesehen haben, in welchem der Besitz eines grossen Schatzes von diesem berichtet würde.

S. 67. „Folgende geschähe die Bezahlung (für die Uebertragung der Mark) zu Costnitz, zu welcher Burggraf Friedrich alle Anstalten machen liesse, indem auch die Anweisungen übergeben wurden, wo der Kaiser der Geldsummen auf seiner Reise würde benötigt sein.“ Es ist doch erstaunlich, was Gundling alles über die Art dieser Bezahlung weiss, die nie stattgefunden hat.

S. 119 „Johann, Herr von Stargard aus dem Geschlecht der Hertzoge von Mecklenburg wurde noch zu Zeiten b) Markgraf Jobstens zu Brandenburg von dem Grafen von Lindau und Ruppin gefangen genommen“ etc. Diese Gefangennahme fand im Winter 1418 auf 1419, acht Jahre nach Jobstens Tode, statt; trotzdem beruft sich Gundling unter b) auf „Acta Publ. Mecklenb.“

S. 121. Gundling erzählt von einem zu Anfang 1419 unternommenen Feldzuge Friedrichs gegen Mecklenburg und Eroberung der Feste „Garlehe“ unter Berufung auf „M. Stum“ und „M. Stum Brandenb.“ Ein solcher Feldzug kann 1419 nicht stattgefunden haben, da Friedrich damals in Franken und am Rhein weilte.

S. 148 u. 149 erzählt Gundling, dass Friedrich, nachdem er sich zuvor mit Hamburg, Lübeck und dem Herzog von Sachsen verbündet habe, 1420 gegen die Pommern gezogen sei. In Wahrheit fand der Feldzug vor den Bündnissen statt.

S. 184 sagt Gundling, 1420 habe Sedziwoy von Ostrorog von Friedrich die „vor etlichen Jahren“ bei Angermünde gefangenen Polen auslösen wollen. Das Treffen von Angermünde hatte in demselben Jahre 1420 stattgefunden.

Vollendete Confusion herrscht bei Gundling über die böhmischen Verhältnisse. Gleich nach Wenzels Tode (S. 124) lässt er Ziska auftreten und die Böhmen gegen Sigmund aufhetzen, unter Berufung auf „Manuser“, während damals

weder Ziska schon eine Rolle in der Bewegung spielte, noch die Böhmen anfangs Sigmunds Anerkennung verweigerten. Nachdem er dann weitläufig des Markgrafen aufgeklärte Ansichten über die husitische Bewegung, die wohl mehr seine eigenen sein dürften, entwickelt hat, berichtet er vom Brünner Landtage (Dez. 1419), und sagt, hier hätten die Böhmen auf Ziskas Rat „mit dem Kaiser die gütliche Unterhandlung abgebrochen“ (S. 135), während gerade hier ganz Böhmen Sigmund huldigte. Sein Meisterstück an phantasie-reicher Erfindung leistet er bei der Beschreibung des ersten Kreuzzuges (1420; S. 162—165). Vorauszuschicken ist derselben nur, dass Markgraf Friedrich an demselben nicht teilgenommen haben kann, da er den ganzen Sommer 1420 in der Mark urkundlich nachgewiesen ist. Gundling erzählt: „Churfürst Friedrich liesse gleichfalls seine Kriegsvölker zu der Kayserlichen Armee stossen und zoge mit 10,000 Mann aus der Churmark Brandenburg durch Meissen nach den Böhmischen Gräntzen, woselbst er sich vor dem Böhmer Wald gleichfalls mit der kayserl. Armee vereinigte“ . . . „Es hatte zwar der Kaiser das höchste Commando darbey geführt, aber weil Churfürst Friedrich grosse Erfahrungheit in Kriegssachen hatte, und deswegen aller Orten berühmt war, als richtete der Kayser sich grösstenteils nach dessen Meinung, welcher dafür hielte, es solte der Kayser sogleich nacher Prag gehen, weil diese Stadt das vornehmste und grösste in Böhmen wäre, nach deren Eroberung oder Uebergabe die Böhmen sich nicht lang bedencken würden, dem Kayser sich zu unterwerffen. Solchemnach langte die Kayserliche Armee vor Prag an, woselbst zu Ende des Monats Juli das Lager geschlagen, und darauf die Alt- und Neustadt Prag unter dem Commando des Churfürsten bestürmt wurde. Der Churfürst drang selbst mit vielen Fahnen in die Altstadt“ etc. „Derowegen der Churfürst den 13. Juli den Berg bestürmen und einnehmen liesse.“ Endlich heisst es noch, bei der Krönung in der Prager Schlosskirche habe der Kurfürst sich eingefunden und dem Kaiser zum Altare geleitet. — Dieser Erzählung gegenüber kann unsere Achtung vor Gundlings

Phantasie nur steigen, aber das Vertrauen auf seine historische Glaubwürdigkeit muss gänzlich schwinden.

Wir kennen des Markgrafen polnischen Heiratsplan als Ursache seines Zerwürfnisses mit Sigmund; da muss es uns doch befremden, dass Gundling S. 185 kühn behauptet, der Kaiser habe diesen Plan sehr gern gesehen und ihn in einem Briefe an den Papst geradezu als das beste Mittel hingestellt, Wladislav zum Kriege gegen die Böhmen zu bewegen; er bezieht sich zur Erhärtung dieser Nachricht auf ein „M. Stum. Brandenb.“

Ebenso widersinnig ist sein Bericht über die dem Tode Albrechts von Sachsen folgenden Ereignisse (S. 215 f. u. 242 f.), insbesondere die Behauptung, dass König Sigmund die Verträge zwischen dem Markgrafen und dem neuen Kurfürsten vermittelt habe.

Nach diesen Beispielen wird man zugeben müssen, dass Gundling in einigen Fällen nachweisbar Thatsachen erdichtet hat, welche er trotzdem als völlig gesichert seiner Darstellung einfügt. Ist dem aber so, dann kann es nicht zweifelhaft sein, dass wir allen sonst nicht beglaubigten Nachrichten dieses Autors, höchst skeptisch gegenüber stehen müssen. Völlig kritiklos ist es, nach irgend welchen Gesichtspunkten unter diesen Nachrichten eine Auswahl zu treffen, einige anzunehmen, andere zu verwerfen. Wer Gundling für einen gewissenhaften Forscher hält, dessen Quellen uns teilweise verloren sind, der muss alles, was er aus seinen Manuscripten auftischt, für baare Münze nehmen; wer ihn aber für einen wenig bedenklichen Fälscher historischer Thatsachen hält, der darf ihm nichts glauben. Ich meinstheils muss mich nach den beigebrachten Gründen für das letztere entscheiden und kann Gundling ebensowenig für einen Schriftsteller von historischem Quellenwerte ansehen, wie ich Wegeles lobende Prädicate über ihn¹⁾ gerechtfertigt finden kann.

¹⁾ Wegele, Gesch. d. D. Histor. S. 712 ff: „Gundling war nicht bloß ein gelehrter Mann, sondern ein wirklicher Forscher, der sich vollkommen bewusst war, worauf es bei historischen Arbeiten ankommt.“

77 Jan 1861
per Order

56 57

59/101. Anerkennung der
Wahl

21. Gen 8, Knapp's Vaiden's

27. In mi zu abey

38: Entwurf für Landfrieden

45: Ein Klapp zu rings auf
begonnen

464. Sowing the seed again
greyer, the light

56 From Sonaga

58159 *N. B. ...*

59 gegen H. E. Engländer

60 d. gegen England

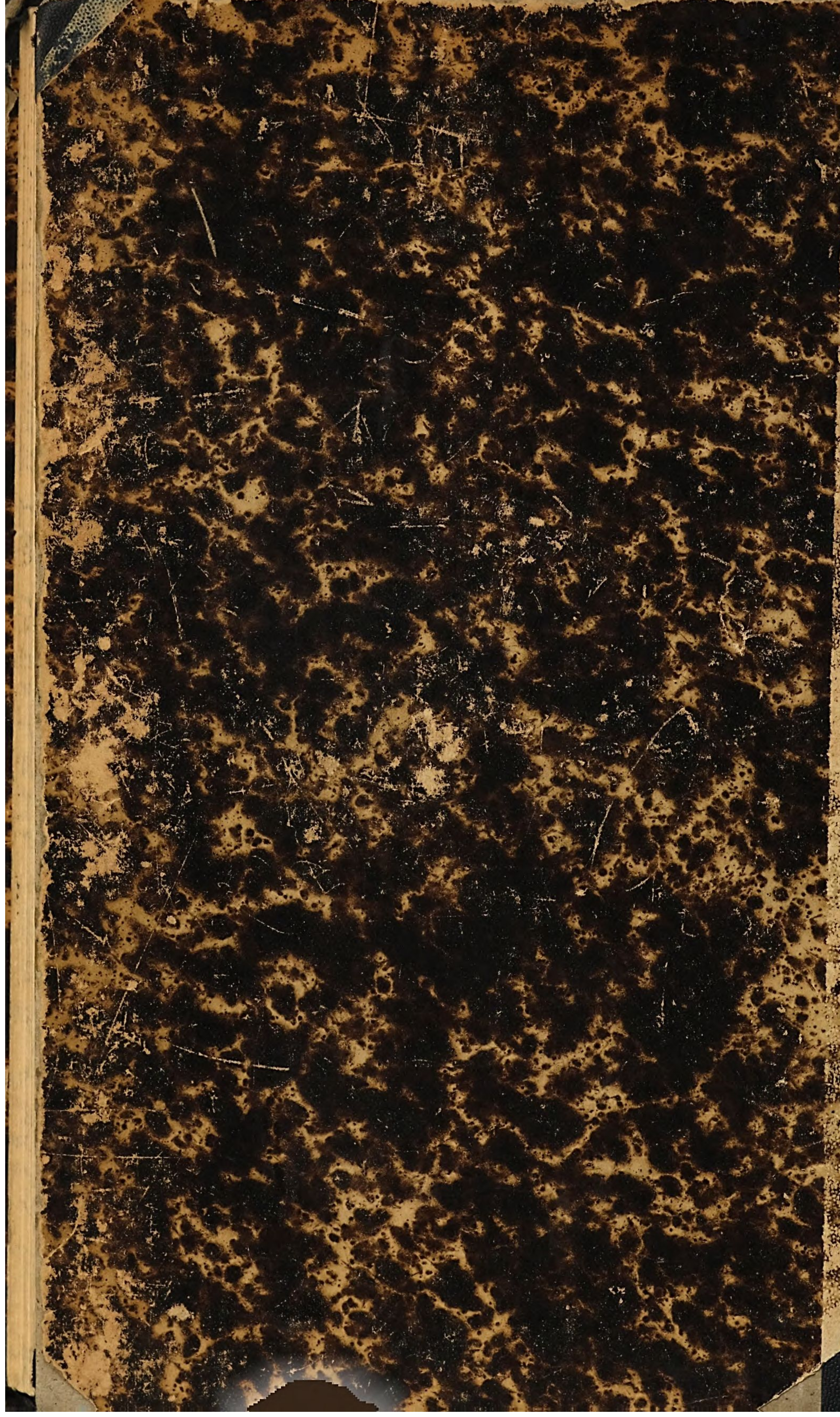
64 L. bringt Stet mit ray con
Hoffwart

77 Fern deschoft wegen Erd beu des

72 Salz

75 7. 5 acres, Berchins with an old

78 1 auf Seiten Polens



Brandenburg, Erich,

König Sigmund und Kurfürst Friedrich I. von Brandenburg ein Beitrag zur
Geschichte des Deutschen Reiches im fünfzehnten Jahrhundert

Berlin 1891

Germ.g. 48 sa

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11608519-6